

FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

02 | 2008 17. Jg.

Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation

HOECKER, SCHEELE Einleitung CHILDS, KROOK Theorizing Women's Political Representation
RODE Parlamentarische Repräsentation von Frauen in Peru RUBART Politische Repräsentation in Finnland
HOLTKAMP, SCHNITKE Unterrepräsentation von Frauen in Kommunalparlamenten LEMKE US-Präsidentchaftswahlen 2008 SENNEWALD Ereignisbilder und Diskurspolitik
LÖFFLER Transformation des politischen Feldes WICHTERICH Frauen- und Genderpolitik in der Entwicklungszusammenarbeit



Verlag Barbara Budrich

Feminisierung der Politik?

Neue Entwicklungen und
alte Muster der Repräsentation

INHALT

EDITORIAL	7
SCHWERPUNKT: Feminisierung der Politik?	
Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation	9
BEATE HOECKER, ALEXANDRA SCHEELE	
Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation – Einleitung	9
SARAH CHILDS, MONA LENA KROOK	
Theorizing Women’s Political Representation: Debates and Innovations in Empirical Research	20
TATJANA RODE	
Der peruanische Kongress im Wandel. Die Entwicklung der parlamentarischen Repräsentation von Frauen in Peru	30
FRAUKE RUBART	
Finnland: EU-Staat mit Präsidentin und weiblicher Regierungsmehrheit	42
LARS HOLTkamp, SONIA SCHNITTKKE	
Erklärungsmodelle für die Unterrepräsentation von Frauen – Eine Analyse am Beispiel der Kommunalparlamente von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen	53
CHRISTIANE LEMKE	
Gender Gap: Repräsentation von Frauen und Gender-Themen bei den US-Präsidentenwahlen 2008	65
NADJA SENNEWALD	
Aschenputtel, Femme fatale und Eiserne Lady. Ereignisbilder und ihre Diskurspolitik am Beispiel von Angela Merkel, Gabriele Pauli und Hillary Clinton	79
MARION LÖFFLER	
Transformation des politischen Feldes als Chance für feministische Politik?	90
CHRISTA WICHTERICH	
Globale Verschwisterung im Log Frame? Zur Institutionalisierung von Frauen- und Genderpolitik in der Entwicklungszusammenarbeit	99

TAGESPOLITIK	111
SABINE HARK	
Die Scham ist vorbei – Feminismus Re-loaded	111
CHRISTINE KULKE	
Ein Friede, der mehr Mut braucht als der Krieg. Gedanken zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels	115
KERSTIN SEIFER	
Die Situation von Frauen in Afghanistan. Frauenbefreiung als Mittel zur Legitimierung des Krieges	120
MARIA WERSIG	
Zwei Jahre Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz. Reformbedarf in Deutschland und Weiterentwicklung der europäischen Antidiskriminierungspolitik	125
KIMIKO SUDA	
Die „Lala community“ in Beijing im Sommer 2008 – zur Selbstorganisation lesbischer Frauen in der VR China	129
 NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG	 133
Kurzmitteilungen	133
HEIKE KAHLERT, MARK KLEEMANN UND DOREEN KRUPPA	
Promotion – und was dann? Wissenschaftskarrieren in der Politikwissenschaft und Chemie im Geschlechtervergleich	137
SIGRID METZ-GÖCKEL	
Individualisierung auf die Spitze getrieben: Selbstbewusstsein und Karriere- orientierung als neue Variante des Feminismus? Kommentar zur Studie „Junge Frauen auf dem Sprung“	140
 ARBEITSKREIS „POLITIK UND GESCHLECHT“ IN DER DVPW	 145
Bericht des 8. Sprecherinnenrates	145
GABRIELE ABELS	
Bericht aus Vorstand und Beirat der DVPW	147
ANNETTE HENNINGER	
Bericht aus dem Ständigen Ausschuss für Fragen der Frauenförderung der DVPW (StAFF)	148

REZENSIONEN	149
JULIA LEPPERHOFF	
Gertraude Krell, Barbara Riedmüller, Barbara Sieben, Dagmar Vinz (Hg.): Diversity Studies. Grundlagen und disziplinäre Ansätze	149
BEATE RONNEBURGER	
Sylvia Marlene Wilz (Hg.): Geschlechterdifferenzen – Geschlechter- differenzierungen. Ein Überblick über gesellschaftliche Entwicklungen und theoretische Positionen	152
ANNELI RÜLING	
Christine Wimbauer, Annette Henninger, Markus Gottwald: Die Gesellschaft als „institutionalisierte Anerkennungsordnung“. Anerkennung und Ungleichheit in Paaren, Arbeitsorganisationen und Sozialstaat	155
MIRJAM DIERKES	
Frigga Haug: Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke	157
GABRIELE ABELS	
Karin Zimmermann, Sigrid Metz-Göckel: Vision und Mission. Die Integration von Gender in den Mainstream europäischer Forschung	159
HEIKE KAHLERT	
Christine Färber, Ulrike Spangenberg: Wie werden Professuren besetzt? Chancengleichheit in Berufungsverfahren	161
LYDIA SCHAMBACH-HARDTKE	
Silke Birgitta Gahleitner, Hans-Joachim Lenz (Hg.): Gewalt und Geschlechter- verhältnis. Interdisziplinäre und geschlechtersensible Analysen und Perspektiven ..	163
CLAUDIA BRUNNER	
Elisabeth Rohr, Ulrike Wagner-Rau, Mechthild M. Jansen (Hg.): Die halbierte Emanzipation? Fundamentalismus und Geschlecht	166
BETTINA KREMBERG	
Marion Stadlober-Degwerth: (Un)Heimliche Niederkunften. Geburtshilfe zwischen Hebammenkunst und medizinischer Wissenschaft	169

TAGUNGSBEOBACHTUNGEN 173

DAGMAR VINZ
Zwischen Anerkennung und Marginalisierung: Gleichstellungspolitik in Zeiten
von Exzellenz und Globalisierung. Tagung vom 25. bis 26. April 2008 in Bielefeld ... 173

MAGDALENA FREUDENSCHUSS
Umkämpfte Arbeit. Tagung vom 16. bis 18. Mai 2008 in Berlin 175

KATRIN BREMER
Frauenfragen sind Männerfragen sind Geschlechterfragen? 40 Jahre Neue
Frauenbewegung – Und jetzt? Konferenz vom 12. bis 14. Juni 2008 in Bochum 177

DAGMAR COSTANTINI
Schnittstellen//Transmissions. Feministische Wissenschaft und Wissenstransfer.
Tagung am 14. Juni 2008 in Fribourg (Schweiz) 179

HELLA BAUMEISTER
Programmierte Frauenarmut. Fachtagung am 17. Juni 2008 in Bremen 181

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS 183

Call for Papers. Heft 2/2009 der Femina Politica 183

Neuerscheinungen 186

AUTORINNEN DIESES HEFTES 189

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

nicht zuletzt der derzeitige US-Präsidentenwahlkampf, der mit der Nominierung einer konservativen Frau als Vize-Präsidentenwahlkandidatin der Republikaner eine ganz eigene Gender-Dynamik erhalten hat, zeigt: das Thema der politischen Repräsentation von Frauen ist nicht nur ein Klassiker, sondern auch ein Dauerbrenner der feministischen Politikwissenschaft.

Das neue Heft der Femina Politica beschäftigt sich mit dem Thema unter der Perspektive „Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation.“ Ein Rückblick auf die bisherigen Forschungen, neue theoretische Perspektiven und aktuelle Beobachtungen zur Repräsentation stehen im Mittelpunkt dieser Ausgabe.

Aktuelle Entwicklungen werden außerdem wie gewohnt in der Tagespolitik aufgegriffen. Einen neuen Titel haben wir den Tagungsberichten gegeben; sie heißen ab dieser Ausgabe „Tagungsbeobachtungen“, dies soll den Autorinnen von nun ab ein wenig mehr Freiheit bei der Beurteilung der besuchten Tagungen geben.

Wir wünschen Ihnen/Euch viel Spaß beim Lesen der aktuellen Femina Politica!

Ihre/Eure Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

1 | 2009 Gesundheitspolitik aus Geschlechterperspektive

2 | 2009 Feministische Postkoloniale Theorie – Politikwissenschaftliche Perspektiven

Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation

Einleitung

BEATE HOECKER, ALEXANDRA SCHEELE

Seit drei Jahren regiert in Deutschland mit Angela Merkel eine Bundeskanzlerin; in Frankreich kandidierte Ségolène Royal 2007 für das Präsidentenamt und kam bis in die Stichwahl, und in den USA griff Hillary Clinton 2008 nach der Präsidentenmacht, unterlag aber im Vorwahlkampf knapp ihrem Parteikollegen Barack Obama. Politische Spitzenpositionen, so scheint es, sind nicht länger eine sichere Bastion der Männer, vielmehr müssen sich diese zunehmend auf weibliche Konkurrenz einstellen.

Doch vielleicht trügt der Schein? Die empirischen Daten jedenfalls sprechen eine ganz andere Sprache. So ist Politik auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts nach wie vor eine männliche Domäne, und Frauen in politischen Spitzenpositionen sind keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Weltweit gibt es derzeit lediglich sieben gewählte weibliche Staatsoberhäupter, und auch die Zahl der amtierenden Regierungschefinnen ist mit insgesamt acht sehr überschaubar.¹ Auf der Ebene der nationalen Parlamente kommen nur 20 Länder auf einen Frauenanteil von über 30 Prozent, wobei aktuell Ruanda den Spitzenplatz einnimmt (European Commission 2008, 6).

Bemerkenswert ist, dass zu diesen 20 Ländern mit einer critical mass nicht die USA, aber immerhin acht Staaten der Europäischen Union zählen. Dieser Befund verweist auf eine durchaus dynamische Entwicklung der politischen Repräsentation von Frauen in Europa, die sich allerdings vorrangig auf die alten Mitgliedstaaten – und auch hier wiederum nur auf einen Teil von ihnen – erstreckt.

Die politische Repräsentation von Frauen in den Staaten der Europäischen Union

Betrachtet man die parlamentarische Repräsentation von Frauen innerhalb der 27 EU-Staaten im Einzelnen, dann zeigt sich folgendes: Aktuell stellen Frauen knapp ein Viertel (24%) aller Abgeordneten in den nationalen Parlamenten. Von diesem Durchschnittswert gibt es jedoch erhebliche Abweichungen. Mit 30 Prozent und mehr liegen nicht nur die traditionell als frauenfreundlich geltenden nordischen Staaten (Schweden, Finnland, Dänemark) deutlich darüber, sondern auch die Niederlande, Spanien, Belgien, Österreich und Deutschland. Unter dem Durchschnitt bleiben 18

Staaten, von denen wiederum sieben nicht einmal 15 Prozent erreichen. In die Rubrik mit unterdurchschnittlichen Frauenanteilen im nationalen Parlament fallen zudem alle zwölf neuen Mitgliedstaaten. Allein die Länder des Baltikums (Litauen, Estland, Lettland) sowie Bulgarien und Polen erreichen hier Frauenanteile von rund 20 Prozent und liegen damit in etwa gleichauf mit Luxemburg, Italien und Großbritannien. Die weiteren neuen EU-Staaten aus Zentral- und Osteuropa sowie die Mittelmeerinseln Malta und Zypern finden sich fast ausnahmslos am unteren Ende der Rangliste wieder.² Insgesamt erstreckt sich die Bandbreite der parlamentarischen Vertretung von Frauen innerhalb der EU-Staaten somit von 47 Prozent in Schweden bis 9 Prozent auf Malta (vgl. Tabelle 1).

Vergleicht man den aktuellen Stand mit früheren Daten, dann zeigt sich ein deutlicher Aufwärtstrend; so stieg der durchschnittliche parlamentarische Frauenanteil für die fünfzehn alten EU-Staaten in den letzten elf Jahren von 19 (1997) auf knapp 28 Prozent (2008), für die neuen Mitgliedstaaten im entsprechenden Zeitraum von 11 auf 16 Prozent. Damit fällt die Steigerungsrate unter den alten Ländern (+9 Prozentpunkte) erkennbar höher aus als unter den Beitrittsländern (+5 Prozentpunkte). Von einer „angemessenen“, geschweige denn paritätischen Vertretung der Frauen in den nationalen Parlamenten sind die EU-Staaten – mit wenigen Ausnahmen – gleichwohl noch immer weit entfernt. Entsprechendes gilt auch für das Europäische Parlament, das zurzeit auf einen Frauenanteil von 30 Prozent kommt.

Im Hinblick auf die politisch machtvollen Exekutiven ist zunächst festzustellen, dass innerhalb der Europäischen Union derzeit nur Finnland mit Tarja Halonen sowie Irland mit Mary McAleese ein weibliches Staatsoberhaupt vorweisen können, während allein in Deutschland eine Frau die Regierungsgeschäfte leitet. Für die nationalen Regierungen ergibt sich folgende Rangordnung:

Die Spitzengruppe mit einer weiblichen Regierungsbeteiligung von 40 Prozent und mehr bilden vier Staaten. Unangefochten auf Platz eins steht hier das kleine Finnland, in dem Frauen die Regierungsmehrheit (60 Prozent) stellen.³ An zweiter Stelle kommt Spanien mit einer paritätisch besetzten Regierung, gefolgt von Schweden (45 Prozent) und Belgien (40 Prozent). Fünf weitere Staaten, nämlich Deutschland, Dänemark, Österreich, Frankreich und Großbritannien, haben die 30-Prozent-Marke überschritten und können somit gleichfalls auf deutlich überdurchschnittliche Frauenanteile in ihren Regierungen verweisen. Die neuen Mitgliedstaaten dagegen bleiben – wie schon bei der parlamentarischen Vertretung – fast ausschließlich unter dem Durchschnitt von 26 Prozent (Ausnahme: Bulgarien und Polen). Weniger als 15 Prozent stellen Frauen in den Regierungen von sieben Staaten, darunter fünf Beitrittsländer (vgl. Tabelle 2).

Auch wenn sich in den letzten Jahren die durchschnittliche Regierungsbeteiligung von Frauen zumindest in den alten Mitgliedstaaten leicht erhöht hat, so ist die heutige Situation nach wie vor überaus unbefriedigend.⁴ Der für die Gleichberechtigung zuständige EU-Kommissar, Vladimir Spidla, konstatiert folglich: „... women are still

Tabelle 1: Frauen in den nationalen Parlamenten der EU-Staaten (Stand: Mai 2008)

Land	Wahljahr	Abgeordnete gesamt/Frauen	Frauenanteil in Prozent	Zum Vergleich 1997
Schweden	2006	349/164	47	40
Finnland	2007	200/83	42	34
Niederlande	2006	150/59	39	31
Dänemark	2007	179/68	38	33
Spanien	2008	350/127	36	22
Belgien	2007	150/53	35	12
Österreich	2006	183/60	33	26
Deutschland	2005	613/194	32	26
Portugal	2005	230/65	28	12
Luxemburg	2004	60/14	23	20
Litauen	2004	141/32	23	18
Bulgarien	2005	240/52	22	10
Italien	2008	629/133	21	11
Estland	2007	101/21	21	12
Polen	2007	460/93	20	13
Lettland	2006	100/20	20	8
Großbritannien	2005	646/126	20	18
Slowakei	2006	150/29	19	15
Frankreich	2007	577/105	18	6
Tschechien	2006	200/31	16	15
Griechenland	2007	300/44	15	6
Zypern	2006	56/8	14	5
Irland	2007	166/22	13	12
Slowenien	2004	90/11	12	8
Ungarn	2006	386/43	11	11
Rumänien	2004	330/31	9	7
Malta	2008	69/6	9	6
EU-Durchschnitt		7105/1694	24	17

Quellen: Angaben für 2008 nach Inter-Parliamentary Union, <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm> (30.7.2008); Angaben für 1997 nach Hoecker 1998 sowie Hoecker/Fuchs 2004.

Tabelle 2: Frauen in den nationalen Regierungen der EU-Staaten (Stand: Juni 2008)

Land	Frauen	Männer	Frauenanteil in Prozent
Finnland	12	8	60
Spanien	9	9	50
Schweden	10	12	45
Belgien	6	9	40
Deutschland	6	10	38
Dänemark	7	12	37
Österreich	5	9	36
Frankreich	13	25	34
Großbritannien	8	17	32
Niederlande	5	13	28
Bulgarien	5	14	26
Polen	5	15	25
Malta	2	7	22
Estland	3	11	21
Lettland	4	15	21
Litauen	3	11	21
Irland	3	12	20
Luxemburg	3	12	20
Italien	4	18	18
Slowenien	3	15	17
Ungarn	2	14	13
Slowakei	2	14	13
Portugal	2	15	12
Tschechien	2	16	11
Griechenland	2	16	11
Zypern	1	11	8
Rumänien	0	17	0
EU-Durchschnitt	127	484	26

Quelle: Europäische Kommission 2008 (http://ec.europa.eu/employment_social/women_men_stats/out/measures_out416_en.htm; aufgerufen am 1.8.2008)

under-represented in all spheres of power in most Member States and in the EU Institutions“ (European Commission 2008, 3).

Die Bedeutung von Quoten für die Repräsentation von Frauen

Die wichtige Frage, wie sich der unterschiedliche Stand der deskriptiven politischen Repräsentation von Frauen erklären lässt, beschäftigt die politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung seit vielen Jahren und ist noch längst nicht erschöpfend beantwortet (vgl. Celis/Childs 2008). Gleichwohl liegen inzwischen grundlegende Forschungsergebnisse vor, und insbesondere das so genannte „magische Dreieck“ hat sich als ein besonders fruchtbares Analyseraster erwiesen. Danach ist die politische Partizipation wie Repräsentation von Frauen – wie auch von Männern – generell abhängig von institutionellen, kulturellen sowie sozioökonomischen Faktoren, die wiederum untereinander verknüpft sind (Norris 1985; Hoecker 1998).

Unter den institutionellen Faktoren gelten Quoten als ein effektives Instrument, um die parlamentarische Repräsentation von Frauen deutlich zu verbessern. Am Beispiel von Deutschland, Belgien und Spanien, die alle über ein proportionales Wahlsystem verfügen, lässt sich diese Wirkung gut belegen.

In Deutschland waren Frauen jahrzehntelang nur marginal im Deutschen Bundestag repräsentiert, und bis 1987 lag der Frauenanteil unter 10 Prozent. Die Wende brachten erst parteiinterne Quoten (party quotas). So führte die SPD ab 1990 stufenweise eine Quote für alle Kandidaturen um öffentliche Ämter ein (1990: 25%; 1994: 33%), und seit 1998 muss ein Frauenanteil von 40 Prozent auf ihren Listen gewährleistet sein. In der CDU beträgt das 1996 beschlossene Quorum für öffentliche Ämter ein Drittel. Allein bei den Grünen sowie der Linkspartei bzw. PDS ist von Beginn an ein Frauenanteil von 50 Prozent auf den Wahllisten festgeschrieben. FDP und CSU dagegen konnten sich bis heute nicht zu einer solchen verbindlichen positiven Diskriminierung durchringen; sie setzen stattdessen auf rhetorische Frauenförderung, wobei substanzielle Erfolge bislang allerdings ausgeblieben sind. Die während der 1990er Jahre deutlich erhöhte Repräsentation von Frauen im Deutschen Bundestag, aber auch auf Landes- und kommunaler Ebene stellt somit vorrangig ein Ergebnis der quotierten Wahllisten bei SPD, Bündnis90/Die Grünen und PDS/Linkspartei dar und spiegelt sich in ihren jeweiligen fraktionsinternen Frauenanteilen eindrucksvoll wider.⁵

Einen anderen Weg als Deutschland hat Belgien mit gesetzlichen Quoten (legal quotas) beschritten. Auch in Belgien war die parlamentarische Repräsentation von Frauen lange Jahre nur gering und blieb bis einschließlich 1991 unter 10 Prozent. Da parteiinterne Quoten hier keine Wirkung zeigten, gelangten die belgischen Frauen nach Alison Woodward „zu der Überzeugung, dass nur Zwangsmaßnahmen – einschließlich Sanktionen – die Zusammensetzung der Wahllisten verändern können, denn die Art der Kandidatenrekrutierung sowie die Auswahlprozedur stellen mit die entscheidenden Hindernisse für Frauen dar“ (Woodward 1998, 35).

Im Jahr 1994 wurde das Tobback-Smet-Wahlgesetz verabschiedet, wonach die Wahllisten jedes Geschlecht mindestens zu einem Drittel berücksichtigen müssen. Nachteil dieses Gesetzes war allerdings, dass die Reihenfolge der KandidatInnen Sache der Parteien blieb, was zur Folge hatte, dass Frauen vorrangig auf den unteren Lis-

tenplätzen aufgestellt wurden. Diesen Fehler korrigierte der Gesetzgeber 2002 mit dem „Gesetz zur Gewährleistung einer ausgewogenen Vertretung von Männern und Frauen auf den Kandidatenlisten“. Danach darf sich die Zahl der Kandidaten jedes Geschlechts um nicht mehr als eins unterscheiden. Die Personen auf dem ersten und zweiten Listenplatz müssen zudem unterschiedlichen Geschlechts sein (vgl. European Commission 2008, 21). Diese gesetzliche Bestimmung führte zu einem sprunghaften Anstieg des Frauenanteils im belgischen Abgeordnetenhaus (2007: 35%), blieb aber dennoch deutlich unter 50 Prozent. Der Grund für den nur teilweisen Erfolg liegt darin, dass eine alternierende Aufstellung ab dem dritten Platz im Gesetz nicht vorgeschrieben ist, was den Parteien weiterhin die Möglichkeit gibt, ihre Kandidatinnen eher am Ende der Liste zu platzieren (vgl. Krook et.al. 2006, 209).

Einen großen Sprung nach vorn hat auch Spanien getan mit einem Frauenanteil im Parlament von aktuell 36 Prozent (1996: 22%). Verantwortlich für diesen Anstieg ist in erster Linie die Geschlechterquote in der Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE), die 1988 eingeführt wurde (25%) und seit 1997 mindestens 40 Prozent für jedes Geschlecht beträgt. Die zweite große Partei Spaniens, die konservative Volkspartei (PP), dagegen lehnt Quoten ab und setzt stattdessen auf Freiwilligkeit (vgl. International IDEA, 2008). Bei den jüngsten Wahlen zum spanischen Nationalparlament (2008) galt erstmals ein neues Wahlgesetz, wonach jedes Geschlecht auf den Wahllisten der Parteien mindestens zu 40 Prozent und maximal zu 60 Prozent berücksichtigt sein soll. Diese gesetzliche Bestimmung brachte jedoch keine weitere Erhöhung des parlamentarischen Frauenanteils, vielmehr sind Spaniens Frauen 2008 ebenso wie schon 2004 mit 36 Prozent im nationalen Parlament vertreten. Seine Regierung dagegen hat der im Amt bestätigte sozialistische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero strikt paritätisch besetzt und zudem auch das in den meisten Ländern männlich besetzte Verteidigungsministerium einer Frau übertragen.

Wie diese Beispiele zeigen, können gesetzliche, aber auch parteiinterne Quoten für Wahllisten sehr wirkungsvoll sein, um mehr Frauen in politische Verantwortung zu bringen. Dies gilt, wie der Beitrag von Holtkamp und Schnittke in diesem Heft zeigt, nicht nur auf Bundes- oder Länderebene, sondern auch auf kommunaler Ebene, wo die Unterrepräsentanz von Frauen häufig damit erklärt wird, dass sich keine geeigneten Kandidatinnen finden lassen konnten und das politische Interesse von Frauen geringer ausgeprägt sei.

Wichtig ist allerdings die konkrete Ausgestaltung der Quoten: So müssen sie einen relevanten Anteil fixieren, verbindlich sein und sich zudem – im Falle eines Verhältniswahlsystems – explizit auch auf die aussichtsreichen Listenplätze beziehen. Gleichwohl bewirken Quoten keine Wunder; zwar verändern sie die parteiinternen Rekrutierungsmuster zugunsten der weiblichen Parteimitglieder, strukturelle Barrieren für Frauen aus dem gesellschaftlichen Bereich jedoch setzen sie nicht außer Kraft. Politik als Beruf muss für Frauen nicht nur ein erstrebenswertes Ziel, sondern auch machbar sein, d.h. vereinbar mit Anforderungen aus anderen Lebensbereichen. Auf diesen Gesichtspunkt weist auch Drude Dahlerup hin, wenn sie mit Blick auf

internationale Erfahrungen bezüglich Quoten resümierend feststellt: „It is important to keep in mind, (...) that without large structural changes in society the inclusion of women in political institutions will not lead to any long-term political empowerment of women“ (Dahlerup 2006, 306).

Über die deskriptive Repräsentation hinaus

Die feministische politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der politischen Repräsentation erschöpft sich aber keineswegs in der kritischen Bestandsaufnahme der noch immer deutlichen Unterrepräsentanz von Frauen in Parteien, Parlamenten und Regierungen, ihren Ursachen und den Möglichkeiten für eine gleiche und gleichberechtigte Teilhabe und Mitsprache. Vielmehr schließen sich an das Problem der unzureichenden deskriptiven Repräsentation von Frauen weitere zu analysierende Aspekte an.

Im Rahmen des *critical mass*-Ansatzes wird beispielsweise analysiert, ab welcher Schwelle eine numerische Erhöhung von Frauen überhaupt zu qualitativen Veränderungen von Politikgehalten, Strategien zu ihrer Umsetzung oder auch der politischen Kultur führt; andere Forschungen zeigen, dass nicht nur die Zahl, sondern auch der politische und parlamentarische Kontext zu berücksichtigen sind (vgl. Childs und Krook in diesem Heft). In diesem Zusammenhang ist insbesondere kritisch zu diskutieren, welche Erwartungen und Inhalte mit einer verstärkten Repräsentation von Frauen verbunden werden. Realpolitik und die Repräsentationsforschung haben deutlich gemacht, dass die (symbolische) Vertretung einer Gruppe (Frau sein bzw. „standing for“) und das (substanzielle) Handeln für eine Gruppe (für Frauen handeln bzw. „acting for“) als Spannungsverhältnis zu beschreiben ist. So ist nicht zwingend davon auszugehen, dass eine paritätische Vertretung von Frauen in politischen Entscheidungspositionen automatisch zu einer besseren Interessenvertretung von Frauen beiträgt. Darüber hinaus stellt sich die Frage, worin diese Interessenvertretung bestehen könnte. Schließlich handelt es sich bei Frauen weder um eine homogene Gruppe mit kollektiver Identität, noch lässt sich in Anbetracht der Überschneidung von verschiedenen Ungleichheitsdimensionen, wie sie derzeit wieder im Zuge der Intersektionalitätsdebatte problematisiert wird, von einem kollektiv geteilten Fraueninteresse ausgehen. Die britische Politikwissenschaftlerin Anne Phillips (1995) hat deshalb vorgeschlagen, den Begriff des Interesses durch Bedürfnis zu ersetzen und knüpft damit an die Überlegung an, dass es lebenslaufspezifische geteilte Problemlagen von Frauen gibt (z.B. Kinder und daraus folgend die Herausforderung, Vereinbarkeits- und Care-Probleme zu lösen), die von der Politik stärker berücksichtigt werden müssen.

Schließlich bleibt das Thema der politischen Repräsentation nicht nur auf den Bereich der institutionellen Politik, insbesondere Parteien und Parlamente beschränkt. Zum einen werden bestimmte Themen auf ganz anderen Ebenen verhandelt (supranational, regional und lokal). Zum anderen bleibt möglicherweise eine Erhöhung des Anteils von Frauen in den demokratisch legitimierten Arenen insofern ohne subs-

tanzielle Einflussnahme, weil diese selbst an Bedeutung verlieren („Entmachtung der Parlamente“) gegenüber der Ministerialbürokratie oder Lobbygruppen und Wirtschaftsverbänden.

Damit wird der Blick auf die demokratische Legitimierung von Entscheidungsgremien und politischen Prozessen gelenkt. Einerseits wird mit dem Governance-Ansatz Hoffnung auf eine weitere Demokratisierung gesetzt, da damit ein weiterer Politikbegriff und inklusive, partizipatorische Verhandlungsregime und die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure verbunden werden, wodurch sich potenziell auch die Einflusschancen von Frauen verbessern könnten (vgl. Holland-Cunz 2004). Zu überlegen ist jedoch andererseits, inwieweit die politische Repräsentation von Frauen im politischen System durch die Einrichtung von ExpertInnen-Kommissionen, die beratend auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen sollen, nicht tendenziell konterkariert wird, wie Ingrid Kurz-Scherf (2002) am Beispiel der „Hartz“-Kommission argumentiert. Dadurch, dass diese Gremien vielfach durch VertreterInnen der Wirtschaftsverbände oder aus den Führungsetagen von Wirtschaft, Gewerkschaften oder auch Wissenschaft besetzt werden, in denen Frauen mangels regulativer Instrumente nicht so gut vertreten sind, finden sich dann in diesen Gremien häufig keine (z.B. Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit) oder kaum Frauen (z.B. „Hartz-Kommission“). Kurz-Scherf äußert sogar die Befürchtung, dass „parlamentarische Politikstrukturen in dem Maße, wie sie sich der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen öffnen, an Bedeutung gegenüber außerparlamentarischen, von ‚der Wirtschaft‘ und damit von Männern dominierten Politik- und Machtstrukturen“ (Kurz-Scherf 2002, 87) verlieren. Sie vergleicht diesen Prozess mit dem Geschlechtswechsel von Berufen und ihrer damit einhergehenden Abwertung in der Berufs- und Einkommenshierarchie, die von Angelika Wetterer ausführlich demonstriert wurde (Wetterer 2002).

Zu den Beiträgen dieses Heftes

Sarah Childs und *Mona Lena Krook* geben in ihrem Beitrag einen Überblick über den Stand der Forschungen zum Zusammenhang zwischen der deskriptiven und der substantziellen Repräsentation von Frauen. Diese reichen von der critical mass-Perspektive über die politischen und parlamentarischen Kontexte zu der Frage, inwieweit die Zugehörigkeit zu einer Genusgruppe gleichzusetzen ist mit einer Gruppenidentität für diese Genusgruppe und was überhaupt als ein Anliegen von Frauen bzw. ein Fraueninteresse bezeichnet werden kann und schließlich zu den Dynamiken im Policy-Making-Prozess. Aus diesem Überblick entwickeln Childs und Krook in ihrem Resümee Anregungen für die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema Frauen und Politik. Dabei warnen sie davor, Forschungsdesigns auf Annahmen zu begründen, die in vorhergehenden Untersuchungen bereits falsifiziert wurden, wie z.B. die, dass das Vorhandensein von mehr Frauen automatisch zu einer besseren Repräsentanz von Fraueninteressen führe. Vielmehr müsse in der Repräsentationsforschung viel diffe-

renzierter untersucht werden, wie, in welchen Kontext, von wem und unter welchen Bedingungen welches Anliegen verhandelt werden könne.

Nach dieser forschungskonzeptionellen Einführung wird in den Beiträgen von *Tatjana Rode* und *Frauke Rubart* die Repräsentation von Frauen in zwei ganz unterschiedlichen Ländern analysiert. *Tatjana Rode* geht in ihrem Beitrag anhand kultureller, soziostruktureller und institutioneller Faktoren der Frage nach, wie es dazu kam, dass der Frauenanteil im peruanischen Kongress seit den 1990er Jahren mehr als vervierfacht werden konnte. Sie zeigt, dass Peru noch immer ein stark vom Machismo geprägtes Land ist, weshalb sich dieser Anstieg kaum mit kulturellen Veränderungen erklären lassen kann, sondern vielmehr die anderen beiden Faktoren eine große Bedeutung haben. Zum einen die verbesserte Bildungssituation von Mädchen und jungen Frauen und die damit auch verbesserten Arbeitsmarktschancen – insbesondere im öffentlichen Bereich – haben sich positiv auf die Partizipationsmöglichkeiten ausgewirkt. Zum anderen wurde eine Quotenregelung eingeführt, die zu einer verstärkten Nominierung und besseren Platzierung von Kandidatinnen geführt hat. Die Republik Finnland hat seit dem Jahr 2000 ein weibliches Staatsoberhaupt, was für *Frauke Rubart* den Anlass gibt, die Entwicklung der zahlenmäßigen Vertretung von Frauen in der finnischen Politik darzulegen und zu untersuchen, ob dies auch als Symbol für gleiche Chancen in der finnischen Politik gewertet werden kann. Auf der Basis ihrer Analyse kommt Rubart zu einer sehr positiven Bewertung. So stehe Finnland bezüglich des Geschlechterverhältnisses in der Politik ebenso vorbildlich da wie 1906, als es als erster Staat in Europa das Frauenstimmrecht eingeführt hatte und es sei durchaus möglich, meint Rubart, dass demnächst finnische Kinder ihre Eltern fragen werden, ob auch ein Mann Präsident werden könne. Da die derzeitige Präsidentin Tarja Halonen darüber hinaus für weitere fördernde Maßnahmen plädiere, um die traditionellen Geschlechtmuster weiter aufzubrechen, könne durchaus von einer Veränderung der politischen Kultur gesprochen werden.

Lars Holtkamp und *Sonia Schnittke* wenden sich in ihrem Beitrag der kommunalen Ebene zu und analysieren, warum Frauen dort unterrepräsentiert sind. Mit einer multivariaten Analyse der Großstädte in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg untersuchen sie die drei Faktoren Kandidatenpool, Parteiorganisation als Gatekeeper und Wählermarkt, die vielfach als Erklärungsvariablen herangezogen werden. Holtkamp und Schnittke kommen zu dem Ergebnis, dass der Faktor Parteiorganisation über die Quotierungsthese die Varianz der Repräsentanz von Frauen in den Kommunalparlamenten am stärksten erklärt. Das bedeutet, dass das diskriminierende Verhalten von Männern in den Parteien und eine nur gering ausgeprägte Förderbereitschaft gegenüber weiblichen „Konkurrenz kandidaturen“ als Hauptursachen gesehen werden können, warum der Anteil von Frauen auf der kommunalen Ebene oftmals so gering ist.

Christiane Lemke setzt sich in ihrem Beitrag mit den Vorwahlen der demokratischen US-Präsidentschaftskandidaten auseinander, bei der mit Hillary Clinton erstmalig in der Geschichte des Landes eine Frau derartige Erfolge erzielen konnte – auch wenn

sie schließlich gegen Barack Obama eine Niederlage erlitten hat und nicht als Kandidatin aufgestellt wurde. Lemke untersucht, in welcher Form Frauen in der amerikanischen Politik heute präsent sind und welche Rolle Gender-Themen im politischen Diskurs einnehmen. Dabei zeigt sie, dass es Hillary Clinton u.a. erfolgreich gelungen ist, Frauen bzw. Frauenorganisationen für sich zu gewinnen, wobei weniger ihr „Frausein“ als vielmehr die inhaltliche Präferenz von Frauen für die Demokratische Partei ein förderlicher Faktor war. Aus der Analyse wird jedoch deutlich, dass sich die Frauenbewegung in den USA in ihren Anliegen ausdifferenziert hat. So sind seit den 1980er Jahren sehr konservative frauenpolitische Akteure aufgetreten, die, oftmals religiös fundiert, traditionelle Werte vertreten und weitere Gleichstellungsbemühungen zu Fall gebracht haben. Darüber hinaus ist die amerikanische Gesellschaft durch die Überschneidung von Ungleichheitsdimensionen charakterisiert, so dass Geschlecht nur ein Aspekt neben der sozialen Lage und der ethnischen Zugehörigkeit ist.

Nadja Sennewald analysiert medial breit diskutierte „Bildereignisse“, die bestimmte kollektive Symboliken transportieren – in diesem Fall zur Diskursverknüpfung Frauen und Macht. Anhand des „Dekolletee-Bildes“ (Angela Merkel), des „Latex-Bildes“ (Gabriele Pauli) und des „Tränen-Bildes“ (Hillary Clinton) analysiert Sennewald, wie auf unterschiedliche Art und Weise die „Femininität“ der Politikerinnen verhandelt wird. So tragen die Bilder von Angela Merkel zur Osloer Operneröffnung dazu bei, dass diese nicht mehr als Politikerin wahrgenommen wird, sondern in erster Linie als (sexualisierte) Frau, was zugleich mit einem Verlust der ihr zugeschriebenen Macht einhergeht. Im Unterschied dazu versuchte Gabriele Pauli das mit ihr assoziierte Bild der „Königsmörderin“ zu überzeichnen und ließ sich als *Femme fatale* inszenieren – was allerdings zu einem realen Machtverlust führte. Im Diskurs über das Bild der weinenden Hillary Clinton, die sich im Vorwahlkampf oftmals als „eiserne Lady“ dargestellt fand, wurde in erster Linie die Authentizität des Gefühlsausbruches verhandelt. Sennewald kommt zu der ernüchternden Einschätzung, dass mächtige Frauen im medialen Diskurs auf ihre Femininität hin geprüft werden und dabei fast immer nur verlieren – entweder weil sie einen Mangel oder einen Überschuss an Femininität aufweisen.

Marion Löffler überprüft in ihrem theoretischen Beitrag die dem realistischen Politikverständnis entsprechende theoretische Konzeption von Politik daraufhin, ob sie einerseits Frauen in der Politik, andererseits auch „feministische Politik“ zu erklären vermag. Mithilfe der feministischen Weberkritik zeigt Löffler, wie sehr dieser Politikbegriff maskulinistisch geprägt ist und nimmt Pierre Bourdieus Analyse des „politischen Feldes“ hinzu, um die Regeln des politischen Spiels genauer zu analysieren. Die deskriptive Repräsentanz von Frauen zeigt, dass diese zwar verstehen, das politische Spiel erfolgreich zu spielen, aber noch nichts darüber ausgesagt werden kann, ob damit auch eine Transformation des politischen Feldes verbunden ist. Löffler geht mit Bourdieu davon aus, dass es in der Politik um die Durchsetzung gesellschaftlicher Sicht- und Teilungsprinzipien geht, was sie als ein zentrales Hindernis für die Durch-

setzung von feministischen Ideen ansieht, da diese u.a. das Ziel verfolgen, das Prinzip der Di-Vision in Frage zu stellen.

Der letzte Beitrag setzt sich mit der Repräsentation von Frauen in einem ganz anderen Kontext auseinander. *Christa Wichterich* untersucht am Fallbeispiel des kirchlichen Hilfswerks „Brot für die Welt“, wie das Selbst-Empowerment von Frauen und die „politics of the inside“ (Staudt) die Institutionalisierung von Frauen- und Genderthemen in der Entwicklungszusammenarbeit vorgebracht haben. Dabei führte die frauenpolitische Kritik an der überwiegend androzentrischen Auffassung von Hilfe dazu, dass auch innerhalb der Organisation Gleichstellungspolitik von oben vorgebracht werden konnte. Wichterich sieht den Status quo kritisch. Einerseits konnten Genderthemen weiter institutionalisiert werden und haben insbesondere auch im Kontext der Gender Mainstreaming Strategie einen hohen Stellenwert, andererseits sei zu beobachten, dass der emanzipatorische Anspruch, der mit dem Projekt der Geschlechtergerechtigkeit (sowohl in der personellen Repräsentation von Frauen als auch bezogen auf die vom Hilfswerk formulierten Ziele) verbunden war, tendenziell verloren gehe und das politische Projekt zu einem überwiegend technischen werde. Insofern schließt dieser letzte Beitrag gewissermaßen den Kreis und kann als Bestätigung dessen gelesen werden, was Childs und Krook bezogen auf das Verhältnis zwischen deskriptiver und substanzieller Repräsentation betont haben. Eine verbesserte Beteiligung von Frauen in Organisationen und in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen bleibt ein zentrales demokratisches Gebot und frauenpolitisches Ziel. Ob damit jedoch auch frauenpolitische Themen besser platziert werden können und wie diese überhaupt aussehen, ist jedoch von vielen Faktoren abhängig und bedarf weiterer feministischer Analyse.

Anmerkungen

- 1 Weibliche Staatsoberhäupter haben zurzeit Argentinien, Chile, Finnland, Indien, Irland, Liberia und die Philippinen. Eine Regierungschefin gibt es neben Deutschland in Neuseeland, Mosambik, der Ukraine, Moldawien, auf Haiti, den Niederländischen Antillen und den Aland Inseln (vgl. www.guide2womenleaders.com 30.7.2008).
- 2 Ausführlich zur Entwicklung in den Beitrittsländern vgl. Hoecker/Fuchs (2004) sowie Sloot (2005).
- 3 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Frauke Rubart in diesem Heft.
- 4 Der Europäischen Kommission zufolge stieg die weibliche Regierungsbeteiligung von 24 Prozent (1999) auf 27 Prozent (2007) an (vgl. European Commission 2008, 24).
- 5 Zwischen 1990 und 2002 stieg der Frauenanteil im Deutschen Bundestag von 20,5 auf rund 33 Prozent; seitdem allerdings stagniert er (vgl. Hoecker 2008, 12).

Literatur

Celis, Karen/**Childs**, Sarah, 2008: „Introduction: The Descriptive and Substantive Representation of Women: New Directions“. Parliamentary Affairs. Special Issue: The Political Representation of Women. Vol. 61 No. 3, 419-425.

Dahlerup, Drude, 2006: „Conclusion“. In: Dies. (Hg.): Women, Quotas and Politics. London/New York, 293-307.

European Commission, 2008: Women and Men in Decision-Making 2007. Analysis of the Situation and Trends. Luxembourg.

Hoecker, Beate (Hg.), 1998: Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa. Band I: Die Mitgliedstaaten. Opladen.

Hoecker, Beate, 2008: „50 Jahre Frauen in der Politik: späte Erfolge, aber nicht am Ziel“. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“. Nr. 24-25, 10-18.

Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (Hg.), 2004: Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten. Wiesbaden.

Holland-Cunz, Barbara, 2004: „Demokratie, Staatsbürgerschaft, Partizipation.“ In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.), 2004: Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien, 127-148.

International IDEA and Stockholm University, 2008: Global Database of Quotas for Women. <http://www.quotaproject.org/displayCountry.cfm> [2.8.2008].

Krook, Mona Lena/Lovenduski, Joni/Squires, Judith, 2006: „Western Europe, North America, Australia and New Zealand“. In: Dahlerup, Drude (Hg.): Women, Quotas and Politics. London/New York, 194-221.

Kurz-Scherf, Ingrid, 2002: „Hartz und die Frauen, oder: Auf dem Weg in die autoritäre Gesellschaft“. Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 11. Jg. H. 2, 87-90.

Norris, Pippa, 1985: „Women’s Legislative Participation in Western Europe“. West European Politics. No. 4, 92-101.

Phillips, Anne, 1995, Geschlecht und Demokratie. Hamburg.

Sloat, Amanda, 2005: Fixing an Old Divide: The Political Participation of Women in an Enlarged Europe. <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/nispace/unpan018544.pdf>.

Woodward, Alison, 1998: „Politische Partizipation in Belgien: die gespaltene Frau“. In: Hoecker, Beate (Hg.): Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa. Band I: Die Mitgliedstaaten. Opladen, 17-39.

Wetterer, Angelika, 2002: Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion: „Gender at Work“ in theoretischer und historischer Perspektive. Konstanz.

Theorizing Women’s Political Representation: Debates and Innovations in Empirical Research¹

SARAH CHILDS, MONA LENA KROOK

Introduction

Political representation is a core topic in research on women in politics. Political theorists have focused on developing a wide range of normative arguments for increasing women’s political presence. They suggest that women’s exclusion from spheres of political decision-making is unfair and undemocratic, leads women’s interests to be overlooked, and does not allow society to benefit from women’s potential contributions to the political process (Mansbridge 1999; Phillips 1995; Young 2000). Infor-

med by this work, political scientists subject these assumptions to empirical analysis by asking questions like “Do women act for women?” and “Do women in politics make a difference?” They are especially interested in knowing whether an increase in the number of women in political office, or women’s descriptive representation, results in greater attention to women’s policy concerns, or women’s substantive representation. Following Hanna Pitkin’s (1967) view that substantive representation is the central and most important type of political representation, some go so far as to assert that the number of women matters only if the women elected are “distinct” in some way from men, for example in their policy priorities and legislative activities (Cowell-Meyers 2001; cf. Phillips 1995).

Empirical studies employ diverse approaches to explore links between the descriptive and substantive representation of women. Together, they focus on five aspects of this relationship: (1) how numbers affect when and whether women to act for women, (2) how political contexts and parliamentary dynamics influence women’s legislative behaviour, (3) how identities and interests inform the legislative process, (4) whether women pursue women’s interests or prioritize women’s issues once they reach political office, and (5) whether women have an impact on the policy-making process. The guiding assumptions of this literature, sometimes explicit but often implicit, is that women’s greater presence will produce a “critical mass” in favour of women-friendly policy change, context is less important than commitment to change, sex and gender are primary modes of political identification, women’s interests and issues exist “out there” to be brought into the policy process, and voting patterns can offer a good measure of women’s impact. When these assumptions have been transformed into testable hypotheses, the evidence has been mixed. Some studies find that the presence of women does indeed alter legislative discourses, proposals, debates, and outcomes (Carroll 2001; Grey 2002; Swers 2002). However, others uncover little or no difference in the styles and behaviours of male and female office-holders (Crowley 2004; Gotell and Brodie 1991; Tremblay/Pelletier 2001).

The inconclusive nature of these results suggests that more nuanced and comprehensive frameworks are needed to understand links, and the absence of links, between women’s descriptive and substantive representation. To this end, this article reviews a series of debates in the literature regarding numbers, contexts, identities, issues, and policy-making processes. Within each set of debates, it outlines recent innovations in strategies for analyzing the complex dynamics behind existing patterns of political representation. Viewed together, these discussions offer considerable leverage for explaining what otherwise appear to be puzzling patterns, given the range of current assumptions about women’s legislative behaviour. The aim of this exercise is to enable scholars to devise more effective research designs to generate better knowledge regarding women’s political presence. The article concludes with a synthesis of these insights to offer a way forward for future research on questions of political representation.

Numbers and Proportions

A common explanation for instances where women do not appear to act for women is that there are simply too few women to make a difference. This argument suggests that women are not likely to have a significant impact until they grow from a few token individuals into a considerable minority, or a “critical mass”, of all legislators (Dahlerup 1988). Such intuitions have gained wide currency as a justification for measures like quotas to bring more women into political office. Many international organizations, for example, advocate that their member states aim for 30% women in decision-making positions, on the grounds that 30% constitutes the point at which women may become a critical mass in favour of women-friendly policy change. As a result, many countries have adopted quota policies specifying that women form at least 30% of all candidates and/or those elected to political office (Krook forthcoming).

These assertions are supported by studies showing that legislatures with high proportions of women introduce more bills on women’s issues than assemblies where women’s numbers are low (Franceschet/Piscopo 2008; Thomas 1994). Other work reveals that as women occupy more seats, the number and rate of enactment of bills on women’s issues increases, including as a total proportion of the legislation that women introduce (Saint-Germain 1989). These changes are explained in terms of a more supportive legislative environment linked to the presence of more women, which leads even those who do not view themselves as representatives of women to act on their behalf (Flammang 1985).

A growing literature, however, is sceptical of the magic of numbers. Testing the impact of a “critical mass”, defined at levels ranging from 10% to 40% (cf. Beckwith/Cowell-Meyers 2007; Childs 2004; Grey 2002; Thomas 1994), this research finds that policy change does not automatically follow from an increase in the proportion of female legislators. To make sense of these patterns, it focuses on identifying the conditions that may prevent individual women from pursuing reforms on behalf of women as a group. These include party discipline (Beckwith/Cowell-Meyers 2007; Childs 2004), institutional norms (Franceschet 2008; Kathlene 1995), legislative inexperience (Beckwith 2007; Cowley/Childs 2003), and the external political environment, including the electoral system (Zetterberg 2008).

When these various studies are compared, five scenarios emerge as to what may occur as women’s numbers increase (Childs/Krook 2006). This diversity suggests that the critical mass perspective may oversimplify links between descriptive and substantive representation in ways that offer little analytical leverage for understanding women’s legislative behaviour. Yet, it is possible to transform these scenarios into five hypotheses, which can serve as a more fruitful starting point for matching theory to evidence. The first is that as women grow more numerous, they may be able to form strategic coalitions with one another to promote legislation on women’s concerns (Thomas 1994). Second, the presence of more women may influence men’s behaviour in a feminist direction, causing both male and female legislators to pay more

attention to women's issues (Flammang 1985). Third, in strong contrast to the critical mass viewpoint, increased numbers of women may instead provoke a backlash among male legislators, who may employ a range of measures to obstruct women's policy initiatives and keep them outside positions of power (Kathlene 1995).

The fourth hypothesis suggested by findings in the literature is that women may in fact be more effective when they form a smaller, rather than a larger, proportion of legislators. On the one hand, their small numbers may enable them to specialize in women's concerns without appearing to undermine male domination (Crowley 2004; Dodson/Carroll 1991). On the other hand, in the absence of a large proportion of women, a well-organized women's caucus may act as a functional substitute by coordinating the actions of the few women in the legislature (Reingold 2000; Thomas 1994). Fifth, as women's numbers grow, the women elected may become increasingly diverse, leading fewer to act for women. This may be because their priorities lie elsewhere, or because they believe that other female legislators will continue to lobby on behalf of women as a group (Carroll 2001; Schwindt-Bayer 2006). Such dynamics may intensify the need for individual policy entrepreneurs to motivate the support of overt and "closet" feminists for women-friendly policy change (Chaney 2006; Childs/Krook 2006).

Political and Parliamentary Contexts

Asking whether women's presence makes a difference tends to frame the investigation in terms of women's agency – and will – to effect policy change. Yet, most studies find that political and parliamentary contexts play a major role in shaping opportunities to translate policy preferences into legislative initiatives on behalf of women. These factors may constrain or enable women to act for women. Synthesizing them is thus crucial for building up more systematic insights on women's legislative behaviour to identify the conditions that may facilitate or undermine links between women's descriptive and substantive representation. For example, rules and norms of political institutions often embody a bias towards men's experiences and authority (Hawkesworth 2003; Mackay 2008). In many instances, these compel women to conform to masculine practices in ways that undermine their ability to integrate women's perspectives in policy-making (Cowell-Meyers 2001).

These challenges may be compounded by the fact that women generally do not occupy high ranking posts in important legislative committees (Norton 1995) and often face repeated challenges to their leadership when they do as a result of gendered norms of power (Kathlene 1995). Further, their relative "newness" may mitigate their potential to influence policy due to their lack of legislative experience (Beckwith 2007; cf. Cowley/Childs 2003). At the same time, however, there may be other rules and norms that promote women's participation and coordinate joint action on women's concerns, like women's caucuses and women's policy machineries (Chaney 2006; Reingold 2000). Similarly, women's access to legislative committees enables them

to influence policy-making from an insider position that was previously unavailable (Swers 2002).

Party affiliation and ideology also have an important impact on women's legislative activities. Most directly, mechanisms of candidate selection determine which women are elected (Gotell/Brodie 1991; Zetterberg 2008). At the same time, norms of party discipline strongly influence the policy positions they are likely to take once in political office (Cowley/Childs 2003). Yet, distinct party ideologies also create varied opportunities for women to pursue feminist policy concerns. While right-wing parties tend to favour more traditional roles for women, left-wing parties can be more open to new opportunities and responsibilities for women and men (Dodson/Carroll 1991). Consequently, the party in power may be crucial in shaping the broader political climate in terms of the emergence and resonance of women-friendly policy concerns (Reingold 2000). This climate may also be informed in important ways by the rise of neo-liberalism, military conflict, recent democratic transition, and the presence of strong women's movements (Beckwith/Cowell-Meyers 2007; Weldon 2002).

Identities and Interests

Studies of women's legislative behaviour often assume – and later discount – sex and gender as primary modes of political identification. This approach has its roots in normative arguments that attempt to discern a shared perspective among women as a group to justify calls for increasing their political presence (Mansbridge 1999; Phillips 1995; Young 2000). Yet, the bulk of empirical work on women's substantive representation emphasizes divisions among women, like race, class, age, and party affiliation, which may prevent the formulation of a collective legislative agenda (Dodson/Carroll 1991; Swers 2002). This diversity suggests that it is crucial to explore how individual identities and interests facilitate, as well as undermine, cooperation among women in political office. Doing so is important for both theoretical and political reasons. As many feminists note, defining a category like “women” may serve to reify one difference while obscuring others (Carroll 2001). By the same token, it is necessary to avoid equating the promotion of feminist policy concerns with the substantive representation of women by eliding women's bodies with feminist minds (Celis et al. 2008; Childs 2004). As various studies have shown, being female may matter less than “gender consciousness” for achieving feminist outcomes (Reingold 2000; Tremblay/Pelletier 2000). Indeed, women may come to office for reasons related to more traditional aspects of their gender identities, for example in their capacity as mothers or as substitutes for their male relatives (Franceschet 2005).

These concerns overlap with debates in the literature on the need to establish differences in the behaviour of women and men in political office. Some claim that women only have an impact when they do not act in the same way as men (Cowell-Meyers 2001; Phillips 1995). However, it is possible to explain convergence according to at least four distinct scenarios, which together present an important methodological critique of this approach, suggesting that it may be more fruitful to explore a variety

of dynamics in the actions of both women and men. First, women and men may share the same policy priorities, but diverge in their support for feminist issues and willingness to propose legislation on such issues (Dodson/Carroll 1991; Schwindt-Bayer 2006). Second, the increased presence of women may lead men to show more interest in women's issues, either to promote women's autonomy or – more ominously – to restrict advances in women's status (Norton 1995; Reingold 2000). Third, the presence of anti-feminist women and pro-feminist men may even out the aggregate balance of preferences across women and men as groups (Chaney 2006; Tremblay and Pelletier 2000). Fourth, gendering processes may silence women by pressuring them to conform to positions taken by men or blocking their opportunities to freely articulate their own views (Hawkesworth 2003). Understanding the dynamics beneath these patterns also has important political undertones, as discourses of “difference” not only retain an emphasis on women as the sex with special interests and experiences, but also place undue responsibility on the shoulders of individual women and enable opponents to argue on the basis of similarities against further increases in women's representation (Childs/Krook 2006).

Women's Interests and Issues

In addition to focusing on women as actors, attempts to analyze links between women's descriptive and substantive representation also often implicitly assume that women's interests and issues exist prior to the policy process. However, despite this faith in easily identifiable interests, scholars – as well as activists and politicians – in fact adopt a range of distinct definitions of “women's interests” and “women's issues”. This pattern in itself undermines assertions that such issues are a matter of common agreement. Rather, scholars define these to include policies that achieve equality for women (Tamerius 1995), address women's special needs (Meyer 2003; Schwindt-Bayer 2006), or enable women to undertake their traditional roles as caregivers (Swers 2002). They may also involve any issues of concern to the broader society, on the grounds that all issues are women's issues in some way (Mackay 2001). As a result, lists of “women's interests” may cover issues as diverse as, and encompass opposing positions on, abortion, childcare, divorce, domestic violence, equal pay, equal rights, family issues, parental leave, pensions, rape, reproductive rights, sexual harassment, women's health, and work/life balance.

Several further debates appear across the literature. One concerns the distinction between feminist and non-feminist classifications of women's concerns. Most scholars appear to prefer definitions that focus on role change for women through increases in autonomy and the scope for personal choice (Childs/Withey 2006; Dodson/Carroll 1991; Reingold 2000; Tremblay/Pelletier 2000). Yet, echoing the difference between women's strategic and practical interests put forth by Maxine Molyneux (1985), others opt for more inclusive definitions that capture a broader range of issues affecting women's everyday lives (Swers 2002). A second debate involves the static versus fluid nature of women's interests. Although much of the literature defines

these a priori, a pair of recent studies suggests that a better approach is to examine the concerns articulated by women's movements at various moments in time. This method allows "women's issues" to remain context-related and subject to evolution (Celis 2006), as a collective product that emerges as women interact with other women to identify their priorities (Weldon 2002).

A third divide concerns the spatial and temporal scope of "women's issues". Nearly all existing research on women's representation analyzes political dynamics in developed countries and restricts its focus to the contemporary period. This may explain why scholars tend to focus on issues like reproductive rights and maternity leave. New work on the developing world, however, points out that "women's issues" can also include access to water, child marriage, land ownership, inheritance, dowry, genital cutting, and university admissions (Tripp 2001). Similarly, studies that explore these dynamics from a more historical angle reveal that these involve issues like suffrage, wage labour, and widows' benefits (Celis 2006; Meyer 2003). Avoiding essentialism requires that scholars justify their choices in relation to these various debates.

Policy-Making Processes

Research on the question of whether women make a difference often adopts a wide view of the policy-making process, but especially in the U.S. case, tends to focus on voting patterns as a key measure of women's impact. While this approach is due in part to the fact that the final stage of the legislative process is the most public and easy to observe, it has been criticized on the grounds that it assumes that enactment is the most important stage of the policy-making process (Tamerius 1995). It also overlooks the fact that votes on many women's issues are not even included in the standard databases that collect this information. For this reason, a growing number of scholars have turned to earlier stages of policy-making, noting that the possibility to achieve gains for women depends closely on how and when women's issues reach the legislative agenda. Examining the entire legislative process (Carroll 2001; Norton 1995; Swers 2002), they find that women tend to differ most from men in terms of setting the legislative agenda and proposing bills that address issues of concern to women (Bratton/Ray 2002, Franceschet/ Piscopo 2008; Grey 2002; Swers 2002).

However, others point out that policy-making involves numerous elements of contingency that make these models appear overly simplistic. On the one hand, complex combinations of factors, often in a series of chance events, are generally responsible for moving an issue to agenda prominence and gaining its passage (Childs/Withey 2006). On the other hand, policy innovations rarely proceed in a vacuum. In particular, policy cycles and demonstration effects strongly condition which issues enter and are kept of legislative agendas, separate from any assumed prerequisites for change (Bratton/Ray 2002). These effects, in turn, raise broader questions regarding the definition of "impact", which may extend to arenas beyond policy-making, for example by leading to increased political engagement among female constituents (Mackay 2001). These considerations suggest that efforts to understand the links between

women's descriptive and substantive representation must adopt a more nuanced view of the policy-making process in order to more accurately assess the effects of women's presence.

Conclusions

There is a rich and growing body of research on women's political representation. To ensure that this literature offers new and cumulative contributions, it is crucial that studies integrate and reflect on the methodological insights of previous work, which have important implications for how scholars theorize and analyze the links between women's descriptive and substantive representation. This article suggests that traditional research designs begin with a range of assumptions that have often been falsified in subsequent empirical investigation, namely that numbers affect when and whether women to act for women, context is less important than commitment to change, sex and gender are primary modes of political identification, women's interests and issues can be identified prior to the legislative process, and voting patterns offer the best measure of women's impact on policy-making. Through trial and error, scholars have made several discoveries that, taken together, present an opportunity to engage in more nuanced studies of women's legislative behaviour.

First, an increase in the numbers of women elected may lead to any one of several different scenarios. It may enable women to work together for policy change, as predicted by critical mass theory. However, the presence of more women may also influence men's behaviour in a feminist direction, provoke a backlash among male legislators, cause women to be less effective than when they form a smaller proportion of legislators, or lead fewer to act for women as they espouse more diverse interests as a group. Second, context plays a major role in determining possibilities for translating policy preferences into legislative initiatives, related to the masculine nature of political institutions, the lack of women in positions of legislative power, the general "newness" of female legislators, the presence or absence of women's caucuses, the norm of party discipline, and the ideology of the party in power.

Third, female politicians may or may not view sex and gender as central facets of their identities. They may prioritize other identities, like race or class, and may be explicitly anti-feminist in their ideological orientations. Similarly, men in politics may promote feminist concerns, or take active steps to prevent changes in women's status and silence female legislators, resulting in few apparent differences in women's and men's legislative behaviour. Fourth, definitions of "women's interests" and "women's issues" vary widely, ranging from policies that achieve equality for women to those that enable women to undertake their traditional roles as care-givers. They may also diverge across feminist and non-feminist classifications, static and more fluid conceptions, and spatial and temporal boundaries. Fifth, voting may be a less useful, and possibly even misleading, measure of women's impact when compared to earlier points in the policy-making process. Further, the contingent nature of policy-making suggests that scholars may need to gain close familiarity with the political context in

order to understand the degree to which it is possible for individual women to shape legislative outcomes.

Together, these various debates suggest a number of new directions for future research on the links between women's descriptive and substantive representation. One solution is to begin with some of these observations as a means for generating alternative research designs. For example, one might ask questions like: What elements of the political context affect the propensity of female MPs to act for women? How do female politicians define "women's issues"? Do female legislators claim to act for women – and if so, what types of activities does this involve? A second solution is to explore dynamics of political representation within and beyond the legislative arena. This approach avoids a priori decisions about the actors, sites, and outcomes involved women's substantive representation. Asking "who" acts opens up the investigation to a much wider range of possible players, including male and female legislators, cabinet ministers, party members, bureaucrats, and civil society groups. Exploring "where" the substantive representation of women occurs considers multiple locations of representation, including parliaments but also extending to other political forums, like cabinets, women's policy agencies, non-governmental organizations, courts, and civil society. Finally, asking "how" the SRW is expressed makes it necessary to explore interventions at various points in the political process to identify the claims made on behalf of women, the actions taken to promote 'women's interests,' and the outcomes of these attempts (Celis et al. 2008). These solutions do not exhaust the possibilities, but instead indicate that political representation remains a fertile field for studies of women, gender, and politics.

Anmerkungen

- 1 This article is inspired by our co-authored work and conversations over the last four years, as we have sought to rethink how to theorize and analyze the substantive representation of women. We are also influenced by joint papers and workshops with Karen Celis and Johanna Kantola.

References

- Beckwith**, Karen, 2007: "Numbers and Newness: The Descriptive and Substantive Representation of Women". *Canadian Journal of Political Science*. Vol. 40 No. 1, 27-49.
- Beckwith**, Karen/**Cowell-Meyers**, Kimberly, 2007: "Sheer Numbers: Critical Representation Thresholds and Women's Political Representation". *Perspectives on Politics*. Vol. 5 No. 3, 553-565.
- Bratton**, Kathleen A./**Ray**, Leonard P., 2002: "Descriptive Representation, Policy Outcomes, and Municipal Day-Care Coverage in Norway". *American Journal of Political Science*. Vol. 46 No. 2, 428-437.
- Carroll**, Susan J. (ed.), 2001: *The Impact of Women in Public Office*. Bloomington and Indiana.
- Celis**, Karen, 2006: "Substantive Representation of Women: The Representation of Women's Interests and the Impact of Descriptive Representation in the Belgian Parliament (1900-1979)". *Journal of Women, Politics, and Policy*. Vol. 28 No. 2, 85-114.
- Celis**, Karen/**Childs**, Sarah/**Kantola**, Johanna/**Krook**, Mona Lena, 2008: "Rethinking Women's Substantive Representation". *Representation*. Vol. 44 No. 2, 99-110.

- Chaney**, Paul, 2006: "Critical Mass, Deliberation, and the Substantive Representation of Women: Evidence from the UK's Devolution Programme". *Political Studies*. Vol. 54 No. 4, 691-714.
- Childs**, Sarah, 2004: *New Labour's Women MP's: Women Representing Women*. New York.
- Childs**, Sarah/**Krook**, Mona Lena, 2006. "Should Feminists Give Up on Critical Mass? A Contingent Yes". *Politics & Gender*. Vol. 2 No. 4, 522-530.
- Childs**, Sarah/**Withey**, Julie, 2006: "The Substantive Representation of Women: The Case of the Reduction of VAT on Sanitary Products". *Parliamentary Affairs*. Vol. 59 No. 1, 10-23.
- Cowell-Meyers**, Kimberly, 2001: "Gender, Power, and Peace: A Preliminary Look at Women in the Northern Ireland Assembly". *Women & Politics*. Vol. 23 No. 3, 55-88.
- Cowley**, Philip/**Childs**, Sarah, 2003, "Too Spineless to Rebel? New Labour's Women MPs". *British Journal of Political Science*. Vol. 33 No. 3, 345-365.
- Crowley**, Jocelyn Elise, 2004: "When Tokens Matter". *Legislative Studies Quarterly*. Vol. 29 No. 1, 109-136.
- Dahlerup**, Drude, 1988: "From a Small to a Large Minority: Women in Scandinavian Politics". *Scandinavian Political Studies*. Vol. 11 No. 4, 275-297.
- Dodson**, Debra/**Carroll**, Sue, 1991: *Reshaping the Agenda: Women in State Legislatures*. New Brunswick: Center for American Women and Politics.
- Flammang**, Janet A., 1985: "Female Officials in the Feminist Capital: The Case of Santa Clara County". *Western Political Quarterly*. Vol. 38 No. 1, 94-118.
- Franceschet**, Susan, 2005: *Women and Politics in Chile*. Boulder.
- Franceschet**, Susan, 2008: "Gendered Institutions and Women's Substantive Representation: Female Legislators in Argentina and Chile". Paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Rennes, France, April 11-16.
- Franceschet**, Susan/**Piscopo**, Jennifer M., 2008: "Gender Quotas and Women's Substantive Representation: Lessons from Argentina". *Politics & Gender*. Vol. 4 No. 3 (forthcoming).
- Gotell**, Lise/**Brodie**, Janine, 1991: "Women and Parties: More Than an Issue of Numbers". In: Thorburn, Hugh E. (ed.): *Party Politics in Canada*. Scarborough, 53-67.
- Grey**, Sandra, 2002: "Does Size Matter? Critical Mass and New Zealand's Women MPs". *Parliamentary Affairs*. Vol. 55 No. 1, 19-29.
- Hawkesworth**, Mary, 2003: "Congressional Enactments of Race-Gender: Toward a Theory of Raced-Gendered Institutions". *American Political Science Review*. Vol. 97 No. 4, 529-550.
- Kathlene**, Lyn, 1995: "Position Power versus Gender Power: Who Holds the Floor?" In: Duerst-Lahti, Georgia/Kelly, Rita Mae (eds.): *Gender Power, Leadership, and Governance*. Ann Arbor, 167-194.
- Krook**, Mona Lena, (Forthcoming): *Quotas for Women in Politics: Gender and Candidate Selection Reform Worldwide*. New York.
- Mackay**, Fiona, 2001: *Love and Politics: Women Politicians and the Ethics of Care*. London.
- Mackay**, Fiona, 2008: "'Thick' Conceptions of Substantive Representation: Women, Gender, and Political Institutions". *Representation*. Vol. 44 No. 2, 125-139.
- Mansbridge**, Jane, 1999: "Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent 'Yes'". *Journal of Politics*. Vol. 61 No. 3, 628-657.
- Meyer**, Birgit, 2003: "Much Ado about Nothing? Political Representation Policies and the Influence of Women Parliamentarians in Germany". *Review of Policy Research*. Vol. 20 No. 3, 401-421.
- Molyneux**, Maxine, 1985: "Mobilization Without Emancipation? Women's Interests, the State and Revolution in Nicaragua". *Feminist Studies*. Vol. 11 No. 2, 227-254.

Norton, Noelle, 1995: "Women, It's Not Enough to Be Elected: Committee Position Makes a Difference". In: Duerst-Lahti, Georgia/Kelly, Rita Mae (eds.): Gender Power, Leadership, and Governance. Ann Arbor, 115-140.

Phillips, Anne, 1995: The Politics of Presence: The Political Representation of Gender, Ethnicity, and Race. New York.

Pitkin, Hanna Fenichel, 1967: The Concept of Representation. Berkeley.

Reingold, Beth, 2000: Representing Women. Chapel Hill.

Saint-Germain, Michelle, 1989: "Does Their Difference Make a Difference? The Impact of Women on Public Policy in the Arizona Legislature". Social Science Quarterly. Vol. 70 No. 4, 956-968.

Schwindt-Bayer, Leslie A., 2006: "Still Supermadres? Gender and the Policy Priorities of Latin American Legislators". American Journal of Political Science. Vol. 50 No. 3, 570-585.

Swers, Michelle L., 2002: The Difference Women Make: The Policy Impact of Women in Congress. Chicago.

Tamerius, Karen L., 1995: "Sex, Gender, and Leadership in the Representation of Women." In: Duerst-Lahti, Georgia/Kelly, Rita Mae (eds.): Gender Power, Leadership, and Governance. Ann Arbor.

Thomas, Sue, 1994: How Women Legislate. New York.

Tremblay, Manon/**Pelletier**, Réjean, 2000: "More Feminists or More Women? Descriptive and Substantive Representation of Women in the 1997 Canadian Federal Elections". International Political Science Review. Vol. 21 No. 4, 381-405.

Weldon, S. Laurel, 2002: "Beyond Bodies: Institutional Sources of Representation for Women in Democratic Policymaking". The Journal of Politics. Vol. 64 No. 4, 1153-1174.

Young, Iris Marion, 2000: Inclusion and Democracy. New York.

Zetterberg, Pär, 2008: "The Impact of Candidate Selection on 'Quota Women's' Legislative Behavior: Towards a Theoretical Framework". Paper presented at the Midwest Political Science Association National Conference, Chicago, IL, April 3-6.

Der peruanische Kongress im Wandel

Die Entwicklung der parlamentarischen Repräsentation von Frauen in Peru

TATJANA M. RODE

Einführung

Obgleich Frauen knapp die Hälfte der gesamten Weltbevölkerung stellen, spielen sie bis heute in den meisten Ländern eine nur marginale Rolle in der Politik. Den Daten der Interparlamentarischen Union (IPU) zufolge, sind Frauen zu Beginn des 21. Jahrhunderts nach wie vor in fast allen Abgeordnetenhäusern der Welt unterrepräsentiert (IPU 2008a). Die momentane, weltweite durchschnittliche parlamentarische Reprä-

sentanz von Frauen beträgt nur 18% (IPU 2008b). Von politischer Geschlechterparität kann daher noch lange nicht die Rede sein.

Trotz dieser negativen Bilanz hinsichtlich der parlamentarischen Vertretung von Frauen, sind in einigen Staaten – hierunter insbesondere in Entwicklungsländern – erhebliche Fortschritte zu beobachten. In Peru beispielsweise, wo Frauen über Jahrzehnte kaum auf der politischen Bühne zu sehen waren, konnte sich der Anteil an Parlamentarierinnen seit den 1990er Jahren mehr als vervierfachen (vgl. Graphik).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, weshalb der Frauenanteil im peruanischen Parlament innerhalb weniger Jahre so stark angewachsen konnte?

Zu Beginn des vorliegenden Beitrages wird zunächst ein kurzer Überblick über die Entwicklung der parlamentarischen Beteiligung von Frauen in Peru gegeben. In einem zweiten Schritt wird sodann ein Erklärungsmodell aus der Partizipations- und Repräsentationsforschung angewandt, das die markante Steigerung weiblicher Abgeordneter im peruanischen Kongress anhand kultureller, soziostruktureller und institutioneller Faktoren begründet (Hoecker 1998). Schließlich werden die erarbeiteten Ergebnisse zusammengefasst.

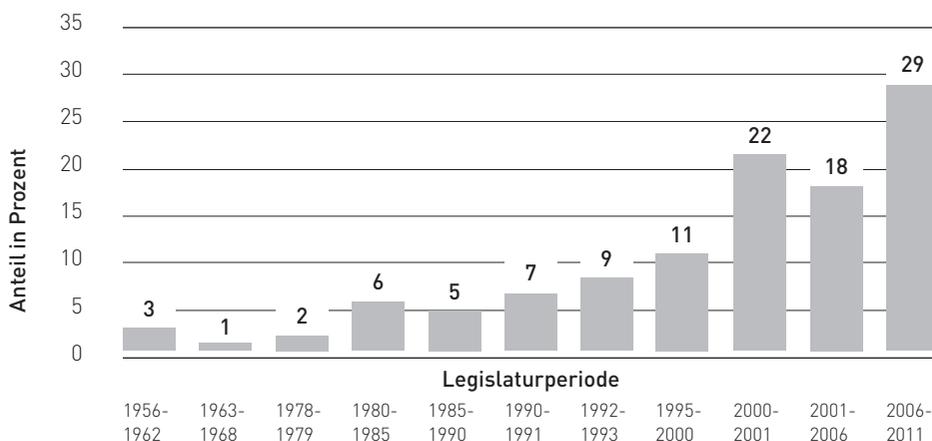
Die Entwicklung der parlamentarischen Beteiligung von Frauen in Peru

Frauen in Peru haben über lange Zeit eine nur untergeordnete Rolle in der Politik gespielt. Wie der weiter unten angeführten Abbildung zu entnehmen ist, oszillierte der Frauenanteil im peruanischen Parlament seit 1956 bis zum Jahre 1990 zwischen 1% und 7%. Die Einführung des Frauenwahlrechtes (1955) hat demzufolge nicht unmittelbar zu einer verstärkten parlamentarischen Inklusion von Frauen geführt. Erst unter der Regentschaft Alberto Fujimoris (1990-2000) ist ein sukzessiver Anstieg in der parlamentarischen Frauenrepräsentanz zu verzeichnen. Während seiner gesamten Amtszeit erhöhte sich der Frauenanteil im Parlament von 7% auf 22%. Dies ist innerhalb einer Dekade mehr als eine Verdreifachung. Insbesondere mit der Wahl im Jahre 2000 konnte sich der Anteil an Parlamentarierinnen im peruanischen Kongress von 11% auf 22% verdoppeln. Auch bei den letzten Wahlen im April 2006 ist der Frauenanteil im Abgeordnetenhaus von 18% auf 29% erneut rapide angewachsen.

Wie die Zahlen belegen, sind Frauen in Peru im internationalen Vergleich derzeit mit 29% im Parlament überdurchschnittlich stark vertreten. Dem weltweiten Ranking der IPU zufolge rangiert Peru gegenwärtig auf dem 21. Platz. Auch unter den lateinamerikanischen Ländern nimmt Peru im Hinblick auf die weibliche Repräsentanz eine Vorreiterrolle ein: Peru zählt zu jenen Staaten in Lateinamerika, die den höchsten Anteil an Parlamentarierinnen aufweisen (vgl. IPU 2008a).

Auch im Hinblick auf die parlamentarischen Präsidien und Gremien lässt sich feststellen, dass Frauen seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend in Spitzenpositionen vertreten sind. 1995 übernahm beispielsweise erstmals eine Frau die Leitung des Parlamentsvorsitzes. Seither wurde die Führung des peruanischen Kongresses vier Mal von einer Frau übernommen. Auch im Parlamentsvorstand sowie in den leitenden Ämtern der ständigen Parlamentsausschüsse nahm der Anteil weiblicher Abgeord-

Frauenanteil im peruanischen Parlament – Wahlen 1956-2006



Quellen: Zusammengestellt anhand CMP – Flora Tristán 2006, 24; IPU 2008a (gerundete Werte).

neten – wenngleich nicht immer kontinuierlich – z.T. erheblich zu (Congreso de la República 2008). Gleichwohl lässt sich beobachten, dass Frauen nach wie vor überwiegend jene Ausschüsse leiten, die mit „klassisch weiblichen“ Politikthemen (z.B. Soziales, Frauen, Familie etc.) in Verbindung stehen (ACT 2005). Wie aber lässt sich die quantitative Zunahme von Frauen im peruanischen Kongress erklären?

Erklärungsansätze zur parlamentarischen Repräsentation von Frauen in Peru

Kulturelle Faktoren

Dem Erklärungsmodell aus der Partizipations- und Repräsentationsforschung zufolge stellt die politische Kultur eines Landes einen zentralen Einflussfaktor auf die politische Repräsentation von Frauen dar. Als Gesamtheit aller politisch relevanten Meinungen, Einstellungen und Werte, die innerhalb einer Nation existieren, prägt und reproduziert die politische Kultur auch die vorherrschenden Bilder von Männern und Frauen in der Politik (Hoecker 1998; Hoecker 1995, 29). Zwischenstaatliche Vergleiche haben unterdessen ergeben, dass egalitäre Gesellschaften in der Regel mehr Frauen in ihren Abgeordnetenhäusern aufweisen, als Staaten mit einer eher patriarchalen Kultur (Norris/Inglehart 2001, 134). Doch kann diese These auch auf die peruanische Gesellschaft übertragen werden?

Da Peru in vielerlei Hinsicht ein stark differenziertes Land ist, können die folgenden Ausführungen kein repräsentatives Bild von der politischen Kultur Perus wiedergeben.¹ Bei aller Vielfalt lassen sich dennoch bestimmte Tendenzen und Gemeinsamkeiten aufzeigen, die eine Einschätzung von den in Peru dominierenden gesellschaftlichen Meinungen und Wertmaßstäben erlauben.

Obgleich es im Andenraum bereits mit der Expansion des Inkareiches (ca. 1200-1533) zu tief greifenden kulturellen Veränderungen kam, lassen sich die wohl stärksten Einschnitte auf die Kolonialisierung (1532-1821) zurückführen, denn während dieser Zeit wurde in Peru auf Blut und Asche ein neues Herrschafts- und Glaubenssystem errichtet, das bis heute prägenden Einfluss auf die soziale Rolle der Frau und ihr gesellschaftliches Ansehen hat (Straubinger 1992, 33ff.)². Neben der Schaffung eines hierarchisierten Feudalsystems, das die einheimische Bevölkerung zu Sklaven degradierte, gelangten mit den spanischen Eroberern auch der katholische Glaube sowie der Machismo (Männlichkeitskult) nach Peru.

Die Politikwissenschaftlerin Monique Leijenaar unterstreicht in ihrer Studie, dass der Katholizismus entscheidend zur Herausbildung von traditionellen Geschlechterverhältnissen beigetragen hat (Leijenaar 1997, 19f.), denn die katholische Kirche geht von einem konservativen Frauenideal aus, demgemäß die eigentliche Bestimmung einer „tugendhaften, moralisch anständigen und passiven Frau“ in der Ehe und Mutterschaft liegt. Entsprechend dieser Rollenzuschreibung sind Frauen vorrangig für die reproduktive und häusliche Arbeit zuständig.³ Öffentliche Angelegenheiten hingegen gehören zum Wirkungskreis der Männer (Rausch 1993, 182).

Wie aus einer Vielzahl an Umfragen (z.B. Latinobarómetro) hervorgeht, haben sich die katholischen Glaubensvorstellungen und die Ideologie des Machismo im Laufe der Zeit tief in die gesellschaftlichen Strukturen Perus verankert. Eine Erhebung des Latinobarómetro aus dem Jahr 2004 hat beispielsweise ergeben, dass der Kirche nach wie vor ein hohes Maß an gesellschaftlichem Vertrauen entgegengebracht wird (Latinobarómetro 2004, 34). Darüber hinaus ist den Daten des *Instituto de Opinión Pública* (IOP) zu entnehmen, dass Peru noch immer ein stark vom Machismo geprägtes Land ist, denn auf die Frage, „Wie machistisch bewerten Sie die peruanische Gesellschaft“, antworteten 40% der befragten Personen mit „sehr machistisch“. Weitere 31% stuften Peru als „machistisch“ ein (IOP 2006, 3).

Selbst aus der Verfassung von 1993 geht hervor, dass der Katholizismus eine Sonderstellung in Peru genießt, denn im Artikel 50 wird dezidiert auf die katholische Kirche eingegangen. Es heißt: „Innerhalb eines unabhängigen und autonomen Regimes, erkennt der Staat die katholische Kirche als ein wichtiges Element zur Formation von Geschichte, Kultur und Moral in Peru an ...“. Überdies verdeutlicht die in der Öffentlichkeit stark ablehnende Haltung gegenüber Themen wie Abtreibung und Homosexualität, dass die Werte und Normen der katholischen Kirche auch heutzutage noch eine tragende Rolle in der peruanischen Gesellschaft spielen.⁴ Doch inwieweit haben die von der Kirche propagierten Wertmaßstäbe die politische Beteiligung von Frauen in Peru beeinflusst?

Die Konzentration von Frauen auf den privaten Lebensraum hat den Zugang peruanischer Bürgerinnen zu den politischen Arenen erschwert. Dies lässt sich bereits daran ablesen, dass Frauen in Peru erst 134 Jahre nach Unabhängigkeit des Landes ihr Wahlrecht (1955) erlangten. Die Einführung des Frauenwahlrechtes schaffte zwar eine gesetzliche Basis; der weibliche Anteil unter den ParlamentarierInnen blieb aber

bis in die 1990er Jahre sehr gering (vgl. Graphik). Dies kann u.a. damit begründet werden, dass die gesellschaftlichen Erwartungen noch immer eng an das traditionelle Frauenbild der katholischen Kirche geknüpft waren, denn selbst wenn Frauen aus den tradierten Rollenmustern auszubrechen wünschten, wurden sie oftmals ins Lächerliche gezogen bzw. mit Verachtung behandelt. So verwundert es nicht, dass der ehemalige Premierminister, Carlos Ferrero Costa, einst der erfahrenen Politikerin Lourdes Flores Nano sagte, dass „... sie sich lieber aus der Politik zurückziehen und einen Frisörsalon eröffnen solle“ (zit. n. Meza 2006, 135).

Doch nicht nur gesellschaftliche Diskriminierungsmechanismen standen (und stehen noch immer) einer politischen Karriere von Frauen im Wege; auch innere Zweifel und Schuldgefühle haben Auswirkungen auf das politische Verhalten von Frauen. Oft liegt eine politische Laufbahn nicht im Interesse von Frauen, denn aufgrund der bestehenden Normen, die in der Regel über Sozialisationsprozesse (Eltern, Schule, Kirche und Medien) vermittelt werden, haben viele Frauen die traditionellen Geschlechterrollen bereits verinnerlicht. Sie sehen in Ehe und Mutterschaft die Erfüllung ihres Lebens (MIMDES 2006, 70).

Offen bleibt jedoch, wie lange sich die traditionellen Denkmuster aufrechterhalten können, denn insbesondere angesichts der zunehmenden Internationalisierung (z.B. durch das Internet oder internationale Organisationen) ist von differenzierteren bzw. säkularisierteren Glaubensvorstellungen und Ideologien auszugehen. Den Ergebnissen einiger Befragungen zufolge ist es in Peru bereits zu ersten Einstellungswandlungen gegenüber Frauen in der Politik gekommen: Einer Umfrage des Latinobarómetro aus dem Jahre 2004 kann entnommen werden, dass nur 23% der befragten Personen mit der Aussage, dass „Männer bessere politische Führer sind als Frauen“ „sehr einverstanden“ bzw. „einverstanden“ waren (International IDEA 2008, 44). Das im lateinamerikanischen Vergleich sehr niedrige Vertrauen in die Kompetenzen der männlichen Politiker mag zum einen auf das politische Debakel Fujimoris zurückgeführt werden.⁵ Es kann aber andererseits auch damit zusammenhängen, dass das traditionelle Bild der „apolitischen Frau“ an Bedeutung verloren hat, denn in den letzten Jahren haben auf institutioneller Ebene immer mehr Frauen bewiesen, dass auch sie politisch aktiv sein können (International IDEA 2008, 44).

Insgesamt kann festgehalten werden, dass Peru nach wie vor ein vom Machismo geprägtes Land ist, in dem traditionelle Wertvorstellungen dominieren. Dennoch scheint sich das konservative Bild der peruanischen Frau paradoxerweise positiv auf die parlamentarische Repräsentation ausgewirkt zu haben, denn „typisch weibliche“ Eigenschaften wie Ehrlichkeit, Treue und Fürsorglichkeit haben innerhalb der peruanischen Bevölkerung an Bedeutung gewonnen. Die Erklärungskraft der kulturellen Aspekte ist jedoch gering, denn der Einstellungswandel gegenüber Frauen hat nur an der Oberfläche stattgefunden.

Sozialstrukturelle Faktoren

Das in den 1970er Jahren entwickelte Sozioökonomische Standardmodell (SES-Modell), geht von der Annahme aus, dass zwischen der individuellen Ressourcenausstattung und der politischen Beteiligung ein Zusammenhang besteht: Je mehr Bildung, Berufserfahrung und Einkommen eine Person hat, desto eher wird sie sich politisch engagieren und Interesse an der Politik entfalten (Hoecker 1995, 33).

In Peru wurde mit Einführung des Frauenwahlrechtes Mitte der 1950er Jahre ein direkter Zusammenhang zwischen *Bildungsstand* und politischer Partizipation hergestellt, denn laut der modifizierten Wahlgesetzgebung von 1955 durften nur jene weiblichen Bevölkerungssegmente ihr aktives und passives Wahlrecht ausüben, die lesen und schreiben konnten (MIMDES 2006, 38). Aufgrund der vorherrschenden politischen Kultur, die auf patriarchalischen Denkmustern und Geschlechterstereotypen basierte, hatte die Mehrheit der Peruanerinnen zu diesem Zeitpunkt jedoch keinen Zugang zu Bildung. Daher konnte nur ein kleiner Kreis an Frauen – meist aus wohlhabenden und belesenen Familien – vom neu eingeführten Wahlgesetz profitieren.

Erst im Zuge von Modernisierungsprozessen, die z.T. schon nach dem Zweiten Weltkrieg begannen, ist es in Peru zu sozioökonomischen Veränderungen gekommen. Gregory D. Schmidt hält in diesem Zusammenhang fest: *The recent political emergence of women in Peru rooted in the lengthy and complex processes of social change ...*” (Schmidt 2006, 151). Die Modernisierung führte zum Ausbau des Bildungswesens und schuf für die peruanische Bevölkerung neue Beschäftigungsfelder (Schmidt 2006, 151). Dies lässt sich auch anhand der Daten des *Instituto Nacional de Estadística e Información* (INEI) ermitteln, denn seit 1940 ist der Anteil an Frauen unter der nicht-alphabetisierten Bevölkerung von 69% auf 12% (2005) kontinuierlich zurückgegangen (Li/Mostajo 1986; INEI 1940-2005). Dennoch lassen sich weiterhin erhebliche geschlechtsspezifische Bildungsklufte erkennen, denn Frauen bilden nach wie vor die Mehrheit unter den AnalphabetInnen (INEI, Erhebung 2005).

Neben den geschlechtsbedingten Alphabetisierungsunterschieden kann den statistischen Daten ferner entnommen werden, dass insbesondere Frauen in ruralen Gebieten vom Analphabetentum betroffen sind.⁶ Der Nichtalphabetisierungsgrad von Frauen auf dem Lande lag im Jahre 2005 mit 32% fast sechs Mal höher, als bei der weiblichen Stadtbevölkerung (6%) (INEI, Erhebung 2005).

Obleich es hinsichtlich der Analphabetenquote nach wie vor starke Abweichungen zwischen den Geschlechtern gibt, hat sich die Lage von Mädchen im Primar- und Sekundarschulwesen in den letzten Jahrzehnten erheblich gebessert. Wie einige Studien aufzeigen, ist die Einschulungsquote unter den Grundschülerinnen zwischen 1940 und 2003 von 27% auf 92% angewachsen. Auch im Sekundarbereich konnte der Anteil eingeschulter Mädchen von 3% auf 68% ansteigen (King/Bellew 1991, 206; MINEDU 2005, 11ff.). Vor diesem Hintergrund kommt das *Ministerio de Educación* (MINEDU) zu dem Schluss, dass es im Primar- und Sekundarbereich keine signifikanten Bildungsunterschiede zwischen den Geschlechtern gibt. Auch hinsichtlich der

Abschluss- und Abbruchquoten lassen sich unter der Schülerschaft keine eindeutigen geschlechtsspezifischen Differenzen erkennen. Abweichungen sind vielmehr entlang regionaler und schichtspezifischer Gegebenheiten abzulesen, denn insbesondere Schüler und Schülerinnen aus sehr armen Familien sowie aus ländlichen Gebieten verfügen im Durchschnitt über einen weitaus geringeren Bildungsstand, als Kinder aus städtischen und wohlhabenderen Kreisen (MINEDU 2005, 11ff.).⁷

Über den Anteil von Studentinnen an den Universitäten lassen sich nur schwer Aussagen machen, denn es gibt keine einheitlichen und aussagekräftigen Daten hierüber. Einer älteren Studie von Elizabeth King und Rosemary M. Bellew ist jedoch zu entnehmen, dass der Anteil an Frauen in höheren Bildungseinrichtungen (postsekundär) zwischen 1940 und 1981 kaum zugenommen hat (King/Bellew 1991, 206). Die ehemalige Frauenministerin, Cecilia M. Blondet, geht in ihrer Analyse dennoch davon aus, dass im Jahre 1995 knapp 40% der Studierenden weiblich waren (Blondet 1995, 69f.). Damit steht dem Arbeitsmarkt mit hoher Wahrscheinlichkeit ein großes Kontingent an weiblichen Fachkräften zur Verfügung, die – zumindest theoretisch – einer politischen Karriere nachgehen könnten. Es bleibt allerdings offen, ob sich Frauen bei ihrer Studienauswahl eher für politiknahe oder politikferne Fächer entscheiden. Neben den strukturellen Veränderungen im Bildungsbereich hat sich in den letzten Jahrzehnten auch die peruanische *Arbeitswelt* umgestaltet. Dieser Wandel hatte maßgeblichen Einfluss auf die traditionelle Arbeitsrolle von Frauen. Seit den 1970er Jahren ist eine verstärkte Eingliederung von Frauen in den öffentlichen Arbeitsmarkt in Peru zu verzeichnen. Dieser Integrationsprozess erreichte in den 1990er Jahren seinen Höhepunkt, als Fujimori eine neoliberale Anpassungspolitik durchführte. Angaben María A. Bastidas zufolge konnte sich der Anteil an Frauen unter der städtischen Erwerbsbevölkerung zwischen 1972 und 1998 von 20% auf 44% mehr als verdoppeln (Bastidas 2001, 32f.). Die stärkere Einbindung von Frauen in den peruanischen Arbeitsmarkt lässt sich u.a. auf das höhere Bildungsniveau, das Frauen im Zuge der Modernisierung erlangten, zurückführen. Sie hängt aber auch mit dem Aufkommen wirtschaftlicher und politischer Krisen zusammen, die sich zu Beginn der 1980er Jahre anbahnten. Von den ökonomischen und politischen Umwälzungen waren insbesondere Frauen betroffen, denn diese gehör(t)en mehrheitlich zu den ärmsten und schwächsten Bevölkerungsgruppen. Vor diesem Hintergrund waren viele Frauen geradezu gezwungen, sich in den öffentlichen Arbeitsmarkt zu integrieren, um das Überleben ihrer Familien zu sichern (Bastidas 2001, 33). Sie waren nicht mehr ausschließlich für die häuslichen und familiären Arbeiten zuständig. Trotz der vermehrten Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt wurde mit der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nicht gänzlich gebrochen, denn Frauen in Peru tragen nach wie vor die Hauptverantwortung für Familie und Haushalt (Craske 1999, 11). Daher sind sie heutzutage in doppelter Hinsicht belastet, denn neben den häuslichen Pflichten muss die weibliche Bevölkerung Perus auch für das Familieneinkommen sorgen.

Die Eingliederung von Frauen in den öffentlichen Arbeitsbereich ging jedoch nicht automatisch mit besseren *Lebensbedingungen* einher, denn die Mehrheit der erwerbstätigen Frauen war (und ist auch heute noch) überwiegend im Informellen Sektor anzutreffen. Tätigkeiten innerhalb dieses Sektors gehen in den meisten Fällen mit einem geringen Lohnniveau und mit prekären Arbeitsverhältnissen einher, die weder viel an gesellschaftlichem Ansehen, noch eine soziale Absicherung garantieren. Aufgrund der „Feminisierung des Informellen Sektors“ besteht zwischen den Geschlechtern eine große Einkommenskluft (Bastidas 2001, 31). Diese lässt sich auch dann feststellen, wenn Frauen und Männer im selben Arbeitsfeld tätig sind. Bei Ausübung gleicher Tätigkeiten verdienen Frauen nur 71% des Einkommens ihrer männlichen Kollegen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die besseren Bildungsabschlüsse sowie die vermehrte Integration von Frauen in den öffentlichen Arbeitsbereich insgesamt zu erhöhten politischen Partizipationschancen unter der weiblichen Bevölkerung geführt haben. Gleichwohl darf nicht verkannt werden, dass die in der Sozialstruktur zu verzeichnenden Fortschritte und Veränderungen nicht auf alle Frauen zutreffen, denn insbesondere die weibliche Landbevölkerung ist nach wie vor am stärksten von Armut und Analphabetentum betroffen.

Institutionelle Faktoren

Neben den kulturellen und sozialstrukturellen Faktoren können auch institutionelle Gegebenheiten die politische Partizipation von Frauen beeinflussen (Hoecker 1995, 28). Die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die Ausgestaltung des Wahlsystems sowie die Rekrutierungsmuster der politischen Parteien spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Die *formale Stellung* von Frauen hat sich in Peru nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich gebessert, denn der peruanische Staat hat seither, zur Herstellung gleichberechtigter Strukturen, zahlreiche internationale Abkommen und Konventionen unterzeichnet (u.a. die „Frauenrechtskonvention“ CEDAW). Auch auf nationaler Ebene wurde in Peru eine Vielzahl an Gesetzen verkündet, die die politische Beteiligung von Frauen fördern sollten.

Neben der Gründung eines parlamentarischen Frauenausschusses (1995), eines Frauenministeriums (1996) sowie einer Frauenabteilung im Büro des Ombudsmannes/der Ombudsfrau (1996), wurde ein Chancengleichheitsgesetz (2007) verabschiedet. Laut den Aussagen einiger Politikerinnen zählt die viel diskutierte und umstrittene Quotierung von Listenplätzen allerdings zu den bedeutendsten Gleichstellungsmaßnahmen, die der peruanische Staat in den letzten Jahren durchgeführt hat. Auf Drängen des damaligen Präsidenten Fujimori wurde im Jahre 1997 eine geschlechtsneutrale Quote von 25% auf die Kandidaturen für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen eingeführt.⁸ Wie aus der anfangs angeführten Graphik hervorgeht, ist der Anteil an Parlamentarierinnen bei den darauf folgenden Wahlen im Jahre 2000 von 11% auf 22% dramatisch angestiegen. Doch auch die Verabschiedung eines Parteiengesetzes

im Oktober 2003 scheint sich positiv auf die parlamentarische Repräsentation von Frauen ausgewirkt zu haben, denn wie der Graphik ferner zu entnehmen ist, wuchs der Anteil an Frauen im peruanischen Kongress bei den Wahlen im Jahre 2006 von 18% auf 29% erneut rapide an.⁹ Zwischenstaatliche Vergleiche belegen allerdings, dass die Anwendung von Quoten nicht immer zu gleichen Erfolgsbilanzen führt (International IDEA 2008, 28). Daher ist davon auszugehen, dass Quotenregelungen als alleinige Maßnahme nicht ausreichen, um den Anteil an Frauen in den nationalen Abgeordnetenhäusern signifikant zu erhöhen.

Eine Vielzahl an Studien haben zwischenzeitlich belegt, dass Verhältniswahlssysteme die Kandidaturen und Wahlchancen von Frauen begünstigen, während Mehrheitswahlssysteme diese eher erschweren (Hoecker 1995, 35). Wirft man einen Blick auf das *peruanische Wahlsystem*, so scheint sich die These zunächst zu bestätigen, denn seit 1931 wird in Peru das Verhältniswahlrecht angewandt (Soldevilla 2005, 69f.). Dennoch sollte das Wahlsystem etwas differenzierter betrachtet werden, denn wie die Entwicklung der weiblichen Repräsentation im peruanischen Kongress verdeutlicht, führt die bloße Anwendung eines Verhältniswahlrechtes noch lange nicht zu einem hohen Frauenanteil im Parlament. So können beispielsweise auch die Ausgestaltung der Wahllisten und die Art der Stimmgebung Einfluss auf die politischen Partizipationschancen von Frauen nehmen.

Das peruanische Parlament wird auf Basis der Präferenzstimmgebung in Mehrpersonen-Wahlkreisen gewählt. Nach diesem Prinzip verfügt der Wähler/die Wählerin über max. zwei Vorzugsstimmen, die an unterschiedliche KandidatInnen vergeben werden müssen. Die Platzierung der KandidatInnen auf den lose gebundenen *Wahllisten* spielt dabei – zumindest theoretisch – keine Rolle, denn die Wählerschaft hat die Möglichkeit, auch jene Anwärter und Anwärterinnen zu wählen, die von ihren politischen Parteien auf den untersten Listenplätzen positioniert wurden. Obgleich bei den letzten Wahlen nur 30% der KandidatInnen aufgrund der Präferenzwahl ins Parlament rücken konnten (ONPE 2006, 1), haben insbesondere Frauen von der optionalen Stimme ihrer Wähler und Wählerinnen profitiert. Von den insgesamt 35 Frauen, die gegenwärtig im Kongress vertreten sind, standen nur 19 auf dem ersten bzw. zweiten Listenplatz (ONPE 2006, 46). An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Präferenzwahl – sofern die Wählerschaft dies durch ausreichende Stimmen ermöglicht – durchaus positiven Einfluss auf die parlamentarische Repräsentation von Frauen haben kann.

Wie man den aktuellsten Daten aus dem Jahre 2006 entnehmen kann, sind Frauen in den *politischen Parteien* Perus relativ stark vertreten, denn der Anteil weiblicher Parteimitglieder oszillierte – je nach politischer Ausrichtung – zwischen 42% und 51% (Dador/Llanos 2007, 31). Da die Kandidaten und Kandidatinnen in Peru üblicherweise vom Parteivorstand gewählt werden (ebd., 35ff.), ist eine angemessene Vertretung von Frauen in leitenden Parteigremien zu begrüßen. Ein höherer Anteil an Frauen in den Schlüsselpositionen der politischen Parteien kann zu einem veränderten und ggf. frauenfreundlicheren Nominierungsverhalten führen. Nach den Daten

von Jennie Dador und Beatriz Llanos wuchs der durchschnittliche Anteil weiblicher Führungsmitglieder unter den sechs wichtigsten Parteien zwischen 2004 und 2006 von 16% auf 26% (ebd., 32f.). Diese Zunahme scheint sich auch in der Nominierung von Kandidatinnen niedergeschlagen zu haben, denn der Anteil an Frauen unter den Kandidaturen ist zwischen 1995 und 2006 von 11% auf 39% angestiegen (ebd., 57). Trotz dieser positiven Nominierungsbilanz lassen sich zwischen der Anzahl nommierter (39%) und gewählter (29%) Frauen deutliche Diskrepanzen erkennen. Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass in der Regel nur jene Personen ins Parlament gewählt werden, die auf den obersten Listenplätzen stehen. Obgleich, wie gezeigt, die Präferenzwahl die Platzierung von KandidatInnen z.T. relativiert, haben schlecht Positionierte weitaus geringere Chancen auf den Einzug ins Parlament. Dies hängt in Peru hauptsächlich mit den relativ kleinen Wahlkreisen (oftmals werden nicht mehr als drei Mandatssitze pro Wahlkreis vergeben) zusammen, die es seit dem Jahr 2000 gibt (Soldevilla 2005, 18ff.).

Ein Blick auf die Platzierungen der Kandidatinnen Perus verdeutlicht, dass die politischen Organisationen bei den letzten zwei Parlamentswahlen ihre Anwärterinnen überdurchschnittlich oft auf die unvorteilhafteren Plätze positioniert haben (Dador/Llanos 2007, 67). Die schlechte Platzierung von Kandidatinnen deutet darauf hin, dass es innerhalb der politischen Parteien nach wie vor Vorbehalte gegenüber der politischen Kompetenz von Frauen gibt; sie kann aber auch damit begründet werden, dass die Parteien (bzw. die Männer) die Konkurrenz ihrer Mitstreiterinnen fürchten. Das Platzierungsverhalten der Rekrutierungsagenten scheint sich jedoch in letzter Zeit verändert zu haben, denn zwischen den Wahlen im Jahre 2001 und 2006 konnte der Anteil an Frauen, die auf dem ersten Listenplatz aufgestellt wurden, von 11% auf 25% deutlich ansteigen. Insbesondere Parteien aus dem rechten bzw. liberalen Lager haben Frauen vermehrt auf den obersten Listenplatz gesetzt (ebd., 83).

Obgleich es gegenwärtig Bemühungen gibt, die Platzierung von Frauen gesetzlich festzulegen (Gesetzesentwurf Nr. 2175), hat der peruanische Staat nach wie vor keine obligatorischen Verfahren entwickelt, die den Frauen reell wählbare Listenplätze garantieren (ONPE 2006, 46). Lediglich einige Parteien – hierunter zumeist jene mit einer eher konservativen Parteiideologie – haben in ihren Direktiven auf freiwilliger Basis Regelungen zur Positionierung von Frauen auf den Wahllisten eingeführt (Dador/Llanos 2007, 37).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es in Peru seit den 1990er Jahren zu zahlreichen institutionellen Veränderungen gekommen ist, die, im Zusammenspiel miteinander, erhebliche Auswirkungen auf die parlamentarische Repräsentation von Frauen hatten. Insbesondere die Einführung von Quoten sowie die Schaffung eines Parteiengesetzes, haben zu einer verstärkten Nominierung und besseren Platzierung von Kandidatinnen geführt. Doch auch die Bereitschaft der peruanischen Bevölkerung, Frauen mittels ihrer Präferenzstimme zu wählen, scheint den Einzug von Politikerinnen ins Parlament begünstigt zu haben.

Schlussfolgerungen

Die parlamentarische Repräsentation peruanischer Frauen ist seit den 1990er Jahren um mehr als das Vierfache angestiegen. Dies lässt sich auf ein Konglomerat an kulturellen, sozialstrukturellen und institutionellen Erklärungsfaktoren zurückführen, die alle in einem engen Wirkungszusammenhang zueinander stehen.

Obgleich auf kultureller Ebene Veränderungen stattgefunden haben, scheinen die soziostrukturellen und institutionellen Faktoren für den Anstieg des Frauenanteils im peruanischen Kongress entscheidend gewesen zu sein. Der bessere Bildungsstand sowie die verstärkte Einbindung von Bürgerinnen in den öffentlichen Tätigkeitsbereich haben die politischen Partizipationschancen von Frauen erheblich verbessert. Auch die Einführung von Quoten sowie die Verabschiedung des Parteiengesetzes haben zu höheren Frauenanteilen im Parlament geführt. Der soziostrukturelle und institutionelle Wandel wurzelt allerdings weniger im gesellschaftlichen Glauben an mehr Gleichberechtigung, sondern lässt sich vielmehr auf nationale Krisen und auf Bestrebungen einzelner Akteure (z.B. Fujimori) zurückführen. So ist das größte Hindernis auf dem Weg zur Umsetzung der politischen Geschlechterparität die Schaffung von neuen Geschlechterrollen und die Veränderung gesellschaftlicher Einstellungen.

Anmerkungen

- 1 Dies lässt sich nicht nur an den zahlreichen ethnischen Gruppierungen ablesen, die es in Peru gibt, sondern spiegelt sich auch in den ungleichen sozialen Verhältnissen wider.
- 2 Obgleich in der wissenschaftlichen Literatur keine Einigkeit über die gesellschaftliche Stellung und Rolle von Frauen in präkolumbianischen Gesellschaften besteht, kann dennoch mit großer Wahrscheinlichkeit behauptet werden, dass sie z.T. über einen hohen gesellschaftlichen Status verfügten. Dies lässt sich u.a. auch an der magisch-religiösen Vorstellungswelt ablesen, denn die andinen Stammes- und Volksgemeinschaften verehrten eine Reihe an weiblichen Gottheiten (z.B. Pachamama, die Mutter Erde), die eine zentrale Rolle im alltäglichen Leben der Menschen spielten (vgl. Straubinger 1992, 27ff.). Es darf allerdings nicht ausgeblendet werden, dass die kulturellen Veränderungen je nach sozialem Milieu und ethnischer Zugehörigkeit unterschiedliche Formen angenommen haben.
- 3 Die Zuweisung von Arbeitsrollen ging in der Regel mit einer Abwertung weiblicher Tätigkeiten einher.
- 4 Angaben des World Values Survey (WVS) aus dem Jahr 2001 zufolge sprachen sich 73% der Befragten gegen Abtreibungen und 56% gegen Homosexualität aus. Vgl. WVS 2001.
- 5 Aufgrund von schwerwiegenden Korruptionsfällen und Menschenrechtsverletzungen legte Fujimori im Jahre 2000 in einer Eilaktion sein Präsidialamt nieder. Er kündete seinen Rücktritt per Fax an. Dieses Ereignis mag den männlichen Politiker in Peru als gewissenlos, korrupt und unehrlich diffamiert haben.
- 6 Die geographischen Bildungsdiskrepanzen weisen eine stark ethnische Prägung auf, denn ein Großteil der auf dem Lande lebenden Menschen hat einen indigenen Hintergrund (vgl. GTZ 2008). Die weibliche Landbevölkerung ist daher in doppelter Hinsicht benachteiligt, denn ihr niedriger Bildungsstand ist nicht nur auf ihr Geschlecht, sondern auch auf ihre ethnische Zugehörigkeit zurückzuführen.
- 7 Dies hängt u.a. mit der auffallend schlechten Qualität der Lehre in Peru zusammen, die in erster Linie an öffentlichen Schulen in peripheren und stark verarmten Regionen zu verzeichnen ist. Aufgrund fehlender Ressourcenausstattung erreicht die dortige Schülerschaft öffentlicher Bildungseinrichtungen nur selten die erwünschten Lernziele (vgl. MINEDU 2005, 22ff.). Die Bildung an privaten Schulen ist hingegen hervorragend, kommt jedoch nur der Oberschicht zugute.
- 8 Im Dezember 2000 wurde die Quote auf 30% aufgestockt (vgl. Meza 2006, 101).
- 9 Das Parteiengesetz geht über die allgemeine Quotenregelung von 2000 hinaus, denn neben einer Quotierung bei den Kandidaturen für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen müssen auch die Schlüsselpositionen innerhalb der Parteien zu 30% von Männern oder Frauen besetzt werden (vgl. LPP 2003, Art. 26).

Literatur

- ACT – Asociación Civil Transparencia**, 2005: Conmemorando los 50 años del voto femenino en el Perú. Internet: <http://www.transparencia.org.pe/web/rem/boletin/index.htm> [17.6.2008].
- Bastidas**, María A., 2001: Participación laboral y sindical de las mujeres en el Perú durante los noventa. OIT – Organización Internacional del Trabajo. Lima.
- Blondet**, Cecilia M., 1995: La situación de la mujer en el Perú: 1980-1994. IEP Ediciones. Lima.
- CMP – Flora Tristán**, 2006: „Elecciones 2006 en el Perú. La agenda de género y los planes de gobierno“. Nexos feministas. 3. Jg. H. 2, 7-64.
- Congreso de la República**, 2008: Organización. Internet: <http://www.congreso.gob.pe> [17.6.2008].
- Craske**, Nikki, 1999: Women & Politics in Latin America. Cambridge.
- Dador**, Jennie/**Llanos**, Beatriz (Hg.), 2007: La igualdad esquivada. Una mirada de género a las Elecciones Generales 2006. International IDEA. Stockholm.
- GTZ**, 2008: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit: Pilotprogramm Gender. Internet: http://www2.gtz.de/gender_project/deutsch/umsetzung/laender/peru.htm [17.6.2008].
- Hoecker**, Beate (Hg.), 1998: Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band I. Die Mitgliedstaaten. Opladen.
- Hoecker**, Beate, 1995: Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch. Opladen.
- INEI**, 1940-2005: Censos Nacionales de Población y Vivienda de 1940, 1961, 1972, 1981, 1993 y 2005. Lima.
- International IDEA**, 2008: 30 Years of Democracy. Riding the Wave? Women´s Political Participation in Latin America. Stockholm.
- IOP**, 2006: El género en las elecciones. Reporte No. 3. Lima. Internet: http://weblogs.elearning.ubc.ca/peru/archives/PUCP2006_febrero_mujer_y_genero%5B1%5D.pdf [17.6.2008].
- IPU**, 2008a: Women in National Parliaments. World Classification. Situation as of 30. April 2008. Internet: <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm> [17.6.2008].
- IPU**, 2008b: Women in National Parliaments. World Average. Situation as of 30. April 2008. Internet: <http://www.ipu.org/wmn-e/world.htm> [17.6.2008].
- King**, Elizabeth M./**Bellew**, Rosemary, 1991: „Gains in the Education of Peruvian women, 1940-1980“. In: Herz, Barbara K./Khandker, Shahidur R. (Hg.): Women´s work, education and family welfare in Peru. World Bank Discussion Paper. Washington D.C., 205-232.
- Latinobarómetro**, 2004: Informe – Resumen. Latinobarómetro 2004. Una década de mediciones. Santiago de Chile. Internet: <http://www.purochile.org/inf2004L.pdf> [17.6.2008].
- Leijenaar**, Monique, 1997: Wege zur ausgewogenen Beteiligung von Frauen und Männern an politischen Entscheidungsprozessen. Luxemburg.
- Li**, Dina/**Mostajo**, Patricia, 1986: El analfabetismo en el Perú: 1940-1981. Boletín de Análisis Demográfico, No. 29. Lima.
- LPP**, 2003: Ley de Partidos Políticos (No. 28094). Internet: http://www.onpe.gob.pe/infolegal/downloads/leydepartidos_ago06.pdf [17.6.2008].
- Meza**, Lourdes H., 2006: „Abriendo Puertas. Cuotas y participación política de mujeres en el Perú“. In: León, Magdalena (Hg.): Nadando contra la corriente. Mujeres y cuotas políticas en los países andinos. Bogotá, 91-138.
- MIMDES** (Hg.), 2006: Ministerio de la Mujer y Desarrollo Social: 50 años del ejercicio del voto femenino en el Perú. Historia y realidad actual. Lima.
- MINEDU**, 2004: Education Indicators. Peru 2004. Unit for Education Statistics. Lima.

Norris, Pippa/Inglehart, Ronald, 2001: „Cultural Obstacles to equal Representation“. In: Plattner, Marc F./Diamond, Larry (Hg.): *Journal of Democracy*. Jg. 13, H. 3, 126-140.

ONPE, 2006: *Oficina Nacional de Procesos Electorales Democracia en los Partidos Políticos. Análisis de las elecciones internas 2005-2006*. Lima.

Rausch, Renate, 1993: „Frauen im Kampf gegen patriarchale Strukturen und für Demokratie in Lateinamerika“. In: Rausch, Renate (Hg.): *Frauen, Sexualität und Mutterschaft in der Ersten und Dritten Welt*. Marburg, 181-193.

Schmidt, Gregory D., 2006: „All the President´s Women. Fujimori and Gender Equity in Peruvian Politics“. In: Carrión, Julio F. (Hg.): *The Fujimori Legacy. The Rise of Electoral Authoritarianism in Peru*. Pennsylvania, 150-177.

Soldevilla, Fernando Tuesta, 2005: *Representación política: Las reglas también cuentan. Sistemas electorales y Partidos Políticos*. Lima.

Straubinger, Erika, 1992: *Zwischen Unterdrückung und Befreiung. Zur Situation der Frauen in Gesellschaft und Kirche Perus. Geschichtlicher Rückblick und Gegenwartsanalyse. Teil I*. Frankfurt/M., New York, Bern und Paris.

WVS, 2001: *Online Data Files of the Values Surveys. Peru. Religion and Morale*. Internet: <http://www.jdsurvey.net/bdasepjs/wvsevs/home.jsp?OWNER=WVS> (17.6.2008).

Finland: EU-Staat mit Präsidentin und weiblicher Regierungsmehrheit¹

FRAUKE RUBART

Die Republik Finnland seit März 2000: Einsamer Wolf mit Handtasche

Es lohnt sich, beim Thema Repräsentation von Frauen auf Finnland zu schauen, wo die Bürgerinnen das aktive und passive Wahlrecht früher als in allen anderen europäischen Ländern erhielten (1906) und wo sie eher als in den anderen nordischen Ländern zu 10% (1907), 20% (1970) und 30% (1983) im nationalen Parlament vertreten waren. Beim Erreichen von 40% der Mandate für Frauen war Schweden schneller (1994), aber Finnland hat 2007 nachgezogen und steht jetzt nach Schweden (47%) mit 42% an zweiter Stelle unter den EU-Ländern. Der Frauenanteil an der finnischen Regierung beträgt heute mit 60% mehr als in allen anderen nordischen Ländern. Ein erstes weibliches Staatsoberhaupt hat Finnland schon seit März 2000. Inzwischen wurde Tarja Halonen für eine zweite Amtszeit wiedergewählt, die bis 2012 dauert. Dieses kleine neutrale Land, der „einsame Wolf“ (vgl. Jakobson 2006) an der Grenze zu Russland, ist erst seit 1917 ein unabhängiger Staat. Finnland konnte sich damals aus dem russischen Zarenreich lösen und wurde keine Monarchie mit parlamentarischem Regierungssystem wie Dänemark, Norwegen und Schweden, sondern eine Republik, die sich im Krieg und im Frieden gegen die benachbarte Sowjetunion behauptete und auch als Mitglied der Europäischen Union (seit 1995) sehr darauf bedacht ist, nicht als Underdog behandelt zu werden. Die republikanische Staatsform

hat Finnland mit Island gemeinsam, das 1944 seine Unabhängigkeit vom dänischen Königreich erlangte und schon 1980 ein direkt gewähltes weibliches Staatsoberhaupt hatte – damals international eine Sensation. Vigdís Finnbogadóttir amtierte bis 1996. Sie hatte wesentlich weniger politischen Einfluss als die drei Männer, die in dieser Zeit nacheinander Finnland repräsentierten, war äußerst beliebt und sehr „repräsentativ“.

In diesem Beitrag zum Thema „Repräsentation im Wandel“ geht es vorrangig um die deskriptive Repräsentation, d.h. es wird hauptsächlich die Entwicklung der zahlenmäßigen Vertretung von Frauen in der finnischen Politik dargelegt. Der folgende Text handelt von Frauen im nationalen Parlament und in der Regierung. Es geht auch um das Staatsoberhaupt, denn der Wechsel von einem Mann zu einer Frau bei der Person, die Finnland repräsentiert, ist eine bedeutende Veränderung, die diskussionswürdige Fragen aufwirft. In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, dass sich in Finnland das Präsidentenamt selbst gewandelt hat, und zwar durch die Verfassungsreform von 1999, die im Jahr 2000 wirksam wurde. Dadurch wurde ein schon in den 1980er Jahren begonnener Prozess auf der konstitutionellen Ebene bestätigt. Als zum ersten Mal in der finnischen Geschichte eine Frau das Amt des Staatspräsidenten erhielt, war diese Position nicht mehr so bedeutend wie zuvor. Die „semi-präsidentielle“ Regierungsform war abgeschafft, das Parlament und der Premierminister wurden gestärkt. Ist diese Schwächung der obersten Staatsspitze der Grund dafür, dass nun auch in Finnland eine Frau durchkam? Oder ist die Staatspräsidentin tatsächlich ein Symbol für gleiche Chancen von Frauen in der finnischen/nordischen (Macht-) Politik?

Der Machtverlust im finnischen Präsidentenamt bezieht sich vor allem auf die Außenpolitik. Vor ihrer Wahl zum Staatsoberhaupt, als ihr Vorgänger im Amt in diesem Bereich noch das Sagen hatte, war Tarja Halonen selbst in der damals noch untergeordneten Position der Außenministerin. Heute als Präsidentin ist Tarja Halonen aufgrund der Verfassungsreform wieder in ihrer Amtsmacht eingeschränkt. Es ist zwar ihre Aufgabe, das Land nach außen zu vertreten, die Entscheidungskompetenz in EU-Angelegenheiten ging jedoch auf die Regierung über. Deshalb ist Tarja Halonen im Ausland wesentlich unbekannter geblieben als ihr Amtsvorgänger Martti Ahtisaari, der noch die in der Verfassung von 1919 verankerte Vollmacht hatte, die gesamte Außenpolitik Finnlands zu bestimmen und entsprechend auftreten konnte. Tarja Halonen lässt sich jedoch nicht davon abhalten, zusammen mit dem finnischen Regierungschef an EU-Gipfeltreffen teilzunehmen, und der Premierminister seinerseits bemüht sich bei seinen Entscheidungen in der Europapolitik um Einvernehmen mit der Präsidentin.

Nach der Verabschiedung der neuen Verfassung 1999 hatte schon einmal eine Frau das aufgewertete Amt des Premierministers erhalten, und zwar im April 2003 die Zentrumsministerin Anneli Jäätteenmäki, die damals auch Vorsitzende ihrer Partei war. In Finnland hatten Frauen schon Ministerämter in allen – „weichen“ und „harten“ – Politikfeldern. Die Sozialdemokratin Tarja Halonen selbst war vor ihrer Zeit

als Außenministerin zunächst Sozial- und Gesundheitsministerin und dann Justizministerin. Außerdem war sie Ministerin für Nordische Zusammenarbeit.

Wie in den anderen nordischen Ländern betrachten Frauen in Finnland verantwortungsvolle Positionen in den Bereichen Familienpolitik, Gesundheitspolitik, Sozialpolitik und Bildungspolitik keineswegs als weniger bedeutend als zum Beispiel das Finanzressort. Vielmehr erachten die Politikerinnen sie als sehr erstrebenswert, weil diese Politikfelder die Kernbereiche der nordischen Wohlfahrtsstaaten darstellen und gerade für Frauen so überaus wichtig sind. Die heute 65-jährige Sozialdemokratin Tarja Halonen, alleinerziehende Mutter einer 1978 geborenen Tochter, saß von 1977 bis 1996 im Stadtrat von Helsinki und wurde 1979 erstmals ins nationale Parlament gewählt. Dort leitete sie 1984 bis 1987 den Sozialausschuss bevor sie 1987 das Ministeramt in diesem Politikbereich bekam. Außerparlamentarisch engagierte sie sich ebenfalls für Soziales sowie für Menschenrechtsfragen, beruflich war sie als Juristin drei Jahrzehnte lang für den finnischen Gewerkschaftsbund tätig. Tarja Halonen bezeichnet sich selbst manchmal als „Sozialtante“. Kritisch beäugt wird sie vor allem von den schwedischen Medien, die sie wegen ihrer mehr praktischen als eleganten großen Handtaschen gern als „Muuminmamma“ bespötteln. Der Vergleich mit der finnischen Trollmutter macht ihr genauso wenig aus wie die Kritik an dem Abendkleid, das sie bei ihrem Staatsbesuch in Schweden trug. Tarja Halonen hat ihren eigenen Stil.

Die auch innerhalb Finnlands immer noch spürbaren Ressentiments zwischen SchwedInnen und FinnInnen haben eine lange Tradition. Sie gehen auf alte Standesunterschiede zurück: Die kleine schwedischsprachige Bevölkerungsgruppe war die herrschende Elite während der Jahrhunderte, in denen Finnland unterdrückter Teil des schwedischen Königreichs war. Später, als (teil-)autonomes Großfürstentum im russischen Zarenreich, hatte Finnland wesentlich mehr ökonomische und politische Entwicklungsmöglichkeiten. Der entstehende finnische Nationalismus richtete sich hauptsächlich gegen die überkommenen schwedischen Einflüsse. In der Adelsgruppe des Ständelandtags dominierten diese elitären Finnland-Schweden immer noch, und auch im Bürgerstand häufte sich die Macht aufgrund des Zensuswahlrechts bei den Vertretern dieser begüterten Bevölkerungsschicht. Die Klassenunterschiede zwischen der gebildeten Oberschicht und dem einfachen Volk (u.a. DienstbotInnen!) kamen auch in der alten Frauenbewegung zum Ausdruck. Die Damen wollten zwar das Stimmrecht für Ihresgleichen, aber nicht für die Angehörigen des „Pöbels“. Unter den 19 Pionierinnen, die 1907 neben 181 männlichen Abgeordneten in die neue Volksvertretung (Eduskunta) einzogen, war auch ein Mitglied der Schwedischen Volkspartei, die die Finnland-SchwedInnen politisch repräsentiert, und zwar die Lehrerin Dagmar Neovius, Tochter eines Generalleutnants. In der Gegenwart zählt die ehemalige Verteidigungsministerin Elisabeth Rehn zu den Finnland-SchwedInnen, die rund sechs Prozent der finnischen Bevölkerung ausmachen. Sie kandidierte im Jahr 2000 ebenfalls für das Amt des Staatsoberhauptes, unterlag aber der Sozialde-

mokratin Tarja Halonen, einer waschechte Finnin aus dem Arbeiterstadtteil Kallio (schwedisch: Berghäll) in Helsinki.

Von der Pionierin zur Expertin: 100 Jahre Frauen im Parlament

Als das finnische Parlament 2006 und 2007 aus zwei Anlässen hundert Jahre Demokratie in Finnland feierte hatten die weiblichen Abgeordneten, die nun über 75 bzw. 83 der 200 Sitze verfügten, gute Gründe, frohgemut auf die beiden Jubiläen anzustoßen. Gefeierte wurden der hundertste Jahrestag der Verabschiedung des neuen Parlaments- und Wahlgesetzes durch den Ständelandtag am 1. Juni 1906 und der hundertste Jahrestag der ersten Sitzung des neuen Einkammerparlaments am 25. Mai 1907. Von den 62 Kandidatinnen waren damals 19 gewählt worden, damit hatten die Pionierinnen 1907 rund 10% der Sitze gewonnen. Neun von ihnen waren Sozialdemokratinnen, unter ihnen Miina Sillanpää, die früher Fabrikarbeiterin und Hausgehilfin war, sich im Dienstmädchenverein in Helsinki für die Rechte der Hausangestellten engagierte und später – nach mehrmaliger Wiederwahl ins nationale Parlament – als erste finnische Frau ein Ministeramt bekam (für Soziales, 1926). Sie war Symbol und Alibi zugleich, eine herausragende Politikerin wie in der Gegenwart Tarja Halonen. Die anderen Parlamentarierinnen gehörten den bürgerlichen Parteien an, unter ihnen mehrere mit Abitur und Lehrerinnenausbildung. In der Arbeit der Volksvertreterinnen ging dann oft Parteiloyalität vor Frauensolidarität, was viele finnische Suffragetten und Wählerinnen enttäuschte. 1908 gewannen die Frauen 25, im Jahr 1909 21 Sitze. In 12 der 15 folgenden nationalen Wahlen von 1910 bis 1945 errangen die Frauen – aus verschiedenen Gründen – weniger Mandate als 1907. Spürbar verbesserte sich die weibliche Vertretung erst ab den 1960er Jahren mit einem ersten Rekordergebnis von rund 39% (1991). Der Frauenanteil sank jedoch 1995 noch einmal (auf 34%) – eine kalte Dusche für die Optimistinnen. Es war der erste Rückschlag seit 33 Jahren in einer Zeit, in der sich nicht nur die politische Repräsentation der Frauen verschlechtert hatte, sondern als Folge des Verlustes des wichtigen östlichen Absatzmarktes nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sich ganz Finnland in einer depressiven Phase befand und der finnische Wohlfahrtsstaat in Gefahr war. Inzwischen hat sich nicht nur die Wirtschaft erholt. Die Frauen konnten die Anfangszahl ihrer Mandate vervierfachen und um die 40% der Parlamentssitze gewinnen – eine wechselhafte hundertjährige Erfolgsgeschichte!

Zur dritten Jubiläumsfeier, dem Fest anlässlich des 90. Geburtstags der finnischen Republik am 6. Dezember 2007, konnte sogar ein weibliches Staatsoberhaupt ins Präsidentenpalais einladen, zur Freude der finnischen Frauen. Das war auch ein besonderer Gedenktag für die Legislative, denn erst durch die Unabhängigkeit von Russland war die Regierung nicht mehr dem Zar, sondern dem Parlament gegenüber verantwortlich. Die Gastgeberin des großen Empfangs, Tarja Halonen, war immer für die Gleichstellung der Geschlechter eingetreten, die als politischer Aufgabenbereich in das früher von ihr geleitete Sozial- und Gesundheitsressort fällt. Hat auch sie sich bei all der Feierei gefragt, ob die Frauen genug abbekommen haben? Sind ihre Gläser

genauso gut gefüllt wie die der Männer, und wenn nicht – sind sie nun halbvoll, oder sind sie halbleer?

Die Gläser der Frauen sind halbvoll! Auch wenn mit 83 von 200 Sitzen noch immer nicht die Hälfte der Mandate gewonnen ist, kann es doch als Erfolg betrachtet werden, dass die Repräsentation von Frauen im nationalen finnischen Parlament trotz aller Widrigkeiten von 10% (1907) auf 42% (2007) gestiegen ist. Heute haben vier Fraktionen eine weibliche Mehrheit: die der Grünen, der Sozialdemokraten, der Christdemokraten und die der Schwedischen Volkspartei. Wer das positiv sieht, hat auch die Hoffnung, dass eines Tages das Ziel der Geschlechterparität auf allen politischen Ebenen erreicht wird. WissenschaftlerInnen mit einem entsprechend optimistischen Ansatz, z.B. der Hypothese, dass es sich nur um eine „Zeitverzögerung“ handelt (vgl. Raauum 1995), suchen deshalb nach Erklärungen dafür, warum schon so viele Frauen in den politischen Institutionen vertreten sind, und konzentrieren sich nicht so sehr auf die noch bestehenden Defizite. Die Erforschung der steigenden Repräsentation von Frauen in der finnischen/nordischen Politik zeigt u.a. folgende fördernde Bedingungsfaktoren für diese Entwicklung, auf die sich die optimistische Einschätzung gründet: Als grundlegender Faktor für die relativ hohe politische Repräsentation von Frauen in den nordischen Ländern gilt die tief verwurzelte egalitäre Kultur. Die dortige – vor allem auf die Beseitigung von Klassenunterschieden zielende – Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit führte u.a. zu gleichen Bildungschancen für Mädchen, für die sich die alte Frauenbewegung genauso stark gemacht hatte wie für das Frauenstimmrecht, das auch von der Arbeiterbewegung gefordert wurde. So gilt auch in Finnland das hohe Bildungsniveau der weiblichen Bevölkerung als ein wichtiger Grund für den vergleichsweise hohen Anteil von Frauen im Parlament, und zwar auch in der Gegenwart, in der sich die Volksvertretung seit den 1960er Jahren zu einem ExpertInnenngremium mit einer starken Zunahme der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes entwickelt hat.

Heute ist das Ausbildungsniveau der weiblichen Abgeordneten sogar höher als das ihrer männlichen Kollegen. Anders als unter den politischen Pionierinnen aus der Arbeiterklasse sind seit ein paar Jahrzehnten auch die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion sehr gut ausgebildet. Viele von ihnen konnten mit Hilfe des staatlichen Ausbildungsdarlehens studieren, wurden Beamtinnen und trugen mit ihrer Kompetenz zum Ausbau des Wohlfahrtsstaates bei. Heute sind viele Finninnen, die ein Mandat errungen haben, fachlich auch für ein Ministeramt geeignet, manche sogar für mehrere wie Tarja Halonen, die von 1979 bis zu ihrer Wahl ins Präsidentenamt im Jahr 2000 dem nationalen Parlament angehörte, dort Vorsitzende von drei verschiedenen Ausschüssen war und vier verschiedene Ministerposten hatte. Allerdings brachte Tarja Halonen noch die „vorparlamentarische politische Erfahrung“ mit, die vielen PolitikerInnen des neuen Typs – den „Expertenabgeordneten“ (vgl. Ruostesaari 1999) – fehlt. Sie entsprach also nicht ganz diesem neuen Parlamentariertyp. Tarja Halonen war aber ein neuer weiblicher Abgeordnetentyp, da sie ihre vielen Initiativen nicht vorrangig in so genannte Frauen- und Familienfragen einbrachte. Sie

zählte zu den ersten Politikerinnen, die sich zu Expertinnen auch anderer Ressorts als der Sozial- und Bildungspolitik profilierten. Wegen ihrer breiten Sachkompetenz war sie auch für die traditionell orientierten Männer akzeptabel. Für ihre Geschlechtsgenossinnen war sie wegbereitend, denn die Verbreiterung der politischen Arena eröffnete neue Tätigkeitsbereiche für Frauen.

Wenn dadurch auch Fachfrauen „untypischer“ Berufsbereiche Interesse an einer politischen Karriere entwickelten (wobei für erwerbslose Akademikerinnen und Nicht-Beamtinnen durchaus auch die Aussicht auf ein reguläres Gehalt motivierend wirkte, v.a. in den wirtschaftlich schwierigen 1990er Jahren), förderten zwei andere Erfolgsfaktoren ihre Chancen, ein Mandat zu erringen, die schon den Pionierinnen geholfen hatten, ins Parlament zu gelangen: das Verhältniswahlrecht und das in Finnland geltende System der offenen Listen ohne Rangordnung, das der Wählerschaft die Möglichkeit gibt, direkt für bestimmte Einzelpersonen zu stimmen.

Ein weiterer fördernder Faktor der weiblichen Repräsentation in der Volksvertretung ist die neue Frauenbewegung. In Finnland entstand sie relativ spät auf Initiative der Finnlandschwedinnen. Sie stellte die tradierten Geschlechtsrollen in Frage und verfolgte vorrangig die Strategie, die etablierten Frauenorganisationen zu beleben und die Integration von Frauen und Frauenthemen in die bestehenden politischen Strukturen und Parteien voranzutreiben. Inzwischen haben sich auch einige männliche Parteiführungskräfte aus taktischen Gründen zu Frauenförderern entwickelt: Attraktive, gut ausgebildete, aber politisch unerfahrene Frauen wurden von ihnen als Kandidatinnen aufgebaut in der Hoffnung, dass sie einerseits das Medieninteresse auf sich ziehen würden, so dass mit ihnen in der Parteienkonkurrenz gepunktet werden konnte, und sie sich andererseits eher beeinflussen ließen als das ältere durchsetzungsfreudige Feministinnen mit stärkendem Organisationshintergrund täten. Junge weibliche Parteimitglieder, die sich der männerdominierten Parteiideologie und -kultur anpassen und nicht den traditionsreichen internen Frauenorganisationen angehören, haben gute Chancen, nominiert zu werden – und sich dann als Abgeordnete zu emanzipieren.

Seit 1991 besteht im finnischen Parlament ein Netzwerk von Frauen, das die parteiübergreifende Zusammenarbeit der Politikerinnen fördern sowie die einzelnen weiblichen Abgeordneten unterstützen und weiterbilden soll. Seine Existenz ermutigt viele zögernde weibliche Parteimitglieder, ein Mandat anzustreben, und ist deshalb ebenfalls als ein förderlicher Faktor zu betrachten, und zwar sowohl für die deskriptive als auch für die substantielle Repräsentation von Frauen in der Politik, denn die Idee für dieses Netzwerk war, alle Bereiche politischer Entscheidungen in weiblicher Perspektive zu betrachten.

Es spielt auch eine Rolle, dass die erste Frau an der Spitze des Parlamentspräsidiums, die konservative Riitta Uosukainen, Mitte der 1990er Jahre familienfreundlichere Arbeitszeiten und -prozeduren einführte. Sie reduzierte zum Beispiel die Abendsitzungen, die in der Vergangenheit oft kurzfristig angesetzt wurden und lange dauerten. Das war besonders wichtig, weil junge Mütter ins Abgeordnetenhaus eingezogen

waren sowie Frauen, die während ihrer Mandatszeit Kinder bekamen und nach einer kurzen Pause ins Parlament zurückkehrten. „Dies ist typisch für finnische Frauen – dass Kinder kein Grund dafür sind, die politische Arbeit zu unterbrechen...“, sagte dazu die ehemalige grüne Abgeordnete Irina Krohn in einem Interview (vgl. European Database o.J.). Die Juristin und Absolventin einer Theaterakademie wurde 1995 als Mutter eines kleinen Sohnes Volksvertreterin. 1997 nahm sie nach der Geburt ihrer Tochter sechs Monate Mutterschaftsurlaub, nach dessen Ende sie ihre parlamentarische Arbeit erfolgreich fortsetzte, u.a. als Vizevorsitzende verschiedener Ausschüsse.

Das Durchschnittsalter aller finnischen Abgeordneten ist in der jetzigen Legislaturperiode 48 Jahre, 70% von ihnen sind verheiratet. Von den 72 Gewählten, die 2007 neu ins Parlament kamen (davon 33 Frauen), hat jede/r zweite eine Familie mit Kindern. Übrigens war die Führung der finnischen Volksvertretung während der Amtszeit von Parlamentspräsidentin Riitta Uosukainen schon einmal ganz in weiblicher Hand, als 1996 beide Stellvertreterpositionen ebenfalls mit Frauen besetzt waren. Zehn Jahre später ist keine einzige Frau mehr unter den drei Eduskunta-Vorsitzenden, und auch in der laufenden Legislaturperiode hat sich daran nichts geändert. Unter den Ausschussvorsitzenden sind die Frauen ebenfalls stark unterrepräsentiert; die absolute Zahl blieb mit vier weiblichen Vorsitzenden zwar gleich, da sich die Zahl der Ausschüsse jedoch von 15 auf 16 erhöht hat sank der Frauenanteil 2007 leicht ab auf 25%. Das sind zwei Argumente der Beteiligten und Beobachterinnen, die die Gesamtentwicklung pessimistischer – oder eben realistischer – sehen und skandieren:

Die Gläser der Frauen sind halbleer!! Tatsache ist, dass auf der nationalen Ebene in keinem nordischen Parlament die Hälfte der Sitze mit Frauen besetzt ist (vgl. Tab. 1), auch nicht in Finnland, wo außerdem noch keine frauenfreundliche Arbeitsatmosphäre herrscht: Wie eine aktuelle finnische Studie ergab, wurden noch in jüngster Zeit viele weibliche Abgeordnete und Angestellte im finnischen Parlament sexuell belästigt. Benachteiligt sind die Frauen schon im Vorfeld, denn Forschungen auf dem Gebiet der Wahlkampffinanzierung ergaben, dass es für Kandidaten leichter ist als für Kandidatinnen, von Unternehmen und Interessenorganisationen Geld für ihre Kampagnen zu bekommen. Das zeigen noch die jüngsten Zahlen von 2007: Die Frauen erhielten vor der letzten Wahl 14% weniger finanzielle Unterstützung als ihre Konkurrenten. Die „Marginalisierungsthese“, nach der Frauen innerhalb des politischen Systems in machtlose Bereiche abgedrängt würden (vgl. Haavio-Mannila u.a. 1985), muss aber inzwischen für Finnland und alle skandinavischen Länder korrigiert werden; die Arenen politischer Macht sind im Norden nicht mehr allein den Männern vorbehalten.

Ein Beispiel für eine Finnin, die die gestiegenen Chancen für Frauen in der Politik nutzte, ist die heute 43 Jahre alte grüne Politikerin Tuija Brax, als studierte Juristin eine Expertin für Rechtsfragen. Sie begann ihre Arbeit im Parlament 1990 als Fraktionsangestellte und entwickelte in den fünf Jahren ihrer administrativen Tätigkeit Interesse an einer eigenen politischen Karriere, die ihr – trotz Familie – auch gelang.

Tabelle 1: Politische Repräsentation von Frauen im Norden:
Nationale Parlamente und Regierungen*

	Finnland 2007	Schweden 2007	Norwegen 2005	Dänemark 2007	Island 2007
Parlament	42	47	38	37	33
Regierung	60	41 [45**]	53	37	33

* Prozentanteil nach den letzten nationalen Wahlen; **seit Sept. 2007

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach: <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm>;
www.guide2womenleaders.com/situation-statistics.htm.

Als verheiratete junge Mutter gewann sie 1995 ein Mandat im nationalen Parlament, bekam als Abgeordnete ihr zweites Kind, wurde 1999 wiedergewählt, war nach ihrer erneuten Wiederwahl 2003 Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Rechtsangelegenheiten und kandidierte auch bei der nächsten Wahl 2007 wieder erfolgreich für einen Sitz in der Volksvertretung. Als Antwort auf die Frage, ob es für die finnischen Frauen im Parlament und in der Politik Gleichheit gäbe, zitierte sie während ihrer dritten Legislaturperiode, nachdem sie über 10 Jahre lang eigene Erfahrungen als Politikerin gesammelt hatte, die schönen Worte ihrer damaligen Fraktionskollegin Irina Krohn, „dass die Gleichstellung der Frauen eher wie eine von der Schwiegermutter geschenkte Vase ist, die nur dann hervorgeholt wird, wenn sie zu Besuch kommt. Wir halten das Image aufrecht, dass alles gut ist, aber in der Realität haben wir noch viel zu tun“ (zit. n. Korpela 2006). Irina Krohn verließ das finnische Parlament während der letzten Legislaturperiode, um Geschäftsführerin einer wichtigen Kulturorganisation zu werden. Tuija Brax, die seit 1995 auch im Stadtrat von Helsinki sitzt, ist seit April 2007 Justizministerin.

Vom Bruchteil zur Hälfte der Macht: 80 Jahre Frauen in der Regierung

Durch einen Zusatz zum finnischen Gleichstellungsgesetz von 1986 wurde 1995 eine 40/60-Geschlechterquote für nicht-gewählte öffentliche Körperschaften festgelegt. Formal gilt diese Quote nicht für die Regierung, bei deren Zusammensetzung wird sie dennoch beachtet. Auf der nationalen Regierungsebene haben es die Finninnen inzwischen geschafft, mehr als den Mindestanteil an den Kabinettsposten zu bekommen. Seit April 2007 haben die Frauen über die Hälfte der Macht, die finnische Regierung ist eindeutig keine „Mannschaft“ mehr. Sogar 60% der Ministerien haben jetzt eine weibliche Leitung. Das ist Weltrekord, also auch im Norden einzigartig. Mehr Stellen hätte der finnische Premierminister Matti Vanhanen von der Zentrumspartei den Frauen bei der Bildung seiner neuen Regierung auch nicht überlassen dürfen, denn durch die Mindestquote für jedes Geschlecht sind auch die Männer vor Marginalisierung geschützt.

Die finnischen Männer werden auch zukünftig bei der Rekrutierung des Personals für die Exekutive nie nur einen Bruchteil der Macht abbekommen. Die Frauen hatten das nach der Einführung des parlamentarischen Regierungssystems noch viele Jahrzehnte lang hinzunehmen. Zwanzig Jahre lang waren die Finninnen überhaupt nicht im Kabinett repräsentiert. Eine erste – sozialdemokratische – Ministerin bekam Finnland 1926. Einen Anteil von 10% erreichten die Finninnen erst 1953 und von 20% erst 1987. Auf den 40%-Anteil kamen sie zwar schon 1991 nach der erfolgreichsten Parlamentswahl in der Geschichte der Frauenrepräsentation in Finnland (39%), er war aber noch nicht als Richtgröße anerkannt, so dass die Frauen 1995, als auch ihr Abgeordnetenanteil abgesunken war, wieder weniger erhalten konnten. Aber auch damals bekamen sie über 30% der Ministerposten (39%). Darunter konnte man nicht wieder zurückgehen.

Die heutige Präsidentin Tarja Halonen wurde 1995 wieder ins Kabinett berufen, diesmal als Außenministerin. Zusammen mit dem federführenden Staatsoberhaupt bemühte sie sich darum, Finnlands Wirtschaftskrise durch die EU-Mitgliedschaft zu überwinden. Es war die schwierige Zeit in der die Frauen nicht nur zahlenmäßig vom Backlash betroffen, also in der Politik quantitativ schlechter repräsentiert waren. Mit der drohenden Verringerung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen hatten sie auch eine Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität zu befürchten. Solche existenziell bedeutenden Entscheidungen sollten nicht den Männern überlassen werden. Deshalb entschlossen sich Frauen wie Tuija Brax, in die Politik zu gehen. Sie konnten als Abgeordnete durchaus etwas bewirken: „Meinen größten Erfolg in der Politik hatte ich 1995 während der Verhandlungen über die Regierungsbildung. Es gelang mir, zusammen mit ein paar anderen Müttern kleiner Kinder zu verhindern, dass die Unterstützung für Familien mit Kindern so stark beschnitten wurde wie im Regierungsprogramm vorgesehen“ (zit.n. Korpela 2006). Auch ihre frühere Fraktionskollegin Irina Krohn, die nach ihrem Jurastudium in den künstlerischen Bereich gewechselt war und sich dort eigentlich am richtigen Platz fühlte, kandidierte sowohl bei den kommunalen als auch bei den nationalen Wahlen aus persönlicher Betroffenheit und Protest gegen die neoliberalen Entwicklung bei den Regierungsmännern: „Ich dachte, dass ich in die Politik gehen und dagegen kämpfen sollte!“ (zit. n.European Database o.J.).

Für das aus den neuen sozialen Bewegungen hervorgegangene Grüne Bündnis war die Geschlechterparität auf den KandidatInnenlisten von Anfang an selbstverständlich. Da ihre Wählerschaft die grünen Frauen bevorzugt und zum großen Teil gezielt für die weiblichen Personen auf der Liste stimmt, sind diese in der Parlamentsfraktion in der Mehrheit. Innerhalb des grünen Bündnisses dient die Quote als eine Art Schutzgesetz für die durchschnittlich schon etwas älteren und weniger qualifizierten Männer – in der Parteioorganisation kann es nicht vorkommen, dass diese in einem Gremium so stark unterrepräsentiert sind wie in der grünen Fraktion. Bei der Regierungsbildung 2007 bekamen die grünen Frauen beide der dem Grünen Bündnis in der neuen Vierparteienkoalition zustehenden Ressorts. Für die Stellen des Justiz- und des Arbeitsministers fanden sich keine geeigneten grünen Männer!

Dass Frauen in der Politik auf keinen grünen Zweig kommen, stimmt in Finnland nicht mehr, auch nicht in der Zentrumspartei, die zur Zeit von einem Mann geleitet wird – Ministerpräsident Matti Vanhanen hatte seine glücklose Vorgängerin Anneli Jäätteenmäki 2003 auch im Parteivorsitz abgelöst. Er konnte nicht allein entscheiden, wen er im April 2007 in sein neues Kabinett holte, und überraschenderweise entschied sich seine Partei dafür, außer ihm fünf Frauen und zwei Männer zu nominieren. Eine der Zentrumspartei angehörende Ministerin wurde während ihres Mutterschaftsurlaubes von einem Mann vertreten: Paula Lehtomäki, seit 2002 stellvertretende Parteivorsitzende. Sie leitet das Umweltressort und gehörte als Ministerin für Außenhandel und Entwicklung sowie als der Staatskanzlei zugeordnete „Europaministerin“ schon der vorherigen Regierung an. Auch damals bei der Geburt ihres ersten Kindes setzte sie eine Weile aus, was ganz offensichtlich nicht das Ende ihrer politischen Karriere bedeutete – ein ermutigendes Beispiel für andere Frauen, die nicht nur Parlamentarierin, sondern auch Ministerin werden möchten, ohne auf Kinder zu verzichten.

Es gibt auch jüngere Väter in der neuen finnischen Regierung. Sie treten aus eigenem Interesse für familienfreundliche Arbeitszeiten ein. Kulturminister Stefan Wallin zum Beispiel, der seit 2006 Vorsitzender der Schwedischen Volkspartei ist, hat zwei Töchter. Sein Ressort gehört zum Ministerium für Soziales und Gesundheit, das auch für Gleichstellungsfragen zuständig ist und nach dem Inkrafttreten des finnischen Gleichstellungsgesetzes 1987 von Tarja Halonen geleitet wurde, bis sie 1990 an die Spitze des Justizministeriums wechselte. Stefan Wallin bezeichnet sich selbst als Feminist. Er möchte viel Zeit mit seiner Familie verbringen und versucht, in Vorträgen auch andere Männer dafür zu interessieren, sich mehr um ihre Kinder zu kümmern. Obwohl sich in Finnland auch einige Männer an der in den 1960er Jahren durch die kulturradikale Bewegung initiierte Geschlechtsrollen-debatte in der Gesellschaft beteiligten und wie die Frauen für Gleichheit eintraten, haben die „harten“ Finnen – die traditionell ein Leben als „einsamer Wolf“ bevorzugen – noch immer wesentlich mehr Schwierigkeiten als ihre norwegischen, dänischen und schwedischen Geschlechtsgenossen mit der Beteiligung an der Kinderbetreuung. Ganz tief ist bei den „echten Männern“ die Meinung verwurzelt, dass sich in dieser Art um die Familie zu kümmern sie von „richtiger Arbeit“ abhalte und genauso „unmännlich“ sei wie viel zu reden. Das ist keine unwesentliche Rahmenbedingung für die Entwicklung der Repräsentation von Frauen in der finnischen Politik. Jetzt ist es für beide Geschlechter gut zu wissen: „Karriere und Familie schließen sich nicht gegenseitig aus, auch nicht im Kabinett“ (Nykänen 2007).

Chancengleichheit im Norden: „Können Männer auch Präsident werden?“

Eine Präsidentin als Staatsoberhaupt, 60% Ministerinnen in der Regierung, 42% Volksvertreterinnen in der Eduskunta, die Hälfte der acht Fraktionen in der Volksvertretung mit einer weiblichen Abgeordnetenmehrheit und drei der acht im Parlament repräsentierten Parteien mit einer Frau an der Spitze (Grüne, Christdemokraten, Sozi-

aldemokratie) – auf der deskriptiven Ebene wird deutlich, dass die Frauen in Finnland gleiche Chancen in der Politik haben und auch nutzen.

Was die substantielle Ebene der Repräsentation von Frauen in der Politik betrifft, so konnte der Verlust wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften, von denen die zu einem großen Teil berufstätigen Finninnen abhängig sind, durch bedeutende ökonomische Strukturveränderungen (vgl. Ylä-Anttila 2008) und die politische Mitgestaltung durch Frauen verhindert werden. In Berichten über die schwere Zeit während der ersten Wirtschaftskrise nach dem Wegfall des sowjetischen Exportmarktes Anfang der 1990er Jahre zeigt sich, welche große Bedeutung der im Jahr 2000 gewählten Präsidentin von den Finninnen zugemessen wird – sie steht in jeder Hinsicht für die Überwindung des Backlash: „Was für einen langen Weg haben wir von dort zurückgelegt mit Tarja Halonen als Präsidentin!“ (vgl. European Database o.J.).

Früher war es normal, dass ein Mann Staatsoberhaupt war, und in Finnland gab es eine lange Zeit, in der noch nicht einmal die Person an der Staatsspitze wechselte – der legendäre Urho Kekkonen war ab 1956 über 25 Jahre lang Präsident. Eine solche lange Amtszeit durch mehrfache Bestätigung ist heute nicht mehr möglich, in Finnland sind nur noch zwei sechsjährige Präsidentschaftsperioden zugelassen. Tarja Halonen, die 2006 wiedergewählt wurde, wird also auch nicht auf die 16 Dienstjahre der Isländerin Vigdís Finnbogadóttir kommen, die ihr Land von 1980 bis 1996 repräsentierte. Aber auch 12 Jahre sind lange genug, dass auch finnischen Müttern die Frage gestellt wird, die isländische Kinder vorbrachten, die mit einem weiblichen Staatsoberhaupt aufwuchsen: „Mamma, kann ein Mann Präsident werden?“ (Parbring 2004, 12).

Das können finnische Kinder die Präsidentin auch selber fragen. Tarja Halonen hat für sie eine besondere Website eingerichtet, auf der ihre Antworten auf Anfragen kleiner MitbürgerInnen zu lesen sind. Dort erscheinen auch die Bilder, die Mädchen und Jungen von ihr gemalt haben – von ihrer tollen Präsidentin mit den roten Haaren (<http://lastenpresidentti.fi/fi/etusivu.html>). Es ist deren Zukunft, an die sie dachte, als sie das Jubiläum des Frauenwahlrechts feierte – mit einem realistischen Blick auf die Gläser von Frauen *und* Männern, die 100 Jahre nach dem großen Erfolg in der Geschichte der Geschlechtergleichstellung *sowohl* halbvoll *als auch* halbleer sind:

„Das nordische Gleichheitskonzept betont, dass gleiche Möglichkeiten nicht genug sind. Sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene sind fördernde Maßnahmen notwendig, um dieses Ziel zu erreichen. Geschlechtergleichheit berührt sowohl Männer als auch Frauen, und beide sind nötig, um sie zu erreichen und traditionelle Geschlechtermuster aufzubrechen. Dies ist unser gemeinsames Anliegen, von dem alle – Frauen und Männer – profitieren werden“ (Halonen 2006, 7).

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag ist die Kurzfassung eines Artikels, der unter dem Titel „Ein Blick auf Finnland in vergleichender Perspektive: Steht die finnische Staatspräsidentin für gleiche Chancen von Frauen in der nordischen Politik?“ auf der Website des Jean Monnet Centre for European Studies (CEUS) veröffentlicht ist. Dort finden sich außer einem zusätzlichen Abschnitt über Frauen in den politischen Parteien auch ausführliche Literaturhinweise und drei weitere Tabellen (<http://www.monnet-centre.uni-bremen.de/papers.htm>).

Literatur

European Database: Women in Decision-making, o.J.: Interview mit Irina Krohn. Internet: <http://www.db-decision.de/Interviews/Fin/Krohn.htm#PolDev> (16.6.2008).

Halonen, Tarja, 2006: „Preface“. In: Moring, Anna (Hg.): Politics of Gender. A Century of Women's Suffrage in Finland. Helsinki, 6-7.

Haavio-Mannila, Elina u.a. (Hg.), 1985: Unfinished Democracy. Women in Nordic Politics. Oxford u.a..

Jakobson, Max, 2006: Finland – A Lone Wolf. Helsinki.

Korpela, Salla, 2006: „Portrait of a Finnish MP (Tuija Brax)“. Virtual Finland, März 2006. Internet: <http://virtual.finland.fi/netcomm/news/showarticle.asp?intNWSAID=49378&LAN=ENG> (16.6.2008).

Nykänen, Anna-Stina, 2007: „Career and Family are Not Mutually Exclusive, Even in the Cabinet“. Helsingin Sanomat, international edition. Internet: <http://www.hs.fi/english/article/Career+and+family+are+not+mutually+exclusive+even+in+the+cabinet+/1135227290975> (16.6.2008).

Parbring, Bosse, 2004: „Backlash för kvinnor i Norden?“. Genus. Nr. 3-4, 12-13.

Raaum, Nina C., 1995: „The Political Representation of Women: a Bird's Eye View“. In: Karvonen, Lauri/Selle, Per (Hg.): Women in Nordic Politics. Closing the Gap. Aldershot u.a., 25-55.

Ruostetsaari, Ilkka, 1999: „Von politischen Amateuren zur politischen Klasse“. In: Borchert, Jens (Hg.): Die politische Klasse in westlichen Demokratien. Opladen, 141-160.

Ylä-Anttila, Pekka, 2008: „Rückwärts nimmer. Wie Finnland seine Wirtschaftskrise zum Strukturwandel genutzt hat“. Kulturaustausch. Ganz oben – Die nordischen Länder. Nr. 1, 54-56.

Erklärungsmodelle für die Unterrepräsentation von Frauen

Eine Analyse am Beispiel der Kommunalparlamente von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen

LARS HOLTkamp, SONJA SCHNITTKKE

Die möglichen Ursachen für die deskriptive Unterrepräsentanz von Frauen in deutschen Parlamenten sind sicherlich vielfältig, wurden aber bisher in empirischen Untersuchungen zu wenig gewichtet. Dies kann u.a. auf eine immer noch geringe wissenschaftliche Ausdifferenzierung der gendersensiblen Politikwissenschaft in Deutschland zurückgeführt werden, die in der begrenzten Forschungsförderung und mangelnden universitären Institutionalisierung begründet liegen dürfte. So werden Nominierungsprozesse von Parlamentskandidatinnen häufig nur als Unterfall der politischen Partizipation von Frauen betrachtet, für die mit dem „magischen Dreieck“ ein schlussiges Erklärungsmodell vorgelegt wurde (Hoecker 1998). Danach können institutionelle und sozioökonomische Faktoren sowie die politische Kultur relativ

gleichrangig als Ursachen für die niedrigere Partizipationsrate von Frauen angenommen werden. Die Betonung der nationalen politischen Kultur lässt das Modell gerade für den internationalen Vergleich besonders geeignet erscheinen, und der weit gefasste Partizipationsbegriff ermöglicht eine Gesamtschau auf bestehende politische Ungleichheiten, die sich mit der Thematisierung struktureller Ursachen deutlich vom politikwissenschaftlichen Mainstream abhebt. Wenn es aber um die konkrete Frage geht, wie der Anteil von Frauen in deutschen Parlamenten erhöht werden kann, wirken die Folgerungen aus dem Modell relativ unspezifisch. Da keine stärkere Gewichtung der Faktoren vorgenommen wird, werden differenzierte Forderungskataloge für alle Erklärungsfaktoren aufgestellt (Fuchs 2006), die der politischen Praxis nur begrenzt eine Orientierung vermitteln. Politik und Wissenschaft müssen demgegenüber bei begrenzten Kapazitäten in der Praxis häufig Prioritäten setzen. Dafür ist herauszuarbeiten, welche Faktoren im innerdeutschen Vergleich den wesentlichen Unterschied in Bezug auf die deskriptive Repräsentanz von Frauen in Parlamenten ausmachen.

Wenn ausgehend von den Faktoren der gendersensiblen Partizipationsforschung die Unterrepräsentation von Frauen im Deutschen Bundestag z.B. immer wieder durch den vermeintlichen Mangel an Kandidatinnen aufgrund von geschlechtsspezifischer Sozialisation und Arbeitsteilung erklärt wird (Kinzig 2007), dann ist dies selbst stark erklärungsbedürftig. Warum sollten die CDU bei aktuell ca. 140.000 weiblichen Parteimitgliedern und die SPD bei ca. 170.000 weiblichen Parteimitgliedern nicht genügend Kandidatinnen für die wenigen Bundestagsmandate aufstellen können, wenn Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen unter den ca. 16.000 weiblichen Parteimitgliedern offensichtlich genügend Kandidatinnen für eine geschlechterparitätische Besetzung von Ämtern und Mandaten auf allen Ebenen rekrutieren können? Auch Kommunalstudien konstatieren immer wieder einen starken Kandidatinnenmangel aufgrund von Doppelbelastungen und knappem Zeitbudget der Frauen und geben den Parteien bisweilen recht eigenwillige Empfehlungen. Parteien sollen sich bei der Rekrutierung nach dem bisher aufwändigsten Forschungsprojekt beispielsweise stärker auf die Gruppe der Rentnerinnen und Hausfrauen konzentrieren, weil diese mehr Zeit haben und so eine höhere Frauenrepräsentanz in den Kommunalparlamenten zu erreichen sei (Bauer u.a. 2006, 149).

Aus unserer Sicht besteht, kurz gesagt, ein erheblicher Verständigungsbedarf über die zentralen Erklärungsfaktoren von deskriptiver Unterrepräsentanz von Frauen in deutschen Parlamenten, um die begrenzten Kapazitäten für Politikberatung und Forschungspraxis zielgerichteter einsetzen zu können.

Im Rahmen unseres laufenden Forschungsprojektes¹ zur Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik gehen wir deshalb von einer in der Literatur bereits eingeführten Heuristik für Nominierungsprozesse aus, die auch schon bei Analysen zu Bundestags- und StadtratskandidatInnen im bundesdeutschen Kontext angewendet wurde (Holtkamp 2008). Danach werden Nominierungsprozesse als Personalmarkt gedeutet. So gibt es einige Variablen, die bereits zu einer erheblichen Einengung des Personenkreises führen, der für eine Nominierung zur Verfügung steht, also für das

potenzielle innerparteiliche KandidatInnenangebot (KandidatInnenpool). Neben der Angebotsseite sind die Selektionskriterien der Parteiorganisationen zu berücksichtigen. Parteien agieren als zentrale „Gatekeeper“ und Nachfrager im Nominierungsprozess. Darüber hinaus kann es bei der innerparteilichen Nominierung wichtig sein, welche KandidatInnen die BürgerInnen auf der Nachfrageseite des Wählermarktes präferieren, auf dem die Parteien als politische Anbieter auftreten. Dieser Heuristik kann ein großer Teil der unabhängigen Variablen des „magischen Dreiecks“ zugeordnet werden, die speziell für die Nominierung und Wahl von KandidatInnen wichtig erscheinen. Damit soll anschließend durch die Isolation von Faktoren die Frage beantwortet werden können, ob die Unterrepräsentanz von Frauen im innerdeutschen Vergleich eher auf ein zu niedriges KandidatInnenpotential, auf eine bei stärker personenorientiertem Wahlrecht negativ diskriminierende Wählerschaft oder auf die Selektionskriterien von Parteiorganisationen zurückgeführt werden kann. Dabei geht es bewusst um ein möglichst sparsames Erklärungsmodell mit wenigen unabhängigen Variablen, die eine hohe Erklärungskraft für die abhängige Variable haben (also um ein X-zentriertes Forschungsdesign), aber die Varianz von Unterrepräsentanz sicherlich nicht umfassend erklären können.

Der kommunale Vergleich eignet sich besonders, um dieses Erklärungsmodell alternativ zum „magischen Dreieck“ durchzuspielen, weil die kulturellen Rahmenbedingungen in deutschen Mittel- und Großstädten (bei dennoch großer Fallzahl) im Gegensatz zum internationalen Vergleich relativ ähnlich sind und damit Deutungsmuster und Normen tendenziell eine äquivalente Bedeutung haben dürften.² Für die politische Praxis bietet sich eine Analyse dieser Ebene zudem an, weil die Unterrepräsentanz von Frauen hier besonders ausgeprägt sein dürfte und in Genderberichten der Bundesregierung sowie anderer Institutionen die Kommunen bestenfalls rudimentär erfasst werden.

Im Folgenden soll nach einer Skizze des Erklärungsmodells die Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik auf Grundlage von landesweiten Befragungen der SPD- und CDU-Fraktionsvorsitze in allen baden-württembergischen und nordrhein-westfälischen Kommunen über 20.000 Einwohner (Holtkamp 2008) und auf Basis der Auswertung von amtlichen Statistiken sowie der großstädtischen Internetseiten untersucht werden.

Ein Erklärungsmodell für Unterrepräsentanz

Aus den vorliegenden Studien zur parlamentarischen Repräsentanz von Frauen im deutschen Kontext lassen sich die folgenden, häufig genannten Erklärungsvariablen in pointierter Form herausdestillieren (Hoecker 1986; Kinzig 2007; Wehling 2000; Geißel 1999; Fuchs 2006):

1. Sozialisationsthese

Die traditionelle Rollenzuweisung sieht eine politische Karriere für Frauen nicht vor, so dass Frauen tendenziell ein geringeres Interesse an Politik zeigen als Männer bzw. ein zu geringes Selbstvertrauen haben, um politische Ämter zu übernehmen.

2. Abkömmlichkeitsthese

Aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und Doppelbelastung verfügen viele Frauen über ein zu geringes Zeitbudget für die politische Arbeit.

3. Sozialstrukturthese

Frauen sind häufiger als Männer nicht in beruflichen oder ehrenamtlichen (verbandlichen) Führungspositionen vertreten, welche die Aussicht auf ein parlamentarisches Mandat erhöhen.

4. Diskriminierungsthese

Frauen werden von Männern in den Parteien und Fraktionen von wichtigen Ämtern und Mandaten bewusst ausgeschlossen (old-boy-networks etc.) bzw. Parteien erschweren Frauen den Zugang zu Ämtern und Mandaten durch strukturelle Hürden (Erwartungen zur zeitlichen Verfügbarkeit, zum Politikstil etc.).

5. Quotenthese

Die klar definierte Festlegung von hohen Quoten führt zu einer stärkeren Repräsentanz von Frauen. Hohe Quoten werden vorwiegend in tendenziell eher linken Parteien festgelegt, wobei die mit hohen Quoten und mit der parteiideologischen Orientierung häufig verbundene hohe Frauenrepräsentanz über den Parteienwettbewerb auch auf andere Parteien „abfärben“ kann. Somit ist davon auszugehen, dass in Parlamenten, in denen Parteien mit hohen verbindlichen Quoten (Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke) sehr schwach vertreten sind, die Unterrepräsentanz stärker ausgeprägt ist. In Parlamenten mit hohen Anteilen dieser Parteien stellen diese in absoluten Zahlen mehr Mandatsträgerinnen, und die anderen Parteien deuten und imitieren Geschlechterparität eher als Erfolgsmodell.

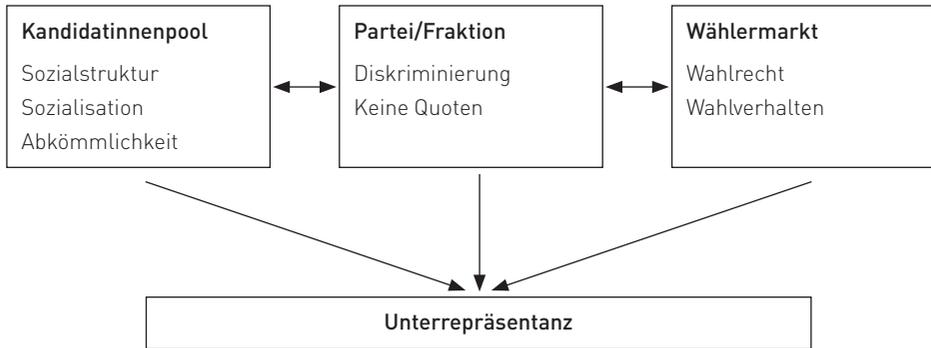
6. Wahlrechtsthese

Stark personenbezogene Komponenten in Wahlsystemen sind hinderlich für den Wahlerfolg von Frauen. Frauen verfügen häufig einerseits nicht über den unter diesen Bedingungen wichtigen Bekanntheitsgrad (siehe Sozialstrukturthese), und ein Teil der Wählerschaft hat allgemeine Vorbehalte gegenüber Frauen in politischen Ämtern.

7. Gemeindegrößenthese

In kleineren Gemeinden ist die Unterrepräsentanz von Frauen deutlich ausgeprägter, weil erstens absolut betrachtet, unter Berücksichtigung der ersten drei Variablen, weniger Frauen für die zu verteilenden Ratsmandate zur Verfügung stehen, zweitens eher linke Parteien mit strikten Quoten schlechtere Wahlergebnisse erzielen (Holscha 1999, 170) und drittens das Wahlverhalten bei stark personenorientiertem Wahlrecht eine stärkere Kandidatenorientierung aufweist.

In Abbildung 1 werden diese Erklärungsvariablen (bis auf die in der weiteren Analyse konstant gehaltene Kontextvariable Gemeindegröße) den aus der Nominierungsfor-

Abbildung 1: Erklärungsmodell für die Unterrepräsentanz von Frauen in Parlamenten

Eigene Darstellung

schung bekannten Faktoren – KandidatInnenpool, Partei als Gatekeeper und Wählermarkt – grob zugeordnet.

Mit diesem Erklärungsmodell geht eine Verschiebung der Perspektive insbesondere bei den Erklärungsvariablen einher, die unter dem Faktor KandidatInnenpool subsumiert werden. Danach ist für die Erklärung der Unterrepräsentanz von Frauen in Parlamenten nicht mehr so stark relevant, ob einzelne Frauen aufgrund unterschiedlicher zugeschriebener Merkmale und sozialer Lagen im Lebenslauf aus dem politischen Prozess in problematischer Weise faktisch exkludiert werden, sondern es interessiert vornehmlich die Frage, ob nicht dennoch genügend Frauen bereit sind, ein Mandat zu übernehmen und damit den Parteien zur paritätischen Ämterbesetzung zur Verfügung stehen. Während dies aus unserer Sicht für den Bundestag als Bedingung erfüllt sein dürfte, könnte dies aufgrund der kleineren Wahlkreise auf kommunaler Ebene schon nicht mehr selbstverständlich sein, insbesondere in Bundesländern, in denen Parteien durchschnittlich über einen relativ geringen Organisationsgrad verfügen.

Deskriptive Repräsentation in baden-württembergischen und nordrhein-westfälischen Kommunen

Um die Erklärungskraft zunächst der Faktoren KandidatInnenpool und Wählermarkt einschätzen zu können, soll in einem Most-Different-Systems-Design³ die Repräsentanz von Frauen in baden-württembergischen und nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten verglichen werden. Bei konstanter nationaler politischer Kultur differieren die Nominierungsmuster in den beiden Bundesländern innerhalb Westdeutschlands am stärksten und führen zu eher konkordanz- bzw. eher konkurrenzdemokratischen Akteurskonstellationen in der Kommunalpolitik.⁴ Während in den nordrhein-westfälischen Kommunen die üblichen parteienstaatlichen Nominierungs-

muster (Bewährung durch Parteiarbeit), wie sie auch auf Landes- und Bundesebene zu konstatieren sind, dominieren, sind die Parteien in der baden-württembergischen Kommunalpolitik bei der Selektion erheblich eingeschränkter. Einerseits können sie aufgrund des durchschnittlich niedrigen parteilichen Organisationsgrads nicht aus „dem Vollen schöpfen“, d.h. die Auswahlmöglichkeiten sind durch einen kleineren innerparteilichen KandidatInnenpool begrenzt. Andererseits führt das seit Jahrzehnten etablierte, stark personenorientierte Kommunalwahlrecht mit den Möglichkeiten zu kumulieren und panaschieren dazu, dass auch die Wählerschaft stark über die personelle Zusammensetzung der Parlamente mitbestimmt.⁵

Werden diese Effekte auf das Erklärungsmodell für Unterrepräsentanz von Frauen übertragen, dann muss davon ausgegangen werden, dass die Erklärungsvariablen, die unter dem Faktor KandidatInnenpool und Wählermarkt aufgeführt sind, in Baden-Württemberg negativer als in Nordrhein-Westfalen durchschlagen. Dementsprechend wäre bei konstant gehaltener Gemeindegröße damit zu rechnen, dass die Unterrepräsentanz von Frauen in baden-württembergischen Kommunalparlamenten deutlich stärker als in nordrhein-westfälischen Gemeinden ausgeprägt sein müsste. Dieser Länderunterschied wird so auch grundsätzlich in der lokalen Politikforschung behauptet (Wehling 2000, 205, 214), ohne dabei allerdings auf Vergleichsdaten zu rekurrieren. Insbesondere für das personenorientierte Wahlrecht in Baden-Württemberg wird immer wieder eine Benachteiligung von Ratskandidatinnen durch die eher diskriminierenden Einstellungen der Wählerschaft erwartet (Holuscha 1999, 307, 309), ohne die Wirkung von variierenden Wahlsystemen im Bundesländervergleich anhand von Angaben der Statistischen Landesämter zu überprüfen.

Wir greifen bei unserem Bundesländervergleich im Folgenden auf drei Datenquellen zurück: auf gesonderte Datenabfragen bei den Statistischen Landesämtern (Wahl-daten 2004), die systematische Auswertung aller großstädtischen Internetseiten zu weiblichen Führungspositionen und Ratsanteilen (2008), sowie die Befragung der Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD in allen baden-württembergischen und nordrhein-westfälischen Kommunen mit über 20.000 Einwohnern (Rücklaufquoten CDU 72%, SPD 75%; Befragungszeitraum: 2002).

Der Vergleich der Frauenanteile unter allen Ratsmitgliedern in beiden Bundesländern anhand der aufbereiteten Daten der Statistischen Landesämter stützt die Hypothese von der stärkeren Unterrepräsentanz von Frauen in baden-württembergischen Kommunen nicht (vgl. Tab. 1). Im Gegenteil: In Baden-Württemberg sind die Frauenanteile unter den Ratsmitgliedern in allen Gemeindegrößenklassen etwas höher als in Nordrhein-Westfalen, wobei allerdings, wie erwartet, in beiden Bundesländern eine sehr starke Unterrepräsentanz von Frauen in den Räten kleinerer Gemeinden konstatiert werden muss. Nur die wenigen baden-württembergischen Großstädte mit einem Frauenanteil von 34,4% übertrumpfen nach den Kommunalwahlen von 2004 knapp den Frauenanteil im Deutschen Bundestag (31,6%) und den Durchschnitt aller Landtage (31,8%) (vgl. Kinzig 2007, 48).

Tabelle 1: Frauen in den Gemeinderäten von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg

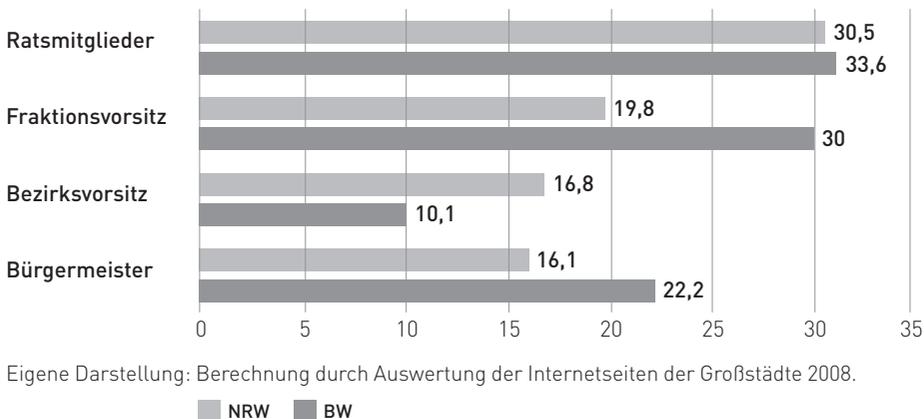
Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Gewählte Ratsmitglieder in NRW			Gewählte Ratsmitglieder in BW		
	Insgesamt	darunter Frauen		Insgesamt	darunter Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl		%
unter 5.000	60	7	11,7	7237	1335	18,4
5.000–10.000	1300	259	19,9	5075	1032	20,3
10.000–20.000	3844	707	18,4	3607	795	22,0
20.000–50.000	5542	1269	22,9	2438	598	24,5
50.000–100.000	2274	616	27,1	592	168	28,4
100.000 und mehr	1990	611	30,7	404	139	34,4

Quelle: Datenabfrage beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und LDS NRW, eigene Berechnung (Wahlkosten 2004).

Auch unsere aktuelle Auswertung aller großstädtischen Internetseiten in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zeigt, dass nicht nur die weiblichen Ratsanteile in Baden-Württemberg höher sind, sondern auch die Anteile unter den meisten wichtigen Führungspositionen. Dies gilt insbesondere für den Fraktionsvorsitz als zentrale parlamentarische Führungsposition (vgl. Abbildung 2). Dieser Befund wurde auch in unserer landesweiten Befragung der Fraktionsvorsitzenden in baden-württembergischen und nordrhein-westfälischen Kommunen mit über 20.000 Einwohnern bestätigt. In den Kommunen zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern lag der Frauenanteil der antwortenden CDU- und SPD-Vorsitze in Baden-Württemberg bei 10,8% und in Nordrhein-Westfalen bei 7,1%. In Kommunen zwischen 50.000 bis 1.000.000 Einwohnern kommen wir in Baden-Württemberg auf einen Anteil von 12,1% und in Nordrhein-Westfalen von 8,3%. Wenn Anfang der 2000er Jahre ca. 90% dieser zentralen parlamentarischen Führungspositionen in SPD und CDU sowohl in Baden-Württemberg als auch in Nordrhein-Westfalen von Männern eingenommen werden, kann auch in den größeren Städten von einer starken Unterrepräsentanz von Frauen in Kommunalparlamenten (im Vergleich zum Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung) gesprochen werden, auch wenn der Frauenanteil unter den Fraktionsvorsitzenden insgesamt durch die kleinen Fraktionen etwas höher ist.

Auch beim Vergleich der kommunalen Karriere von weiblichen und männlichen Fraktionsvorsitzenden in Baden-Württemberg zeigt sich in den Befragungen, dass Frauen in Baden-Württemberg dieses Amt in geringerer Zeit erringen als Männer. Bemerkenswert ist insbesondere, dass die weiblichen Fraktionsvorsitzenden im Durchschnitt der ausgewerteten Karrieren fast ein Jahr weniger brauchten, um in Baden-Württemberg von der Ratskandidatur zum Ratsmitglied aufzusteigen, als ihre

Abbildung 2: Frauenanteile unter politischen Führungspositionen in Großstädten (Prozent)



Eigene Darstellung; Berechnung durch Auswertung der Internetseiten der Großstädte 2008.

männlichen Kollegen (Frauen 1,5 Jahre; Männer 2,4 Jahre). Die Bewährung vor der Wählerschaft bereitet den Kandidatinnen offensichtlich weniger Probleme als den männlichen Kollegen. Auch in anderen aktuellen empirischen Studien zu mittleren und größeren Städten wurde immer wieder gezeigt, dass Frauen bei personenorientiertem Wahlrecht in den Listen durchschnittlich zumindest nicht stärker als Männer nach unten rutschen und in vielen Kommunen sogar nach oben gewählt werden (Hofmann u.a. 2007; Bauer u.a. 2006, 142; vgl. für einen Überblick Tiefenbach 2006).⁶ Das etwas bessere Abschneiden der baden-württembergischen Kommunen in Bezug auf die deskriptive Frauenrepräsentanz der Stadtparlamente lässt zudem erwarten, dass auch die Variablen, die unter dem in Baden-Württemberg durch den niedrigen Organisationsgrad begrenzten Kandidatinnenpotenzial rubriziert wurden (Sozialisation, Sozialstruktur, Abkömmlichkeit), zumindest in den vorwiegend betrachteten Mittel- und Großstädten keine größere Erklärungskraft haben.

Bei durchschnittlich hohen zeitlichen Belastungen durch das Ehrenamt des Fraktionsvorsitzes sind zudem auffällig viele Frauen gerade in den baden-württembergischen Kommunen gleichzeitig erwerbstätig. 93% der dort befragten weiblichen Fraktionsvorsitzenden gaben an, einer Erwerbstätigkeit neben dem Ratsmandat nachzugehen. Wenn also eine Erhöhung von Frauenanteilen bei den Ratsmitgliedern und gerade bei den Führungspositionen anvisiert wird, ist eine vermehrte Rekrutierung von Rentnerinnen und Hausfrauen (Bauer u.a. 2006) offensichtlich eine wenig sinnvolle Rezeptur. Berufliche Tätigkeit führt offensichtlich eher zu einem höheren Selbstbewusstsein bzw. zugemessenen Kompetenz, einer höheren ökonomischen Unabhängigkeit vom Lebenspartner und einem größeren Bekanntheitsgrad bei der Wählerschaft und ist damit förderlich für Frauenrepräsentanz in kommunalpolitischen Ehrenämtern, auch wenn dies zu sehr hohen Belastungen der berufstätigen Kommunalpolitikerinnen führen kann.

Als Erklärungsvariablen für Frauenrepräsentanz kommen auf kommunaler Ebene damit insgesamt also vor allem die Gemeindegröße und die Parteiorganisationen, deren Einfluss zumindest in Bezug auf die Quotentese quantitativ testbar ist, in Frage.

Die aktuelle Auswertung in den baden-württembergischen und nordrhein-westfälischen Großstädten zeigt, dass insbesondere die kleinen Parteien mit klar definierten hohen Quoten auf hohe weibliche Anteile bei den Ratsmitgliedern und zum Teil auch bei den Fraktionsvorsitzen verweisen können (z. B. weibliche grüne Ratsmitglieder 49 %; Fraktionsvorsitze 45%). Die Quoten machen also den Unterschied, und gerade kleine Parteien mit außerordentlich niedrigem Organisationsgrad können verhältnismäßig viele weibliche Ratsmitglieder rekrutieren, die zudem noch teilweise für den Fraktionsvorsitz geeignet erscheinen. Auch dieses Ergebnis spricht wieder gegen eine größere Erklärungskraft der Variablen, die unter dem Faktor KandidatInnenangebot rubriziert wurden.

In der von uns durchgeführten Regressionsanalyse zum Zusammenhang zwischen Quotenindex und Frauenanteil der Kommunalparlamente in den baden-württembergischen Großstädten und den Kommunen in Nordrhein-Westfalen über 200.000 Einwohnern wird die Quotentese eindrucksvoll bestätigt. Das hierbei erreichte Bestimmtheitsmaß R^2 von 0,40 gibt an, dass 40% der gesamten Varianz der Variablen „Frauenrepräsentanz im Kommunalparlament“ zwischen den untersuchten 24 Großstädten durch den Quotenindex (also die Höhe des Anteils von Bündnis 90/Die Grünen und PDS/Die Linke an den Ratssitzen) erklärt wird. Dieser sehr starke Zusammenhang ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass diese Parteien bei hohen Sitzanteilen auch eine hohe absolute Zahl weiblicher Ratsmitglieder stellen. Selbst wenn der Frauenanteil der Kommunalparlamente ohne die Sitze von Bündnis 90/Die Grünen und Linken betrachtet wird, ergibt sich ebenfalls ein relativ starker Zusammenhang mit dem Quotenindex, was für den unterstellten Abfärbefekt spricht.⁷ In den Großstädten, in denen die Grünen und die Linke besonders gute Wahlergebnisse erzielen und mit vielen weiblichen Ratsmitgliedern einziehen, haben auch die anderen Parteien insgesamt einen sehr hohen Frauenanteil unter ihren Ratsmitgliedern.

Die beschriebenen signifikanten Zusammenhänge bleiben auch bei Drittvariablenkontrolle konstant. Festzuhalten ist weiter, dass die nordrhein-westfälischen Kommunen – im Gegensatz zu den unter „Wählermarkt“ und „KandidatInnenpool“ rubrizierten Erklärungsvariablen – sogar schwach negativ mit der Frauenrepräsentanz in Kommunalparlamenten korrelieren, während in baden-württembergischen Großstädten eher etwas höhere Frauenanteile in den Kommunalparlamenten zu verzeichnen sind.⁸

Fazit und Schlussfolgerungen

In diesem Beitrag wurden die Erklärungsvariablen für die deskriptive Unterrepräsentanz von Frauen in Parlamenten weitgehend den drei Faktoren Kandidatenpool, Parteiorganisation als Gatekeeper und Wählermarkt zugeordnet. Die multivariate Analyse der Großstädte in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg hat erge-

ben, dass der Faktor Parteiorganisation über die Quotierungsthese die Varianz der Repräsentanz von Frauen in den Kommunalparlamenten am stärksten erklärt. Ein signifikanter Einfluss des KandidatInnenpools oder des personenorientierten Wahlrechts auf die Frauenrepräsentanz, welches in der lokalen Politikforschung häufiger als Frauen benachteiligender Faktor hervorgehoben wurde, konnte nicht festgestellt werden. Auch wenn diese Befunde im Forschungsprojekt noch weiter durch eine tiefer gehende Analyse aller deutschen Großstädte sowie durch halbstandardisierte Interviews in Fallstudien zu konkretisieren sind, können hieraus einige erste Schlussfolgerungen für die politische Praxis und die gendersensible Nominierungsforschung gezogen werden.

An die Adresse der Parteien gerichtet lässt sich festhalten, dass sie die paritätische Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten über verbindliche Quotierung (oder auch über freiwillige Vereinbarungen vor Ort) offensichtlich selbst in der Hand haben. In den untersuchten Mittel- und Großstädten werden die Parteien in ihrer Frauenförderpolitik weder dadurch maßgeblich beschränkt, dass es grundsätzlich zu wenig interessierte Kandidatinnen gibt, noch dass die Wählerschaft negativ diskriminiert, wie dies nicht selten in der kommunalen Praxis als Erklärung bzw. als Entschuld(igung) von KommunalpolitikerInnen angeführt wird. Insgesamt ist also der politische Wille in den immer noch männlich dominierten Parteien entscheidend für die Partizipationschancen von Frauen. Die beschriebene, durchschnittliche Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik ist somit maßgeblich auf das diskriminierende Verhalten von Männern in den Parteien bzw. auf eine nur gering ausgeprägte Förderbereitschaft gegenüber weiblichen „Konkurrenz kandidaturen“ zurückzuführen.

Gezielte Förderung, die durch Quotierung maßgeblich forciert wird (Geißel 1999, 227), ermöglicht es selbst Parteien mit in absoluten Zahlen sehr wenigen weiblichen Mitgliedern, die Ratsmandate und auch die parlamentarischen Führungspositionen annähernd paritätisch zu besetzen. Zum Teil können dadurch auch andere Parteien wiederum unter Wettbewerbsdruck gesetzt werden, die Repräsentanz von Frauen zu erhöhen.

Auch für höhere föderale Ebenen dürfte vor dem Hintergrund der dargelegten empirischen Befunde und Schlussfolgerungen die häufig in der gendersensiblen Partizipationsforschung vertretene These, dass ein stärker personenorientiertes Wahlrecht die Unterrepräsentanz von Frauen in Parlamenten forciert, zumindest für Deutschland zweifelhaft sein.⁹ Zudem dürfte es außerordentlich unwahrscheinlich sein, dass die Sozialisations-, die Sozialstruktur- und die Abkömmlichkeitsthese bei den großen Wahlkreisen und dem damit sehr großen potentiellen Kandidatinnenpool für Landtags- und Bundestagswahlen wesentliche Erklärungsvariablen für die deskriptive Unterrepräsentanz von Frauen in deutschen Parlamenten sein können, wenn selbst in den baden-württembergischen Großstädten bei niedrigem Organisationsgrad der Parteien keine nachhaltigen Rekrutierungsprobleme zu verzeichnen sind.

Gerade die zeitliche Doppelbelastung und die damit verbundene begrenzte „Abkömmlichkeit“ von Frauen behindern sicherlich die politische Partizipation einiger

Interessentinnen, können möglicherweise sogar zum normativ problematischen Ausschluss einzelner Bevölkerungsteile (z. B. Frauen mit Kleinkindern) führen, aber diese Faktoren können insgesamt die Unterrepräsentanz von Frauen in bundesdeutschen Parlamenten nicht ansatzweise erklären. Es gibt genügend potentielle Kandidatinnen für eine geschlechterparitätische Repräsentanz, auch wenn Frauen in einigen Familientypen und Lebensphasen unterrepräsentiert sein könnten. Deshalb muss zum Abbau der deskriptiven Unterrepräsentanz von Frauen in Parlamenten sicherlich auch nicht so lange gewartet werden bis die „gleichberechtigte Teilung der häuslichen Verantwortung zwischen den Geschlechtern“ (Kinzig 2007, 254) in jeden deutschen Haushalt Einzug gehalten hat oder eine Reservearmee von Rentnerinnen und Hausfrauen für die Stadträte rekrutiert wurde (Bauer u.a. 2006, 149), sondern hierfür können sich die nicht wenigen politisch aktiven Frauen ganz auf die von ihnen beeinflussbare Durchsetzung hoher Quoten und deren Honorierung bei Wahlen konzentrieren.

Anmerkungen

- 1 Das Projekt hat eine Laufzeit von eineinhalb Jahren und wird u.a. durch eine Förderung der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt. In dem Projekt wird die Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik durch eine Auswertung aller großstädtischen Internetseiten erfasst und analysiert. In einem zweiten Schritt werden in Kommunen in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt ca. 60 halbstandardisierte Interviews geführt. In den Bundesländern werden die Fallstudien nach Gemeindegröße und Frauenanteil der Ratsmitglieder systematisch variiert. Abschließend werden die Ergebnisse der qualitativen und quantitativen Untersuchungen zu einer Ursachenanalyse für Unterrepräsentanz zusammengeführt.
- 2 Vgl. so auch Kaiser/Hennl (2008) zu ihrem Vergleich der Repräsentanz von Frauen auf Ebene der Bundesländer, wobei sie allerdings zur Erhöhung der Fallzahlen auf Zeitreihen bis 1957 zurückgreifen.
- 3 In diesem Design werden die unähnlichsten Fälle einer bekannten Grundgesamtheit (hier: Kommunen in den alten Bundesländern) miteinander verglichen.
- 4 Ausführlicher zur Typologie und empirischen Ergebnissen in allen Bundesländern vgl. Holtkamp 2008.
- 5 In Nordrhein-Westfalen werden demgegenüber beim personalisierten Verhältniswahlrecht die KandidatInnen in kleinen Wahlkreisen gewählt, wobei die WählerInnen für KandidatInnen und die Reserveliste nur eine Stimme abgeben können. Dadurch werden mögliche Kandidateneffekte stark begrenzt (Holtkamp 2008).
- 6 Zwar ist der Frauenanteil unter den Ratskandidaturen nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Baden-Württemberg höher als unter den Ratsmitgliedern (Hin/Michel 2004), aber hieraus lassen sich keine Schlüsse für das Wahlverhalten ziehen, weil dieser Effekt auch darauf zurückgeführt werden könnte, dass die Parteien gerade ihre unteren Listenplätze mit weiblichen Kandidaturen „auffüllen“ und deshalb anteilig schließlich weniger Ratskandidatinnen auch Ratsmitglied werden.
- 7 $R=0,536$; $R^2=0,25$; sig. 0,007
- 8 Unter Einschluss aller drei Variablen (Quotenindex, Gemeindegröße und Bundesländer) in die Regressionsanalyse ergaben sich folgende Zusammenhänge mit dem Frauenanteil: Quotenindex = Beta 0,475 (sig. 0,019); Gemeindegröße = Beta 0,216 (sig. 0,309); Bundesländer = Beta -0,304 (sig. 0,147).
- 9 Vgl. zu anderen durchaus möglichen diskriminierenden Effekten des Wahlrechts im bundesdeutschen Kontext Kaiser/Hennl (2008).

Literatur

- Bauer, Siegfried/Seibert, Caroline/Soboth, Andrea/Strunk, Ulrike, 2006:** Die Beteiligung von Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen im ländlichen Raum (gefördert durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst). Manuskript. Gießen.
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars, 2006:** Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung – Eine policy-orientierte Einführung. Wiesbaden.
- Fuchs, Gesine, 2006:** „Politische Partizipation von Frauen in Deutschland“. In: Hoecker, Beate (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Opladen, 235-260.
- Geißel, Brigitte, 1999:** Politikerinnen – Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene. Opladen.
- Hin, Monika/Michel, Nicole, 2004:** „Frauen bei den Kommunalwahlen 2004 in Baden-Württemberg“. Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg. H. 9, 14-17.
- Hoecker, Beate, 1986:** „Frauen in der Politik. Gängige Hypothesen zum Präsenzdefizit auf dem empirischen Prüfstand in Bremen“. Zeitschrift für Parlamentsfragen. 17. Jg. H.1, 65-82.
- Hoecker, Beate (Hg.), 1998:** Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen.
- Hofmann, Klaus/Slonka, Alexander/Wolf, Stefan, 2007:** Wahlrecht und Gewählte – Die Auswirkungen des Wahlrechts auf die Zusammensetzung der Stadt- und Gemeinderäte. Studien zur Demokratie 1, Mehr Demokratie e.V. Köln.
- Holtkamp, Lars, 2008:** Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie – Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie. Habilitationsschrift. Reihe: Gesellschaftspolitik und Staatstätigkeit. Wiesbaden.
- Holuscha, Anette, 1999:** Frauen und Kommunalpolitik: kommunalpolitische Partizipation von Frauen in Baden-Württemberg am Beispiel der Stadt Ludwigsburg. Reihe: Konstanzer Schriften zur Sozialwissenschaft Bd. 51. Konstanz.
- Kaiser, Andre/Hennl, Annika, 2008:** „Wahlssysteme und Frauenrepräsentation. Ein Vergleich der deutschen Landesparlamente“. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. H.2 (i E.).
- Kinzig, Silke, 2007:** Auf dem Weg zur Macht? Zur Unterrepräsentation von Frauen im deutschen und U.S.-amerikanischen Regierungssystem. Wiesbaden.
- Tiefenbach, Paul, 2006:** „Kumulieren, Panaschieren, Mehrmandatswahlkreise – mehr Demokratie beim Wahlrecht“. Zeitschrift für Parlamentsfragen. 37. Jg. H.1, 115-125.
- Wehling, Hans-Georg, 2000:** „Frauen in der Kommunalpolitik“. In: Pfizer, Theodor/Wehling, Hans-Georg (Hg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg. Stuttgart, 203-216.

Gender Gap: Repräsentation von Frauen und Gender-Themen bei den US-Präsidentenwahlen 2008

CHRISTIANE LEMKE

Erstmals in der Geschichte der Vereinigten Staaten konnte mit Hillary Clinton im Jahr 2008 eine Frau in den Vorwahlen zur US-Präsidentschaft große Erfolge erzielen. Als Senatorin des bevölkerungsreichen Bundesstaates New York hat sie, im Anschluss an ihre Zeit als „First Lady“ im Weißen Haus, umfangreiche politische Erfahrungen im US-Senat erwerben können, und sie gilt allgemein als erfahrene und durchsetzungsfähige Politikerin.¹ Ihre Kandidatur mit der Aussicht, endlich auch eine Frau im höchsten politischen Amt der Vereinigten Staaten repräsentiert zu sehen, löste daher bei Frauenrechtlerinnen, Politikerinnen und Frauenlobbys hohe Erwartungen aus, zumal die Zeichen nach den acht Regierungsjahren von G.W. Bush auf gesellschaftliche Erneuerung stehen.

Trotz ihrer Niederlage im Vorwahlkampf für die Partei der Demokraten, den Barack Obama im Juni 2008 schließlich mit mehr Delegiertenstimmen für sich entscheiden konnte, ist die Kandidatur Hillary Clintons als ein historischer Moment zu werten, denn selbst angesichts einer, in den Vereinigten Staaten sogar leicht zugunsten von Frauen erhöhten, gleichberechtigten Wahlbeteiligung, ist die Repräsentanz von Frauen in politischen Führungspositionen immer noch deutlich geringer als die der Männer. In vergleichender Perspektive fällt sogar auf, dass Frauen inzwischen in repräsentativen Demokratien mit Mehrparteiensystemen häufiger im Parlament und in Regierungsfunktionen vertreten sind, als in liberalen Demokratien, wie den USA. Kritisch wird daher nachgefragt, ob das pluralistisch-liberale System für die Forderung nach gleicher Repräsentation von Frauen Nachteile birgt; oder, zugespitzt formuliert, ob der politische Liberalismus bei der Frage der gleichberechtigten Repräsentanz von Frauen in der Politik versagt hat (vgl. z.B. Klausen/Maier 2001)?

Die geringere Repräsentanz von Frauen in der amerikanischen Politik ist, wie in anderen westlichen Ländern, eine Herausforderung für die Legitimation des demokratischen politischen Systems, da sie heute nicht mehr als politisch legitim erachtet wird. So lässt sich beispielsweise kaum überprüfen, inwiefern sich die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen auch auf politische Präferenzen, konkrete Projekte und Politikstile auswirken, und welche Rolle die Geschlechterzugehörigkeit im politischen Prozess spielt.

Im Folgenden wird untersucht, in welcher Form Frauen in der amerikanischen Politik heute präsent sind und welche Rolle Gender-Themen im politischen Diskurs einnehmen. Ausgangsthese ist, dass die politische Repräsentanz von Frauen auf der politischen Ebene nur einer von mehreren Indikatoren für die politischen Aktivitäten in pluralistisch-liberalen Systemen ist. Denn politikwissenschaftlich betrachtet ist nicht

nur entscheidend, wie stark Frauen in politischen Ämtern repräsentiert sind, sondern auch, welche Anerkennung ihre Forderungen und Vorstellungen erlangen, und ob es zu einer Umverteilung von Macht und Ressourcen kommt, ein Zusammenhang, der in der Gender-Forschung analytisch mit den drei Begriffen *representation*, *recognition*, *redistribution* beschrieben wird (Fraser 1997; Fraser/Honneth 2003).

Konzeptionell ist dabei zunächst die Frage zu stellen, welche Bedeutung die Kategorie Gender für die Analyse von Politik einnimmt. Anders formuliert geht es um die Frage, inwiefern die individuell bestimmte Geschlechtszugehörigkeit eine Gruppenidentität begründet, die im politischen Raum relevant wird, und welche Zusammenhänge für eine stärkere Berücksichtigung von Gender im politischen Prozess bestehen. Gerade in der amerikanischen Gesellschaft ist die Situation von Frauen äußerst vielschichtig; die Geschlechtervariable bietet daher einen ersten Zugriff zum Verständnis politischer Repräsentation, kann jedoch nicht die Gesamtheit politischer Aktivitäten erfassen. Vielmehr weisen amerikanische Studien darauf hin, dass auch nach mehreren Jahren empirischer Gender-Forschung immer noch ein Defizit an Erkenntnissen über die Bedeutung von Geschlechterverhältnissen für politische Institutionen sowie die politische Aktivität von Frauen in der heterogenen, von verschiedenen ethnischen und regionalen Identitäten charakterisierten amerikanischen Gesellschaft zu konstatieren ist (vgl. Burns 2002).

In der neueren Forschung wird die Vielschichtigkeit von Geschlechterverhältnissen konzeptionell mit dem Begriff *Intersektionalität* (*intersectionality*) umschrieben; d. h. die strukturierende Zugehörigkeit zu Gender wird in ihrer variablen und kontingenten Bedeutung verschiedener sozialer Gruppen begriffen, um politische Repräsentation und Repräsentierungen von Geschlechterfragen empirisch und theoretisch zu erfassen.² Nancy Burns (2002) schreibt hierzu, dass sich die amerikanische Politikwissenschaft erst in jüngerer Zeit systematisch dieser Problematik, die sie als besonders fruchtbares Forschungsfeld bezeichnet, angenommen habe. Gender bezeichnet dabei nicht individuelle, sondern Gruppenidentität, welche eine Ebene der Zugehörigkeit zum politischen Gemeinwesen bestimmt. Vor allem aus vergleichender Perspektive, d. h. mit Blick auf die Spezifika des amerikanischen politischen Systems, ist die Analyse von Repräsentanz und Repräsentation von Gender in der amerikanischen Politik vor dem Hintergrund der Präsidentschaftswahlen von großem Interesse.

Gender Gap – Konzept und Bedeutung

Empirisch relativ gut erforscht ist der Gender Gap, welcher in der amerikanischen Politikanalyse Unterschiede von Frauen und Männern im Wahlverhalten sowie bei politischen Präferenzen in Sachfragen bezeichnet. Seit geraumer Zeit ist beispielsweise bekannt, dass sich das Wahlverhalten entlang geschlechtsspezifischer Determinanten unterscheidet. Bereits Anfang der 1980er Jahre hatte die Politikwissenschaftlerin Ethel Klein (1984) über einen Gender Gap im politischen Verhalten berichtet. Seit Beginn der 1980er Jahre lässt sich so bei Präsidentschaftswahlen beobachten, dass im Durchschnitt mehr Frauen als Männer Kandidaten der Demokraten wählen

(vgl. auch Kinzig 2007, 231f.). Wie Pamela Conover (1988) argumentiert, ist diese Verschiebung auf ein verändertes politisches Verhalten von Frauen zurückzuführen; die Präferenz für die Demokraten ist nicht allein aus der Geschlechteridentität zu erklären, sondern aus einem gewachsenen gesellschaftlichen Engagement von Frauen; demokratische Werte (civic values) und Genderidentität in der Politik waren danach eng miteinander verknüpft. Neuere Studien zeigen außerdem, dass sich Frauen in den vergangenen zwei Jahrzehnten häufiger für die Präsidentschaftswahlen registriert haben und ihre Wahlbeteiligung stets höher war, als die der Männer. Im Wahljahr 2000 waren rund 68,7 Millionen Frauen, aber nur 59,4 Millionen Männer für die Wahlen registriert; die Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen betrug 56,2 Prozent bei Frauen und 53,1 Prozent bei Männern.³

Nach einem Bericht des *Center for American Women and Politics* (CAWP) an der Rutgers University in New Jersey betrug der Unterschied zwischen Frauen und Männern bei der Unterstützung des Wahlsiegers im Zeitraum von 1980 bis 2004 durchschnittlich sieben Prozent. Dabei zeigte sich ein eindeutiges Muster, nach dem Frauen ihre Stimmen mehrheitlich für die Demokraten abgaben. Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 stimmten beispielsweise zehn Prozent mehr Männer als Frauen für den Wahlsieger G. W. Bush (53% der Männer; 43% der Frauen). In der Wahl 2000 hatte der politische Druck der konservativen und religiösen Rechten besonders bei politisch aktiven Frauen für eine engagierte Unterstützung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten gesorgt, da die konservative Agenda, vor allem die Aussicht auf eine Verschärfung der legalen Abtreibungsregelung und die geplante Privatisierung der Sozialversicherung, Frauen in erheblichem Umfang mobilisierte. Bei den Wahlen im Jahr 2004 verringert sich der Gender Gap zwar auf sieben Prozent (55% der Männer und 48% der Frauen stimmten für Bush). Aber selbst bei dieser Wahl bestätigte sich die Präferenz von Frauen für die Demokraten, allerdings nicht in allen Schichten.²⁸ Die Präferenz ist deutlicher bei den nicht-weißen Frauen ausgeprägt, als bei weißen Frauen; während Al Gore im Jahr 2000 58% der Stimmen weißer Frauen erhielt, wählten 2004 nur 44% aller Frauen John Kerry (allerdings stimmten auch nur 24%-30% der nicht-weißen Frauen für G. W. Bush). Im Wahljahr 2004, d.h. nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, galten Frauen als „cross-pressured“, d. h. im Widerstreit zwischen Sicherheitsinteressen und sozialer Agenda entschieden sich mehr Frauen aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus für die Republikaner (vgl. Lemke 2004, 72f.). Bereits in den Zwischenwahlen zum Senat und zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2006 bestätigte sich aber der deutliche Gender Gap, und es kam damit zu einem Machtwechsel; die Demokraten verdankten ihren Wahlsieg vor allem den weiblichen Wählern, die mit ihrer Stimmabgabe den Demokraten Mehrheiten in beiden Häusern verschafft hatten.

Frauen gelten auch im Wahljahr 2008 als wichtiger Wählerblock für die Partei der Demokraten. In ihrer Wahlkampagne setzte Hillary Clinton daher gezielt auf die women's vote, also die Unterstützung von Frauen – eine Strategie, die sich auch partiell als erfolgreich erwies. Allerdings erhielt sie vor allem Unterstützung von älteren

Frauen (über 65 Jahre), während jüngere Wählerinnen, ebenso wie die männlichen Wähler, mehrheitlich für ihren demokratischen Gegenkandidaten, Barack Obama, stimmten. Nachdem Clinton ihre Kandidatur zurückgezogen hatte, zeigte sich nach Gallup-Umfragen auch eine klare Präferenz von Frauen für Obama gegenüber McCain.⁵

Der Hauptgrund für die Präferenz von Frauen für Kandidaten der Demokraten liegt in der Geschichte dieser Partei, insbesondere ihrer Entwicklung seit den späten 1960er Jahren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Parteien in der amerikanischen Politik keine Programmparteien wie in europäischen Ländern sind, sondern Sammelbecken unterschiedlicher politischer Strömungen, die jeweils zu Wahlbündnissen zusammengeschmiedet werden. Mit ihrer eher liberalen Tradition haben die Demokraten insbesondere für die neue Frauenbewegung ein attraktives politisches Milieu geboten, und sie haben sich beispielsweise frühzeitig für die Chancengleichheit im Beruf ausgesprochen.⁶ Auch die Unterstützung der liberalen Regelung zum Schwangerschaftsabbruch hat den Demokraten die Stimmen von Frauen gesichert. Hinzu kommen Themen wie der Ausbau der Gesundheitsreform, Absicherung der staatlichen Altersversorgung (social security), sowie Qualifizierung mit Kinderbetreuung, die für Wählerinnen der Demokraten zentrale Anliegen waren. Anders als in europäischen Ländern, in denen Parteien über verschiedenen Formen der Quotenregelungen für eine Erhöhung des Frauenanteils in Wahl-Ämtern und Parteifunktionen sorgten, bleiben solcherart gezielte Steuerungsmechanismen in den Vereinigten Staaten aber aus (vgl. insbes. Klausen/Maier 2001).

Die relative „Offenheit“ des politischen Systems mit der geringen Bedeutung organisierter, schlagkräftiger Parteien korrespondiert mit einer hohen Bedeutung von Interessen- und Lobbygruppen; die Unterstützung von Frauen in der Politik durch professionelle und gut organisierte Netzwerke zeigt eine Besonderheit des amerikanischen politischen Systems auf (vgl. Nelson/Carver 1994). Während die Parteien, anders als im europäischen Kontext, Zusammenschlüsse zur Organisation von Wahlen sind, die jeweils ihre Kandidaten unterstützen und über die Nominierung für die Präsidentschaftswahlen beschließen, hängen Profilierung der Kandidaten, Wahlkampagnen und Wahlerfolge von einer Vielzahl von Lobby- und Interessengruppen, ehrenamtlichen Wahlhelfern, sowie den Wahlkampfspenden von Individuen und Organisationen ab. Das System ist dadurch offener und bietet einerseits, einer pluralistischen Tradition entsprechend, mehr Chancen für die Partizipation verschiedenster Gruppen der Gesellschaft; es ist andererseits aber auch geschlossener, da abhängig von konkreter Finanzierung und Wahlkampfunterstützung.

Da politische Steuerungsinstrumente über Quoten in Parteien und Wahl-Ämtern dem liberalen Bürgerschaftsmodell widersprechen, ist gezielte Lobby- und Interessengruppenarbeit der entscheidende Weg, um die Repräsentanz von Frauen in politischen Führungspositionen zu erhöhen. So hat die Repräsentanz von Frauen im Senat und im Abgeordnetenhaus stetig zugenommen. Von den 100 Mitgliedern im US-Senat sind heute 16 Frauen (11 Demokraten und 5 Republikaner), darunter national be-

kannte Politikerinnen. Von den 435 Mitgliedern im US-Repräsentantenhaus sind 70 Frauen (50 Demokraten und 20 Republikaner).⁷ Diese Politikerinnen vertreten mit ihren Auffassungen ein breites politisches Spektrum, sie gehören professionellen Berufsvereinigungen und gesellschaftlichen Netzwerken an, und sie engagieren sich für die Qualifizierung anderer Frauen für politische Ämter. Sie sind keinesfalls nur mit „weichen“ oder sozialen politischen Themen befasst, sondern häufig auch mit Wirtschafts-, Finanz- und Rechtsfragen. Zugleich hat die Akzeptanz von Frauen in der Politik deutlich zugenommen.⁸

Auch Hillary Clinton verdankt ihre Popularität der gestiegenen Akzeptanz von Frauen in politischen Führungspositionen sowie einem aktiven und gut organisierten Frauen-Netzwerk. Nicht nur prominente Politikerinnen und Journalistinnen unterstützten ihren Wahlkampf; auch die einflussreiche Frauenlobbyorganisation „Emily’s List“ hat die Kandidatur Clintons unterstützt. Der Name „Emily’s List“ steht für den bezeichnenden Slogan „Early Money Is Like Yeast“ (Frühzeitige Geldmittel wirken wie Hefe).⁹ Wie die Organisation aus einer Auftragsforschungsstudie berichtet, sei bei der Präsidentschaftswahl für die befragten Frauen allerdings nicht das Geschlecht einer Kandidatin ausschlaggebend, sondern ihre politische Erfahrung, Professionalität und Durchsetzungsfähigkeit.

Trotz allgemein gestiegener Akzeptanz von Frauen in politischen Führungspositionen bleibt die Medienberichterstattung allerdings nicht frei von Geschlechterstereotypen (vgl. Niggemeier 2008). Die mediale Inszenierung der Kandidaten, in der jedes persönliche Detail, Kleidung, Habitus, Mimik und Gestik eine Rolle spielt, wurde durch eine „Biologie der Bilder“ überlagert, und die Konkurrenz der beiden Hauptkandidaten im demokratischen Feld im geschlechtertypischen Kontrast konturiert. Eine Kommentatorin bemerkt hierzu kritisch: „In dem Maße, in dem die Wahlkampfretorik die Geschlechterdifferenz als Argument ins Feld führt, unterstellt man der Kandidatin Exaltiertheit, Hysterie, übersteigerte Emotionalität – und die Waffen einer Frau. Gegen die Männerfantasie der übermächtigen, sich exotischer Mittel und Zaubertränke bedienenden Verführerin (...) hilft einzig der Gegenentwurf, die rasende Megäre, helfen Bilder: Hillary mit weit aufgerissenem Mund und Spiegelaugen, den rechten Zeigefinger in den Hexenkessel von New Hampshire bohrend.“ (Lemke-Matwey 2008, 21) Inwieweit die Geschlechterstereotypen schließlich zur Wahlniederlage von Hillary Clinton beigetragen haben, ist allerdings heftig umstritten. Während der Vorsitzende der Partei der Demokraten, Howard Dean, die sexistische Berichterstattung zum Nachteil Clintons heftig kritisierte, wiesen Medienexperten eine pauschale Kritik an unfairer sexistischer Berichterstattung zurück; einige extreme Beispiele aus den Privatsendern seien aufgebauscht worden, und der Vorwurf des Sexismus diene dazu, eigene Fehler in der Wahlkampagne zu überdecken (vgl. Seelye/Bosman 2008).

Analysiert man den Vorwahlverlauf, dann spricht in der Tat wenig dafür, dass Hillary Clinton die Vorwahl aufgrund des Sexismus in den Medien verloren hat; sie galt lange Zeit als klare Favoritin in den Medien, und die Berichterstattung erfolgte ent-

sprechend positiv und unterstützend. Ihre Nähe zum alten Establishment, fehlende Unterstützung bei jüngeren Wählerinnen und Wählern sowie Fehler im Wahlkampf ließen die Chancen für die Nominierung schließlich schwinden; insbesondere gelang es ihr nicht, Frauen mittleren und jüngeren Alters für sich zu gewinnen.

Frauenbewegung, Gegenbewegung und die heutige Polarisierung

Die Präferenz von Frauen für die Demokraten basiert Untersuchungen zufolge nicht primär auf der Geschlechterzugehörigkeit, sondern ergibt sich aus ihrer Positionierung in der Gesellschaft, d. h. Frauen wählen die Demokraten nicht per se weil sie Frauen sind, sondern weil ihre politischen Themen, ihre Forderungen nach sozialer Absicherung und Chancengleichheit, historisch im Feld der Demokraten verankert wurden, ein Umstand, der vor allem auf die neue Frauenbewegung zurückzuführen ist (Nelson/Carver 1994).¹⁰ Zu den Besonderheiten der amerikanischen Frauenbewegung gehört dabei, dass sie sich nahezu zeitgleich mit der schwarzen Bürgerrechtsbewegung herausbildete. Eine culture of rights, d. h. der Bezug auf verfassungsmäßig garantierte Rechte und Freiheiten, auf die sich die afroamerikanische Minderheit bei ihrem Kampf um Gleichberechtigung beziehen konnte, wurde auch von der Frauenbewegung aufgegriffen und weiterverfolgt. Die amerikanische Frauenbewegung konnte in den Folgejahren an dem durch die Bürgerrechtsbewegung erkämpften Grundsatz der Chancengleichheit historisch benachteiligter Gruppen anknüpfen und insbesondere im Bildungs- und Beschäftigungsbereich Verbesserungen durchsetzen (vgl. von Wahl 1999). Für die Bundesrepublik wurde die amerikanische Frauenbewegung in den 1970er und 1980er Jahren daher zu einer wichtiger Referenzbewegung, auch wenn sich Politikstrategien und -inhalte deutlich vom amerikanischen Vorbild unterscheiden (vgl. insbesondere Marx Feree 1987).

Allerdings hat sich das frauenpolitische Feld in den Vereinigten Staaten in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich verändert, und die gegenwärtige politische Polarisierung verweist auf neue Konflikt- und Diskursstrukturen. Vor allem ist hier die konservative Gegenbewegung gegen die Neudefinition von Geschlechterbeziehungen mit religiös fundierten Argumenten zu nennen, die für die republikanische Partei eintritt. In ihrer richtungweisenden Studie zeigten die Politikwissenschaftlerinnen Pamela Conover und Virginia Grey (1983), wie sich bereits Anfang der 1980er Jahre, d. h. während der Amtszeit von Ronald Reagan, eine Frauenbewegung formierte, die eng mit der religiösen Rechten und sozialkonservativen Strömungen in der amerikanischen Gesellschaft verbunden war. Family values fanden vor allem bei den konservativen und religiösen Wählern Unterstützung, die den Zerfall von Familien für eine Reihe sozialer Probleme verantwortlich machten, von der steigenden Zahl von Schwangerschaften unter Teenagern, über Drogen- und Schulprobleme, bis hin zur Gewalt in Städten. Die Forderung der neuen Frauenbewegung, einen Zusatz zur Gleichberechtigung in die amerikanische Verfassung aufzunehmen (Equal Rights Amendment) wurde von Gruppen der konservativen Frauenbewegung beispielsweise ebenso heftig bekämpft – und schließlich zu Fall gebracht (Mansbridge 1986) – wie

die in der liberalen Tradition argumentierende Befürwortung einer weltoffenen und toleranten Erziehung. Über die genauen Mitgliederzahlen dieser Organisationen liegen nur ungefähre Schätzungen vor, und über ihren Einfluss auf die republikanische Administration wird weiter kontrovers diskutiert. In vielen Bundesstaaten, vor allem im Mittleren Westen und im Süden der Vereinigten Staaten, hat der Einfluss konservativer und fundamentalistischer Gruppen im Schul- und Erziehungsbereich stetig zugenommen, wo sie beispielsweise gegen die Sexualaufklärung und die Lehre von der Evolution in Schulen agitieren. Auch die Auseinandersetzung über gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, die in vielen Bundesstaaten gesetzlich verboten sind, zeigt den Einfluss religiös-fundamentalistischer Gruppen.¹¹ Frauen, insbesondere weiße Frauen der Mittelschicht, spielen bei den Evangelikalen eine wichtige Rolle, die schätzungsweise ein Viertel aller Wähler ausmachen (vgl. Green 2007).¹² Für die Wahl 2008 stellen sie daher für die Republikaner eine wichtige Mobilisierungsbasis dar.

Aber auch im liberalen politischen Feld haben sich im Vergleich zu den Erfolgswahren der neuen Frauenbewegung Veränderungen vollzogen. So konnten bei den Demokraten Frauen Einfluss erlangen, die politisch eher „harte“ Positionen in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit und bezüglich fiskalpolitischer Konzepte vertreten. Diese neue Politikerinnen-Generation verfügt über breite Kenntnisse in politischen Sachfragen; oft wird ihnen die Fähigkeit zugeschrieben, die Sanierung öffentlicher Haushalte durchzusetzen, Korruption zu bekämpfen und eine bessere Finanzpolitik zu betreiben („do the balance on the check book“). In der Öffentlichkeit verkörpern sie den durchsetzungsfähigen Typus einer Politikerin, die ihre Wählerbasis nicht allein bei Frauen findet, sondern aufgrund ihrer Qualifikationen in harten Themenfelder und ihres professionellen Habitus auch bei Männern Unterstützung gewinnen kann. Politikerinnen der „Mitte“, zu denen auch Hillary Clinton gehört, sind häufig zwar indirekt von der Frauenbewegung beeinflusst, indem Gedanken der Gleichberechtigung Frauenbiografien mit ihren Bildungs- und Berufsentscheidungen geprägt haben; aber sie bewegen sich eher im Mainstream der Politik.

Selbst in den eher konservativ geprägten Südstaaten konnten in den vergangenen Jahren vermehrt Frauen höhere politische Ämter übernehmen. Politikerinnen, wie Ann Richards in Texas, Blanche Lincoln in Arkansas, Inez Tenenbaum in South Carolina, Kathleen Blanco in Louisiana, die eher dem konservativen Feld der demokratischen Partei zuzurechnen sind, konnten sich vor allem auf einzelstaatlicher Ebene, bei den Gouverneurs- oder Senatswahlen, erfolgreich gegen republikanische Kandidaten durchsetzen, so dass das Feld der Demokraten heute nicht nur von progressiven, sondern auch von moderaten und konservativen Politikerinnen geprägt wird. Wirtschaftsaufschwung und zunehmende Mobilität, höhere Bildung und ein Aufbrechen traditioneller Trennungslinien zwischen öffentlichem und privatem Bereich, welche für den „neuen Süden“ charakteristisch sind, eröffneten vermehrt auch Frauen die Chance, für öffentliche Ämter zu kandidieren und politische Funktionen wahrzunehmen.

men.¹³ Im Süden werden Frauen häufig auch von Wählern unterstützt, die sich als Unabhängige bezeichnen; ihr Anteil ist in diesen Staaten besonders hoch.

Gender-Themen und soziale Fragen

Meinungsumfragen zufolge lassen sich bei politischen Kernthemen deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen; so sind Frauen eher geneigt, eine aktive staatliche Politik (activist role of government) zu befürworten, militärische Interventionen abzulehnen, häufiger Gesundheits- und sozialpolitische Programme zu unterstützen, Einschränkungen im Waffenrecht zu befürworten und die Konzepte einer aktiven Gleichstellungspolitik (affirmative action) zu unterstützen.¹⁴

Dass eine aktive staatliche Sozialpolitik mit entsprechenden Umverteilungen besonders von Frauen favorisiert wird, hängt nicht nur mit der in vielen Bevölkerungsschichten prekären sozialen Situation zusammen, in der sich besonders Frauen mit mehreren Kindern, afroamerikanische Frauen und allein erziehende sowie ältere Frauen befinden. Vielmehr reicht das Eintreten von Frauen für eine aktive staatliche Sozialpolitik historisch weit zurück. Studien zur Geschichte der amerikanischen Sozialpolitik zeigen, dass erste Gesetzesinitiativen von politisch aktiven Frauen eingebracht wurden, die dem Progressivismus, einer sozialreformerischen Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, angehörten und es als ihre bürgerrechtliche Verantwortung ansahen, die Lage von Frauen zu verbessern (Scott 1992; Weir/Orloff/Skocpol 1988). Redistribution bzw. die Umverteilung von einzel- und bundesstaatlichen Ressourcen ist bereits seit Beginn des vorigen Jahrhunderts ein von Frauen professionell und politisch geprägtes Feld.

Aufgrund besserer Ausbildungs- und Beschäftigungschancen, aber auch durch den vor allem in den letzten Jahren gestiegenen ökonomischen Druck, den Lebensstandard zu halten, ist der Anteil beschäftigter Frauen in den Vereinigten Staaten kontinuierlich gestiegen. Bereits 1985 gingen nach OECD-Angaben rund 64% der 15 bis 64 Jahre alten Frauen einer bezahlten Beschäftigung nach (1960: 42,6%). Das für die 1950er Jahre noch charakteristische Idealbild, bei dem Frauen wegen der Kindererziehung ihre Beschäftigung unterbrechen, ist fast völlig verschwunden. Heute gehen drei Viertel der Frauen im arbeitsfähigen Alter einer bezahlten Beschäftigung nach (Schneider-Sliwa 2007). Trotz einer gezielten affirmativ action-Politik kommt es jedoch nach wie vor zu Diskriminierungen im Berufsleben. So verdienen Frauen beispielsweise in vergleichbarer Beschäftigung nach wie vor rund ein Drittel weniger als Männer. Tatsächlich beträgt der Prozentsatz des Frauenlohns heute – wie Mitte der 1950er Jahre – immer noch 63 Prozent des Männerlohns (63 Cents von 1 Dollar). Auch subtile Formen der Diskriminierung sind noch verbreitet. Inzwischen stehen Frauen jedoch eine Reihe von Möglichkeiten offen, das Recht auf Gleichbehandlung einzuklagen; Juristinnen, Gleichstellungsbeauftragte und einige Berufsorganisationen, in denen Frauen vertreten sind, haben sich auf die Einhaltung von Gleichberechtigungsgesetzen spezialisiert, und Rechtsklagen haben sich als relativ wirkungsvolle Instrumente erwiesen, da gleiche Berufschancen in der liberalen Tradition als Bür-

gerrecht gelten. Dieser rights-based approach, der auf dem Einklagen individueller Rechte beruht, hat daher vielfach zur Verbesserung der Berufssituation von Frauen geführt (vgl. von Wahl 1999). Parallel zu diesen Entwicklungen ist die Akzeptanz von Frauen in höheren und leitenden Funktionen in Wirtschaftsunternehmen, Medien und Hochschulen deutlich gestiegen, und sie liegt dort höher als in vielen europäischen Ländern, wie etwa in Deutschland. Mit dem wachsenden Anteil berufstätiger Frauen, besonders in qualifizierten Berufen, hat auch ihre Organisierung in politischen und professionellen Netzwerken sichtbar zugenommen.

Ungelöst bleibt jedoch das Problem der Feminisierung der Armut. Zwar sind Frauen in allen OECD-Ländern signifikant häufiger arm; das „liberale“ Wohlfahrtsstaatsmodell der Vereinigten Staaten scheint trotz gestiegener Berufschancen jedoch besonders schlecht positioniert, um die Armut von Frauen abzubauen. Besonders brisant ist der Umstand, dass es Frauen häufig nicht vor Armut schützt, wenn sie einer bezahlten Beschäftigung nachgehen. Nach Daten des US-Zensus bringen allein ein Drittel der arbeitenden, allein erziehenden Mütter ein Einkommen nach Hause, welches unter der Armutsgrenze liegt. Bei den afroamerikanischen Frauen liegt dieser Anteil sogar bei über der Hälfte; fast zwei Drittel aller afroamerikanischen Kinder leben unterhalb der Armutsgrenze (vgl. Schneider-Schliwa 2007).

Besonders großer Reformbedarf besteht im Bereich der Gesundheitsversorgung, einem Kernthema der Präsidentschaftswahlen 2008. Sowohl Barack Obama als auch John McCain, die voraussichtlichen Präsidentschaftskandidaten der Demokraten und der Republikaner, setzen sich daher für eine Reform der Krankenversicherung ein, wobei die Vorstellungen von Obama, europäischen Modellen ähnlich, eine allgemeine Pflichtversicherung vorsehen, während McCain Steuererleichterungen für Krankenversicherung vorschlägt.¹⁵ Bislang ist trotz etlicher Teilreformen keine allgemeine gesetzliche Krankenversicherung eingeführt worden, was beispielsweise zur Folge hat, dass etwa 47 Millionen aller Amerikaner keine oder nur unzureichende Krankenversicherung besitzen. Besonders prekär ist die Situation für die Mittelschicht geworden. Da sich Sozialleistungen dem amerikanischen Sozialstaatsmodell entsprechend auf die Armutsbekämpfung konzentrieren, sind die Unter- oder Nicht-Versicherten in den Vereinigten Staaten in erster Linie unter den niedrig bezahlt Beschäftigten bzw. in der unteren Mittelklasse zu finden, während in unmittelbaren Armutslagen staatliche Programme wie „Medicaid“, und, für die ältere Bevölkerung, „Medicare“, einen Mindeststandard an Absicherung bieten. Zwar hat sich die Situation für Frauen in den letzten dreißig Jahren im Bereich der Bildungs- und Berufschancen deutlich verbessert, aber da Frauen häufiger in gering bezahlten Beschäftigungsverhältnissen stehen, hat die Feminisierung der Armut nicht ab-, sondern tendenziell zugenommen (Schneider-Sliwa 2007) und ihre Krankenversicherung ist daher, trotz ihrer Berufsarbeit, häufig nicht gewährleistet.

Gender-Themen, „Race“ und Ethnizität

Es ist nicht möglich, die Geschlechterproblematik in den Vereinigten Staaten ohne Bezug auf die enormen sozialen Differenzierungen entlang ethnischer Trennlinien zu betrachten. Aufgrund der Geschichte als Einwanderungsland ergibt sich gerade für die politische Repräsentation ein äußerst vielschichtiges Bild. Für das Jahr 2001 gab der US-Zensus zur Bevölkerungszusammensetzung nach ethnischen Merkmalen folgende Daten an: 80,7% Weiße, 12,7% Afroamerikaner, 1,0% Indianer, Eskimos, 4,0% Asiaten, Pazifische Inseln, 11,8% Hispanics (welche durch Sprache unterschieden werden und jeder „Rasse“ zugehören können); 68,9% wurden als Weiße nicht-Hispanics klassifiziert (vgl. Murswieck 2004, 599). Rasse und Ethnizität konstituieren überschneidende Identitäten in den Geschlechterverhältnissen, deren politische Dimensionen bis heute nicht erschöpfend erforscht sind.¹⁶ Dabei hat die Selbstzuordnung zu mehr als einer Gruppe ständig zugenommen, eine Entwicklung, die gesellschaftlich beispielsweise in verschiedenen Hybrid-Kulturen ihren Ausdruck findet. Die politische Partizipation von Frauen hat sich in den ethnischen Gruppen unterschiedlich entwickelt. Die längste Tradition haben politische Aktivitäten von weißen Mittelschichtfrauen in der institutionalisierten Politik; aber auch ihre vielfältigen zivilgesellschaftlichen Partizipationsformen sind recht gut dokumentiert. Dies gilt in geringerem Umfang für amerikanische Ureinwohner und die Spanisch sprechende Minderheit. Über die Aktivitäten von afroamerikanischen Frauen gibt es, vor allem im Zusammenhang mit der Förderung von „Black Studies“ oder „African-American Studies“ an Universitäten und Hochschulen inzwischen gute Studien.

Die unter dem Begriff der Hispanics zusammengefasste Spanisch sprechende Minderheit, die in den letzten Präsidentschaftswahlen etwa zu zwei Drittel demokratische Kandidaten unterstützt hat und in einigen Bundesstaaten, wie in Kalifornien, Texas, und Neu Mexiko rund 30% aller Wähler ausmacht, zählt heute zu den von beiden Parteien stark umworbenen Wählergruppen. Im Vergleich zu früheren Wahlen lassen sich in dieser Gruppe ein deutlich gestiegenes Selbstbewusstsein und eine profilierte Selbstrepräsentanz in der Politik beobachten, wobei eines der Kernthemen die Problematik der illegalen Einwanderung bzw. die Besserstellung der im Land lebenden Migranten ist. Genderthemen sind für diese Gruppe bisher eher randständig; allerdings zeigte sich bei den Vorwahlen eine Solidarität und Unterstützung für Hillary Clinton (die u. a. Wahlwerbespots in spanischer Sprache geschaltet hatte). In den in mehreren Bundesstaaten gleichzeitig stattfindenden Vorwahlen am 4. März 2008 gewann Hillary Clinton die Stimmenmehrheit unter den Frauen aller Altersgruppen der Hispanics; das *Pew Hispanic Center* schreibt, dass Race und Gender zwei ausschlaggebende Kriterien bei der Wahl bildeten mit einem höheren Gewicht für die Geschlechterzugehörigkeit, wobei diejenigen, die angaben, dass das Geschlecht der Kandidatin eine Rolle spielt, Hillary Clinton ihre Stimme gaben (Minushkin/Lopez 2007).

Für die afroamerikanische Minderheit als historisch stark benachteiligter Gruppe stellt sich die Situation anders dar. Aufgrund ihrer historischen politischen und so-

zialen Ausgrenzung spielten Aktivitäten von afroamerikanischen Frauen in der institutionellen Bundes- und Einzelstaatlichen Politik zunächst kaum eine Rolle, und sie waren vor allem in kirchlich-karitativen und nicht-öffentlichen Bereichen engagiert. Dieses änderte sich nachhaltig durch die Bürgerrechtsbewegung, und sie sind heute wichtiger Bestandteil zivilgesellschaftlichen Engagements und der civic virtues. Durch verschiedene diskriminierende Regelungen, wie etwa die verspätete Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts durch den Voting Rights Act 1963, mangelnde finanzielle Ressourcen und rassistisch begründete Ausschlussmechanismen in Berufsvereinigungen, Clubs und anderen Netzwerken, verzögerte sich die gesellschaftlich akzeptierte Selbstrepräsentanz erheblich. Hierdurch entstandene institutionelle Parallelstrukturen, beispielsweise bei Wohlfahrtsorganisationen, und eine Zurückhaltung der, mehrheitlich von weißen Mittelschichtfrauen getragenen, neuen Frauenbewegung gegenüber beförderten, wie etwa im Black Feminism, eigene Organisations- und Repräsentationsformen (z. B. Ludvig 2003). Konzeptionell konzentriert sich dabei die Debatte um die Wertigkeit der sich überschneidenden Gruppenidentitäten; Gender bildet eine Schicht dieser Identität, aber auch Race und Class werden Bedeutung beigemessen.¹⁷ Die Konstruktion der Gender-Identität ist dabei durch die historischen Erfahrungen der Ausgrenzung und die konkreten Lebensumstände, aber in jüngerer Zeit auch durch vermehrte Bildungschancen, höhere Mobilität und partiell auch sozialen Aufstieg beeinflusst.

Anders als Bill Clinton, der verschiedentlich als „erster schwarzer Präsident“ bezeichnet wurde, ist es Hillary Clinton jedoch nicht gelungen, die afroamerikanischen Wählerinnen in den Vorwahlen für sich zu gewinnen. Dies liegt vor allem an ihrem Gegenkandidaten Barack Obama. Sein Verdienst ist es, afroamerikanische Wählerinnen und Wähler in großem Umfang mobilisiert und für sich gewonnen zu haben. Allerdings versteht sich Obama nicht als „schwarzer Präsidentschaftskandidat“. Seine Position ist vielmehr die eines Mittlers; Einigkeit zu stiften (unity) und Brücken zu bauen in einer Gesellschaft, die durch vielerlei Spaltungen geprägt ist, ist sein immer wieder vorgetragenes zentrales Anliegen (vgl. Obama 2007). Mit seiner politischen Programmatik, Spaltungen zu überwinden, die in den acht Jahren der Bush-Administration vertieft worden sind, und einen gesellschaftlichen Wandel (change) herbeizuführen, spricht er breite Wählerschichten an, vor allem auch weil die Vorstellung einer beständigen Erneuerungskraft der amerikanischen Gesellschaft hohen Symbolwert besitzt und ein immer wiederkehrender Topos in der Politik ist. Zugleich ist mit seiner Kandidatur erstmals wieder eine öffentliche Diskussion um die Rassenproblematik in den USA angestoßen worden, in der noch bestehende Defizite und Probleme breiter thematisiert werden.¹⁸

Die Kandidatur von Barack Obama stellte für Hillary Clinton eine zweifache Herausforderung dar, die eng mit der sich überkreuzenden Identität afroamerikanischer Frauen zusammenhängt. Zum einen führte die Mobilisierung von Erstwählern und -wählerinnen vor allem in der traditionell bei Wahlen eher zurückhaltenden Gruppe der Afroamerikaner, die seit den 1960er Jahren stets mehrheitlich für die Demokraten ge-

stimmt haben, bei den Vorwahlen zu einem Stimmenzuwachs für Obama. Für Frauen stellte Intersektionalität, d. h. die sich überkreuzende Identität von Race und Gender ein Entscheidungsdilemma dar, welches, wie die Vorwahlen zeigten, mehrheitlich zugunsten von Obama entschieden wurde. Zum zweiten gelang es Hillary Clinton nicht, in der mittleren und jüngeren Generation von Frauen eine überzeugende Alternative zu bieten. Eine historisch zwischen Afroamerikanern und Frauen gebildete politische Koalition, wie zur Zeit des Kampfes zur Abschaffung der Sklaverei Mitte des 19. Jahrhunderts und im Gefolge der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre, konnte es in der Vorwahl nicht geben, da die beiden Kandidaten, Hillary Clinton und Barack Obama, um die Nominierung zur Kandidatur in derselben Partei kämpften. Mit dieser einmaligen Konstellation stellte die Wahl 2008 ein Novum in der amerikanischen Geschichte dar.

Anmerkungen

- 1 Eine detaillierte Darstellung der politischen Laufbahn von Hillary Clinton liefert beispielsweise die (nicht-autorisierte) Biografie des Journalisten Carl Bernstein (2007): *A Woman in Charge. The Life of Hillary Rodham Clinton*, New York.
- 2 Intersektionalität wird sowohl auf erkenntnistheoretischer, als auch auf analytischer, politisch-psychologischer und politisch-institutioneller Ebene diskutiert; dieser Zugang, der bereits im „Black Feminism“ der 1970er Jahre thematisiert wurde, bezieht sich, vor allem angesichts der Heterogenität der amerikanischen Gesellschaft, in der die Kategorie Frauen keine homogene Gruppe bildet, auf die Überschneidungen von verschiedenen Ungleichheitsdimensionen, insbesondere diejenigen von „race, class, und gender“ (Burns 2002).
- 3 <http://www.cawp.rutgers.edu/Facts/Elections/GG2004Facts.pdf> (27.1.2008).
- 4 <http://www.cawp.rutgers.edu/Facts/Elections/GG2004Facts.pdf> (27.1.2008).
- 5 http://www.gallup.com/poll/107806/Obama-Gains-Among-Women-After-Clinton_Exit.aspx (15.6.2008).
- 6 Zur Gleichstellungspolitik [affirmative action] vgl. insbesondere Angelika von Wahl (1999).
- 7 <http://www.cawp.rutgers.edu/Facts/Officeholders/cong-current.html>. (27.1.2008).
- 8 Der Einstellungswandel ist in verschiedenen empirischen Untersuchungen aufgezeigt worden. So berichtet Axel Murswieck unter Bezugnahme auf Studien zur öffentlichen Meinung: „Im Vergleich zu den 1930er- und 1940er-Jahren, als sich Amerika offen und nachdrücklich als rassistisch (anti-black), anti-katholisch, antisemitisch, fremdenfeindlich und gegen eine Gleichberechtigung der Geschlechter porträtierte, hat sich in den 1980er-Jahren ein deutlicher Einstellungswandel manifestiert....1987 waren 82% bereit, eine Frau zur Präsidentin zu wählen.“ (Murswieck 2004, 602)
- 9 Vgl. <http://www.emilyslist.org>.
- 10 Der Begriff der neuen Frauenbewegung bezieht sich auf den Bewegungszyklus seit Ende der sechziger Jahre und grenzt diese von der früheren, „alten“ Frauenbewegung zur Er kämpfung des Wahlrechts ab (vgl. Nelson/Carver 1994). – Zu amerikanischen sozialen Bewegungen vgl. auch Ruß (2007).
- 11 So vor allem in der US-Präsidentenwahl 2004 (vgl. Lemke 2005).
- 12 Ziel der konservativ-religiösen Bewegung, zu der heute auch Männergruppen gehören, ist die Rückkehr zu traditionellen, als republikanisch bezeichneten Tugenden und konservativen Lebensweisen, in denen Frauen dem Idealbild einer Bewahrerin von Familienwerten und gesellschaftskonformer Erziehung entsprechen, Männer, die sich in konservativen Männergruppen beispielsweise als „promise keepers“ formieren, einem traditionellen Männlichkeitsideal verpflichtet sind, und die christlich-protestantische Religion im Kern des Weltbildes sowie der gesellschaftspolitischen Werte steht.
- 13 In Anlehnung an die im Süden symbolhafte Bedeutung von Magnolien werden diese Politikerinnen auch als „Steel Magnolias“ (Stahl-Magnolien) bezeichnet. Sie teilen die Positionen konservativer Politiker und treten beispielsweise für Steuerkürzungen, ein starkes Militär sowie das Recht, Waffen zu tragen ein (vgl. Starr 2004).

- 14 <http://www.cawp.rutgers.edu/Facts/ggapissues.pdf> (19.3.2008)
- 15 Auch Hillary Clinton hatte die Reform des Gesundheitswesens im Vorwahlkampf zu einem Kernpunkt ihrer Agenda erklärt; ihre Kompetenz auf diesem Gebiet, die sie selbst immer wieder hervorhob, bleibt allerdings umstritten, weil ihr Reformprojekt in den 1990er Jahren, mit dem sie der damalige Präsident Bill Clinton beauftragte hatte, gescheitert war.
- 16 „Rasse“ ist eine soziale Konstruktion und keine objektive analytische Kategorie; der Begriff wird hier entsprechend der Kategorisierung des US-Zensus aufgenommen, um die unterschiedliche Komposition der Bevölkerung zu erfassen.
- 17 Diese Konstellation spiegelt sich nicht nur in theoretischen Auseinandersetzungen wider, sondern auch in der „Black Women’s Literature“.
- 18 Die Rede von Barack Obama zur Rassenfrage, die er in Reaktion auf die umstrittenen Äußerungen seines ehemaligen Pastors verfasst hat, wurde öffentlich sehr beachtet (vgl. Obama 2008).

Literatur

- Benhabib**, Seyla, 2002: „Political Theory and Political Membership in a Changing World“. In: Katznelson, Ira/Milner, Helen V. (Hg.): Political Science. The State of the Discipline. New York, 404-432.
- Bernstein**, Carl, 2007: A Woman in Charge. The Life of Hillary Rodham Clinton. New York.
- Burns**, Nancy, 2002: „Gender: Public Opinion and Political Action“. In: Katznelson, Ira/Milner, Helen V. (Hg.): Political Science. The State of the Discipline. New York, 462-487.
- Conover**, Pamela Johnston/**Gray**, Virginia, 1983: Feminism and the New Right. New York.
- Conover**, Pamela Johnston, 1988: „Feminists and the Gender Gap“. Journal of American Politics. No. 50, 985-1010.
- Fraser**, Nancy, 1989: Unruly Practices. Power, Discourse and Gender in Contemporary Social Theory. University of Minnesota Press.
- Fraser**, Nancy, 1997: Justice Interruptus. New York/London.
- Fraser**, Nancy/**Honneth**, Axel, 2003: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt/M..
- Green**, John C., 2007: The Faith Factor: How Religion Influences American Elections.
- Hacker**, Andrew, 2003: Two Nations. Black and White, Separate, Hostile, Unequal. 5. Aufl.. New York.
- Kalberg**, Stephen, 2000: „Strukturierte Missverständnisse. Unterschiede der politischen Kultur in Amerika und Deutschland“. In: Europa oder Amerika? Die Zukunft des Westens. Sonderheft Merkur. 54. Jg., 948-957.
- Kinzig**, Silke, 2007: Auf dem Weg zur Macht? Zur Unterrepräsentation von Frauen im deutschen und U.S.-amerikanischen Regierungssystem. Wiesbaden.
- Klausen**, Jytte/**Maier**, Charles S. (Hg.), 2001: Has Liberalism Failed Women? Assuring Equal Representation in Europe and the United States. New York.
- Klein**, Ethel, 1984: Gender Politics. Cambridge.
- Lemke**, Christiane, 2005: Amerikabilder: US-Politik zwischen Moralisierung und Macht. Münster.
- Lemke-Matwey**, Christine, 2008: Biologie der Bilder. Bedrohung, Hoffnung, Inszenierung: Warum wir uns immer noch so schwer tun mit den Frauen und der Macht. In: Der Tagesspiegel, 12. Januar 2008, S. 21.
- Ludvig**, Alice, 2003: „Kritische Interventionen des ‚Black Feminism‘ in Theorie und Praxis“. In: Niekant, Renate/Schuchmann, Uta (Hg.): Feministische Erkenntnisprozesse. Opladen, 51-68.
- Mansbridge**, Jane J., 1986: Why we lost the ERA. Chicago.

Marx Feree, Myra, 1987: „Equality and Autonomy. Feminist Politics in the United States and West Germany“. In: Katzenstein, Mary et al.: Women's Movements in the US and Western Europe. Philadelphia, 172-195.

Minushkin, Susan/**Lopez**, Mark Hugo, 2007: The Hispanic Vote in the 2008 Democratic Presidential Primaries“; <http://pewhispanic.org/files/reports/86.pdf> (14.5.2007)

Murswieck, Axel, 2004: „Gesellschaft“. In: Lösche, Peter/von Löffelholz, Hans-Dietrich (Hg.): Länderbericht USA. Bonn, 594-697.

Nelson, Barbara J./**Carver**, Kathryn A., 1994: „Many Voices But Few Vehicles. The Consequences for Women of Weak Political Infrastructure in the United States“. In: Nelson, B. et al.: Women and Politics World Wide. New Haven/London, 737-757.

Niggemeier, Stefan, 2008: „Plädoyer für die Zicke. Die Regeln der Medien sind grausam: Warum Obama nur gewinnen und Hillary Clinton nur verlieren kann“. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 2. März 2008, S. 31.

Obama, Barack, 2007: Hoffnung wagen: Gedanken zur Rückbesinnung auf den American Dream. München (engl. Audacity of Hope, 2006).

Obama, Barack, 2008: Barack Obama's Speech on Race. Transcript, The New York Times, 18. März 2008, <http://www.nytimes.com/2008/03/18/us/politics/18text-obama.htm> (19.3.2008).

Russ, Sabine, 2007: „Neue soziale Bewegungen.“ In: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hg.): Regierungssystem der USA. 3. überarb. Aufl. München, 163-171.

Schneider-Sliwa, Rita, 2007: „Sozialstruktur.“ In: Jäger Wolfgang/Haas Christoph M./Welz, Wolfgang (Hg.): Regierungssystem der USA. 3. überarb. Aufl. München, 1-24.

Scott, Joan, 1988: Gender and the Politics of History. New York.

Seelye, Katharine Q./**Bosman**, Julie: „Media Charged with Sexism in Clinton Coverage“. The New York Times, 13. Juni 2008, <http://www.nytimes.com/2008/06/13/us/politics/13women.html> (27.8.2008).

Starr, Alexandra, 2004: Dixie Chicks. In: Atlantic Monthly, Sept. 2004, 34-36.

Wahl, Angelika von, 1999: Gleichstellungsregime - Berufliche Gleichstellung von Frauen in der Bundesrepublik und den USA. Leverkusen.

Weir, Margret/**Orloff**, Ann Shola/**Skocpol**, Theda (Hg.), 1988: The Politics of Social Policy in the United States. Princeton NJ.

Aschenputtel, Femme fatale und Eiserne Lady

Ereignisbilder und ihre Diskurspolitik am Beispiel von Angela Merkel, Gabriele Pauli und Hillary Clinton

NADJA SENNEWALD

Frauen, Macht und Visibility

Angela Merkel wurde vom US-amerikanischen Wirtschaftsmagazin Forbes 2007 bereits zum zweiten Mal in Folge zur mächtigsten Frau der Welt gewählt (vgl. MacDonald/Schoenberger 2007). Kriterien für die Liste „The World’s 100 Most Powerful Women“ sind einerseits die „visibility“, d.h. die Häufigkeit, mit der die Frauen in den Medien auftreten, der Verlauf ihrer Karriere, die erworbenen Titel und Funktionen sowie der wirtschaftliche Einfluss, den sie haben.

Der Diskurs über Frauen und Macht wird entscheidend mitgeprägt durch die Sichtbarkeit der Macht innehabenden Frau im medial verbreiteten Bild, durch ihre „visibility“. Daraus ergibt sich die Frage, welche Abbildungen ausgewählt werden, um mächtige Frauen in den Medien zu repräsentieren und was für symbolische Bilder von Frauen und Macht hierdurch erzeugt werden. Für Beispielanalysen bieten sich in der Online-Presse publizierte Fotografien von Angela Merkel, Gabriele Pauli und Hillary Clinton an. Diese sind in demokratischen Verfahren als politische Repräsentantinnen in bestimmte Funktionen gewählt und hierdurch von breiten gesellschaftlichen Interessensgruppen zur Machtausübung legitimiert worden.¹

Die ausgewählten Fotografien von Merkel, Pauli und Clinton stammen aus den Internetportalen überregionaler deutscher Nachrichtenmagazine, namentlich www.stern.de, www.spiegel.de und www.focus.de. Online-Bilder erfahren eine wesentlich größere Verbreitung als Bilder in den Printmedien, denn erstens sind sie für alle Menschen mit Internet-Anschluss frei verfügbar, ohne erst die Zeitung oder das Magazin erwerben zu müssen, und zweitens geht die Dauer ihrer Veröffentlichung weit über die Tages- oder Wochenaktualität der Printversionen hinaus.² Was die im Folgenden analysierten Fotografien – das „Dekoltee-Bild“ (Angela Merkel), das „Latex-Bild“ (Gabriele Pauli) und das „Tränen-Bild“ (Hillary Clinton) – zudem von anderen Bildern abhebt, ist ihre Behandlung als Ereignis, die zu breiten medialen Diskussionen über die Bilder selbst führte.

Diskurse, Diskursfragmente und die Medien

Um den Diskurs über Frauen und Macht in medial verbreiteten Bildern zu untersuchen, ist zur Verdeutlichung der theoretischen Perspektive zunächst ein Exkurs notwendig: Siegfried Jäger definiert den Diskurs pauschal als „Fluss von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“ (Jäger 1999, 158), d.h. als sich ständig in Bewegung befindliche Vorstellungen über Realität. Diese Definition beinhaltet, dass keine Vor-

stellung über Realität diese je abbilden kann, sondern immer sozio-historisch geprägt ist. Ein Merkmal des Diskurses ist seine ständige Wiederholung: „Der einzelne Text wirkt minimal und kaum spür- und erst recht schlecht nachweisbar; demgegenüber erzielt der Diskurs mit seiner fortdauernden Rekurrenz von Inhalten, Symbolen und Strategien nachhaltige Wirkung, indem er im Laufe der Zeit zur Herausbildung und Verfestigung von „Wissen“ führt“ (ebd., 170). Der einzelne Text – oder im Fall dieser Untersuchung auch das einzelne Bild – können mit Jäger als „Diskursfragment“ institutionalisierter Diskurse verstanden werden und transportieren meist Elemente verschiedener Diskursstränge (vgl. ebd., 120) – zum Beispiel der Diskursstränge „Frauen“ und „Macht“. Diskursstränge werden laufend fortgeschrieben und variiert und bestehen aus Diskursfragmenten (einzelnen Artikeln oder Bildern) des gleichen Themas (vgl. ebd., 160). Die Institution, innerhalb derer der untersuchte Diskurs stattfindet, ist in diesem Fall die Online-Presse.³ Weiterhin schlägt Jäger den nützlichen Begriff der „diskursiven Ereignisse“ vor. Diese sind definiert als Ereignisse, „die medial groß herausgestellt werden und als solche medial groß herausgestellten Ereignisse die Richtung und die Qualität des Diskursstrangs, zu dem sie gehören, mehr oder minder stark beeinflussen“ (ebd., 162).

Bildereignisse

Schwerpunkt der folgenden Analysen und Überlegungen sind bildförmige Diskursergebnisse, die ich im Folgenden als „Bildereignis“ bezeichnen werde. Bildereignisse stehen als Ereignis für sich. Sie werden sowohl in der „seriösen“ Presse als auch in der Boulevardpresse veröffentlicht und diskutiert. Bildereignisse sind deshalb Bildereignisse, weil sie bestimmte kollektive Symboliken transportieren – in diesem Fall zur Diskursverknüpfung „Frauen“ und „Macht“. Die Kollektivsymbolik ist „die Gesamtheit der so genannten „Bildlichkeit“ einer Kultur, die Gesamtheit ihrer am weitesten verbreiteten Allegorien und Embleme, Metaphern, Exempelfälle, anschaulichen Modelle und orientierenden Topiken, Vergleichen und Analogien“ (Link 1997, 25).⁴ Der Inhalt und die Form einer Abbildung werden dabei geprägt durch das Verständnis von Realität in einer spezifischen Kultur zu einem bestimmten Zeitpunkt (vgl. Jäger 1999, 45). Es ist also davon auszugehen, dass die mediale Repräsentation von Geschlecht bestimmt bzw. beschränkt wird durch die zur jeweiligen Produktionszeit „gesellschaftlich verfügbaren Frauen- und Männerbilder“ (Cornelißen 1996, 20f.). Geschlechterbilder sind demnach Manifestationen kollektiver Vorstellungen von Geschlecht, in denen sich Machtverhältnisse ausdrücken und die durch die alltägliche unreflektierte, als naturgegeben wahrgenommene Wirklichkeit der Geschlechterverhältnisse bestimmt werden.

Frau Kanzlerin zeigt Dekolletee

Es existiert eine ganze Serie von Fotografien, die Frau Merkel in einem ausgeschnittenen Abendkleid zeigen, das sie anlässlich der Eröffnung der neuen Oper in Oslo trug. Eines dieser Bilder (Abb. 1) wurde besonders häufig reproduziert, sowohl Online als auch in den Printmedien. Angela Merkel ist in der Halbnahen zu sehen, d.h. Brust- und Kopfbereich sind abgebildet.⁵ Dies entspricht der natürlichen Sehsituation in der Interaktion mit anderen Menschen und wird deswegen



Abb. 1: Angela Merkel

in Filmen häufig in Dialogszenen verwendet. Als Portraitfoto hat es die Wirkung der räumlichen Nähe zur Abgebildeten und erzeugt eine gewisse Intimität. Angela Merkel dreht sich jedoch weg von der Betrachterin und scheint sich mit jemandem rechts von ihr zu unterhalten. Dieser Eindruck wird verstärkt durch ihre rechte, erhobene Hand, durch die sie das Gesagte gestisch unterstreicht. Frau Merkel trägt ein schwarz-blaues Abendkleid mit halb durchsichtigen Ärmeln und tiefem Ausschnitt, dazu eine Perlenkette. Im Hintergrund sind Stuhllehnen und die unscharfen Brustbereiche zwei weiterer Personen zu sehen, die hinter Merkel sitzen. Sowohl der Kopf als auch der Brustbereich Merkels sind angeschnitten, so dass nur ein schmaler Streifen Haar das Gesicht und ein Stück Kleid ihr Dekolletee optisch rahmen. Als Folge dominiert die helle, rosa Fläche der Haut das Bild. Zudem ist das Kameraobjektiv nicht in Augenhöhe auf Merkels Gesicht gerichtet, sondern in leichter Untersicht auf Höhe ihrer Brüste. Ein fast schwarzer Schatten bildet einen optischen Keil, der die Vertiefung zwischen ihren Brüsten sehr betont und den Blick in Angela Merkels Ausschnitt lenkt. Der abgewendete Blick von Merkel erzeugt ein zusätzliches voyeuristisches Moment; er lädt dazu ein, der Kanzlerin „in den Ausschnitt zu gucken“, ohne dabei ertappt zu werden.

Das Bildereignis „Angela Merkels Dekolletee“ wurde in dieser und anderen Varianten (es existiert eine ganze Bildserie dazu) auf den Internetportalen großer Zeitungen und Magazine diskutiert (z.B. www.spiegel.de, www.bild.de, www.zeit.de, www.welt.de). Mal steht die „Opulenz der Büste, ihrer barocken Pracht“ (Seibel 2008) im Vordergrund, mal der modische Vorher/Nachher-Vergleich: Merkel hat sich „vom Mauerblümchen zur modischen Kanzlerin“ gemausert (Strohmaier 2008).⁶

Bereits die Überschrift des ausgewählten Artikels, der am 13.04.2008 auf www.stern.de erschien (Maier 2008), verweist darauf, dass der Inhalt des Artikels und das Abgebildete das Gleiche meinen: „Frau Kanzlerin zeigt Dekolletee“. Auffällig ist die Häufung sexuell oder zumindest zweideutig konnotierter Wörter und Wortgruppen in den Unter- und Zwischenüberschriften, die Frau Merkels Outfit anzüglich kommentieren: „Oh lala“, „freizügig wie nie“ oder „erotisch wie nie“. Der erste Satz des Artikels ist eine Referenz auf Angela Merkels modische Vergangenheit: „Sie hat uns

schon mit manchem Mode-Fauxpas geschockt.“ Aufgezählt werden einige Beispiele ihrer modischen Vergehen: „Schweißflecken unter den Achseln“, „schlecht sitzende Frisuren“ und „hässliches Kleid“.

Frau Merkels Äußeres, so wird im ersten Abschnitt des Artikels deutlich gemacht, lässt zu wünschen übrig. Ihr Auftritt in dem tief ausgeschnittenen Abendkleid, schlussfolgert der Autor im zweiten Abschnitt, habe dies nun geändert. Der dritte Absatz relativiert diese Erfolgsmeldung jedoch: Beim Ausstieg aus dem Auto sei es fast zum „Nippelgate“ gekommen, also zu einer weiteren modischen Katastrophe.⁷ Weiterhin suggeriert der Artikel, dass es ein großer Erfolg für Frau Merkel sei, „den anwesenden gekrönten Häuptern die Schau gestohlen zu haben“, denn „statt auf die anwesenden Prinzessinnen (...) richteten die Fotografen ihre Objektive auf sie.“

Erfolg besteht also darin, wenn sich in der Konkurrenz mit anderen Frauen die Blicke der Fotografen – deren Blickobjekt sie ist – auf Angela Merkel richten. Über das politische Verhältnis Norwegens und Deutschlands wird nichts berichtet, fast hat man den Eindruck, es handele sich um einen Schönheitswettbewerb. Und tatsächlich: In der Verknüpfung Mode-Fauxpas/Gala-Abend/Abendkleid/Prinzessinnen steckt das bekannte Motiv der vermeintlich hässlichen Frau, die beim Ball den anwesenden Prinzessinnen die Schau stiehlt – die Narrative vom Aschenputtel. Der Prinz wird ersetzt vom Fotografen, der mit der Kamera den begehrenden Blick – stellvertretend für alle – in ihren Ausschnitt richtet.

Die Inszenierung von Angela Merkels Äußeren, so der Subtext der medialen Aufmerksamkeit, bediente lange Zeit den Diskurs über „erfolgreiche“ Femininität nur ungenügend. Als Femininitäts-Marker werden immer wieder Frisur und Kleidung genannt.⁸ Geschlechtsspezifische Kleidung dient, je weiter sie sich von der „Unisex“-Variante entfernt, dazu, Körperideale zu betonen und zu verstärken. Männliche Kleidung symbolisiert laut Gitta Mühlen Achs vor allem den sozialen Status des Trägers, während weiblich kodierte Kleidung die körperliche Attraktivität der Frau hervorhebt und als Beweis für ihre „Femininität“ steht (vgl. Mühlen Achs 2003, 104). Der Gegensatz zwischen Anzug und Abendkleid steht repräsentativ für das Geschlechterverhältnis insgesamt: Während der Anzug die Schulterpartie, d.h. den „starken“ Körperbau betont und eine aufrechte Haltung erzeugt, die Kompetenz und Macht markiert, lässt das Abendkleid viel Haut frei und betont bestimmte Körperregionen, die für Femininität stehen, z.B. die Brüste. So stellt auch Lehnert fest: „Der Anzug aber, aus strengen Tuchen in gedeckten Farben, spielt nicht mit Erotik, sondern stellt Macht aus.“ (Lehnert 1999, 121) Der Umkehrschluss lautet, dass es für eine Politikerin schwierig – wenn überhaupt möglich – ist, Macht aus- bzw. darzustellen, während sie ein Abendkleid trägt, da dieses zu stark gegengleich kodiert ist.

Das besprochene Bild, so zeigt der Vergleich mit anderen Online-Publikationen, stellt einen Ausschnitt dar. Ursprünglich ist Angela Merkels Gesprächspartner, der norwegische Premierminister Jens Stoltenberg, ebenfalls auf der Fotografie zu sehen. Das nicht geschnittene Bild zeigt Frau Merkel zwar in Abendgarderobe, aber auch in einer professionellen Situation: Sie diskutiert als Staatsoberhaupt mit einem Staatsober-

haupt. Durch das Weglassen von Herrn Stoltenberg im Bild wird Frau Merkels Rolle als Politikerin beschnitten, sie wird im Akt ihrer Machtausübung nicht gezeigt. Durch die Betonung des Dekolletees wird sie dagegen als „Frau“ markiert, sexualisiert und als mächtige Frau demontiert.

Eine Königsmörderin?

Zum Vergleich bietet sich das „Latex-Bild“ (Abb. 2) der ehemaligen CSU-Politikerin und Landrätin von Fürth Gabriele Pauli an. Das Foto ist kein Schnappschuss, sondern wurde für eine Modestrecke mit Frau Pauli im Hochglanzmagazin Park Avenue inszeniert. Zu diesem Zeitpunkt (Anfang 2007) war Frau Pauli medial sehr präsent, da sie die Diskussion über die Spitzenkandidatur des damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoibers bei den nächsten Landtagswahlen entscheidend vorangetrieben hatte.⁹



Abb. 2: Gabriele Pauli

Das Bild – ursprünglich Teil einer Fotoserie gleicher Ästhetik in der Park Avenue mit dem Titel „Sankt Pauli“ – illustriert den am 27.03.2007 auf www.spiegel.de erschienenen Artikel „Fesche Fotos von der Latex-Landrätin“ (Wittrock 2007). Frau Pauli, links im Bild, trägt eine rote Langhaar-Perücke, eine elegante weiße Bluse und ein nicht näher definierbares schwarzes Unterteil. Ihr Blick ist geradeaus gerichtet, ein Lächeln angedeutet. Frau Paulis erhobene Arme sind in einer gestellt wirkenden Pose erstarrt. Optisch fallen zuerst die schwarz glänzenden Latexhandschuhe auf, die ihr bis über die Ellenbogen reichen. Sie stehen am weitesten im Vordergrund, werden durch die weiße Bluse zusätzlich kontrastiert und bilden zwei Diagonalen, die Paulis Kopf in einem angedeuteten Dreieck einrahmen.

Die umstrittenen Latexhandschuhe sind nur durch die Armhaltung Paulis in den Vordergrund gerückt – nichts an ihrer Körperhaltung ist eigentlich erotisiert, auch ist kein Stückchen Haut unzüchtig zu sehen. Trotzdem markiert allein das Vorhandensein der Handschuhe im Bild – kombiniert mit dem auf der rechten Hälfte des Fotos abgedrucktem Text, der mit der Überschrift „Eine Königsmörderin?“ beginnt – eine erotisch-gefährliche Komponente. Pauli wäscht ihre Hände nicht in Unschuld, sie streift sich ein Accessoire über, das mit bedrohlich dominanter weiblicher Sexualität verbunden wird – zudem scheinen sich die Hände der „Königsmörderin“ als selbstbewusstes Tatwerkzeug ins Bild zu recken. Das Foto bedient damit die Abbildungskonvention der biblischen Heldenmörderinnen und Verräterinnen wie Judith, Delila oder Salomé: So stehen in Gemälden von Judith und Holofernes meist Judiths Arm oder Arme im Vordergrund, in denen sie das Schwert, den abgetrennten Kopf Holofernes’ oder beides hält.¹⁰

Und so geht es auch bei diesem Bildereignis um das, was ins Auge springt: Die Latex-Handschuhe bzw. die Konnotationen, die sie hervorrufen: die gefährliche, erotische Frau, der Vamp. Die Femme fatale ist die „dämonische Verführerin, gelegentlich auch als wollüstiges Machtweib apostrophiert, bezeichnet die durch ihre erotische Ausstrahlung für den Mann gefährlich werdende Frau“ (Hilmes 2003, 172).¹¹

Als Reaktion auf die Fotostrecke in der Park Avenue legte die Welt nach mit einem Interview einer professionellen Domina, die Pauli Komplimente für ihre angemessene Berufsbekleidung machte (Solms-Laubach 2007). Der Focus schrieb von „Domina-Outfit“ (jba 2007), der Stern sprach von „Vamp-Fotos“ (o.N. mit AP/dpa 2007), die Zeit, etwas verhaltener, von „Landrätin in Latex“ (Schlieben 2007).

Paulis Inszenierung als Femme fatale führte zu einer öffentlichen Lächerlichmachung und einem weiteren Glaubwürdigkeitsverlust. Nach einigen erfolglosen politischen Vorstößen ihrerseits (sie kandidierte trotz der Schmähungen um den CSU-Vorsitz in Konkurrenz mit Erwin Huber und Horst Seehofer) trat sie aus der CSU aus. Und so behält Carola Hilmes recht, die für die Figur der Femme fatale in der Literatur des 19. Jahrhunderts feststellt: „Stets fordert die Femme fatale ihre Opfer, die dämonische Verführerin ist allerdings keine selbstherrliche Täterin, sondern wird meist am Ende ihrer Geschichte selbst mit dem Tode bestraft, was ein wenig beachtetes Motiv ist“ (Hilmes 2003, 172). Frau Pauli wurde erst als „Königsmörderin“ stilisiert, eignete sich (zu) gut, das Motiv der Femme fatale zu bedienen und fand infolgedessen den politischen Tod.

Clinton den Tränen nahe

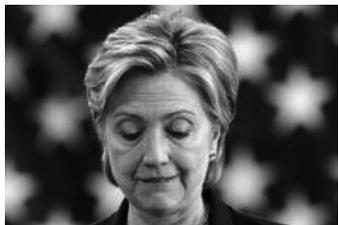


Abb. 3: Hillary Clinton

Das „Tränen-Bild“ (Abb. 3) zeigt die US-amerikanische Präsidentschafts-Kandidatin Hillary Clinton. Es existieren mehrere Varianten davon, da es während einer öffentlichen Diskussion aufgenommen wurde, der sie sich nach ihrer Niederlage bei den Vorwahlen in Iowa und am Vorabend der (gewonnenen) Wahlen am 08.01.2008 in New Hampshire stellte.

Das Foto erschien unter www.focus.de unter dem Titel „Clinton den Tränen nahe“ (löh/AFP 2008). Der Vorspann des Artikels lautet: „Hillary Clinton hat am Rande einer Wahlkampfveranstaltung im Bundesstaat New Hampshire gegen Tränen ankämpfen müssen. Die Politikerin bekannte: ‚Das ist sehr persönlich für mich‘“. Clintons Gesicht wird in Großaufnahme gezeigt, im Hintergrund sind unscharf die Sterne der amerikanischen Flagge zu sehen. Hillary Clinton blickt nach unten, ihr Gesicht wirkt im Gegensatz zu den unzähligen strahlend lächelnden Portraits, die medial verbreitet wurden, unvertraut verzerrt. Ihre Mimik steht deutlich im Zentrum der Aufmerksamkeit. Clinton beißt sich auf die Lippen, die Stirn ist gerunzelt und ihre Augenringe deutlich zu sehen. Dass sie älter wirkt als sonst, liegt – abgesehen vom Gesichtsausdruck – an der Ausleuchtung und den Schatten, die ihre Falten betonen. Auch der Blick nach unten wirkt wie ein Zeichen der Niederlage.

Im Gegensatz zum neutral gehaltenen Kommentar zum Tränen-Bild im Focus wird in anderen Publikationen die „Echtheit“ von Clintons gezeigten Gefühlen in Frage gestellt oder sich zumindest darüber gewundert: „Hillary Clinton ringt mit den Tränen“, heißt es auf www.sueddeutsche.de, gefolgt von „Sie gilt als kalt, doch nun überrascht Kandidatin Hillary Clinton in New York mit einem unerwarteten Gefühlsausbruch“ (Reuters/dpa/AP/mako/ckn 2008). Die Zeit meint: „Einmal weinen reicht nicht: Hillary Clinton muss sich ändern, wenn sie Vorbild für Politikerinnen sein will“ (Meckel 2008). Und auch im Focus steht, nur einen Tag später: „Mit einer neuen Taktik hat Hillary Clinton versucht, die Wähler in New Hampshire zu gewinnen“ (Baumann 2008).

Hillary Clinton, so die Aussage des Bildes, hat einen schwachen Moment.¹² Was das Bild zum Bildereignis macht, ist allerdings die Diskussion über die Authentizität ihres emotionalen Ausdrucks. Weint sie oder weint sie nicht, ist eine Träne zu sehen oder nicht, kurz: zeigt Hillary Clinton Emotionen aus politischem Kalkül, um menschlicher und sympathischer zu wirken und den Ausgang der Wahlen damit zu beeinflussen? An der Diskussion wird deutlich, dass Frauen unter dem geschlechtlich kodiertem Zwang stehen, ihre Gefühle durch mimische Äußerungen fortlaufend mitzuteilen. Laut Mühlen Achs „signalisiert eine idealtypisch weibliche Mimik die Bereitschaft zur Selbstentäußerung und zur Preisgabe von Emotionen und stellt soziale Verbindlichkeit her“ (Mühlen Achs 2003, 154). Frauen müssen ihren Gefühlsausdruck in wesentlich größerem Umfang als Männer differenziert modulieren, wobei auch der Eindruck von Unechtheit oder Aufgesetztheit entstehen kann (vgl. ebd.). Hillary Clinton werden im medialen Diskurs kalte Rationalität und fehlende Affektivität unterstellt, die sie durch berechnende Handlungen versucht zu vertuschen, um trotzdem sympathisch, d.h. wählbar zu wirken. Das Medienbild von Hillary Clinton entspricht damit einem weiteren Typus der mächtigen Frau: dem der „Eisernen Lady“.¹³ Unterstellt wird der Eisernen Lady (wie zuvor der *Femme fatale*) als Grundmotiv die Gier nach Macht. Im Gegensatz zu dieser will sie nicht nur einzelne Männer, sondern ganze Staaten lenken bzw. manipulieren. Als „Kältefrau“ hat die Eisernen Lady wie die *Femme fatale* literarische Vorbilder im 19. und 20. Jahrhundert und reiht sich ein in die Erzählungen von „bösen“ und „kalten“ Maschinenfrauen (vgl. Baureithel 1993, 116 ff.).¹⁴ Auffällig ist die Verbindung der Kältefrau mit Metall – entweder als roboterhafte Menschmaschine wie in der fiktiven Version – oder als Eisernen Lady mit „eisernem Willen“. Hierdurch wird der betreffenden Frau metallene – also „unnatürliche“ oder „unfeminine“ – Härte unterstellt.¹⁵

Fazit

Frauen mit Macht werden im medialen Diskurs auf ihre Femininität hin geprüft und „fallen durch“, unabhängig davon, ob bei ihnen ein Mangel oder ein Überschuss an Femininität konstatiert wird.¹⁶ Die Untersuchung des Bildereignisses „Angela Merks Dekolletee“ macht das Dilemma deutlich: Das „Vorher“ bei Aschenputtel Merkel beinhaltet ein Unterbedienen von Femininitäts-Markern, aber kaum werden sie – z.B.

durch ein sichtbares Dekolletee und eine andere Frisur – bedient, wird dies als ein „zu viel“ und ebenfalls negativ bewertet. Die gelungene Frau zeigt ihre Brüste als Marker für weibliche Erotik – gleichzeitig wird gefragt, ob dies für eine Politikerin „zu sexy“ sei. Aus Merkel kann und darf keine Prinzessin werden, sie muss ewig scheitern an den Anforderungen eines Femininitätsbegriffs, der keinen Machtanspruch formulieren darf.

Bereits 1929 stellte die Psychoanalytikerin Joan Riviere in ihrem Aufsatz „Weiblichkeit als Maskerade“ fest, dass erfolgreiche Frauen in einer patriarchalen Gesellschaftsordnung darauf angewiesen sind, ihr Verhalten durch überfeminines Verhalten auszugleichen: „Weiblichkeit war daher etwas, das sie vortäuschen und wie eine Maske tragen konnten, sowohl um den Besitz von Männlichkeit zu verbergen, als auch um der Vergeltung zu entgehen“ (Riviere 1994, 38). Die Schlussfolgerung, dass Frauen mit ausreichend Femininitäts-Markern (z.B. Modebewusstsein, Emotionalität, Schönheit) problemlos Macht zugestanden wird, ist jedoch nicht zutreffend, wie sich an Pauli zeigt. Im Gegenteil, ausgeprägte Femininitäts-Attribute dienen ebenfalls als Beleg, die Macht und Kompetenz der jeweiligen Frau anzuzweifeln. Paulis Machtanspruch scheitert sogar in hohem Maße, eben weil er stark erotisiert und sexualisiert wird.

In der Analyse wird deutlich, dass Frauen mit Macht bestimmten stereotypen Frauenbildern zugeordnet werden, die kein positives oder sogar ein explizit negatives Bild von Frauen und Macht beinhalten (Femme fatale, Kältefrau). Es bleibt zu betonen, dass das Bild, was von einer Politikerin in den Medien gezeichnet wird, keineswegs konstant das gleiche sein muss, konstant ist nur, dass auf Weiblichkeitsstereotype zurückgegriffen wird. So wurde nicht nur Pauli, sondern auch Merkel bescheinigt, ihre jeweilige Partei wahlweise zu retten oder sie auf vampireske Art und Weise zu zerstören.¹⁷ Für die Frau mit Macht gilt, was Hilmes für die Femme fatale feststellt: „Erlöserin und Verderberin zugleich, ein wahrhaft fatal zu nennendes Vexierbild“ (Hilmes 2003, 173), das wie die meisten Frauenbilder auf der christlichen Dichotomie von Hexe/Hure und Heilige/Mutter beruht. Der Heiligen steht nur die mütterlich kodierte Macht der Selbstaufopferung zur Verfügung – was kein brauchbares Modell für realpolitische Handlungsfähigkeit ist – während die Macht der Hexe, wie sie der Femme fatale oder der Kältefrau zugeschrieben wird, eine manipulative, zerstörerische ist.

Es wurde deutlich, dass Bilder, die in den Medien produziert werden, auf der Basis von geschlechtsklassenspezifischen Zeichen funktionieren, die jene Aspekte von „Weiblichkeit“ (und auch „Männlichkeit“) signifizieren, durch die die herrschende Ordnung der Geschlechter aufrechterhalten wird (vgl. Mühlen Achs 1995, 21), in der öffentliche Macht für Frauen immer noch nicht selbstverständlich ist. Daraus folgt, dass ständig alte stereotype Bilder von Frauen und Macht aufgerufen und bedient werden, es aber nicht möglich ist, aus diesen ein positives Bild von Frauen und Macht zu generieren. Es gibt sie, die Frauen mit Macht, aber (noch) keine Bilder für sie.

Anmerkungen

- 1 Angela Merkel ist seit dem 22. November 2005 Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Gabriele Pauli war von 1990 bis 2008 Landrätin von Fürth. Hillary Clinton ist seit 2001 Senatorin für den US-Bundesstaat New York und bewarb sich als Kandidatin der Demokraten in der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl. Am 7. Juni 2008 beendete sie ihre Kampagne zugunsten Barack Obamas, der in den Vorwahlen mehr Stimmen erhielt. Das Spektrum der politischen Betätigung der ausgewählten Frauen reicht also von der Welt- bis zur Lokalpolitik.
- 2 Durch das relativ junge Medium Internet hat sich eine neue Form der Bildpräsentation herausgebildet: Meistens illustriert ein Hauptfoto den Artikel, die LeserIn kann sich jedoch durch eine dazugehörige Bilderstrecke klicken. Das heißt, dass zu einem Ereignis viel mehr Bildmaterial angeboten wird als in den Printmedien. Zeitnah erscheinende Artikel werden durch die gleiche Fotostrecke bebildert, wobei diese im Laufe der Zeit aktualisiert wird und einzelne Bilde durch andere ersetzt werden.
- 3 Nach Jäger müsste das Thema „Frauen und Macht“ korrekterweise als „Diskursverschränkung“ bezeichnet werden, da es sich hier um die Verbindung von zwei Diskurssträngen handelt (vgl. Jäger 1999, 160f.).
- 4 Der Ausdruck „Bildlichkeit“ ist in dem Kontext dieses Artikels etwas irreführend; Link meint damit vor allem Sprachbilder, seine Theorie lässt sich aber auf Abbildungen übertragen.
- 5 Zur Geschlechtsspezifik von Gesichts-, Brust- und Ganzkörperportraits stellt Sabine Winter in einer inhaltsanalytischen Auswertung der Nachrichtenmagazine „Focus“ und „Spiegel“ von 1993 bis 1996 fest, Frauen würden wesentlich seltener als Gesichts-Portrait abgebildet werden als Männer, dafür aber öfter als Dreiviertelfigur. Kopfportraits wertet sie dabei als Darstellung als „Charakter/Verstandesmensch“, Torso-, Dreiviertelfigur- und Ganzkörperabbildungen als „Gefühlsmensch“-Darstellung (vgl. Winter 2001, 151). Bereits 1983 konstatierten Archer u.a. bei einer Untersuchung der amerikanischen Presse „Für die 1.750 untersuchten Pressefotos gab es eine deutlich ausgeprägte Tendenz, Männer durch ihre Gesichter zu präsentieren und Frauen durch ihre Körper“ (Archer u.a. 1985, 58).
- 6 Hier steht tatsächlich „Büste“ und nicht „Brüste“. Durch die weitere Wortwahl („Opulenz“ und „barocke Pracht“) wird jedoch überdeutlich, dass die Brüste gemeint sind.
- 7 Nipplegate bezeichnet den Skandal um den Auftritt von Janet Jackson und Justin Timberlake in der Halbzeitpause des 38. Super Bowls am 1. Februar 2004, der vom US-amerikanischen Musiksender MTV präsentiert wurde, bei dem Jacksons entblößte Brust zu sehen war. Der Name wurde in Anlehnung an die Watergate-Affäre gewählt (vgl. Wikipedia 2008).
- 8 Fleissner stellt bezeichnender Weise in einer visuellen Inhaltsanalyse von Spiegel, Focus, der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung fest, dass Merkel während der Kandidatendebatte (Stoiber vs. Merkel, Bundestagswahl 2002) „weniger vorteilhaft“ abgebildet wurde als Stoiber (vgl. Fleissner 2004, 143).
- 9 Pauli regte angesichts der schlechten allgemeinen Umfrageergebnisse von Stoiber beharrlich eine CSU-Mitgliederbefragung an. Zunächst fand sie große Unterstützung bei der Parteibasis, die jedoch kippte. Am Vortag des Fotoshootings war sie beim politischen Aschermittwoch der CSU am 21.02.2007 öffentlich als „Schlampe“, „Hure“ und „Hexe“ beschimpft worden (vgl. Seils 2007).
- 10 Deutlich ist dies z.B. in Gemälden zu Zeiten der Renaissance zu sehen, in der „Judith und Holofernes“ ein beliebtes Motiv war. Beispiele sind: Paolo Veronese: Judith und Holofernes (ca. 1580); Michelangelo Caravaggio: Judith enthauptet Holofernes (1598/1599); Artemisia Gentileschi: Judith enthauptet Holofernes (1612/1613).
- 11 Die Femme fatale erfährt ihre spezifische Ausprägung in der Literatur und Bildenden Kunst des 19. Jahrhunderts, im 20. Jahrhundert wird das Motiv im Film als „Vamp“ weitergeführt (vgl. Hilmes 2003, 172).
- 12 Das Bild kann daher auch als „Eindämmungsbild“ (vgl. Sennewald 2007, 259) bezeichnet werden. Eindämmungsbilder dienen der Relativierung von positiv konnotierten Bildern „weiblicher“ Stärke, Autorität und Macht und tragen zur visuellen Demontage der abgebildeten Frau bei.
- 13 Prototyp der „Iron Lady“ ist die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher, aber auch zahlreiche andere Politikerinnen wurden bereits mit diesem Titel versehen.
- 14 Dies lässt sich nach Hilmes mit der Geschlechterordnung des Bürgertums des 19. Jahrhunderts erklären: „Das herrschende patriarchalische dominierte Selbstverständnis gewährt in der weiblichen Sexualität eine Bedrohung, die in den (pseudo-)wissenschaftlichen Diskursen festgeschrieben wird. Im Kult der Männlichkeit wird die Frau ausgegrenzt und zum Sündenbock gemacht“ (Hilmes 2003, 174). In der Folge entstehen in der Kunst und der Literatur neue, erotisch stark bedrohliche weibliche Figurentypen, die aber im Laufe der Narration unschädlich gemacht werden.

- 15 Beispiele für Kältefrauen sind E.T.A. Hoffmanns „Olimpia“ aus der Erzählung *Der Sandmann* (Berlin 1817) oder die „Maria“ aus *Thea von Harbous*, von Fritz Lang verfilmtem Roman *Metropolis* (Berlin 1923) (vgl. Baureithel 1993, 116 ff.). Auch in der Science Fiction finden sich zahlreiche Beispiele für „Kältefrauen“, die gleichzeitig wirklich aus Metall sind, weil sie Roboter, Cyborgs oder Androiden sind (vgl. Sennewald 2007, 151ff.).
- 16 Schmerl stellt bereits 1985 bei einer Analyse der Darstellung der Politikerin Monika Wulf-Mathies fest: „sowohl vorhandene Gefühle sowie deren zu kühle Reflexion werden ihr gleichzeitig angekreidet (...) Was ein guter männlicher Politiker idealerweise vereinen können soll, muß einer Frau offensichtlich in jedem Fall vorgehalten werden, auch wenn sie von beidem hat.“ (Schmerl 1985, 45, Kursivsetzung im Original).
- 17 Im folgenden Beispiel wurde sich auch in Bezug auf Merkel eines vampiresken Bildes bedient, diesmal aus der Pflanzenwelt: „Von Ferne gekommen, von oben aufgepfropft, nach unten gewachsen, die Partei als Stamm benutzt, inzwischen auf einem festen Stamm stehend: Man darf die Würgefeige als Allegorie auf Angela Merkel in der CDU begreifen“ (Schwennicke 2007). Ob Pflanzen- oder Menschenmetapher: Dahinter steckt das Bild der alles verschlingenden *Femme fatale*.

Literatur

Archer, Dane u.a., 1985: „Männer-Köpfe, Frauen-Körper. Studien zur unterschiedlichen Abbildung von Frauen und Männern auf Pressefotos“. In: Schmerl, Christiane (Hg.): *In die Presse geraten. Darstellung von Frauen in der Presse und Frauenarbeit in den Medien*. Köln, 53-75.

Baumann, Nina, 2008: „Die müde Kämpferin“. http://www.focus.de/politik/ausland/auswahl/hillary-clinton_aid_232677.html (20.05.2008).

Baureithel, Ulrike, 1993: „Verbrannt im Eis ihrer Seele. Die ‚Kälte-Frau‘ als angsterzeugende und faszinierende Männerphantasie in der Moderne“. In: Treusch-Dieter, Gerburg (Hg.): *Das Böse ist immer und überall*. Berlin, 116-121.

Cornelißen, Waltraud, 1996: „Die Kategorie Geschlecht und ihr Erklärungspotential für die Aneignung von medialen Präsentationen“. In: Marci-Boehncke, Gudrun u.a. (Hg.): *BlickRichtung Frauen. Theorien und Methoden geschlechtsspezifischer Rezeptionsforschung*. Weinheim, 15-35.

Fleissner, Karin, 2004: „Vor der Kür ist nach der Kür? Bundestagswahl 2002: Die Kandidatende-batte der Union im Spiegel der Pressefotografie“. In: Knieper, Thomas/Müller, Marion G. (Hg.): *Visuelle Wahlkampfkommunikation*. Köln, 129-147.

Hilmes, Carola, 2003: „Femme Fatale“. In: Hügel, Hans-Otto (Hg.): *Handbuch Populäre Kultur*. Stuttgart, Weimar, 172-177.

Jäger, Siegfried, 1999: *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung* (2. überarbeitete und erweiterte Auflage). Duisburg.

jba: „CSU-Rebellin posiert im Domina-Outfit“. http://www.focus.de/panorama/boulevard/gabriele-pauli_aid_51798.html (20.05.2008)

Kammerer, Steffi, 2007: „Sankt Pauli“. Park Avenue H. 4.

Lehnert, Gertrud, 1999: „Androgynie und Mode“. In: Bock, Ulla/Alfermann, Dorothee (Hg.): *Androgynie. Vielfalt der Möglichkeiten*. Stuttgart, 118-130.

Link, Jürgen, 1997: *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. Opladen.

löh/AFP, 2008: „Clinton den Tränen nahe“. http://www.focus.de/politik/ausland/uswahl/wahlkampf_aid_232515.html (20.05.2008).

MacDonald, Elizabeth/Schoenberger, Chana R., 2007: „The World’s 100 Most Powerful Women“. http://www.forbes.com/business/2007/08/30/most-powerful-women-biz-07women-cz_em_cs_0830power_land.html (20.05.2008).

Maier, Jens, 2008: „Frau Kanzlerin zeigt Dekolletee“. <http://www.stern.de/lifestyle/mode/617115.html?q=Frau%20Kanzlerin%20zeigt%20Dekolletee> (20.05.2008).

- Meckel, Miriam**, 2008: „Die verspätete Frau“. <http://www.zeit.de/2008/06/Faktor-Frau> (20.05.2008).
- Mühlen Achs, Gitta**, 1995: „Frauenbilder: Konstruktionen des anderen Geschlechts“. In: Mühlen Achs, Gitta/Schorb, Bernd (Hg.): *Geschlecht und Medien*. München, 13-37.
- Mühlen Achs, Gitta**, 2003: *Wer führt? Körpersprache und die Ordnung der Geschlechter*. München.
- o.N. mit AP/dpa**, 2007: Wirbel um Vamp-Fotos der „schönen Landrätin.“ <http://www.stern.de/politik/deutschland/585816.html?q=Vamp-Fotos> (20.05.2008).
- Riviere, Joan**, 1994: „Weiblichkeit als Maskerade“. In: Weissberg, Liliane (Hg.): *Weiblichkeit als Maskerade*. Frankfurt/M., 34-47.
- Reuters/dpa/AP/mako/ckn**, 2008: „Hillary Clinton ringt mit den Tränen“. <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/636/151258/> (20.05.2008)
- Schlieben, Michael**: „Landrätin in Latex“. <http://www.zeit.de/online/2007/14/pauli-fotos> (20.05.2008).
- Schmerl, Christiane**, 1985: „Die öffentliche Inszenierung der Geschlechtercharaktere: Berichtserstattung über Frauen und Männer in der deutschen Presse“. In: Schmerl, Christiane (Hg.): *In die Presse geraten. Darstellung von Frauen in der Presse und Frauenarbeit in den Medien*. Köln, 7-52.
- Schwennicke, Christoph**, 2007: „Die Herrin von Schloss ungefähr.“ <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument-druck.html?id=54154561&top=SPIEGEL> (20.05.2008).
- Seibel, Andrea**, 2008: „Die neue Opulenz der Kanzlerin.“ http://www.welt.de/lifestyle/article1901140/Die_neue_Opulenz_der_Kanzlerin.html (20.05.2008).
- Seils, Christoph**, 2007: „Lynch-Stimmung.“ <http://www.zeit.de/online/2007/09/csu-pauli> (20.05.2008).
- Sennewald, Nadja**, 2007: *Alien Gender. Die Inszenierung von Geschlecht in Science-Fiction-Serien*. Bielefeld.
- Solms-Laubach, Franz**, 2007: „So könnte Pauli auch als Domina arbeiten“. http://www.welt.de/politik/article781795/So_koennte_Pauli_auch_als_Domina_arbeiten.html(20.05.2008).
- Strohmaier, Brenda**, 2008: „Wieviel Dekolleté darf eine Kanzlerin zeigen?“ http://www.welt.de/lifestyle/article1899926/Wieviel_Dekollet_darf_eine_Kanzlerin_zeigen.html (20.05.2008).
- Wikipedia**. Die freie Enzyklopädie: „Nipplegate.“ <http://de.wikipedia.org/wiki/Nipplegate> (20.05.2008).
- Winter, Sabine**, 2001: *Sexismus in deutschen Nachrichtenmagazinen. Geschlechtsspezifische Darstellungs konventionen in SPIEGEL und FOCUS*. Münster u.a.
- Wittrock, Phillip**, 2007: „Fesche Fotos von der Latex-Landrätin“ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,474224,00.html> (20.05.2008).

Bildquellen

- Abb. 1: Angela Merkel, © Reuters. In: Maier, Jens, 2008: „Frau Kanzlerin zeigt Dekolletee.“ <http://www.stern.de/lifestyle/mode/617115.html?q=Frau%20Kanzlerin%20zeigt%20Dekolletee> (20.05.2008).
- Abb. 2: Gabriele Pauli, © Park Avenue. In: Wittrock, Phillip, 2007: „Fesche Fotos von der Latex-Landrätin“ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,474224,00.html> (20.05.2008).
- Abb. 3: Hillary Clinton, © Reuters. In: löh/AFP, 2008: „Clinton den Tränen nahe.“ http://www.focus.de/politik/ausland/uswahl/wahlkampf_aid_232515.html (20.05.2008).

Transformationen des politischen Feldes als Chance für feministische Politik?

MARION LÖFFLER

Einleitung

Professionelle Politik ist längst kein „Männerberuf“ mehr¹. Selbst politische Spitzenpositionen sind nicht mehr allein Männern vorbehalten, was nicht zuletzt das Beispiel Angela Merkels zeigt. Das Eintreten von Frauen in traditionelle Politikarenen² gab schon früh Anlass zur Frage, ob und wie sich die vorrangig als männliche Kultur wahrgenommene Politik ändern würde (Schaeffer-Hegel u.a. 1995, 13). Die politikwissenschaftliche Forschung attestierte Frauen lange Zeit eine besondere Politikferne (ebd., 12), vor allem eine im Vergleich zu Männern größere Distanz zu politischen Institutionen (Hoecker 1998, 79). Die hohe Beteiligung von Frauen an politischen Prozessen, die jenseits der herkömmlichen Institutionen angesiedelt sind, machte deutlich, dass ein Politikverständnis, das auch soziales Engagement als politische Partizipation erfasst, diese Feststellungen in Frage stellt. Nunmehr scheint aber auch ein institutionell eng gefasstes (gouvernementales) und konfliktorisches Verständnis von Politik (Lang 2004, 69f.) geeignet, politisches Handeln von Frauen zu erfassen. Ziel dieses Artikels ist es, die diesem Politikverständnis entsprechende theoretische Konzeption von Politik daraufhin zu überprüfen, ob sie einerseits Frauen in der Politik, andererseits auch „feministische Politik“ zu erklären vermag. Meine Hypothese lautet, dass für Frauen in der Politik tatsächlich keine unüberwindbaren Hürden eingelassen sind, feministische Politik jedoch als strukturell benachteiligt angesehen werden muss.

Referenzpunkt bildet ein „realistischer Politikbegriff“, wie er einem „realistischen“ Demokratieverständnis korrespondiert (vgl. Hoecker 2006, 5f.) und „Politik als ein faktisch mit Macht identisches Problem“ (Scheele 2008, 61) begreift. Nach Machiavelli und Hobbes hat vor allem Max Weber diesen Begriff geprägt: Politik ist das Streben nach Macht, Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung (Weber 1988, 506). Im ersten Teil möchte ich mithilfe der feministischen Weberkritik aufzeigen, wie sehr dieser Politikbegriff eine „männlich gestaltete und männlich beherrschte Welt“ (Kreisky 1995, 32) beschreibt. Um die impliziten Regeln des politischen (Macht-)Spiels in ihren Geschlechterdimensionen aufzeigen zu können, werde ich im zweiten Teil Pierre Bourdieus „politisches Feld“ als eine kritische Erläuterung zu Weber interpretieren. Im dritten Teil werde ich Chancen von Frauen im politischen Feld erörtern und im vierten die konzeptionell eingelassenen Hindernisse für feministische Politik. Im abschließenden Kapitel werde ich Transformationen des politischen Feldes aufzeigen, die derzeit in politikwissenschaftlicher Diskussion sind, und der Frage nachgehen, ob sie die konzeptionellen Hindernisse für feministische Politik beseitigen.

Politik als Männerberuf bei Max Weber

In seinem Vortrag „Politik als Beruf“ entwarf Max Weber (1988) nach dem Ersten Weltkrieg einen Politikertypus, der insofern als dezidiertes Männlichkeitsentwurf gelesen werden kann, als er ihn metaphorisch immer wieder in Gegensatz zu bestimmten Weiblichkeitsbildern (Ehefrau und Gemüsefrau) setzt (vgl. Kreisky 1994, 194). Sein Metier ist der Kampf und das Streben nach Macht (Weber 1988, 506). Das Objekt seines Strebens ist der moderne Staat, der aufgrund seines Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit zum Macht- und Herrschaftszentrum moderner Gesellschaften geworden ist. Dem geht ein weites Politikverständnis voraus, das „jede Art selbständiger leitender Tätigkeit“ umfasst (ebd., 505). Die paradigmatische Figur, die diese Art der Selbständigkeit repräsentiert, ist die des Unternehmers, der das eigentliche Vorbild des idealen Politikers (vgl. Borchert 2003, 83) für Weber darstellt. Politiker und Unternehmer leiten je einen bürokratischen Apparat, sei es ein kapitalistischer Betrieb, ein moderner Staat oder eine (Massen-)Partei. Diese Apparate bilden die Kerninstitutionen moderner Herrschaft (vgl. Weber 1980, 545). Konsequenterweise liegt für ihn „die wirkliche Herrschaft, (...) in den Händen des Beamtentums“ (ebd., 825). In der Sphäre von Staat und Politik tut sich somit eine Diskrepanz auf zwischen dem nach Leitung strebenden Politiker und dem im Zentrum der Herrschaftsapparatur agierenden Beamten. Der Politiker müsse leisten, was der Beamte nicht kann: führen, Entscheidungen fällen, Kompromisse schließen und nicht zuletzt Verantwortung tragen.

Webers Berufspolitiker zeichnet sich durch drei Qualitäten aus (Weber 1988, 545): Leidenschaft im Sinne der Hingabe an eine Sache – also Sachlichkeit –, Verantwortung gegenüber dieser Sache und Augenmaß, gewissermaßen als Realitätssinn, der Distanz zu Dingen und Menschen voraussetzt. Dieser idealisierte Politiker verkörpert zugleich ideale Männlichkeit durch seine Unabhängigkeit, Mut und Stärke (Bologh 1990, 34). Für Webers Politiker ist zudem dessen Abgrenzung zu allem, was mit Weiblichkeit assoziiert wird, konstitutiv. Unehrenhaftes Verhalten in der Politik bezeichnet er regelmäßig als eines, welches „nach alter Weiber Art“ verfare (ebd., 34). Nicht jeder Mann ist zum Politiker befähigt, was im Begriff des Charismas deutlich wird, das sich letztlich als besondere männliche Fähigkeit erweist, Jünger und eine Gefolgschaft um sich zu scharen, und zum Führer in der Politik zu werden (Kreisky 1994, 194). In modernen Demokratien mit bürokratischen Massenparteien sind demnach die meisten Politiker keine Berufspolitiker in Webers Sinne, sondern „Parteibeamte“, die dessen Gefolgschaft zuzuzählen sind.

Das Szenario, gegen das Weber seinen Berufspolitiker stark macht, ist eine drohende Beamtenherrschaft. Webers Lösung des Problems bezeichnet Mommsen (1974, 60) als „plebiszitäre Führerdemokratie“. In einem solchen Demokratieverständnis richtet sich das Wahlverhalten ausschließlich auf Führereigenschaften von Politikern, nicht jedoch auf politische Inhalte. Trotz seiner Betonung der Hingabe an eine Sache hängt Politikfähigkeit letztlich an Führerqualitäten. Politik erscheint als Kampf um Macht, um Herrschaft von Männern über Männer in „a no-woman's land“ (Bologh 1990,

XIV). Webers geradezu maskulinistischen Vorstellungen, die er seinem Berufspolitiker einschreibt, erhellen auch die androzentrischen Dimensionen des „realistischen Politikbegriffs“. Pierre Bourdieus Konzept des „politischen Feldes“ kann als eine Art Offenlegung der geheimen Spielregeln einer Politik gelesen werden, die an diesen Politikbegriff gebunden ist.

Politik als Machtspiel bei Pierre Bourdieu

Pierre Bourdieu konzipiert Politik als „Feld“. Als Feld bezeichnet er einen relativ autonomen sozialen Mikrokosmos, den er in der Metapher eines Spiels beschreibt, das nach eigenen (impliziten) Regeln funktioniert (vgl. Bourdieu/Wacquant 2006, 128). Politik meint „Kämpfe zwischen politisch Verantwortlichen“, deren gemeinsames Ziel es ist, „die Macht über den Staat“ zu erringen (Bourdieu 2001a, 51). Das politische Feld weist soziale Zugangsbeschränkungen auf: freie Zeit, Bildung und ökonomischer Überschuss (ebd., 44), weshalb moderne Demokratien einen versteckten „Zensusmechanismus“ haben. Zudem konstatiert Bourdieu aufgrund der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern einen tendenziellen Ausschluss von Frauen (ebd. 43). Das Hauptproblem der Politik sieht er jedoch in der Art des Spiels, bei dem es um die Durchsetzung legitimer Sicht- und Teilungsprinzipien der sozialen Welt (Prinzip der Di-Vision) geht (ebd. 54f.). D.h. die Machtkämpfe im politischen Feld sind Ideenkämpfe, um die richtige Weltsicht, in denen die Mächtigen im Feld gegenüber dem „einfachen Volk“ ein Kompetenz- und Wahrheitsmonopol beanspruchen (ebd. 56). Um dieses beanspruchte Monopol zu brechen, entwirft Bourdieu seine Konzeption des politischen Feldes als kritisches Instrument, das, indem es aufzeigt, wie Politik funktioniert, diese zugleich in Frage stellt.

Bourdies Konzeption weist zahlreiche Ähnlichkeiten mit Webers Politikbegriff auf, was es ermöglicht seine Ausführungen als kritische Erläuterungen zu Webers „realistischen Politikbegriff“ zu lesen. Auch Bourdieu beschreibt das politische Feld als eine männliche Welt, eröffnet damit jedoch ein feministisches Kritikpotential.

In seinem Text „die männliche Herrschaft“ (Bourdieu 1997b) geht Bourdieu der Frage nach, wie sich die soziale Asymmetrie zwischen den Geschlechtern reproduziert und sich scheinbar der Geschichte und damit grundlegender Veränderung entzieht. Die Wurzel des Problems vermutet er in der Ökonomie des symbolischen Tausches, dessen Urform der Heiratsmarkt ist. Männer sind Subjekte der Heiratsstrategien, Frauen Objekte, die als Symbole zirkulieren (Bourdieu/Wacquant 2006, 210f.), selbst aber nicht in der Lage sind, symbolisches Kapital zu akkumulieren. Die ungleiche Verteilung von Chancen der Aneignung symbolischen Kapitals führt Bourdieu auf das grundlegende Prinzip der Di-Vision zurück, das darauf beruht, die physische und soziale Welt entlang asymmetrischer Gegensätze (hoch/tief, oben/unten usw.) zu deuten und je mit männlich/weiblich zu assoziieren. Als universell angewandte Denkschemata bewirken sie eine „Naturalisierung“ sozial hergestellter Differenzen zwischen den Geschlechtern (vgl. Bourdieu 2005, 19). Diese Einteilung wird als Wahrneh-

mungs-, Bewertungs- und Handlungsschemata buchstäblich einverleibt (Bourdieu 2001b, 218).

Der Habitus ist das „Produkt der Einverleibung einer sozialen Struktur in Form einer quasi natürlichen, oft ganz und gar angeboren wirkenden Disposition“ (ebd., 216). Durch Einverleibung der „männlichen Herrschaft“ erklärt sich die scheinbar natürliche Trennung in zwei verschiedenen vergeschlechtlichte Habitusformen. Im Habitus ist die männliche Herrschaft inkorporiert, was für den weiblichen Habitus eine somatisierte Unterwerfung bedeutet und für den männlichen eine „libido dominandi“, ein habituierter Trieb, herrschen und in Machtspielen gewinnen zu wollen (vgl. Meuser 2006, 163). In der männlichen Sozialisation wird die Basis-illusio (von lat. ludus: Spiel) erworben, d.h. die Überzeugung, dass das Spiel wert ist gespielt zu werden (Bourdieu 1997b, 195). „Die ursprüngliche illusio bewirkt, daß Männer (im Gegensatz zu Frauen) gesellschaftlich so bestimmt sind, daß sie sich, wie Kinder, von allen Spielen packen lassen, die ihnen gesellschaftlich zugewiesen werden“ (Bourdieu 1997a, 196). Folglich ist Bourdieus Konzeption von Männlichkeit konstitutiv für seinen Feldbegriff.

Felder sind (Macht-)Spiele, nämlich „ernste Spiele“, in denen es um Ehre geht, von denen Frauen per definitionem ausgeschlossen sind. Denn in wundersamer Zirkelhaftigkeit kann Ehre nur erworben werden durch Herausforderung eines Ehrenmannes, der in der Lage ist eine Erwiderung zu geben (Bourdieu 2005, 90). In modernen Gesellschaften³ finden diese Spiele in spezialisierten Feldern statt (ökonomische, politische, wissenschaftliche usw.), die alle die Dispositionen eines männlichen Habitus voraussetzen. Für Frauen bedeutet das, dass sie zwar Fortschritte erzielen können, was den Eintritt in diese Felder betrifft, aber im Spiel strukturell benachteiligt bleiben, die Männer ihnen immer voraus sind wie in einem Handikaprennen⁴, in dem die Abstände unverändert bleiben (ebd., 158).

Frauen im politischen Feld

Auf Basis dieses realistischen Politikbegriffs lässt sich nun die Rolle von Frauen in der Politik diskutieren. Der implizite Frauenausschluss wird durch die gestiegene Zahl der Frauen in der Politik in Frage gestellt. Mit Bourdieu ließe sich die These aufstellen, dass Frauen aufgrund frauenpolitischer Erfolge und damit einhergehender Veränderungen gesellschaftlicher Deutungsmuster zu einem wichtigen symbolischen Kapital für politische Parteien geworden sind. Das erklärt aber noch nicht, warum es auch in führenden Positionen Frauen geben sollte. Spitzenpolitikerinnen sind nicht nur ein Hinweis darauf, dass Frauen in das politische Feld eingetreten sind, sondern dass sie es verstehen, das politische Spiel erfolgreich zu spielen. Selbst wenn sich das politische Feld für Frauen als Handikaprennen darstellt, so ist doch davon auszugehen, dass es – zumindest für eine Minderheit – soziale Rahmenbedingungen gibt, in denen Dispositionen habituiert werden können, die im Machtkampf förderlich sind. Eine Konzeption von Politik, die einen Frauenausschluss impliziert, ist daher nicht adäquat.

Werden nun aber Frauen in das politische Feld integriert, stellt sich die Frage, ob damit auch die konzeptionelle Verkürzung von Politik auf Machtkämpfe widerlegt wird. Die Annahme, dass erfolgreiche Frauen in der Politik das gleiche Spiel wie Männer spielen, ähnliche Dispositionen haben, und vor allem die impliziten Regeln des Feldes anerkennen, lässt das Konzept in dieser Hinsicht unangetastet. Das politische Feld wird lediglich um Frauen erweitert. Der Charakter politischer Kämpfe, bei denen es (nebenbei) immer auch um (männliche) Ehre und somit die Herstellung von Männlichkeit geht, wird jedoch abgeschwächt⁵. Während somit Frauen durchaus in das politische Feld einbezogen werden können, ohne es grundlegend zu transformieren, bleibt noch die Frage nach feministischer Politik in diesem Politikbegriff zu klären. Diese ist nicht nur an den AkteurInnen festzumachen, sondern vor allem an politischen Zielen und Inhalten. Welche Bedeutung haben aber Politikinhalte in einer Konzeption von Politik, die in erster Linie auf die politische Karriere und die Erringung der Macht über den Staat gerichtet ist?

Hindernisse für feministische Politik

Für Weber ist der konkrete Inhalt von Sachpolitik irrelevant. Wichtig ist ihm lediglich die (innere, moralische) Haltung des Politikers zu seiner Politik (vgl. Weber 1980, 837). Laut Bourdieu geht es in der Politik um symbolische Kämpfe, die um die Durchsetzung gesellschaftlicher Sicht- und Teilungsprinzipien ringen. Der Sinn dahinter ist nicht nur, Deutungshoheit über die richtige soziale Ordnung zu erzielen, sondern eine solche erst herzustellen, um letztlich WählerInnen zu mobilisieren. Als Beispiel für einen symbolischen Kampf nennt Bourdieu die Ablösung des dominanten Prinzips der Di-Vision entlang der Trennlinie arm/reich durch die Trennung Franzosen/Ausländer, die der Front National durchsetzen konnte (Bourdieu 2001a, 50). Ein solcher Erfolg im Machtspiel hat eine Änderung der politischen Agenda zur Folge. Politiken, die nach wie vor auf die Trennung arm/reich setzen, geraten gegenüber solchen, die mit der Trennung Inländer/Ausländer operieren, ins Hintertreffen. Folglich dominieren erfolgreiche Di-Visions-Prinzipien auch Entscheidungen über politische Ziele. So gesehen kann Webers geforderte Treue zur eigenen politischen Linie im Machtkampf hinderlich sein, während die Bereitschaft, politische Ziele zu wechseln, als besonderer Realitätssinn gedeutet werden kann. Es ist zu vermuten, dass feministische Politik dabei schnell an ihre Grenzen stößt, da ihr emanzipatorischer Anspruch eigentlich nicht aufgrund von Machtkalkülen aufgegeben werden kann.

Auch wenn es selbstverständlich keine Einigung darüber gibt, was feministische Politik im Einzelfall ausmacht, gibt es aber sehr wohl Konsens dahingehend, dass sie sich um die Beseitigung geschlechtsspezifischer Herrschaft und Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft bemüht. Zentraler Ansatzpunkt feministischer Politik wäre demnach die Beseitigung des Di-Visions-Prinzips, das die soziale Welt in zwei Geschlechter trennt und hierarchisiert. Die Debatten um „Intersektionalität“ haben gezeigt, dass Herrschaftsverhältnisse dermaßen miteinander verwoben sind, dass es für feministische Politik auch keine Option sein kann, ein Prinzip der Di-Vision durch ein anderes zu

ersetzen. Für feministische Politik bedeutet das: Sie zielt auf die Durchsetzung eines neuen *Visionsprinzips*, in dem Geschlechterdifferenz keinen sozialen Unterschied macht, und gleichzeitig auf Beseitigung jedes *Divisionsprinzips*, das eine Ungleichverteilung sozialer Chancen bewirkt.

Gesellschaftliche Teilungen nicht durchsetzen oder bekräftigen zu wollen, kommt der Nichtanerkennung der Spielregeln des politischen Feldes gleich. Einer solchen Politik und denen, die sie vertreten, kann daher auch schnell mangelnder Realitätssinn attestiert werden. Eine Abwertung politischer Forderungen als „unrealistisch“ und „utopisch“ zeigt die strategisch schwierige Position emanzipatorischer Politikinhalte an. Denn Politiken, die ein Visionsprinzip durchsetzen wollen, das ohne Trennungen und Hierarchisierungen operiert, können WählerInnen nicht mittels Polarisierung mobilisieren. Da sich Politik bei Weber und Bourdieu um Erringung von Herrschaft in und über die Gesellschaft (vermittelt über den Staat) dreht, ist in diesem Spiel feministische Politik benachteiligt, zumal die Nicht-Anerkennung der impliziten Spielregeln von der Teilnahme disqualifiziert. Dies würde auf die provokante These hinauslaufen, dass zwar die Zahl der Frauen in der Politik steigen mag, nicht aber die Zahl der Feministinnen.

Transformationen des politischen Feldes

Hoffnung auf feministische Politik gibt es aber, denn immerhin werden seit geraumer Zeit Transformationen von Geschlechterverhältnissen, Staat und Politik diskutiert. Zudem war Bourdieus Konzeption als kritisches Instrument gedacht, das als solches auf Transformationen des politischen Feldes hinwirken sollte. Unter den thematisierten Veränderungen ist an erster Stelle ein sozialer Wandel zu nennen, der traditionelle Arrangements zwischen öffentlichen und privaten Sphären sowie Muster geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung unter Druck setzt. Diese Transformation wird von symbolischen (also politischen) Kämpfen um „richtiges“ Klassifizieren der Veränderungen begleitet (Dölling 2004, 80).

Zentrales Moment in diesen Kämpfen ist die gemeinhin konstatierte Hegemonie neoliberaler Deutungen, wonach der Markt als effizienter Regulierer fungiert, der individuelle Leistung mit Erfolg belohnt, was ein Di-Visions-Prinzip von Leistung/Erfolg auf der einen Seite und Leistungsverweigerung/Misserfolg auf der anderen Seite bewirkt. In diese Hegemonie können sich Politikstrategien wie Gender-Mainstreaming (vgl. Kahlert 2005) ebenso einfügen wie ein neuer, medial verbreiteter (Post-)Feminismus. Der Verweis auf individuelle Erfolge einzelner Frauen macht Frauenpolitik dann mit der Durchsetzung eines gesellschaftlichen Di-Visions-Prinzips kompatibel, verliert aber den Anspruch auf umfassende Geschlechtergerechtigkeit. Chancen für feministische Politik im Sinne der Durchsetzung eines neuen Visionsprinzips, die durch soziale Transformationen der Geschlechterverhältnisse zu erhoffen wären, werden von einem neoliberal eingehetzten Verständnis von Frauen- und Geschlechterpolitik, das dem Di-Visions-Prinzip individualisierter Leistung folgt, wieder verspielt. Entsprechende frauenpolitische Forderungen richten sich auf Chancengleichheit we-

niger, privilegierter Frauen (vgl. Hark/Kerner 2007, 93) und stellen das politische Spiel selbst nicht in Frage.

Die Betonung individueller Leistung hat auf Politik einen transformierenden Einfluss, zumal soziale Organisationsformen, wie Parteien aber auch soziale Bewegungen, hinter das Individuum zurücktreten und es somit tendenziell zu einer Personalisierung und – über die mediale Inszenierung – Popularisierung von Politik kommt. Dies bewirkt eine Veränderung der Spielregeln im politischen Feld, die Strategien „symbolischer Politik“⁶ aufwerten. Die für erfolgreiche Politik notwendig gewordene mediale Präsenz stellt jedoch an Frauen besondere Herausforderungen, weil von verfügbaren medialen Weiblichkeitsbildern vorrangig die symbolische Mutter⁷, die sich um Land und BürgerInnen sorgt, politisch tragfähig ist (van Zoonen 2006, 292). Diese Inszenierung von Weiblichkeit steht in immer stärkerem Kontrast zu medial verbreiteten Weiblichkeitsbildern, die auf extravagante Mode und betonte Sexualität setzen, aber auch zu solchen, die aus der Frauenbewegung herrühren. „As a result, female heads of state and female politicians in general, more extremely than before, are ‚others‘ to dominant images of femininity“ (ebd., 298). Dies schränkt aber die Möglichkeit ein, als Repräsentantin von Frauen anerkannt zu werden, wenn sich (vor allem feministisch engagierte) Frauen von diesen Personen mit ihren medialen Inszenierungen nicht vertreten fühlen und somit nicht mobilisieren lassen. Die sozial geringeren Chancen von Frauen, symbolisches Kapital zu akkumulieren, verringern somit auch die Chancen, „Feminismus“ erfolgreich in politisches Kapital zu verwandeln. Dahinter steckt auch das Problem, dass Erfolge im Machtspiel der Politik nebenbei Zugewinne an Männlichkeit einspielen, was weibliche Politikerinnen aber nicht als Vermehrung ihres symbolischen Kapitals verbuchen können.

Die genannten Transformationen des politischen Feldes deuten folglich nicht auf eine Verbesserung der Durchsetzungschancen für feministische Politik hin. Einerseits verändern sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen, sodass Frauenpolitik begünstigt wird. Deren Erfolg ist jedoch nur durch Anerkennung des neoliberalen Di-Visions-Prinzips gewährleistet, und beschert daher nur wenigen (privilegierten) Frauen mehr Teilhabe. Der emanzipatorische Anspruch einer Enthierarchisierung aller Geschlechterverhältnisse kann hingegen nicht eingelöst werden. Andererseits bewirken Personalisierung und Popularisierung von Politik, dass die oft frauenausschließenden Strukturen (politischer) Bürokratien umgangen werden können, was medial präsenten PolitikerInnen die Möglichkeit eröffnen könnte, für feministische Politik direkte Unterstützung der WählerInnen zu bekommen. Doch scheint der typische Modus populistischer Politik – die Vorstellung authentischer Vertretung (Spitaler 2005, 59) – sie medial dem (wie auch immer konstruierten) „feministischen Wir“ zu entfremden. Die Spielregeln des politischen Feldes, die auf die Durchsetzung eines gesellschaftlichen Prinzips der Di-Vision verpflichten, sowie die Art politischer Kämpfe, in denen es implizit immer auch um die Vermehrung männlicher Ehre als symbolisches Kapital geht, können somit als zentrale Hindernisse für feministisch-

emanzipatorische Politik benannt werden. Diese scheinen von aktuell diskutierten Transformationen des politischen Feldes noch immer unberührt zu sein.

Solange Politik so konzipiert wird, dass sie in doppelter Weise auf Herrschaft zielt – einmal als Herrschaft über den Staat und seine Politikinstrumente (Gewaltmonopol) und einmal als Herrschaft in und über die Gesellschaft (Regierung durch Di-Vision) bleiben die Hindernisse für emanzipatorische Politik, die aus der Notwendigkeit, das politische Spiel in Frage zu stellen, herrühren, bestehen. Governance-Konzepte thematisieren nun eine Transformation von Politik, die zumindest die erste Dimension von Herrschaft in Frage stellt. Denn neue, „softere“ Politikinstrumente lösen die staatliche Regulierungsmacht ab, und soziale AkteurInnen können ihre politischen Ziele selbst definieren und durch gemeinsame Absprachen durchsetzen (vgl. Jordan/Wurzel/Zito 2005, 478f.). Dies lässt auf demokratisierende Impulse hoffen, auf Erweiterungen des politischen Feldes und die Inklusion anderer Politikformen⁸, die nicht der engen Konzeption „realistischer Politik“ folgen. Allerdings bleibt auch im Governance-Konzept die zweite Dimension von Herrschaft in und über Gesellschaft unangetastet. Für feministische Politik ist das jedoch sogar das größere Problem.

Anmerkungen

- 1 Für ausgiebige Diskussion und hilfreiche Anregungen danke ich allen TeilnehmerInnen am feministischen Lesekreis, insbesondere Eva Kreisky, Thomas König, Birgit Sauer, Veronika Schwediauer, Andrea Bührmann und zudem den Herausgeberinnen dieses Heftes.
- 2 Zur Entwicklung der weiblichen Vertretung in Parteien, Parlamenten und Regierungen vgl. Fuchs (2006, 246-252).
- 3 Bourdieus Ausführungen basieren auf seinen Feldstudien über die Berber der Kabylei sowie der Analyse einer Kurzgeschichte von Virginia Woolf. Dieses Vorgehen sollte androzentrische Verkürzungen vermeiden, gab jedoch auch Anlass zu Kritik. Er hält jedoch eine Übertragung des kabyllischen Denkens auf moderne Gesellschaften für gerechtfertigt, weil er es als paradigmatisch für die kulturelle Tradition des mediterranen Raums, die letztlich für ganz Europa bestimmend ist, einstuft (vgl. Bourdieu 2005, 15).
- 4 Bourdieu übernimmt auch für diese Metapher die Sprache von Spiel und Sport. Im Sport dienen Handikaps dazu Chancengleichheit herzustellen, wenn sehr ungleiche GegnerInnen gegeneinander antreten. Bourdieu will mit dieser Metapher auf die ungleichen Chancen zwischen den Geschlechtern aufmerksam machen.
- 5 Die Einschätzung in der Männlichkeitsforschung weist eher in Richtung einer Verstärkung, zumal die neuen Managementkonzepte, die eventuell auf das Feld der Politik übertragbar sind, letztlich autoritär-aggressive Männlichkeit fördern (vgl. Scholz 2007, 63).
- 6 Sarcinelli (2008) unterscheidet zwischen Entscheidungs- und Darstellungspolitik, wobei er die vermutete Relevanzverschiebung eher für eine medial vermittelte „optische Täuschung“ hält, die die institutionelle Machtbasis von Politikern nicht ersetzen kann.
- 7 Andere mediale Bilder von Politikerinnen sind die Lehrerin, die Eiserne Lady, die Hexe oder die Verführerin (Liebhart 2008, 117) (vgl. auch den Beitrag von Sennewald in diesem Heft). Im Gegensatz zu Politikern ist das Geschlecht immer primäres Beschreibungsmerkmal. Frauen können auch kaum ihr Privatleben als Ressource einsetzen, um zu zeigen, dass sie echte Menschen sind, die nach Weber überhaupt erst Politik zum Beruf haben können (Weber 1988, 559), weil dies zu leicht gegen ihre Befähigung zur Politikerin gedeutet würde (van Zonen 2006, 299).
- 8 Mit dem Governance-Ansatz ist die Annahme verbunden, dass die institutionelle Fixierung des Politikbegriffs gelockert und unkonventionelle Partizipationsformen aufgewertet werden, was einer stärkeren Partizipation von Frauen entgegenkommen könnte. Zu unkonventionellen Partizipationsformen vgl. Hoecker (2006, 9ff.), zu den Barrieren institutioneller Politik Hoecker (1998) und Neyer (1991), zu feministischer Kritik an „Governance“ Sauer (2003).

Literatur

Bologh, Roslyn W., 1990: *Love Or Greatness: Max Weber and Masculine Thinking – A Feminist Inquiry*. London.

Borchert, Jens, 2003: *Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses*. Frankfurt/M., New York.

Bourdieu, Pierre, 1997a: *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt/M.

Bourdieu, Pierre, 1997b: „Die männliche Herrschaft“. In: Dölling, Irene/Krais, Beate (Hg.): *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis*. Frankfurt/M., 153-217.

Bourdieu, Pierre, 2001a: „Das politische Feld“. In: Ders.: *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz, 41-66.

Bourdieu, Pierre, 2001b: *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*. Frankfurt/M..

Bourdieu, Pierre, 2005: *Die männliche Herrschaft*. Frankfurt/M.

Bourdieu, Pierre/**Wacquant**, Loic J.D., 2006: *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt/M..

Dölling, Irene, 2004: „Männliche Herrschaft als paradigmatische Form der symbolischen Gewalt“. In: Steinrück, Margareta (Hg.): *Pierre Bourdieu. Politisches Forschen, Denken und Eingreifen*. Hamburg, 74-90.

Fuchs, Gesine, 2006: „Politische Partizipation von Frauen in Deutschland“. In: Hoecker, Beate (Hg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung*. Opladen, 235-260.

Hark, Sabine/**Kerner**, Ina, 2007: „Der neue Spartenfeminismus“. *Feministische Studien*. Jg. 25, H. 1, 92-95.

Hoecker, Beate, 1998: „Zwischen Macht und Ohnmacht. Politische Partizipation von Frauen in Deutschland“. In: Dies. (Hg.): *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*. Opladen, 65-90.

Hoecker, Beate, 2006: „Politische Partizipation: systematische Einführung“. In: Dies. (Hg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung*. Opladen, 3-20.

Jordan, Andrew/**Wurzel**, Rüdiger K.W./**Zito**, Anthony, 2005: „The Rise of ‚New‘ Policy Instruments in Comparative Perspective: Has Governance Eclipsed Government? *Political Studies*“. Vol. 53 No. 3, 477-496.

Kahlert, Heike, 2005: „Beratung zur Emanzipation? Gender Mainstreaming unter dem Vorzeichen von New Public Management“. In: Behning, Ute/Sauer, Birgit (Hg.): *Was bewirkt Gender Mainstreaming? Evaluierung durch Policy-Analysen*. Frankfurt/M., New York, 45-62.

Kreisky, Eva, 1994: „Das ewig Männerbündische? Zur Standardform von Staat und Politik“. In: Leggewie, Claus (Hg.): *Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik*. Darmstadt, 191-208.

Kreisky, Eva, 1995: „Gegen ‚geschlechtshalbierte Wahrheiten‘. Feministische Kritik an der Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum“. In: Dies./Sauer, Birgit (Hg.): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*. Frankfurt/M., New York, 27-62.

Lang, Sabine, 2004: „Politik – Öffentlichkeit – Privatheit“. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht*. Wien, 65-81.

Liebhart, Karin, 2008: „Das Private ist politisch werbewirksam. Zur Imagekonstruktion österreichischer und deutscher Spitzenpolitiker/innen“. In: Pollak, Johannes/Sager, Fritz/Sarcinelli, Ulrich/Zimmer, Annette. (Hg.): *Politik und Persönlichkeit*. Wien, 101-119.

Meuser, Michael, 2006: „Hegemoniale Männlichkeit – Überlegungen zur Leitkategorie der Men's Studies“. In: Aulenbacher, Brigitte u.a. (Hg.): *FrauenMännerGeschlechterforschung. State of the Art*. Münster, 160-174.

- Mommsen**, Wolfgang, 1974: Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte. Frankfurt/M..
- Neyer**, Gerda, 1991: „Zugangsmodalitäten und strukturelle Behinderungen in österreichischen Parlamenten: Frauen im Nationalrat“. In: Schaeffer-Hegel, Barbara/Kapp-Degethoff, Heidi (Hg.): Vater Staat und seine Frauen, Bd. 2. Pfaffenweiler, 39-51.
- Sarcinelli**, Ulrich, 2008: „Persönlichkeit und Politik. Politische Akteure in der Entscheidungs- und Darstellungspolitik“. In: Pollak, Johannes/Sager, Fritz/Sarcinelli, Ulrich/Zimmer, Annette (Hg.): Politik und Persönlichkeit. Wien, 15-33.
- Sauer**, Birgit, 2003: „Die Internationalisierung von Staatlichkeit. Geschlechterpolitische Perspektiven“. Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Jg. 51 H. 4, 621-637.
- Schaeffer-Hegel**, Barbara/**Foster**, Helga/**Lukoschat**, Helga/**Mersmann**, Rita, 1995: Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen. Pfaffenweiler.
- Scheele**, Alexandra 2008: Arbeit als politisches Feld, Münster.
- Scholz**, Sylka, 2007: „Der soziale Wandel von Erwerbsarbeit. Empirische Befunde und offene Fragen“. In: Bereswill, Mechthild/Meuser, Michael/Scholz, Sylka (Hg.): Dimensionen der Kategorie Geschlecht: Der Fall Männlichkeit. Münster, 51-67.
- Spitaler**, Georg, 2005: Authentischer Sport – inszenierte Politik? Zum Verhältnis von Mediensport, Symbolischer Politik und Populismus in Österreich. Frankfurt/M.
- Van Zoonen**, Liesbet, 2006: „The Personal, the Political and the Popular: A Woman’s Guide to Celebrity Politics“. European Journal of Cultural Studies. Vol. 9 No. 3, 287-301.
- Weber**, Max, 1980/1921: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen.
- Weber**, Max, 1988/1919: Politik als Beruf. In: Weber, Max: Gesammelte politische Schriften. Tübingen, 505-560.

Globale Verschwisterung im Log Frame?

Zur Institutionalisierung von Frauen- und Genderpolitik in der Entwicklungszusammenarbeit

CHRISTA WICHTERICH

Die Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit können auf eine über 30jährige Hochkonjunktur des Themas Geschlechtergleichheit zurückblicken. Sie begann mit einzelnen Frauenprojekten, erlebte einen Boom mit Frauenförderung und Gender Mainstreaming, verzweigte sich in Maskulinitäts-Trainings und läuft inzwischen in einer „Gender Fatigue“, einer transnationalen Erschöpfung des Themas aus. Als politisches Diskursfeld war die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) stets vielfältig verschränkt mit internationalen entwicklungspolitischen Debatten. Als politisches Ressort war sie eine Vorreiterin geschlechtsspezifischer Ansätze und des Gender Mainstreaming. Als „weiches“ Politikfeld ist sie prototypisch für die Integration und den professionellen Aufstieg von Frauen: In drei EU-Staaten werden die EZ-Minis-

terien von Frauen geleitet, in drei weiteren leiten Frauen das Ressort Außenpolitik, das die Entwicklungskooperation einschließt, in großen nicht-staatlichen EZ-Organisationen besetzen Frauen Führungspositionen. Im Folgenden geht es darum, die Bedingtheit und Verwobenheit dieser institutionellen Prozesse zu analysieren, deren Eckpunkte sich mit Integration und Emanzipation, Repräsentanz und Solidarität markieren lassen.

Akteurinnen und Institutionen

Die entwicklungspolitische Konjunktur des Themas einerseits und der Vormarsch von Frauen in den Institutionen andererseits waren parallele, verflochtene Prozesse des Frauen-Empowerments. Sie orientierten darauf, dass sich das Selbst-Empowerment mit seiner Dynamik von unten nach oben in eine Gleichstellungspolitik von oben nach unten übersetzen sollte. „Getting institutions right“, d.h. männerbündische Institutionen, Praktiken und Politiken geschlechtergerecht strukturell und inhaltlich zu verändern (Goetz 1997), war vor allem in den 1990er Jahren erklärtes Ziel.

Kathleen Staudt nennt die „machtvollen Bürokratien“ der staatlichen und nicht-staatlichen Entwicklungszusammenarbeit im Anschluss an Audre Lorde „masters' houses“ und stellt die grundsätzliche Frage nach den Chancen und Perspektiven, diese von innen heraus in Richtung auf mehr Geschlechtergerechtigkeit verändern zu können, nämlich „dismantling the master's house with the master's tools“ (Staudt 2002). Um das zu erreichen, plädiert sie für konzertierte Aktionen und Bündnispolitiken zwischen drinnen und draußen.

Die zentrale Strategie der „Frauenpolitik im Inneren“ bestand darin, dass frauenbewegte Frauen seit den 1970er Jahren innerhalb der EZ-Institutionen informelle Arbeitsgruppen und Allianzen bildeten, die eine doppelte Zielorientierung verfolgten: zum einen Frauen in den hierarchischen männerdominierten Institutionen zu fördern und eine gleichstellungsorientierte Beschäftigungspolitik zu fordern, zum zweiten Frauen als Adressatinnen und als eigenständige Zielgruppe der Entwicklungszusammenarbeit zu definieren, und Frauenförderung, eine geschlechtergerechte Mittelvergabe, Gender-Trainings und Gender Mainstreaming in allen Programmen zu fordern. Diese informellen Arbeitsgruppen agierten im zweifachen Sinne als Repräsentantinnen, nämlich als Interessenvertretung der EZ-Mitarbeiterinnen und als Interessenvertretung der Adressatinnen von Entwicklungszusammenarbeit.

Ein wichtiges Instrument der internen Auseinandersetzungen waren Kämpfe um Sprache, Benennungen und Deutungen als Vehikel der Sichtbarmachung von Frauen und der Artikulation ihrer Bedürfnisse und Leistungen. So sensibilisierten zum Beispiel Mitarbeiterinnen der *Food and Agriculture Organization* (FAO) dafür, dass der Farmer nicht immer männlich, sondern in vielen Regionen überwiegend eine Kleinbäuerin ist, und landwirtschaftliche Programme sich gezielt an sie richten müssen. Bemühungen, Wahrnehmungsblockaden in den EZ-Programmen zu beseitigen, liefen Hand in Hand mit der Unterstützung engagierter und qualifizierter Frauen bei ihrem Aufstieg auf die konzeptionelle Etage.

Diese Doppelstrategie zielte auf eine Institutionalisierung von Frauen/Genderpolitik in der Entwicklungszusammenarbeit und mündete meist in der Einrichtung einer Stelle für eine hauptamtliche Frauenreferentin oder eines ganzen Frauen- oder Genderreferats. Die tiefergehende Form der Institutionalisierung erfolgte dann durch die Erarbeitung technischer Verfahren des Gender Mainstreaming in allen Politiken der Organisation, sowie von Trainingsmodulen und Planungs- und Prüfkriterien für alle Abteilungen. Wegweisend für diese Anwendung von „master's tools“ in der Entwicklungszusammenarbeit waren die Gender Planungsmethoden der damaligen Weltbank Mitarbeiterin Caroline Moser (1993), die von der Geschlechterrollenidentifizierung über eine Gender Bedarfsabschätzung bis zur Gender Zielformulierung alles im Format von Logical Frameworks zu erfassen trachten. Diese Instrumentarien sind aus der top-down-Logik von Entwicklungsplanung abgeleitet und bedeuten eine paradoxe Integration der ursprünglich emanzipatorischen Ziele in die entwicklungspolitischen Regelungsmechanismen, so als sei Geschlechtergleichheit plan- und machbar wie ein Brückenbau in der Infrastrukturentwicklung und unabhängig von sozialen Aushandlungen und Geschlechterkämpfen.

Ein Erfolg der Verankerung des Gender-Ansatzes als Querschnittsstruktur war die partielle Korrektur der früheren Geschlechterblindheit: Bekenntnisse zu Geschlechtergleichheit oder zur wichtigen Rolle von Frauen für Armutsbeseitigung fanden Eingang in nahezu alle EZ-Programme. Doch Evaluierungen konstatieren große Implementierungslücken und „Politikverdunstung“ dahingehend, dass sich die programmatische Rhetorik - trotz der Gender-Technologien - nicht in der Mittelvergabe und der Umsetzung von Frauenrechten und Geschlechtergleichheit als eigenständigen entwicklungspolitischen Zielen niedergeschlagen hat (z.B. Eurostep/Social Watch 2005). Die Technokratisierung brachte zugleich erhebliche frauenpolitische Reibungsverluste mit sich. Die Staffeln von Gender Checklisten und Indikatoren, die entwicklungspolitische Institutionen und Programme oft blaupausenartig vorgegeben werden und anfänglich durchaus auf eine Veränderung interner Machtverhältnisse abzielten, führten zu Ermüdungserscheinungen. Zudem ist zu beobachten, dass „Frauen“ oder „Gender“ in Diversity-Konzepten nur noch eine unter vielen sozialen Kategorien ist, die um positive Diskriminierung werben.

Auch hatte die formale Institutionalisierung eines Genderansatzes mit unschöner Regelmäßigkeit zum einen die Streichung der Stelle der Frauenreferentin zur Folge, da die Alleinzuständigkeit einer Person oder eines Referats durch die Querschnittsaufgabe des Mainstreaming obsolet schien. Zum anderen zeigt sich, dass das Gender Mainstreaming als strategischer Königinnenweg die gezielte Frauenförderung verdrängt hat (Mukhopadhyay 2004) und sowohl Maßnahmen zum Frauenempowerment als auch feministische Organisationen häufig Finanzierungsprobleme haben (AWID 2006).

Parallel zu diesen Prozessen gelang es jedoch mehr Frauen, in Leitungspositionen der EZ-Organisationen aufzusteigen. Dies geschah allerdings unabhängig von der Professionalisierung der Frauen-/Genderpolitik in den Institutionen, die das emphatische

Engagement und frauenpolitische Bewegtheit ersetzte (Wichterich 2001). Vielmehr galt in den 1990er Jahren in den meisten deutschen EZ-Organisationen Genderexpertise oder gar Frauenbewegtheit eher als Karrieremalus denn als Bonus.

Wer repräsentiert wen?

Diese innerinstitutionelle Entwicklungen von Frauen/Gender-and-Development-Ansätzen wurden bereits in den 1980er Jahre in post-kolonialen und entwicklungskritischen Diskursen heftig kritisiert (Kerner 1999). Das Süd-Frauen-Netzwerk DAWN kritisierte die Annahme eines monolithischen universellen Feminismus ebenso wie die Integration von Frauen in eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung und die entsprechenden top-down-Gender-Techniken (DAWN 1985, 1995). Chandra Talpade Mohanty wandte sich gegen die Homogenisierung und Viktimisierung der „Dritt-Welt-Frau“ jenseits spezifischer Kontexte in der Wissensproduktion weißer Feministinnen (Mohanty 1988).

Zentral war für die post-koloniale Kritik die Frage der Repräsentation: wer spricht für wen? Können die Subalternen für sich selbst sprechen? Gayatri Spivak warf westlichen Feministinnen vor, aus einer „drittweltistischen Haltung“ heraus „die“ Frauen des Südens essentialistisch als subalterne Subjekte, als unemanzipierte „Anderere“, zu konstruieren, die nicht für sich selbst sprechen können, sondern repräsentiert werden müssen. Damit würden die „hegemonialen“ Feministinnen sich zu Agentinnen eines „imperialen Projekts“ machen, das die Stimmen der Subalternen verstummen ließe (Spivak 1988, 1996). Das Gegenkonzept des Selbst-Empowerment von DAWN zielte darauf, dass arme Frauen des Südens sich durch Organisation eigene Räume schaffen, wo sie ihre Probleme und Perspektiven identifizieren und artikulieren lernen, und Strategien entwickeln, sich selbst zu repräsentieren.

Süd-Feministinnen und post-koloniale Theoretikerinnen wandten sich ebenso gegen die von Feministinnen aus dem Norden proklamierte „globale Verschwisterung“, die generalisierend und essentialistisch eine „gemeinsame Weltsicht“ von Frauen als Folge einer „gemeinsamen Ausgangslage“ unterstellte (Morgan 1984). Dagegen setzten sie seit der 3. Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi ein Konzept von „strategischer Verschwisterung“ durch Allianzen, die Frauen im Bewusstsein ihrer Unterschiede, inhaltlicher Differenzen und interner Machtverhältnissen mit dem Ziel eingehen, politisch handlungsfähiger zu werden. Eine strategische Nutzung von Essentialismus räumte auch Spivak ein, erklärte jedoch anlässlich der Einpassung von Südfrauen in das „Theater der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wiederum: „I am not a sister.“ (Spivak 1996).¹

Wie die Frauen-/Genderpolitik in das Hilfswerk kam

Viele EZ-Institutionen durchliefen die hier skizzierten internen frauen- und genderpolitischen Etappen und vereinzelt haben Mitarbeiterinnen von EZ-Organisationen (z.B. für Oxfam UK Porter/Smyth/Sweetman 1999) öffentlich gemacht, auf welche

Widerstände der „lange Frauenmarsch durch die Institutionen“ stieß. Systematisch wurden jedoch bislang die Veränderungsprozesse in EZ-Institutionen weder dokumentiert noch analysiert.

Im Folgenden wird am Fallbeispiel des kirchlichen Hilfswerks *Brot für die Welt* untersucht, wie das Selbst-Empowerment von Frauen und die „politics of the inside“ (Staudt) die Institutionalisierung von Frauen- und Genderthemen in der Entwicklungszusammenarbeit und gleichzeitig die innerinstitutionelle Gleichstellungspolitik von oben vorangebracht haben und welche Widerstände und Widersprüche dabei aufgetreten sind. Diese Analyse erfolgt anhand einer Studie, mit der *Brot für die Welt* anlässlich seines 50jährigen Bestehens als erste EZ-Organisation in Deutschland die eigene frauen- und genderpolitische Geschichte systematisch dokumentieren ließ.²

In den Gründungsjahren prägte ein protestantisch patriarchales Geschlechtsrollenverständnis die Hierarchie und Arbeitsteilung innerhalb von *Brot für die Welt* als „Dienstgemeinschaft“. Das Stereotyp der dienenden und zuarbeitenden protestantischen Frau bestimmte sowohl die Personalpolitik innerhalb der Organisation als auch die Projektpolitik. Bis zur Einrichtung des Frauenreferats 1988 arbeiteten auf allen konzeptionellen Stellen Männer, die ein Familienmodell lebten, das ihren Ehefrauen arbeitsteilig das Gros der Sorge- und Familienarbeit zuwies.

In seiner Gründungsprogrammatik von 1959 bediente sich das kirchliche Hilfswerk eines maskulinen Menschenbilds und definierte ausschließlich den „leidenden Menschenbruder“ (14) als Gegenüber und Adressat von Hilfeleistungen. Frauen und ihre Arbeit waren lange Zeit nur in Gesundheits- und Ausbildungsprojekten erkennbar. Im Rückblick versichern Mitarbeitende, dass das Zielkollektiv von Programmen „die Familie“ war, die Frauen „selbstverständlich mitmeinte“. (34)

In den ersten drei Jahrzehnten arbeitete jeweils nur eine einzige Frau als Referentin, alle anderen Frauen waren als Sekretärinnen und Sachbearbeiterinnen beschäftigt³. Unterbewertet, aber engagiert und kompetent durften sie ihre Vorgesetzten während deren Dienstreisen vertreten. Einigen gelang es, sich eine Etage in der Hierarchie hochzuarbeiten, wurden allerdings nicht in eine höhere Gehaltsklasse eingestuft. Die Aufsteigerinnen standen unter hohem Legitimationsdruck, waren jedoch „froh über die Chance, die man bekam“ (31) und erhoben keine Gleichstellungsansprüche.

Die mit Referentenstellen verbundenen Reisen in die Länder des Südens galten anfänglich als eine für Frauen zu große „physische und psychische“ Belastung. Als die ersten Frauen reisen „durften“, empfanden sie Dienstreisen und die Anerkennung als Repräsentantin des Hilfswerks im Ausland als emanzipatorischen und Karriere-schritt.

Anerkennungspolitik, Gleichstellung und Verteilungskämpfe

Erst ab Anfang der 1980er Jahre artikulierten Mitarbeiterinnen in untergeordneten Positionen Unzufriedenheit mit der eigenen Arbeitssituation. Es kam zu individuellen Protestaktionen, bei denen sich Sekretärinnen weigerten, nur Tipp- und Zuarbeiten ohne Beteiligung an Entscheidungen auszuführen. Unter Bezug auf die Ge-

rechtingkeitsnorm von *Brot für die Welt* griffen sie die Autorität ihrer Vorgesetzten an und schrieben an einen Abteilungsleiter: „Wie gerecht sind Strukturen, die den Referenten solche Möglichkeiten (Vorlagen einfach kommentarlos abzulehnen) der Druck- und Zwangsausübung einräumen? Wie gerecht sind Strukturen, die für die Mitarbeiterinnen keine Möglichkeiten vorsehen, sich dagegen zu wehren?“ (45). Zur großen Irritation der männlichen Experten („ziemlich verkrampft und relativ zickig“, 25) wiesen sie nun auch auf den Sexismus und eine mangelnde Geschlechtersensibilisierung der Sprache im Hilfswerk hin.

Bei den Referenten löste die Delegitimierung ihres Expertenwissens Verunsicherung, Kränkungen und teils heftige Abwehrreaktionen, jedenfalls eine Krise institutioneller Maskulinität aus. So reflektiert ein Referent im Rückblick: „... habe ich unsäglich gelitten. Ich habe mich geschämt ein Mann zu sein. Ich bin zum ersten mal in Kur gegangen, habe dort das Zehnfingersystem gelernt...“ (30). Einige Referenten waren durchaus bereit, feministische Projekte im Süden zu fördern, z.B. Frauenhäuser oder -buchläden, lehnten aber gleichzeitig Forderungen nach Gleichstellung in der eigenen Organisation vehement ab.

Folgt man der Unterscheidung von Nancy Fraser (2001) in Anerkennungs- und Verteilungspolitik so war diese Phase deutlich geprägt von dem Ringen der Frauen um Anerkennung innerhalb der Institution. Daraus folgten aber umgehend Kämpfe um Verteilung von innerinstitutioneller Macht, Positionen, Ressourcen und Entscheidungsbefugnisse als Kämpfe gegen männliche Autoritäten und männerbündische Strukturen.

Kollektiver Aufbruch

Vor diesem Hintergrund beriefen die Sacharbeiterinnen und Sekretärinnen 1985 das „Frauenplenum für Entwicklungsfragen“ ein. In den neun Jahren seiner Existenz hatte es niemals einen formalen Status, sondern beruhte vollständig auf dem Engagement der Einzelnen. Mit dem Frauenplenum schufen sich die Mitarbeiterinnen innerhalb der Institution eine eigene Plattform der Artikulation, Sichtbarkeit und doppelten Repräsentanz, nämlich nach innen Interessenvertretung und nach außen Solidarisierung. Vom Frauenplenum gingen alle entscheidenden Impulse für den frauenpolitischen Aufbruch innerhalb der Organisation aus. Diese selbstbestimmte Form der Institutionalisierung war ein markanter Akt des Selbst-Empowerments und der Anmaßung von Definitions- und Deutungsmacht. So wurden die Plenumsprotokolle an alle Referate versandt, was den Anspruch signalisierte, sowohl als Pressure Group als auch als Fachgruppe in die Organisation hineinzuwirken.

Der anfängliche Themenkatalog des Frauenplenums verband Forderungen nach stärkerer Repräsentanz von Frauen (standing for) in allen Gremien und gleichem Lohn für gleiche Arbeit mit dem Plädoyer nach mehr Kontakten mit Frauengruppen im Süden und frauengerechter Projektarbeit. Gleichzeitig erwarben diese Frauen zunehmend Gender-Expertise, und machten mit einem neuen professionellen Selbstverständnis

konkrete Empfehlungen für Frauenförderung und Instrumente für eine geschlechtergerechte Projektpolitik.

Ein großer strategischer Sieg des Frauenplenums war, dass 1988 die Stelle einer hauptamtlichen Frauenreferentin für die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienste (AG KED) eingerichtet und damit die Institutionalisierung von Frauen-/Genderpolitik innerhalb des Hilfswerks formell vollzogen wurde. Paradigmatisch war allerdings, dass diese Stelle jeweils auf drei Jahre befristet war und damit unter einen hohen Legitimations- und Zeitdruck stand.

Ebenso war es ein Anerkennungs- und Thematisierungserfolg, dass Mitglieder des Frauenplenums in die Mitarbeitervertretung gewählt wurden, wo sie 1991 eine Dienstvereinbarung zur Gleichstellung erwirkten. Sie sieht eine paritätische Stellenbesetzung und Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor. Außerdem setzte die Mitarbeitervertretung Tätigkeitsmerkmale zur Gehaltseinstufung durch.

Von seiner Gründung bis zu den erzielten Erfolgen war das Handeln des Frauenplenums nicht denkbar ohne seine Interaktionen mit PartnerInnen im Süden, mit internationalen Frauenbewegungen und nationalen Netzwerken, und ohne den frauenrechtlich engagierten Trend entwicklungs- und kirchenpolitischer Diskurse.

Strategische Verschwisterung und solidarische Repräsentanz

Der erste Anstoß für Frauenprojekte bei *Brot für die Welt* ging von den Partnerinnen im Süden selbst aus. Sie legten bereits in den 1970er Jahren Anträge auf Projektförderung für Selbsthilfegruppen und Frauenzentren vor und übernahmen Führungsrollen in Partnerorganisationen. Gleichzeitig hinterfragten sie die hierarchischen Strukturen bei *Brot für die Welt* kritisch. Durch den Kontakt mit ihnen gewann das Frauenplenum Energien und Inspirationen.

Das Engagement für Projektpartnerinnen im Süden verstand das Frauenplenum als solidarische Repräsentanz (acting for) im Sinne einer Ermöglichungspolitik, die innerhalb des Hilfswerks Möglichkeitsstrukturen schaffen und Verhandlungsräume öffnen wollte, in denen die Partnerinnen ihre Interessen und Empowerment-Perspektiven artikulieren und Unterstützung dafür einfordern konnten. Diese Solidarität beruhte auf einem strategischen Essentialismus in bezug auf Frauen als soziale Gruppe analog zu der „strategischen Verschwisterung“, die sich auf der internationalen Ebene entwickelte. Der essentialistische Blick des Frauenplenums kombinierte zwei Stereotype: Frauen des Südens wurden einerseits als Opfer und Mängelwesen und andererseits als starke oder nach Empowerment strebende Handlungssubjekte wahrgenommen.

Der Anspruch der Repräsentanz von Frauen im Norden jenseits demokratischer Vertretungs- und Kontrollmechanismen läuft prinzipiell Gefahr, dass aus der solidarischen Fürsprache feministische Bevormundung oder Entmündigung wird, nämlich vermeintlich zu wissen, was für die als unterdrückt und rechtlos unterstellten Partnerinnen im Süden gut und hilfreich sein könnte. Die Überlegungen und Empfehlungen des Frauenplenums bei *Brot für die Welt* waren jedoch weniger Stellvertretungsan-

maßung in dem Sinne, dass sie die Bedürfnisse der Partnerinnen artikuliert hätten. Es ging vielmehr darum, innerhalb des Hilfswerks die systemische Ignoranz gegenüber Geschlechterunterschieden abzubauen und geschlechtsspezifischen Problemen und Bedürfnissen gerecht zu werden.

Trotzdem ist auch diese Form von Frauensolidarität nicht abzulösen aus dem prinzipiellen entwicklungspolitischen Machtverhältnis zwischen GeberInnen und NehmerInnen. Dieses Ungleichheitsverhältnis reflektierte das Frauenplenum von *Brot für die Welt* jedoch nicht mit. Aus einer post-kolonialen Perspektive ist deshalb die stereotypisierte und entkontextualisierte Darstellung der Frauen kritikwürdig. Aus der Perspektive transnationaler Frauensolidarität ist sie dagegen eine strategisch zielgerichtete Antwort auf die damalige Geschlechterblindheit in EZ-Institutionen und den Mythos von der Geschlechtsneutralität der Entwicklungspolitik. Die Frauen übertrugen die Sichtbarkeits-, Anerkennungs- und Umverteilungsstrategien, die sie zur Verbesserung ihrer eigenen Arbeitssituation angewendet hatten, auf die Projektarbeit des Hilfswerks. Intuitiv verfolgten sie Gleichstellung als politisches und technisches Projekt in der Institution.

Die Verallgemeinerung und Zuspitzung von Forderungen im Frauenplenum, z.B. die Debatte darüber, ob Frauenförderung zu einer Konditionalität für Projektfinanzierung gemacht werden könne, und die daraus folgenden internen Konfrontationen hält ein Mitglied des Frauenplenums im Rückblick für ein taktisches Mittel, um verkrustete Strukturen, männliche Blockaden oder innerinstitutionelle Harmonisierungen aufzubrechen: „Die Phase der Übertreibung war notwendig, damit sich etwas veränderte. Vorher waren wir wie eine Familie, eine Dienstgemeinschaft im guten Sinne...“ (43)

Von der Konfrontation zur Aushandlung

Referenten warfen dem Frauenplenum eine „stark feministische Schlagseite“ vor, die sie als eurozentristisch denunzierten und vor der sie die Projektpartner im Süden glaubten schützen zu müssen. Feministischer Eurozentrismus blieb in ungeahnter Konvergenz mit postkolonialer Kritik ein Abgrenzungstopos, der – wie auch die Bezeichnung „Feministin“ – bei einigen PartnerInnen durchaus Wirkung zeigte.

Der Übergang zum Genderansatz verursachte Anfang der 1990er Jahre eine signifikante Akzeptanzwende bei *Brot für die Welt*. Die männlichen Mitarbeiter nahmen ihn als nicht bedrohlich und „aggressiv“, sondern offenbar als Kompromiss wahr. Im Unterschied zu dem zähen Ringen um das Konzept Frauenförderung wurden Gender Mainstreaming und wenig später auch Männerarbeit vergleichsweise schnell aufgenommen.

1993 kam es vor diesem Hintergrund zu einer bedeutenden strategischen Wendung. Die erste Frauen- und Genderpolitik der kirchlichen Entwicklungsdienste KED, der Orientierungsrahmen „Wege zu einer frauengerechten Entwicklungszusammenarbeit“ wurde als wichtigstes Arbeitsergebnis der seit 1989 tätigen Frauenreferentin veröffentlicht. Verbindliche Kategorien für die Projektplanung und -prüfung traten damit an die Stelle der bis dahin „intuitiven“ Frauenprojektepolitik. Diese neue Stufe

der Institutionalisierung und das Auslaufen der Stelle der Frauenreferentin nahm das Frauenplenum als Anlass zur Selbstaflösung. 1995 wurde ein (bis heute tätiger) Gender-Beirat eingerichtet, der sich aus Beschäftigten aller Organisationsebenen zusammensetzt. An die Stelle des informellen selbst-institutionalisierten Frauenplenums trat damit ein formales paritätisch besetztes Gremium mit dem Anspruch, Geschlechterpolitik strukturell zu verankern und Männer einzubeziehen. Gleichzeitig wurde eine Vielzahl von Gender Trainings und Beratungen, Prüfinstrumenten und Bearbeitungsstandards eingeführt, um einen Genderansatz querschnittförmig in die Projektarbeit des Hilfswerks und der Partnerorganisationen zu integrieren.

Evaluierungen der jüngsten Zeit zeigen, dass der Gender-Ansatz in immer mehr programmatischen Erklärungen, Standards und 2006 in einem weiteren Strategiepapier festgeschrieben wurde, dass aber immer noch eine Umsetzungslücke aufklafft. Aufgrund personeller und finanzieller Unterausstattung stagniert im Gender-Beirat eine konzeptionelle Weiterentwicklung. Die Verknüpfungen mit nationalen und internationalen Diskursen sind schwächer geworden. Technische Korrektheit bei der Umsetzung des Gender-Werkzeugkastens ist an die Stelle des frauenpolitischen Engagements des Frauenplenums getreten. Unter den Mitarbeitern sind Geschlechterfragen kein Thema mehr, entsprechend wird kein Widerstand mehr gegen Frauen- und Männerarbeit artikuliert.

In der Projektarbeit mit Partnerorganisationen spiegeln sich diese Veränderungen in einem Wandel von der anfänglichen Gemeinwesenorientierung zur Frauenförderung und dann zu einem Genderansatz mit einer sich verstärkenden Komponente von Männerarbeit. Einige feministische Partnerorganisationen lehnen es explizit ab, sich mit Männern zu beschäftigen. Insgesamt lässt sich ein Rückzug *Brot für die Welt* aus der Unterstützung von „reinen“ Frauenorganisationen und -projekten feststellen. Dies wirft erneut die postkoloniale Frage der Repräsentanz auf: bevormundet die Geberorganisation ihre Partnerinnen im Süden jetzt mit dem Genderansatz?

Fazit: Paradoxien des Empowerment⁴

Die frauen-/geschlechterpolitische Geschichte im kirchlichen Hilfswerk *Brot für die Welt* ist eine Fallstudie über die Dynamiken und Mechanismen der Institutionalisierung von Frauen-/Genderpolitik. Sie läuft parallel zu und interaktiv mit den Entwicklungen in anderen EZ-Institutionen. Signifikant ist allerdings bei *Brot für die Welt*, dass die Institutionalisierung der Genderpolitik ein Resultat von Kämpfen war, die vor allem eine Gruppe von Frauen der unteren Ebene in der Beschäftigungshierarchie von Mitte der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre führten. Ihre Anstrengungen stießen lange auf erhebliche Blockaden auf der Ebene der männlichen Entscheidungsträger und lösten eine Krise der professionellen Männlichkeit in der Organisation aus. Die Sachbearbeiterinnen waren die eigentlich treibende Kraft für die Neukonfiguration der Geschlechterordnung innerhalb der Institution und in der Projektpolitik. In den heftigen Auseinandersetzungen, die die Frauen als Kollektiv innerhalb der Organisation führten, war das Eigeninteresse an personalpolitischer Gleichstellung eng ver-

zahlt mit dem solidarischen Engagement für eine geschlechtergerechte Projektpolitik des Hilfswerks. Ihre Anerkennungs- und Umverteilungsstrategien veränderten die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und damit den männerbündischen Charakter der Organisation. Die Institutionalisierung einer Gleichstellungspolitik von oben ist somit ein Resultat der Selbst-Empowerment-Strategien der Mitarbeiterinnen von unten.

Gleichzeitig wurden zunehmend auch qualifizierte Entwicklungsexpertinnen in Führungspositionen beschäftigt und eine Entmaskulinisierung der Hierarchie fand statt. Eine neue Generation von Mitarbeiterinnen kam in das Hilfswerk, die offensichtlich keine feministischen Repräsentanzansprüche haben, „die Sprache der Männer zu sprechen“ vermögen und überwiegend ohne Kinder und Familie leben. Der entscheidende Bruch der Glasdecke geschah 2000. Seitdem wird *Brot für die Welt* von einer Direktorin geleitet, die dafür sorgte, dass mehr Frauen in Abteilungsleitungsstellen aufstiegen, sodass die Leitungsstellen nun paritätisch besetzt sind. Allerdings ist der Bruch mit der konventionellen Arbeitsteilung nur partiell. Das gesamte Sekretariat ist immer noch in Frauenhänden. Die Frage der Kinderbetreuung bei Dienstreisen ist bis heute nicht gelöst.

Während der Aufstieg von Frauen in Führungspositionen und diese Erfolge von Sichtbarkeit, Machtgewinn und Gleichstellung derzeit nachhaltig erscheinen, bleibt die Institutionalisierung der Frauen-/Genderpolitik in der Projektarbeit fragil. Die Stelle der Referentin ist befristet, der Gender-Beirat ist nicht ausreichend ausgestattet, zwar sind die Gender-Technologien institutionell verankert, aber sie machen das Thema nicht zum Selbstläufer. Vielmehr wird durch diese Form der Institutionalisierung der emanzipatorische und politische Gehalt in „master’s tools“ gepresst und in den bürokratischen Mühlen geschliffen. Ohne frauenbewegte, emphatische und normsetzende Antriebskraft und Kontrolle wird Geschlechtergerechtigkeit im „master’s house“ zu einer technokratischen Pflichtübung. Das politische Projekt schrumpft zu einem technischen. *Brot für die Welt* legitimiert die konzeptionellen Veränderungen in seiner Frauen- und Genderpolitik mit „Dialogen“ mit den PartnerInnen, wobei erneut die Machtstrukturen zwischen der Geber- und der Nehmerseite ausgeblendet bleiben.

Aus einer Foucaultschen Perspektive der Gouvernementalität (Foucault 2000 (1978)) sind die Gender-Instrumente Steuerungsmechanismen und Sozialtechniken, die die Beschäftigten mit Indikatoren und Benchmarks in ihre Selbstregulierung und Effizienzsicherung übernehmen. Geschlechtergleichstellung scheint damit von oben plan- und machbar, wenn nur das rechte Handwerkszeug zur Anwendung kommt. Dabei zeigt die frauen- und geschlechterpolitische Geschichte von *Brot für die Welt*, dass Geschlechtergleichheit in Institutionen sowohl ein politisches als auch ein verfahrenstechnisches Projekt ist und der jeweils kontextspezifische Kampf der Geschlechter und lange Aushandlungsprozesse zentral sind für die Umverteilung von Macht und Ressourcen und das Spannungsverhältnis zwischen Emanzipation und Integration.

Anmerkungen

- 1 Spivak entwickelte und veränderte ihre Positionen zu strategischem Essentialismus in unterschiedlichen Kontexten. Mohanty (2002) sieht unter dem Vorzeichen der Globalisierung zunehmend Chancen für eine transnationale Solidarisierung von Feministinnen.
- 2 Mein Dank geht an die Autorin der Studie, Heide Trommer von **Impact Plus**, und an Danuta Sacher, Leiterin der Abteilung Politik und Kampagnen bei **Brot für die Welt**, für die Erlaubnis, die bisher unveröffentlichte Hintergrundstudie als Fallbeispiel für diesen Artikel benutzen zu dürfen. Es handelt sich bei der Studie um eine Auswertung von Veröffentlichungen des Hilfswerks und internen Protokollen von Gremiensitzungen einerseits und Interviews mit ehemaligen und derzeitigen MitarbeiterInnen andererseits. Alle folgenden Informationen und Zitate sind der Studie entnommen.
- 3 In der Hierarchie der Organisation lassen sich grob folgende Ebenen unterscheiden: untere Verwaltungsebene (Hausmeister), Sachbearbeitung, Referenten, Abteilungsleitung, Direktion.
- 4 Die Verantwortung für die folgende konzeptionelle Einordnung der Entwicklungen liegt allein bei mir. Die Bewertungen weichen von der positiven Sichtweise der Hintergrundstudie ab.

Literatur

AWID, 2006: Where is the Money for Women's Rights? Assessing Resources and the Role of Donors in the Promotion of Women's Rights and the Support of Women's Organizations. Toronto/Mexico.

Brot für die Welt/Trommer, Heide, 2007: Wirkungsdokumentation 50 Jahre „Brot für die Welt“. Eine Analyse der Strategien und Konzeptionen der Geschlechterarbeit von „Brot für die Welt“ 1959 – 2006. Hintergrundstudie. Stuttgart.

DAWN, 1985: Development, Crisis, and Alternative Visions: Third World Women's Perspectives. Stavanger.

DAWN, 1995: Markers on the Way: The DAWN Debates on Alternative Development. Barbados.

Eurostep/Social Watch, 2005: Accountability Upside Down. Gender equality in a partnership for poverty eradication. o.O.

Foucault, Michel, 2000/1978: „Gouvernementalität“. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Frankfurt/M., 41-67.

Fraser, Nancy, 2001: „Von der Umverteilung zur Anerkennung? Dilemmata der Gerechtigkeit in post-sozialistischer Zeit“. In: Fraser, Nancy: Die halbierte Gerechtigkeit. Frankfurt/M., 23-66.

Goetz, Anne Marie (Hg.), 1997: Getting Institutions Right for Women in Development. London/New York.

Kerner, Ina, 1999: Feminismus, Entwicklungszusammenarbeit und Postkoloniale Kritik. Eine Analyse von Grundkonzepten des Gender-and-Development Ansatzes. Hamburg.

Mohanty, Chandra Talpade, 1988: „Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse“. Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 23, 149-163.

Mohanty, Chandra Talpade, 2002: „'Under Western Eyes' Revisited: Feminist Solidarity through Anticapitalist Struggles“. Signs. Vol. 28 No. 2, 499-536

Morgan, Robin, 1984: Sisterhood Is Global, The International Women's Movement Anthology. Garden City, N.Y.

Moser, Caroline, 1993: Gender Planning and Development. Theory, Practice and Training. London/New York.

Mukhopadhyay, Maitrayee, 2004: „Mainstreaming Gender or ‚Streaming' Gender Away: Feminists Marooned in the Development Business“. IDS Bulletin. Vol. 35. No. 4, 95-104.

Porter, Fenella/Smyth, Ines/Sweetman, Caroline (eds.), 1999: Gender Works: Oxfam Experience in Policy and Practice. London.

Spivak, Gayatri, 1988: „Can the Subaltern Speak? Speculations on Widow Sacrifice“. In: Grossberg, Lawrence/Nelson, Gary (eds.): *Marxism and the Interpretation of Culture*. Urbana, 271-315.

Spivak, Gayatri, 1996: „I’m not a Sister“. Ein Interview mit G.C.Spivak von Manuela Bojadzijev und Sabine Grimm. *Texte zur Kunst*. Nr. 24, 73-80.

Staudt, Kathleen, 2002: „Dismantling the Master’s House with the Master’s Tools? Gender Work in and with Powerful Bureaucracies“. In: Saunders, Kriemild (ed.): *Feminist Post-Development Thought*. London/New York, 57-69.

Wichterich, Christa, 2001: „From Passion to Profession? Mehr Fragen als Antworten zu Akteurinnen, Interessen und Veränderungen politischer Handlungsbedingungen der neuen internationalen Frauenbewegung“. *Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien*. 19. Jg. H. 1+2, 128-138.

Die Scham ist vorbei. Feminismus Reloaded

SABINE HARK

Galt bis vor kurzem die Verona-Maxime, dass am Besten fährt, wer sich aufreizend von Feminismus distanziert, so eilen sich heute nicht Wenige, Feminismus zu reklamieren. Wenngleich die notorisch antifeministischen Stimmen, die den drohenden Untergang des Abendlandes sowie den Verlust heterosexueller Erotik beschwören, nicht verstummen, wird der Chor feministischer Stimmen doch stetig lauter.

In diesem Frühjahr kam eine hier aus dem Staunen gar nicht mehr heraus: Die Alpha-Mädchen-Mannschaft Meredith Haaf, Susanne Klingner und Barbara Streidl ging in die Offensive und erklärte unter dem nämlichen Titel Alpha-Mädchen (2008), warum Feminismus das Leben schöner macht. Weder von Schirmmacher oder Schwarzer, weder von Dorn oder von der Leyen, so deren Credo und auch das der Neue(n) deutsche(n) Mädchen (2008) Jana Hensel und Elisabeth Raether sowie der in feuchten Gebieten unerschrocken tabubrechenden Charlotte Roche (2008), wollten sie sich noch länger sagen lassen, wo es lang geht; schließlich wüssten sie selbst am besten, was sie wollen: „Alle jungen Frauen wollen heute das Gleiche, nämlich genauso viel verdienen wie Männer, die gleichen Aufstiegschancen, einen gleich großen Anteil an der Macht in unserem Land und nicht vor die Entscheidung ‚Kind oder Karriere‘ gestellt werden“ (Haaf et al. 2008, 13). Und sie wollen, nicht zu vergessen: viel und guten Sex. Denn „der neue Feminismus“, so die Alpha-Mädchen-Autorinnen, „geht mit dem Thema Sex entspannter um. Feministinnen sind heute eher für viel Sex und für guten Sex“ (ebd., 23). Ohne Zweifel also, die Scham ist vorbei und Feminismus auf die Diskursbühne zurückgekehrt: Feminismus Reloaded!

Fast unisono gefallen sich Hensel, Raether und Roche, Klingner, Haaf und Streidl dabei in Schwarzer-bashing und vor allem darin, mitzuteilen, dass sie nichts gegen Männer hätten, im Gegenteil: „Wir wollen nicht die Männer ausschließen und sie dämonisieren, und wir wollen auch nicht auf Kinder verzichten, nur weil man sich angeblich nur so selbst verwirklichen kann“, so Alpha-Mädchen Susanne Klingner in einem ihrer zahllosen Interviews. „Der Feminismus alter Schule“, doziert auch Jana Hensel im Tagesschau-Chat am Girl’s Day 2008, habe „stets versucht, genau definierte Antworten an Frauen zu geben. Wir halten das für überholt. Feminismus – und dabei mögen wir dieses Wort nicht besonders – muss sich heute an Männer und Frauen gleichzeitig wenden und muss sich von dem Selbstanspruch, alles genau definieren zu wollen, verabschieden.“

Feminismus für alle?

Ganz entspannt, ideologisch stressfrei und obendrein sexy kommt er also daher, der neue deutsche Mädchen-Feminismus. Er hat sich von erdrückenden feministischen Altlasten und sexistischen Klischees gleichermaßen befreit. Er ist gut gelaunt, denn „streng“ müssen Alpha-Mädchen heute „gar nicht mehr sein“ (Haaf et al. 2008, 53), da sie sich doch an „Lippenstift und enthaarten Beinen“ freuen können (ebd.), ohne sich als „hilflose Opfer männlicher Fantasien oder einer riesigen Industrie fühlen zu müssen“ (ebd.) – und zugleich wissen sie, dass „naturbelassene Lippen und Haare an den Beinen nicht mehr Grundvoraussetzungen für einen ernst gemeinten Feminismus“ darstellen (ebd.). Und relaxt ist der neue deutsche Feminismus auch, denn Feministinnen dürfen heute sexy sein, weil sie wissen, dass die den biologischen Gegebenheiten geschuldete Tatsache, „dass der Mann seinen Penis in die Frau steckt, nicht automatisch Machtansprüche mit sich“ bringt (ebd., 22 f.). Dieser Feminismus, der Feminismus 2.0, ist umwerfend und stellt endlich keine Spaßbremse mehr dar; es müssen ihn deshalb einfach alle mögen – zumal er „offen für alle“ sei, nicht nur „für Frauen und Männer, sondern auch für Menschen mit unterschiedlichen Ansichten zu einzelnen Fragen in Sachen Feminismus“ (ebd., 26) – eine Haltung, die dem alten Feminismus ja abging, weshalb es so schwer war, „ihn wirklich zu mögen“ (ebd.). Wir dagegen – sofern wir jung sind! – können uns offen zu Pornografie und Feminismus, zu Kindern und Karriere, zu Abwasch und Aktiendepot, geschlechtergerechten heterosexuellen Partnerschaften und gutem Sex mit wechselnden Partnern bekennen. Das Beste aber ist: „Unsere Generation kann den Feminismus neu erfinden. Wir müssen uns von niemandem vor irgendeinen Karren spannen lassen, auch nicht von der alten Frauenbewegung.“ (ebd., 20).

Dass mit dem offensiven Bekenntnis des Feminismus 2.0 zu Männern, heterosexuellen Beziehungen und „viel und gutem Sex“ die „große Chance“ gegeben ist, „den Feminismus vom Ruf der Männer hassenden, mehr oder weniger lesbischen, in jedem Fall ‚extremistischen‘ Megäre zu befreien“, wie Thea Dorn hofft (2007), wirft, das sei am Rande bemerkt, nicht nur ein deutliches Licht darauf, wie gut Homophobie sich noch immer zur diffamierenden Abgrenzung eignet.

Feminismus 2.0 als Reflex und nicht als Reflexion

Nun geht es mir nicht darum, den Spieß einfach umzudrehen und Feminismus beziehungsweise Schwarzer-bashing – an deren feministischen Positionen und Politiken es in der Tat viel zu kritisieren gibt – mit dem Lächerlich-Machen der Alpha-Mädchen zu beantworten. Und dass Jüngere sich von Älteren, von deren Ideen und Werten, abgrenzen ist nicht nur unumgänglich, es ist sogar unabdingbar für jedwede gesellschaftliche Dynamik. Auch wäre es ein Kurzschluss, den deutschen Mädchen schlicht „falsches Bewusstsein“ zu attestieren. Dass die Botschaft der Gleichberechtigung bei ihnen angekommen ist, dass sie selbstbewusst darauf bestehen, dass ihnen alle Türen und Stühle offen stehen sollen, ist nicht zuletzt ein Erfolg feministischer

Bewegung! Und wie immer ist auch in diesem Fall Geschichte nicht vorhersehbar. Welche Effekte also der Feminismus 2.0 zeitigen wird, ist derzeit nur sehr begrenzt absehbar, zumal insbesondere die Positionen der Alpha-Mädchen-Autorinnen noch sehr im Fluss sind. So grenzen sie sich etwa einerseits von politischem Aktivismus ab, fordern andererseits aber ihre Generation auf, sich politisch mehr einzumischen, mindestens aber zu wählen.

Gleichwohl werde ich im Folgenden argumentieren, dass der Feminismus 2.0 eher ein Reflex auf als eine Reflexion der gegenwärtigen Verhältnisse ist – und das meint insbesondere die globalen neoliberalen Transformationen und die damit einhergehenden weltweiten Verwerfungen: ein Reflex vor allem der Anrufung und Repositionierung junger Frauen als „capable agents of change“. Denn es sind die jungen Frauen, so Angela McRobbie in ihrem neuen Buch *The Aftermath of Feminism* (2008), die weltweit die privilegierten Subjekte des kapitalistischen und wohlfahrtsstaatlichen Umbaus sind und denen dafür ein neuer sexueller Kontrakt angeboten wird.

„Der globalisierte Neoliberalismus erfindet seinen eigenen Feminismus und seine eigenen Feministinnen“, kommentierte dies trocken Christa Wichterich (2007) im vergangenen Sommer in der taz. Die transnationale frohe Botschaft laute dabei: „Die globalen Märkte machen’s möglich, Leistung zahlt sich auch für Frauen in Wohlstand, Erfolg und Macht aus. Die globalen Märkte mit den neoliberalen Regeln des unbegrenzten Wettbewerbs bieten sich als Orte an, wo Individuen, als UnternehmerIn ihrer selbst, beim Backen und Verteilen des Kuchens ‚teilhaben‘ können. Der Markt öffnet sich für Frauen mit dem Versprechen auf Chancengleichheit und optimale Ressourcenzuteilung. Das führt zur bizarren Übereinstimmung zwischen dem Emanzipationsinteresse von Frauen und der Verwertungslogik der Märkte. Feministische Leitbilder – Befreiung von patriarchaler Kontrolle, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, eigenständige Existenzsicherung – treffen sich jetzt mit den Prinzipien des globalen Standortwettbewerbs und der neoliberalen Zuweisung von individueller Eigenverantwortung.“(ebd.)

Der Alpha-Feminismus passt hier auf den ersten Blick sehr genau herein. Denn gemessen an den globalen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, ist er recht bescheiden in seinen Ansprüchen, Diagnosen und auch in seinen Mitteln. Er ist zudem erschreckend unoriginell. Denn was sich im Buch der Mädchen-Mannschaft findet, steht auch bei Silvana Koch-Mehrin (2007) oder in der neuen, von Jutta Allmendinger verantworteten Brigitte-Studie und ist Teil der staatlichen Frauen- und Familienpolitik Ursula von der Leyens. Dass der Alpha-Feminismus darüber hinaus den großen Reichtum feministischen Denkens weitgehend ignoriert beziehungsweise – im Übrigen gerade, was die Passagen zu Erotik und zur sexuellen Befreiung angeht – auf fast food-Größe geschrumpft hat, nimmt nicht Wunder, ist dennoch recht eigentlich als Trauerspiel zu werten.

Deutlich wird dabei von allen Propagandistinnen des Feminismus 2.0 ausgesprochen, dass es ihnen um eine bestimmte Gruppe von Frauen geht: sich selbst. Das heißt um junge, gut ausgebildete, nach Höherem strebende, deutsche (weiße), heterosexuelle

Frauen, die eine heterosexuelle Partnerschaft und gleichberechtigte Elternschaft anvisieren. Thea Dorn, von der sich die Alpha-Mädchen zwar teilweise ob deren expliziter Karriereorientierung distanzieren, der sie aber hinsichtlich der Distanzierung vom alten Feminismus in nichts nachstehen, formuliert es so: es geht um eine neue F-Klasse, das heißt nicht „um Frauensolidarität um jeden Preis, sondern um eine bestimmte Klasse von Frauen, die sich allerdings nicht durch privilegierte Herkunft definiert, sondern einzig und allein durch das individuell von ihr Erreichte und Gelebte“ (Dorn 2006, 37).

Feminismus 2.0 als Bestandteil des neoliberalen Dispositivs

Der Feminismus 2.0 fügt sich also, das sollte bei aller Kürze deutlich geworden sein, ein in das Dispositiv jener Bestrebungen, die einen neuen, neoliberal grundierten postwohlfahrtsstaatlichen Gesellschaftsvertrag zum Ziel haben, und der eben ohne einen „modernisierten,, Geschlechtervertrag nicht auskommen wird. Dazu ist es unabdingbar, radikalfeministische Interventionen in einen und Kritik an einem heteronormativ gerahmten, hierarchischen Geschlechtervertrag als Teil einer hinter uns zu lassenden Geschichte zu entwerfen oder sogar als Teil einer insgesamt lächerlich zu nennenden historischen Episode zu diskreditieren. Ein durchaus erwünschter Nebeneffekt dieser Strategie, die McRobbie (2008) begrifflich als Desartikulation, als „undoing“ von Feminismus fasst, sei zudem, dass feministische Allianzen insbesondere mit anti-rassistischen Projekten und lesbisch-schwuler Politik aus der Geschichte rausgeschrieben würden.

Für die self-made-woman mag daher der neue Feminismus 2.0, der sich als Motivationstaktik und Bewerbungsschreiben leistungsbereiter Durchstarterinnen zugleich präsentiert, die richtige Doktrin sein. Die gewaltförmigen Verhältnisse, in denen weltweit die Mehrheit der Frauen immer noch lebt, werden dagegen mit den neuen Feminismen kaum zu bekämpfen sein, haben sie doch für deren Veränderung – außer „reden, reden, reden“, wie Haaf et al. (2008) nicht müde werden zu wiederholen – kaum etwas anzubieten. Denn im neuen Feminismus geht es vor allem um individuell geglückte Lebensentwürfe und erst in zweiter Linie um die politische Umgestaltung von Geschlechterverhältnissen als Teil der Arbeit an einer gerechten Gesellschaft oder um kollektive politische Aktion.

Doch Feminismus ist eben nicht nur ein Wort des Privaten; schon gar nicht ein Wort individuell zu erreichenden (beruflichen) Glücks. Feminismus ist vor allem ein Wort der Politik, insofern Feminismus sich mit Forderungen nach Umgestaltung der Geschlechterverhältnisse als Voraussetzung für das Streben nach Glück an die Polis, die politische Sphäre richtet. Die Radikalität des heute „alt“ genannten Feminismus der zweiten Welle bestand genau darin, ein Projekt der politischen Emanzipation und der privaten Befreiung, ein Projekt von Gleichheit und Freiheit zu sein. Denn das Eine ist ohne das Andere nicht zu haben: Freiheit nicht ohne Gleichheit, diese wiederum nicht ohne Gerechtigkeit, individuelle Autonomie nicht ohne gesellschaftliche Bedingungen, die Freiheit ermöglichen.

Wer Feminismus dagegen auf das individualisierte Streben nach Glück reduziert, ohne nach den Bedingungen zu fragen, wie welche ihr Glück machen können, und zugleich dessen politische Seite notorisch auf ein Programm der moralischen Maßregelung von Alpha-Mädchen und F-Klässlerinnen reduziert, hat schon verkannt, dass Emanzipation bereits im Ansatz vereitelt ist, wo sie als ein solches Privatprojekt missverstanden wird.

Literatur

Dorn, Thea, 2006: Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird. München.

Dorn, Thea, 2007: Emanzipation ist keine Frage des Geschlechts. Sie ist eine Einstellung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 7, Internet: <http://www.das-parlament.de/2007/07/Titelseite/index.html>, (12.02.2007).

Haaf, Meredith/**Klingner**, Susanne/**Streidl**, Barbara, 2008: Wir Alpha-Mädchen. Warum Feminismus das Leben schöner macht. Hamburg.

Hensel, Jana/**Raether**, Elisabeth, 2008: Neue deutsche Mädchen. Berlin.

Koch-Mehrin, Silvana, 2007: Schwestern. Streitschrift für einen neuen Feminismus. Berlin.

McRobbie, Angela, 2008: The Aftermath of Feminism. London.

Roche, Charlotte, 2008: Feuchtgebiete. Köln.

Wichterich, Christa, 2007: Paradoxie der Integration, taz vom 24. 09. 2007, http://www.taz.de/index.php?id=digitaz-artikel&ressort=me&dig=2007/09/24/a0129&no_cache=1&src=GI (09.09.08).

Ein Friede, der mehr Mut braucht als der Krieg. Gedanken zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels

CHRISTINE KULKE

„Der Friedensprozess mit den Palästinensern bildet für meine Begriffe den Kern des gesamten Nahost-Konflikts.“ (Zuckermann 2004)

„Der Staat Israel feiert sechs Jahrzehnte des Überlebens ... – das Ergebnis erfolgreicher Strategien und Taktiken – ... und sieht sich zugleich mit fortgesetzter Gewalt konfrontiert: der Gewalt der Hisbollah in Syrien, der Hamas in Gaza und im geringen Ausmaß im Westjordanland ...“ (Steinberg 2008)

Bereits an diesen beiden Beispielen ist eine ganze Bandbreite von unversöhnlichen Perspektiven in Hinblick auf die Staatsgründung vor 60 Jahren abzulesen, auch in Israel selbst. Dabei erscheinen diese Einschätzungen hier, obgleich von zwei sehr unterschiedlichen politischen und akademischen Protagonisten vorgetragen, noch einigermaßen vereinbar miteinander.

Angesichts der kontroversen Verlautbarungen zum israelischen Staatsjubiläum, begleitet von ernst gemeinten Wunschbotschaften und geschäftiger politischer Rhetorik,

aber auch von besorgten Erklärungen von FriedensaktivistInnen – wie versteht sich da eine feministisch-politikwissenschaftliche Einschätzung von deutscher Seite?

Ich argumentiere von einer Position aus, die an einem kollektiven Gedächtnis teilhat, das sich lapidar zusammenfassen lässt mit: *Nie wieder Auschwitz!*, und das als zeitgeschichtlichen Hintergrund deutsch-israelische und jüdisch-christliche Dialogerfahrungen zur Voraussetzung hat.¹

Dieses kollektive Gedächtnis stützte sich nicht allein auf die Euphorien der Aufbruchs- und Aufbau-Diskurse. Vielmehr waren Schuld und Sühne als Maßgabe für den Umgang mit den Taten der Väter und Mütter unter der nationalsozialistischen Herrschaft bestimmend. Das Ausmaß und die Folgen der Shoah waren derart präsent, dass sich erst später jenes Unrecht ins Bewusstsein und in das kollektive Gedächtnis der Nachkriegsgeneration eingeschrieben hat, das durch Flucht und Vertreibung der arabischen Bevölkerung aus Palästina entstanden ist. Dabei hätte aufgehört werden können, als der ahnungsvolle Satz bei der Staatsgründung fiel, der Ben Gurion zugeschrieben wird und der mit den Jahren an Aktualität zugenommen hat: Wer in Israel nicht an Wunder glaubt, der ist kein Realist!

Die zionistischen Traditionen und Visionen bündelten sich in der Hoffnung, vor allem deutscher Juden, dass ein jüdischer Staat eine Zuflucht und Heimstatt für Juden gewährt, damit sie nie wieder Verfolgung und Völkermord erleiden müssen. Die Existenzsicherheit des Staates Israel war mithin eine Gründungsvoraussetzung. Festzuhalten ist, dass das einstige Ziel nicht erreicht wurde, sondern jüdische (und nichtjüdische) Menschen in Israel, wie auch die Bevölkerung im Westjordanland und im Gaza-Streifen höchst unsicher und gefährdet leben. Die sicherheitspolitischen Strategien des offiziellen Israels wie auch die widerständigen Strategien von palästinensischer Seite folgen bei aller politischen Asymmetrie und unterschiedlichen Begründungsdiskursen einer nahezu identischen Logik. Diese kann beschrieben werden als Rationalität der Legitimierung und Legitimation durch das Unrecht des anderen sowie als Logik eines „Gleichgewichts des Schreckens“: die Zerstörung der einen Seite ist ohne die der anderen nicht zu denken. Wenn die Rationalität von einseitiger Sicherheitspolitik und politischer Gewalt konstitutiv für politische Entscheidungen bei allen Beteiligten und den jeweiligen Gegnern wird, gilt das ebenfalls für die Geschlechterverhältnisse. In sie schreiben sich Gewalt und Zerstörung ein und gefährden lebensweltliche Interessen und Bedürfnisse. Das bedeutet konkret die Verletzung der Rechte von Frauen und Kindern und – vermittelt – die der Männer ebenso. Der Staat Israel trat mit seiner Gründung an gegen eine Geschichte von Terror, Verfolgung und Vernichtung von Juden und ist zu verstehen als ein Projekt der Aufklärung und des politischen Universalismus, das sich gleichzeitig auf altjüdische Verheißungen bezieht. Mit seiner Verwirklichung jedoch werden Prozesse freigesetzt, die sich gegen das Projekt selbst und sein Umfeld richten: Zerstörungen und Menschenrechtsverletzungen. Für die Klärung des Zusammenhangs von gesellschaftlicher Gewalt und zivilgesellschaftlichen Folgen ist die Untersuchung der Diskurse über die Staatsgründung Israels hilfreich.

Polarisierung durch widersprüchliche Gründungs-Diskurse

Die unterschiedlichen Diskurse zur Gründungsgeschichte Israels, wie sie gegenwärtig erneut geführt werden, zeigen eine beachtliche Bandbreite an Geschichtsverarbeitung und -interpretation, wie auch von Geschichtsmymen.² Diese spielen gerade in einer multi-ethnischen Einwanderungsgesellschaft wie in Israel eine bedeutende Rolle bei der gemeinsamen Kommunikation über unterschiedliche Geschichtserfahrungen und tragen zur Identitätsstiftung bei.

Das politisch rechte Spektrum von säkularer Seite unterstellt eine Geschichte arabischer Aggressionen und Gewalt, deren Übermacht 1948 von den jüdischen Einwanderern bezwungen werden konnte, womit die Zivilisation etabliert worden sei.

Der Diskurs aus einer eher national-liberalen Mitte bezieht sich auf Israel als souveräne liberale Demokratie, geschaffen auf der Grundlage des im November 1947 von der Vollversammlung der UN beschlossenen Teilungsplanes für Palästina.³ Damit galt die Teilung als völkerrechtlich anerkannt.

Kritische Beiträge, die unter Historikern und Intellektuellen in Israel zunehmend stärker vernehmbar werden, gehen von einem „geschichtlichen Grundverhältnis“ zwischen Israel und Palästina aus, das für die Staatsgründung als konstitutiv gesehen wird und als einschneidend für die weitere Entwicklung gilt. Diese Beziehung wird im Sinne eines derzeit unauflösbaren Grund-Gewalt-Verhältnisses verstanden: „Die ‚Überwindung‘ der Katastrophe des einen Volkes durch die Verursachung der Katastrophe eines anderen kann nie und nimmer das mit ‚Überwindung‘ gemeinte Ziel des ersten zeitigen. Dafür ist die Lebensrealität des anderen viel zu sehr vom Katastrophischen durchwirkt“ (Zuckermann 2004, 214).

Diese Sichtweise umfasst primär die Folgen der Shoah. Es erschließt sich mit ihr aber auch die Bedeutung europäischer Macht- und Kolonialpolitik für das historische Grundverhältnis im Nahen Osten, z.B. die Interessen Großbritanniens an einer israelischen Staatsgründung (Balfour-Erklärung 1917 und das britische Mandat über Palästina).

Die Erinnerung an die mehr als 40-jährige Besetzung arabischer Territorien und ihre Folgen seit dem 6-Tage-Krieg 1967 hat diese kritischen relationalen Debatten verstärkt – in Israel, aber auch in Deutschland. Beispiele einer „neuen“ Geschichtsdeutung zeigen, dass der gewaltkritische Diskurs sich gerade nicht, wie häufig kritisiert wurde, als Negation der Anerkennung der Aufbauleistungen des jüdischen Staates versteht (Segev 2008). Damit ist ein solches Deutungsmuster auch geeignet, der Logik von Gewalt und Lebenszerstörung Alternativen entgegen zu setzen, die neue Lösungsvorschläge auch zu einem gerechten Frieden initiieren können. Diskurse, die von der Reflektion eines Grund-Gewalt-Verhältnisses ausgehen, erweisen sich mithin als vereinbar mit Diskursen zur Veränderung des Geschlechterarrangements im Sinne zunehmender Geschlechtergerechtigkeit. Das bedeutet freilich noch keine wirkliche Veränderung, unterstützt jedoch Kräfte, die in die Richtung zivilgesellschaftlicher Initiativen weisen. Diese werden allerdings von einer weiteren Problematik tangiert.

Polarisierung durch gesellschaftliche Heterogenität

Die Konfliktachsen in Israel verlaufen zwischen politischen, religiösen, kulturellen und ethnischen Einheiten. Es sind vorwiegend solche zwischen säkularen und religiösen, zwischen liberalen und orthodox-religiös-nationalen Kräften und Interessen. Weiterhin ist zu differenzieren zwischen aschkenasischer Vorherrschaft über die arabisch-palästinensische Bevölkerung (immerhin 20 % der israelischen Bevölkerung) und der Unterprivilegierung der EinwanderInnen aus orientalischen Regionen und der arabisch-islamischen Welt (Misrachim). Eine nicht unerhebliche Macht haben sich politisch rechte Siedler angeeignet, deren fundamentalistische religiös-nationalistische Flügel in der Lage sind, Sicherheits- und demokratische Strukturen zu bedrohen (Oz-Salzberger 2008). Konträr zu ihnen stehen linksliberale Gruppierungen und sozialistische Anhänger der noch bestehenden letzten Kibbuzgemeinschaften. Schließlich sind die zahlreichen EinwanderInnen aus der ehemaligen Sowjetunion mit oftmals nicht-jüdischem bzw. säkularem Hintergrund zu nennen. Allein diese Aufzählung vergegenwärtigt ein extremes Konfliktpotenzial, das schwerlich durch staatliche Akteure aufzufangen ist.

Die „Zerrissenheit der israelischen Gesellschaft“ (Zuckermann 2003) verweist nun, so meine These, auf widerständige und eigensinnige Potenziale und damit auf zivilgesellschaftliche Akteure und Initiativen. Diese sind für eine innovative Geschlechterpolitik relevant, weil sie Chancen für die Überwindung von Gewalt- und Zerstörungslogik bieten.

Facetten zivilgesellschaftlicher Initiativen aus geschlechterpolitischer Perspektive

Die bereits prominenten und bewährten Frauen-Friedensinitiativen in Israel können hier nur kurz erwähnt werden. Sie sind mit internationalen feministischen Projekten eindrucksvoll vernetzt. Ihre Analyse aus feministischer Sicht wäre ein gesondertes und lohnendes Projekt.

Neben der Menschenrechtsorganisation *Btselem* sind es die *Frauen in Schwarz* und die der *Coalition of Women for Peace* zugehörige Frauenorganisation *Machsom Watch* (Empfängerin des Aachener Friedenspreises 2008). Im Unterschied zu den *Frauen in Schwarz*, die gewöhnlich am Freitag an zentralen städtischen Plätzen schweigend demonstrieren, arbeiten die *Machsom* Frauen mit Protokollen: Sie dokumentieren das Verhalten von israelischen Soldaten und Polizisten an den Checkpoints und Straßensperren und verstehen ihre Arbeit als aktiven Einsatz gegen Diskriminierung und Rechtsverletzungen. Sie erproben auf diese Weise mit ihrem gewaltfreien zivilen Beitrag die Logik von Friedensanstrengungen „von unten“.

Einige Projekte des *Peace Research Institute in the Middle East* im palästinensischen Autonomiegebiet in der Nähe von Beit Jala konzentrieren sich auf die Arbeit mit palästinensischen Flüchtlingsfrauen im Rahmen von Oral-History. Das Institut versteht sich als Dialogforum. In ihm arbeiten israelische und palästinensische Wissenschaft-

lerInnen zusammen. Geleitet wird es von dem Palästinenser Sami Adwan aus dem Westjordanland, der einst zur Zeit der ersten Intifada gegen Israel kämpfte und dem Israeli Dan Bar On, der durch Dialogarbeit mit den Nachkommen von nationalsozialistischen Tätern und jüdischen Opfern bekannt wurde.

Ein weiteres Projekt des Institutes, das nicht explizit am Geschlechterverhältnis orientiert ist, aber für Mädchen besondere Bedeutung hat, beschäftigt sich mit der Erarbeitung gemeinsamer Geschichtsbücher, die (dem besonderen historischen Grundverhältnis entsprechend) die palästinensischen und die israelischen Perspektiven nebeneinander stellen: *Geschichte teilen*. In diesen Geschichtsbüchern werden Ereignisse und Konflikte dokumentiert. Dazu gehört, das fremde Leid und das Trauma des Anderen anzuerkennen und zu begreifen lernen, dass ein Aufrechnen gegeneinander nicht wirklich möglich ist, da es keine Chancen für Veränderungen enthält.

Der Bezug dieser Projekte zu den Rechten von Frauen ist offensichtlich, auch wenn er nicht unmittelbar auf die Geschlechtergeschichte zu übertragen ist. Denn der gesellschaftliche Impuls, der von solchen Initiativen ausgehen kann, wird geschlechtergerechte Verhältnisse unterstützen und fördern. Er folgt keiner hegemonialen Rationalität.

Meine Gedanken führen damit zu der These, dass die Verantwortung gegenüber Israel und Palästina, die wir als historische Verpflichtung haben, auch in einem konkreten politischen Umfeld einzulösen ist. Sie verläuft über eine Mitwirkung an der Stärkung und Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten, die eine Veränderung des Geschlechterverhältnisses mit einbeziehen.

Das Gesagte lässt sich sinngemäß in einem Bild zusammenfassen, das sich auf dem Deckblatt eines Schulbuches von *Geschichte teilen* befindet: Hier gießen ein Israeli und ein Palästinenser – mit dem Rücken zueinander – ihre jeweiligen Olivenbäume, so, wie sie ihre Geschichte pflegen. Aber die Äste dieser beiden Bäume verflechten sich ineinander.

Bis es so weit ist, wird noch viel Mut gebraucht.

Anmerkungen

- 1 Gemeint sind hier die Begegnungen, Arbeiten und Seminare, die Helmut Gollwitzer und dann Friedrich W. Marquardt an der Freien Universität Berlin bereits in den 50er Jahren initiiert haben.
- 2 Mythos wird im Sinne Roland Barthes als ein Arrangement mit der Welt verstanden, um diese zu erklären.
- 3 Dem UN-Teilungsplan von 1947 hatten freilich die arabischen Staaten nicht zugestimmt und die in ihm vorgesehene Grenzziehung wurde von Israel nicht eingehalten.

Literatur

Bar-On, Dan, 2001: Die „Anderen“ in uns. Dialog als Modell der interkulturellen Konfliktbewältigung. Bonn.

Oz-Salzberger, Fania, 2008: Die Zukünfte der israelischen Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 17/2008, 21. April 2008, 6-12.

Segev, Tom, 2008: Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates. München.

Steinberg, Gerald, M., 2008: Asymmetrie, Verwundbarkeit und die Suche nach Sicherheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 17/2008, 21. April 2008, 12-19.

Zuckermann, Moshe, 2003: Wohin Israel? Göttingen.

Zuckermann, Moshe, 2004: Was heißt Solidarität mit Israel? In: Hanloser, Gerhard (Hg.) 2004: „Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken“. Zur Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik. Münster, 211-220.

Die Situation von Frauen in Afghanistan

Frauenbefreiung als Mittel zur Legitimierung des Krieges

KERSTIN SEIFER

Am 07. Oktober 2001 begann der Krieg der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan. Die seit 1996 herrschende Taliban-Regierung wurde zunächst von den internationalen Kriegstruppen der „Operation Enduring Freedom“ aus dem Land vertrieben. Nach fast sieben Jahren Krieg in Afghanistan ist die Bilanz für das Land und seine Menschen allerdings erschütternd.

Der Militäreinsatz sollte Sicherheit, Frieden und Wiederaufbau bringen. Diese von der Koalition gesteckten Ziele wurden nicht erreicht, trotz einiger Teilerfolge. Hingegen ist das ganze Land schrittweise im Kriegschaos versunken und die NATO – und damit die deutsche Bundeswehr – ist in einen aussichtslosen Krieg verstrickt. Die Taliban sind nach ihrer anfänglichen Vertreibung stärker als jemals zuvor und kontrollieren zusammen mit der Nordallianz weite Gebiete des Landes. Afghanistan gehört noch immer zu den ärmsten Ländern der Welt, die Mehrheit der Bevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Wasser, ausreichend Nahrung und Strom, die medizinische Versorgung ist katastrophal. Seit 2003 hat sich die Sicherheitslage dramatisch verschlechtert, Selbstmordattentate nehmen seit 2006 zu, ebenso wie die Zahl der zivilen Opfer von Kämpfen und Bombardierungen. Heute sind ca. 60.000 ausländische SoldatInnen im Land. Aufgrund der schlechten Sicherheitslage wird derzeit über die Entsendung weiterer SoldatInnen debattiert. Die Bundesregierung hat sich bereits für eine weitere Aufstockungen des deutschen Kontingents ausgesprochen.

Der militärische Einsatz in Afghanistan wurde von der „Globalen Koalition gegen den Terror“ vornehmlich als Anti-Terrorkampf und mit der Befreiung der unterdrückten Frauen und Mädchen legitimiert. Auch die rot-grüne Regierungskoalition begründete mit letzterem 2001 die Beteiligung deutscher Truppen am Krieg (Kreile 2005). Sprechen heute VertreterInnen der Bundesregierung über die Notwendigkeit des Kriegs in Afghanistan, dann begeistern sie sich in der Regel zuerst über die Fortschritte, die dieser für Frauen und Mädchen bedeutet und es wird darauf verwiesen, dass man die Frauen nicht im Stich lassen dürfe.¹ Bei der Rechtfertigung des Kriegs ist das

Motiv der Durchsetzung von Frauenrechten demnach bis heute zentral und wird dazu verwendet, die militärische Gewalt und die vielen Toten moralisch zu rechtfertigen. Frauenbefreiung ist damit Bestandteil von „humanitären Interventionen“, mit der in den letzten Jahren zunehmend militärische Operationen und Eingriffe in die Souveränität von Staaten im Namen von Menschen- und Frauenrechten erfolgen.

In der Tat sind in einigen Bereichen für Frauen und Mädchen kleine Fortschritte zu verzeichnen. Abgesehen von der Tatsache, dass deren Instrumentalisierung für die Rechtfertigung eines Kriegs keineswegs zu rechtfertigen ist, entpuppt sich die Begeisterung der KriegsbefürworterInnen als politische Schönfärberei. Denn ein Großteil der Lebensrealität von Frauen und Mädchen in Afghanistan wird ausgeblendet und verschwiegen. Zudem wird immer wieder behauptet, Frauen in Afghanistan seien erst durch die Taliban unterdrückt worden und hätten durch deren Vertreibung ihre Freiheit zurückerhalten. Diese Sicht untergräbt – bei allen Grausamkeiten des „institutionalisierten genderbasierten Terrorismus“ (Medica Mondiale 2008, 7) der Taliban – die Tatsache, dass Frauen und Mädchen bereits unter dem kommunistischem Regime und den Mujaheddin gewaltsam unterdrückt wurden. Und sie verschweigt, dass ihre Unterdrückung bis heute anhält:

„Restricted, humiliated and intimidated before, during and after these armed conflicts women have to face and to cope with special kinds of gender-based violence – aggravating the generally miserable and dangerous conditions (...)“ (Medica Mondiale 2008, 7f.)

Es zeigt sich auch in Afghanistan, dass „Frauenbefreiung“ mit militärischen Mitteln versagt. Die Realität hat gezeigt, dass Militäreinsätze und Kriege dazu führen, dass Frauen und Mädchen am stärksten unter der Kriegssituation und den Kriegsfolgen leiden. Denn jeder Krieg führt zu einer Brutalisierung des gesellschaftlichen Lebens, dem Frauen und Mädchen aufgrund ihrer sozialen Stellung besonders ausgesetzt sind. Da für Afghanistan keine verlässlichen wissenschaftlichen Studien über die Situation von Frauen unter der Herrschaft der Taliban bzw. unter den vorangegangenen Regimen vorliegen, ist es auf dieser Basis nicht möglich, ein eindeutiges „besser-schlechter-Schema“ anzuwenden. Wenn man sich mit der heutigen Lebensrealität von Frauen in Afghanistan befasst, wird allerdings deutlich, dass eine „Frauenbefreiung“ durch den Krieg nicht stattgefunden hat. Mögliche Fortschritte in einigen Bereichen sind nicht damit gleichzusetzen. Denn es sind politische, zivile und soziale Maßnahmen, die zu positiven gesellschaftlichen Veränderungen für Frauen und Mädchen führen können, nicht aber militärische. Denn nicht zu vergessen ist, dass das Taliban-Regime bereits bis Frühjahr 2002 durch die Militärintervention erfolgreich vertrieben worden war.

Gewalt, Rechtlosigkeit und Unterdrückung bestehen fort

Mit der Einsetzung einer neuen Verfassung wurde afghanischen Frauen formal Gleichheit und Rechtssicherheit versprochen. Das reale Leben der meisten Frauen und Mädchen wird allerdings von Gewalt, Angst, Unterdrückung und Einschüchte-

rungen bestimmt. Afghanistan ist auch heute einer der gefährlichsten Orte der Welt für Frauen und Mädchen. 60% der Frauen und Mädchen werden zwangsverheiratet, nicht selten bereits acht Jährige mit alten Männern. Häusliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist an der Tagesordnung und Ehrenmorde sind nach wie vor weit verbreitet (Womenkind 2008, 7). Entsprechend wählen Frauen zu Hunderten weiterhin den Suizid durch Selbstverbrennung, um diesen Lebensumständen zu entgehen.

Die Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Frauen hat nach ihrer letzten Reise nach Afghanistan in ihrem Bericht festgestellt: "the situation of women remains dramatic and severe violence against them all-pervasive" (Commission on Human Rights 2006, 2). Auch im Jahr 2008 hat sich daran nichts geändert. In seiner Presseerklärung zum Frauentag am 08. März 2008 fasst der *United Nations Development Funds for Women* in Afghanistan (UNIFEM) die Situation wie folgt zusammen:

„(women suffer) forced and early marriage, domestic violence, sexual harassment, rape, trafficking of women and children, and honor killings. An overall lack of awareness on women's rights as well as limited participation in the social, economic and political spheres affects Afghan women's ability to protect themselves from violence.“ (UNIFEM 2008).

Das Problem der Gewalt gegen Frauen ist eng verbunden mit dem Scheitern, in Afghanistan Sicherheit, eine funktionierende Staatlichkeit sowie ein unabhängiges Rechtssystem aufzubauen. Die rechtsfreien und gewaltoffenen Räume, die in Afghanistan in den letzten dreißig Jahren durch Krieg und Bürgerkrieg entstanden waren, wurden auch unter der Regierung Hamid Karzais nicht beseitigt. Die existierenden massiven Mängel im Bereich der Sicherheit und der Strafjustiz bedrohen die Freiheit sowie das Überleben von Frauen in besonderem Maße. Die bittere Realität ist im Bericht des UN-Sonderbeauftragten für außergerichtliche und willkürliche Hinrichtungen sowie Hinrichtungen im Schnellverfahren festgehalten:

„The problems in the criminal justice system are multiplied exponentially for women. When women were asked to whom they could lodge a complaint if they faced abuse within the home, or feared for their lives, they replied that, for many of them, even leaving the house to make a complaint would be difficult. If they could leave, they would be too ashamed to make their concerns public. If they did make a complaint to the police, they did not believe that the Afghan National Police (ANP) would take any action. They felt they would only be punished further, or be imprisoned for running away. In short, far too many women at risk of being killed simply have nowhere to turn.“ (Commission on Human Rights 2008, 4)

Die Verletzung von Frauenrechten ist in Afghanistan also alltäglich, der Schutz von Frauen hingegen nicht. Klagen sie ihre Rechte ein, sind sie weiteren Bestrafungen und Gewalt durch die Familie ausgesetzt. Die Täter hingegen können sich darauf verlassen, dass ihre Taten folgenlos bleiben.

Analphabetismus, Armut und Prostitution

Auch heute noch sind nur 12,6 % der erwachsenen Frauen in Afghanistan lese- und schreibkundig (UNDP 2007, 24). Zumeist haben Frauen keine Ausbildung und auch keine bezahlte Erwerbstätigkeit.

Denn auch im Bereich der Mädchen- und Frauenausbildung ist alles nicht so, wie es auf den ersten Blick scheint und gerne vermittelt wird, wenn über die vielen Mädchen berichtet wird, die endlich zur Schule gehen. Nur 19% aller Schulen sind Mädchenschulen; in fast einem Drittel des Landes gibt es keine Schulen für Mädchen (UNIFEM 2007, 2).

Denn Mädchen- und Frauenausbildung ist erbitterten Angriffen ausgesetzt. Mädchenschulen werden abgebrannt, LehrerInnen dieser Schulen eingeschüchtert und ermordet. Eltern schicken ihre Töchter aufgrund der anhaltenden Sicherheitsprobleme nicht mehr zur Schule. Im Ergebnis heißt das, dass hunderte von Schulen wieder geschlossen werden mussten. Gemäß den Angaben des afghanischen Bildungsministers wurden bis Anfang 2007 bereits 590 Schulen wegen der Sicherheitslage geschlossen und 98 Schulen in nur elf Monaten zerstört. Medica Mondiale stellt fest, dass das Recht auf Bildung in Afghanistan mehr Anspruch denn Wirklichkeit ist (Medica Mondiale 2007, 10).

Darüber hinaus verschlimmern der drastische Anstieg der Lebensmittelpreise um 70% innerhalb nur eines Jahres, u.a. durch den letzten ungewohnt harten Winter, gestiegene Transportkosten, anhaltende Dürre sowie fehlende sozioökonomische Perspektiven die bereits bestehende extreme Armut und zwingen immer mehr Frauen dazu, sich zu prostituieren – insbesondere im als relativ friedlich geltenden Norden, dem Kommandogebiet der Deutschen (RAWA 2008). Außerehelicher sexueller Kontakt von Frauen gilt allerdings als schwere Straftat und wird mit der Todesstrafe oder langen Gefängnisstrafen bestraft. Sexarbeiterinnen werden von ihrem gesellschaftlichen Umfeld geächtet und ausgeschlossen. Insbesondere Frauen, die ihre Ehemänner und männlichen Angehörigen im Krieg verloren haben, haben keine Einkommensalternative zur Sexarbeit, um ihre Kinder zu ernähren.

Dieser kurze und noch bei weitem unvollständige Überblick über die Situation in Afghanistan macht deutlich, dass das Leben von Frauen und Mädchen alles andere als „befreit“ ist. Einen Krieg gegen ein Land mit der Befreiung von Frauen zu legitimieren, ist verlogen und hält keinem genaueren Hinsehen stand.

Anmerkungen

- 1 Exemplarisch dafür z.B. Thomas Kossendey, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: „Denn die Frauen könnten heute nicht frei in Afghanistan leben, wenn es dort nicht die ISAF-Truppe gäbe.“ Aktuelle Stunde: Aufgaben von Bundeswehrkampftruppen als Quick Reaction Forces in Afghanistan. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode – 139. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 24. Januar 2008, und Günter Gloser, Staatsminister für Europa: „(...) in den letzten Wochen und Monaten gab es eine Reihe von Begegnungen zwischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, an denen auch Gäste aus Afghanistan teilnahmen. Dort haben Frauen vorgetragen und deutlich gemacht, dass ihnen heute vieles möglich sei, was sie vorher nicht hätten tun können. Dies konnte nur dadurch gelingen, dass Soldaten in

Afghanistan sind.“ Aktuelle Stunde: Haltung der Bundesregierung zu einer räumlichen und personellen Ausweitung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode – 142. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 14. Februar 2008.

Literatur

Commission on Human Rights, 2006: Integration of the Human Rights of Women and a Gender Perspective: Violence against Women. Report of the Special Rapporteur on Violence Against Women, its Causes and Consequences, Yakin Ertürk, 15. Februar 2006. Internet: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/G06/108/06/PDF/G0610806.pdf?OpenElement> (20.07.2008)

Commission on Human Rights, 2008: Promotion and Protection of all Human Rights, Civil, Political, Economic, Social and Cultural Rights, including the Right to Development.

Report of the Special Rapporteur on Extrajudicial, Summary or Arbitrary Executions,

Philip Alston, Preliminary Note on the Mission to Afghanistan, 29. Mai 2008. Internet: http://www.extrajudicialexecutions.org/reports/A_HRC_8_3_Add_6.pdf (20.07.2008)

Kreile, Renate 2005: Befreiung durch Krieg? Frauenrechte in Afghanistan zwischen Weltordnungspolitik und Identitätspolitik, Internet: http://www.fes.de/ipg/IPG1_2005/KREILE.PDF (20.07.2008)

Medica Mondiale, 2007: Women, Peace and Security in Afghanistan, Implementation of United Nations Security Council Resolution 1325. Six Years On: Post-Bonn Gains And Gaps. Internet: <http://www.medicamondiale.org/bibliothek/eigene/doku/> (20.07.2008)

RAWA, Revolutionary Association of the Women of Afghanistan 2008: Afghanistan: Food Prices Fuelling Sex Work in North, IRIN News, 16. Juli 2008. Internet: <http://www.rawa.org/temp/ru-news/2008/07/16/afghanistan-food-prices-fuelling-sex-work-in-north.html> (20.07.2008)

UNIFEM United Nations Development Funds for Women Afghanistan, 2007: UNIFEM Afghanistan – Fact Sheet 2007, Internet: http://www.unama-afg.org/docs/_UN-Docs/_fact-sheets/07mayUNIFEMfact-sheet.pdf (20.07.2008)

UNIFEM United Nations Development Funds for Women Afghanistan, 2008: Presseerklärung 08.03.2008: The Special Fund to Eliminate Violence Against Women is about Investing in Women and Girls in Afghanistan. Internet: http://afghanistan.unifem.org/media/press/08/pr_0308_specialfund.html (20.07.2008)

UNDP, Afghanistan Human Development Report 2007: Bridging Modernity and Tradition: Rule of Law and the Search for Justice, Center for Policy and Human Development. Internet:

http://www.undp.org.af/Publications/KeyDocuments/nhdr07_complete.pdf (20.07.2008)

Womankind Worldwide, 2008: Taking Stock: Afghan Women and Girls Seven Years On. Internet: <http://www.womankind.org.uk/upload/Taking%20Stock%20Report%2068p.pdf> (20.07.2008)

Zwei Jahre Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Reformbedarf in Deutschland und Weiterentwicklung der europäischen Antidiskriminierungspolitik

MARIA WERSIG

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) feierte im August 2008 sein zwei-jähriges Bestehen. Die von KritikerInnen befürchtete Klageflut ist ausgeblieben. Unternehmen beklagen trotzdem durch das Gesetz gestiegene Verwaltungskosten. Antidiskriminierungsverbände kritisierten Mängel des AGG: In einigen Punkten falle das Gesetz hinter die Vorgaben der Antidiskriminierungsrichtlinien zurück. Im Jahr 2008 mahnte die EU Kommission deshalb Nachbesserungen am AGG an und forderte die Bundesrepublik zu einer schriftlichen Stellungnahme auf – der erste Schritt eines Vertragsverletzungsverfahrens. Außerdem stellte die Kommission einen Vorschlag für eine neue Richtlinie vor, die Lücken im europäischen Antidiskriminierungsschutz schließen soll. Gegen die Pläne gibt es in Deutschland erheblichen Widerstand. Dieser Beitrag skizziert die Auseinandersetzungen um die richtlinienkonforme Umsetzung des AGG und die deutsche Debatte über den neuen Richtlinienvorschlag der Kommission.

Kritik am Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

Kritik übten Antidiskriminierungsverbände vor allem an der unzureichenden Ausgestaltung der Instrumente der Rechtsdurchsetzung im AGG: Beweislast, Klagefristen und Verbandsklagerecht im AGG fallen hinter das von den Richtlinien vorgegebene Niveau zurück (Feministisches Rechtsinstitut Hamburg/Antidiskriminierungsbüro Leipzig 2006). Zum Beispiel wurde die Beschwerdefrist für arbeitsrechtliche Ansprüche aus dem AGG auf zwei Monate begrenzt, für Fälle der Geschlechterdiskriminierung ist das ein Rückschritt gegenüber der Rechtslage vor Inkrafttreten des AGG. Wesentliche Bereiche des Erwerbslebens, wie der Kündigungsschutz, wurden vom Geltungsbereich des AGG ausgenommen. Die Vermietung von Wohnraum etwa wird durch umfangreiche Ausnahmen vom Diskriminierungsverbot geregelt, welche die Richtlinien nicht vorsehen. Im Februar 2008 wies die EU Kommission schriftlich auf Umsetzungsmängel im AGG hin und forderte die Bundesregierung zu einer Stellungnahme auf. Dabei waren neben den bereits angesprochenen Mängeln insbesondere Benachteiligungen homosexueller eingetragener Lebenspartner gegenüber heterosexuellen Eheleuten im Beamtenrecht (Beihilfe, Familienzuschlag, Hinterbliebenenversorgung) Thema. Kritisiert wurden darüber hinaus eingeschränkte Rechte von Antidiskriminierungsverbänden und das Erfordernis eines „Verschuldens“ des Arbeitgebers für Schadensersatzpflichten nach dem AGG.¹ Die Bundesregierung

teilte in ihrer Stellungnahme mit, es bestehe kein Reformbedarf, die Richtlinien seien ausreichend umgesetzt.

Neuer Richtlinienentwurf zur Gleichbehandlung außerhalb des Berufes

Die EU Kommission verabschiedete am 2. Juli 2008 ein umfangreiches Sozialpaket, bestehend aus vier Richtlinienentwürfen, fünf Mitteilungen, einem Grünbuch und verschiedenen Arbeitsdokumenten. Teil dieses Pakets ist der Richtlinienentwurf Gleichbehandlung außerhalb des Berufes (Europäische Kommission 2008), welcher einen umfassenden Diskriminierungsschutz im Alltagsleben wegen Behinderung, Alter, sexueller Orientierung sowie Religion und Weltanschauung vorsieht. Mit der neuen Richtlinie soll in allen Lebensbereichen, wie zum Beispiel beim Einkauf, bei Dienstleistungen oder der Wohnungssuche vor Benachteiligung geschützt werden. Die Richtlinie soll in den Bereichen Sozialschutz, Sozialversicherung und Gesundheitsdienste, soziale Leistungen, Erziehung und Bildung, Zugang und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, einschließlich Wohnungen, gelten. Einen Diskriminierungsschutz im Privatrechtsverkehr außerhalb des Arbeitsrechts sahen die bisherigen Richtlinien nur für Diskriminierung aus rassistischen Gründen bzw. wegen der ethnischen Herkunft oder bei Geschlechterdiskriminierung vor. Im AGG wurde der Schutzbereich im Privatrechtsverkehr für sogenannte „Massengeschäfte“, die ohne Ansehen der Person zu vergleichbaren Bedingungen in einer Vielzahl von Fällen zustande kommen und Versicherungsverträge ohnehin auf alle Diskriminierungsgründe erweitert. Damit hatte die Große Koalition die vor der Bundestagswahl 2005 diskutierte „1:1 Umsetzung“ der Richtlinien um einen wesentlichen Punkt ergänzt.

Gleichbehandlung homosexueller Lebenspartnerschaften künftig Pflicht

Außerdem verlangt der Entwurf für den Fall, dass homosexuelle Paare in einem Mitgliedstaat die Möglichkeit haben, eine der Ehe vergleichbare rechtliche Bindung einzugehen (wie z.B. in Deutschland die eingetragene Lebenspartnerschaft), dass diese in allen Rechtsbereichen der Ehe für heterosexuelle Paare gleichgestellt wird. Diesen Weg hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in seinem Maruko-Urteil im April 2008 bereits vorgezeichnet. In dieser Entscheidung sah der EuGH einen Verstoß gegen die Richtlinie 2000/78/EG für die Fälle, in denen einem Homosexuellen eine Hinterbliebenenrente aus einem berufsständischen Versorgungswerk des eingetragenen Lebenspartners verweigert wird, die heterosexuelle Hinterbliebene erhalten hätten (EuGH 2008). Wer nach dieser Entscheidung der Meinung war, die Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe sei nur noch eine Frage der Zeit, wurde schnell eines Besseren belehrt. Denn in einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts wurde eine Verfassungsbeschwerde eines verpartnerten Beamten wegen der Verweigerung des Familienzuschlages abgelehnt, der heterosexuellen Beamten allein aufgrund der Ehe gewährt wird (BverfG 2008).

Mit problematischen Argumenten versuchten die Richter die Ungleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft zu rechtfertigen: Die unterschiedlichen Voraussetzungen des Familienzuschlags für homosexuelle und heterosexuelle Paare seien gerechtfertigt, weil der Gesetzgeber davon ausgehen dürfe, dass typischerweise in der Ehe ein Partner wegen der Kinderbetreuung und hierdurch bedingter Einschränkungen bei der eigenen Erwerbstätigkeit tatsächlich Unterhalt vom Ehegatten erhält und so ein erweiterter Alimentationsbedarf entstehe. Der Beschluss steht in klarem Widerspruch zur Maruko-Entscheidung des EuGH und dürfte die Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft in Deutschland weiter verzögern. Zwar sind die Verfassungsorgane und Gerichte an den Beschluss nicht gebunden. Die Argumentationslinie, die Gleichbehandlung zu verwehren, weil die Situation von Eheleuten und eingetragenen LebenspartnerInnen eben nicht gleich sei, könnte aber von vielen Gerichten aufgegriffen werden. Die Durchsetzung ihrer Rechte in Deutschland liegt vorerst weiter bei den Betroffenen, da vom Gesetzgeber derzeit kein Einlenken zu erwarten ist. Vor diesem Hintergrund ist der neue Richtlinienvorschlag für die politische Durchsetzung der Rechte homosexueller Paare in Deutschland von erheblicher Bedeutung.

Kritik an Kommissionsvorschlag in Deutschland

In der Bundesrepublik wurde der Vorschlag für eine neue Richtlinie von Wirtschaftsverbänden, CDU/CSU und FDP von Anfang an kritisch begleitet. Befürchtet wurden vor allem mehr Bürokratie und Rechtsunsicherheit für die Unternehmen. Vertreter von CDU und CSU hatten bereits im Vorfeld gegen die Richtlinie gearbeitet. In einem Schreiben vom März 2008 forderten Peter Ramsauer (CSU) und Volker Kauder (CDU) ParlamentarierInnen anderer Mitgliedstaaten auf, jeder Initiative zur Ausweitung europäischer Normen im Bereich der Antidiskriminierung entgegenzutreten. Eher sei ein Abbau von Vorschriften zu prüfen. Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Dr. Martina Köppen, äußerte sich im Vorfeld der Veröffentlichung des Entwurfs kritisch zu den Plänen der Kommission und bezeichnete einen erweiterten Diskriminierungsschutz im Bereich privater Verträge als „Schlag für die Wirtschaft“ (FAZ 2008). Dafür wurde sie von Antidiskriminierungsverbänden, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke scharf angegriffen. Die politische Bewertung eines noch unveröffentlichten Vorschlages aus der Sicht der Wirtschaft, so die Kritik, widerspreche dem Auftrag der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle. Die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle war seit ihrer Gründung vom Bemühen geprägt, die Vorbehalte der Wirtschaft gegen das AGG zu überwinden und ökonomische Vorteile diskriminierungsfreier Unternehmen in den Mittelpunkt zu stellen. Die SPD unterstützte die Kommissionspläne – der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Peter Struck begrüßte in einem Brief an den Präsidenten der EU Kommission eine Erweiterung des Antidiskriminierungsschutzes. Ein Netzwerk deutscher Antidiskriminierungsverbände forderte ebenfalls die Verabschiedung eines umfassenden Richtlinienvorschlages auch gegen die Widerstände aus Deutschland (Deutscher Frauenrat 2008), ebenso die

Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch*. Das EU Parlament sprach sich für eine umfassende Richtlinie aus (Europäisches Parlament 2008). Der Richtlinienvorschlag soll eingehend geprüft werden und im Rat für Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz am 2. Oktober 2008 in Luxemburg zur Debatte stehen. Eine politische Einigung wird für den Rat am 15./16.12.2008 angestrebt. Gemäß Art. 13 Abs. 1 EGV ist zur Verabschiedung der Richtlinie im Rat Einstimmigkeit erforderlich. Entschieden wird nach einer Anhörung des Europaparlaments. Nach Art. 13 Abs. 2 EGV können Maßnahmen der Harmonisierung im Mitentscheidungsverfahren getroffen werden, welches im Rat eine qualifizierte Mehrheit erfordert.

Fazit

Recht aus Brüssel ist nicht nur bezogen auf Geschlechterdiskriminierung in der Bundesrepublik ein Motor der Veränderung. Die Umsetzung von europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien geht in Deutschland aber nur schleppend voran. Erheblicher Widerstand schlägt auch dem neuen Richtlinienvorschlag entgegen. Die Diskussion um Belastungen der Wirtschaft und durch Antidiskriminierungsrecht entstehende Kosten überdeckt auch noch zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten die Frage nach den Rechten von Diskriminierungsopfern. Eine positive Imagekampagne für das AGG lässt indes auf sich warten. Die gerichtliche Durchsetzung der Rechte Betroffener ist trotz AGG immer noch schwierig – Klagen sind wegen eines fehlenden Verbandsklagerechts, unzureichender Beweiserleichterung und kurzer Fristen risikoreich, langwierig und teuer.

Anmerkungen

1 Kritik im Einzelnen vgl. BT-Drs. 16/8461, S. 2.

Literatur

Bundesverfassungsgericht, 2008: Versagung des Verheiratetenzuschlags für Beamte, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, verletzt weder Art. 3 Abs. 1 GG noch Art. 33 Abs. 5 GG oder Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG, Nichtannahmebeschluss: vom 6.5.2008, Az: 2 BvR 1830/06, Karlsruhe.

Deutscher Frauenrat, 2008: Brief an den Kommissionspräsident Manuel Baroso, 02.06.2008, http://www.djb.de/static/common/download.php/save/568/DFR%20080602_Barroso.pdf (05.09.2008).

Deutscher Juristinnenbund e.V., Juni 2007:

<http://www.djb.de/Kommissionen/kommission-arbeits-gleichstellungs-und-wirtschaftsrecht/St07-11-Umsetzung-Antidiskriminierungsrichtlinien/> (09.09.2008).

EuGH, 2008: „Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Richtlinie 2000/78/EG – Hinterbliebenenversorgung aus einem berufsständischen Pflichtversorgungssystem – Begriff des Arbeitsentgelts – Versagung mangels Eheschließung – Gleichgeschlechtliche Partner – Diskriminierung wegen der sexuellen Ausrichtung“, Urteil vom 1.4.2008, Az: C-267/06, Maruko, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:62006J0267:DE:HTML> (05.09.2008).

Europäische Kommission, 2008: Non-discrimination and equal opportunities: A renewed commitment, KOM 2008/420, Brüssel.

Europäisches Parlament, 2008: Entschließung vom 20. Mai 2008, P6_TA-PROV(2008)0212, Brüssel.

FAZ, 2008: Warnung vor schärferen Diskriminierungsregeln, 02.06.2008, S. 11.

Feministisches Rechtsinstitut Hamburg/Antidiskriminierungsbüro Leipzig, 2006: Antidiskriminierungsrecht: Die Auseinandersetzungen beginnen erst!, <http://www.feministisches-rechtsinstitut.de/FemRI%20u%20ADB%20zum%20AGG.pdf> [09.09.2008].

Die „Lala community“ in Beijing im Sommer 2008 – zur Selbstorganisation lesbischer Frauen in der VR China

KIMIKO SUDA

Die Hausdurchsuchungen bei zwei Mitgliedern der lesbischen Community in Beijing im März 2008 kamen für die Betroffenen sehr überraschend: Vermutlich waren sie Teil des Aktionsplans der chinesischen Sicherheitsbehörden vor dem Beginn der Olympischen Spiele, unter potenziell regierungskritischen sozialen Organisationen präventiv „aufzuräumen“. Wurden für die schwulen Aktivisten die Durchsuchung und Schließung sämtlicher öffentlicher Badehäuser und anderer Cruising-Treffpunkte mit vorübergehenden Verhaftungen als Warnung inszeniert, so sollte die lesbische Nichtregierungsorganisation (NGO) *Tongyu* („Gemeinsame Sprache“) indirekt dazu aufgefordert werden, die Vorbereitung einer Petition für die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe³ abzubrechen, so die Vermutung Xiao Xians, einer der Gründerinnen der Organisation.²

Vor dem Hintergrund der aktuellen tagespolitischen Ereignisse stellt dieser Artikel zusammenfassend die gesellschaftliche Situation lesbischer Frauen in Beijing dar. Der Fokus liegt dabei auf der Notwendigkeit der Selbstorganisation und der Arbeit der NGO *Tongyu* („Gemeinsame Sprache“). Das soziale Phänomen weiblicher Homosexualität wird dabei in einem historisch-gesellschaftlichen Handlungsrahmen verortet und die These aufgestellt, dass der Zwang zur Heteronormativität durch die Familie den größten Druck auf das Leben lesbischer Frauen ausübt, während die transnationale Vernetzung der chinesischsprachigen lesbischen Community die Entwicklung der Diskurse um Geschlecht, Identität, Repräsentation und politische und soziale Rechte in der VR China zunehmend prägt.

Dem anhaltenden Druck seitens der chinesischen Sicherheitsbehörden zum Trotz wurde im Frühjahr von vier schwullesbischen Organisationen, darunter auch *Tongyu*, in einer Mietwohnung ein gemeinsames soziales Zentrum (*huodong zhongxin*) eröffnet.³ Hier werden sowohl langfristige Strategien zur vorsichtigen Thematisierung sozialer und politischer Rechte (*advocacy*) für gleichgeschlechtliche/queere Lebensweisen in der chinesischen Öffentlichkeit diskutiert, als auch Informationen über neue gesellschaftliche Entwicklungen und Finanzierungsoptionen von Projekten geteilt.⁴

Der historisch-gesellschaftliche Handlungsrahmen

Nach drei Dekaden staatlich verordneter Negierung und Pathologisierung von Homosexualität in allen bedeutenden gesellschaftlichen Institutionen entstanden ab Ende der 1990er Jahre im Anschluss an die Wirtschaftsreformen die ersten Treffpunkte lesbischer Frauen in Beijing und Shanghai, nachdem sich einige Jahre zuvor bereits im Internet die ersten schwullesbischen Communities formiert hatten.⁵

Historisch gesehen wurde das Phänomen von Liebes- oder eheähnlichen Beziehungen zwischen zwei Frauen bereits in den 1920er und 1930er Jahren sichtbar. Beispielsweise sind gleichgeschlechtliche Lebensweisen unter den Seiden- und Textilarbeiterinnen in Shanghai und im südchinesischen Perlflossdelta in der Republikzeit nachweisbar dokumentiert (Sang 2003, 52ff). Die chinesischen wissenschaftlichen Diskurse zur Konstruktion von Heteronormativität und einem biologisch und sozial determinierten binären Geschlechtersystem entstanden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts primär durch den Einfluss japanischer Rezeptionen. Die medizinisch und sozialdarwinistisch ausgerichteten westlichen Werke verdrängten traditionelle religiös-medizinische und konfuzianische Ideen von Körpern und Geschlechtern. (Barlow 2004, 96-114). Gegenwärtig spielt die Disparität zwischen Stadt und Land bei der Analyse der allgemeinen Lebenssituation von Frauen sowie bei der gesellschaftlichen Verortung von lesbischen Frauen in der VR China eine grundlegende Rolle. Frauen aus ländlichen Gegenden bleibt aufgrund des chinesischen Meldesystems (hukou zhidu) der Zugang zur ökonomischen und sozialen Infrastruktur in vielerlei Hinsicht weiterhin verwehrt (Schmidbauer 2001, 11ff.). Informationen über die Situation lesbischer Frauen in ländlichen Gegenden sind bisher kaum erhältlich und das Phänomen einer bewusst gewählten und praktizierten lesbischen sozialen Identität kann gegenwärtig nur im Kontext der graduellen Entstehung einer urbanen Mittelklasse und der individuellen Wahlfreiheit bei der Lebensgestaltung der Mitglieder dieser Gesellschaftsschicht verortet werden (Rofel 2007, 111ff.).

Der Zwang zur Heteronormativität durch die Institution Familie

Für die Mehrheit der lesbischen Frauen in Beijing und Shanghai steht keineswegs die staatliche Repression, sondern das Problem der Heirat und Nachkommen im Mittelpunkt. Eine große Anzahl von Frauen, die während ihres Studiums unbehelligt, wenn auch „geheim“, eine Beziehung mit einer Frau führen konnte, sieht sich mit Mitte/Ende zwanzig nach Abschluss der Ausbildung mit den drängenden Heiratswünschen der Eltern konfrontiert. Die Ein-Kind-Politik der chinesischen Regierung erschwert die Situation für die nach 1979 Geborenen zusätzlich, da es regulär in dieser Generation keine Geschwister gibt, die an ihrer Statt die Ahnenreihe mit ihren Nachkommen fortsetzen könnten. Die Unterbrechung der Ahnenlinie wird innerhalb des Kanons konfuzianischer Ideen als große Respektlosigkeit geahndet und die Mehrheit der Frauen möchte die Gefühle ihrer Familie nicht verletzen. (Sieber 2001, 49ff.; Sang 2003, 220; Kam 2005, 87-105). In Beijing und auch in anderen Großstädten schließen

sich deshalb zunehmend schwule und lesbische Freunde zu „Proforma Ehen“ (mingyi hunyin) zusammen, um ihre Eltern „zu beruhigen“ (Engelbrechtsen 2005, 2).

Die Notwendigkeit von Selbstorganisation

Homosexualität ist in staatsnahen Organisationen wie dem *Allchinesischen Frauenverband (Fulian)* nach wie vor ein Tabu und die Gründung von Organisationen zu diesem Thema ist seitens der chinesischen Regierung explizit „unerwünscht“. Außer einigen seltenen medialen Statements von Intellektuellen gibt es keine öffentliche Repräsentation lesbischer Identität und Interessen. Daher existiert keine Alternative zur Selbstorganisation. Aus dem Wunsch heraus sich über soziale Aktivitäten hinausgehend politisch und kulturell in der Gesellschaft zu repräsentieren, wurde 2005 die NGO *Tongyu* gegründet. Nachdem sich im Kontext der Entstehungswelle von Frauen-NGOs im Vorfeld und Anschluss an die Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing zunächst eine Beratungshotline, dann die erste lesbische NGO *Beijing Sisters* gegründet hatte, kann inzwischen auf eine Entwicklung von einer rein nach innen in die Community gerichteten Organisation hin zu einer politischen Organisation zurückgeblückt werden.

Tongyu hat in den drei Jahren im Anschluss an ihre Gründung landesweit eine Multiplikatorenfunktion innerhalb eines losen Netzwerkes diverser kleinerer lesbischer Gruppen übernommen.⁶ Gab es 2005 nur ein queeres Filmfestival in Beijing, so tourt ein solches Filmfestival dieses Jahr durch mehr als ein Dutzend chinesische Städte. In Beijing kooperieren schwule und lesbische Organisationen eng miteinander. Zum Beispiel wird die Arbeit von *Tongyu* regelmäßig finanziell von schwulen Gruppen unterstützt, die über das Thema „Aidsprävention“ von internationalen Institutionen wie UN größere Geldsummen erhalten

Transnationale Vernetzung und Wissenstransfer

Über die seit Anfang der 2000er Jahre entstandenen lokalen Netzwerkstrukturen hinaus führt die transnationale Vernetzung chinesischsprachiger lesbischer Organisationen zu einem regen Transfer von diversen Diskursen über Identität, Gender, Sexualität und die damit verbundenen politischen und sozialen Rechte und Strategien gesellschaftlicher Repräsentation.

Als ein Beispiel für die transnationale Ebene der Vernetzung kann das „Lala camp“ im Sommer 2007 angeführt werden, an dem über 80 Teilnehmerinnen aus Hongkong, Taiwan, den USA, Kanada und der VR China teilgenommen haben. Ein weiterer Aspekt ist der direkte Einfluss des transnationalen chinesischsprachigen Internets auf die inhaltliche Schwerpunktsetzung der NGO, aber auch auf die individuelle soziale Verortung lesbischer Frauen. Allgemein spielt das Internet die wichtigste Rolle bei der Identitätsfindung, Partnersuche und für den Zugang zur Community (Sang 2003, 254ff.). Wie in einigen anderen südostasiatischen Ländern, beispielsweise in Thailand, gibt es unter jungen lesbischen Frauen das Phänomen der Einteilung in Butch

(tomboy) und Femme (laopo) und damit einhergehende unterschiedliche Performativität von Geschlecht (Kam 2006, 101f.). Beeinflusst durch die taiwanesischen Rezeption englischsprachiger Gender-Diskurse existieren in der VR China inzwischen jedoch auch die Labels „nicht eingeteilt“ (bufen), queer (ku'er) und transgender (kua xingbie) (Chao 2001, 227). Das transnationale chinesischsprachige Netzwerk lesbischer Frauen wird über die Internetforen hinaus von regelmäßigen persönlichen Treffen getragen. Hier zeigt sich eine beeindruckende Solidarität und ein großes gegenseitiges Interesse seiner aktiven Mitglieder über teilweise komplexe Unterschiede hinsichtlich der gesellschaftlichen und politischen Hintergründe und nationale Grenzen hinaus.

Anmerkungen

- 1 Ein solcher Vorschlag wurde bereits in den Jahren 2000 und 2004 von der Soziologin Li Yinhe zur Vorlage beim chinesischen Nationalen Volkskongress eingereicht und abgelehnt.
- 2 Ein Interview zu den Hausdurchsuchungen mit Xiao Xian erfolgte am 01.06.2008 in Beijing, siehe zu den Razzien in Badehäusern auch <http://www.fridae.com/newsfeatures/article.php?articleid=2203&viewarticle=1&searchtype=section&cat=&title=beijing> [09.09.08]
- 3 Diese Wohnung wird von einem Rechtsanwalt als Privatwohnung angemietet, da es nicht möglich ist, für NGOs, die nicht staatlich registriert sind, offiziell ein Büro anzumieten. Um eine Registrierung zu bekommen ist es wiederum notwendig eine Anbindung an eine staatliche Institution (guakao danwei), die das Tagesgeschäft überwachen soll, vorzuweisen.
- 4 Mehr Informationen zu den vier Organisationen unter www.lesplus.org, www.aibai.cn und www.aizhi.net.
- 5 Siehe beispielsweise www.lalabar.com, www.tianya.com.cn, www.lataclub.com und www.yifanbbs.com.
- 6 Unter anderem gibt es lesbische Gruppen in Guangzhou, Chengdu, Chongqing, Kunming, Wuhan und Xi'an.

Literatur

- Barlow**, Tani E., 2004: *The Question of Woman in Chinese Feminism*. Durham/London.
- Chao**, Y. Antonia, 2001: „Drink, Stories, Penis and Breasts. Lesbian Tomboys in Taiwan from the 1960s to the 1990s“, in: Gerard/Jackson, Peter A. (Hg.) 2001: *Gay and Lesbian Asia: Culture, Identity, Community*. New York, 185-210.
- Engebretsen**, Elisabeth, 2005: „Lesbian Identity and community projects in Beijing. Notes from the Field on Studying and Theorizing Same-Sex Cultures in the Age of Globalization“, Internet: <http://bangkok2005.anu.edu.au/papers/Engebretsen.pdf>, [05.05.2007].
- Kam**, Lucetta Yip Lo, 2006: „Noras on the Road: Family and Marriage of Lesbian Women in Shanghai“, in: Khor, Diana/Kamano, Saori (Hg.), 2006: *Lesbians in East Asia: Diversity. Identities and Resistance*. New York/London, 87-105.
- Rofel**, Lisa, 2007: *Desiring China. Experiments in Neoliberalism, Sexuality, and Public Culture*. Durham/London.
- Sang**, Tze-lan D., 2003: *The Emerging Lesbian. Female Same-Sex Desire in Modern China*. London/Chicago.
- Schmidbauer**, Heike, 2001: *Aufbruch aus den Dörfern. Chinesische Migrantinnen zwischen Modernisierung und Marginalisierung*. Berlin.
- Sieber**, Patricia (Hg.), 2001: *Red is Not the Only Colour. Contemporary Chinese Fiction on Love and Sex between Women*. Lanham.

Kurzmitteilungen

Konferenzdokumentation zu „Gender in der Forschung – Innovation durch Chancengleichheit“

Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft fand am 18. und 19. April 2007 im Berliner Kongreßzentrum Axica eine Konferenz zu „Gender in der Forschung – Innovation durch Chancengleichheit“ statt. Die vom CEWS – Kompetenzzentrum „Frauen in Wissenschaft und Forschung“ ausgerichtete Tagung stellte erstmals die Frage der Qualität von Forschung und das Innovationspotenzial von Gender bei der Veränderung wissenschaftlicher Fragestellungen in den Kontext struktureller Veränderungen des Wissenschaftssystems, wobei besonders die Vergabe von Leitungspositionen mitberücksichtigt wurde. Die Dokumentation von Jutta Dalhoff und Dorothee Kreuzer (Hg.): Gender in der Forschung – Innovation durch Chancengleichheit. Konferenz im Rahmen der Deutschen EU Ratspräsidentschaft, Bonn 2008 umfasst u.a. Reden, Vorträge, den Powerpoint-Foliensatz des Keynote-Vortrags von Londa Schiebinger, einen thematischen Überblick der Podiumsdiskussionen sowie Hinweise zu weiterführenden Informationen und kann kostenlos über info@cews.org bestellt oder heruntergeladen werden: <http://www.cews.org/cews/cewspublik.php>

Neuer MA-Studiengang zu „Gender, Sexualities and Ethnic Studies“ an der East-London-University.

Zentrum des neuen Studiengangs bildet das Beziehungsgefüge zwischen Nationalismus, Rassismus, Geschlecht und Geschlechterverhältnissen. Es umfasst u.a. Module zur Intersektionalität, sozialen Ausgrenzung und Diskriminierung, Identitäts- und Migrationspolitiken. Zielgruppe des Studienganges sind vor allem Studierende der Sozial- und Geisteswissenschaften. Weitere Informationen: <http://www.uel.ac.uk>

UNESCO-Report zum Verhältnis von Wissenschaft, Technologie und Geschlecht

Weltweit partizipieren Frauen bis heute nur eingeschränkt in wissenschaftlichen und technologischen Bereichen. Diese Tatsache bildete den Ausgangspunkt einer von der UNESCO im November 2007 in Auftrag gegebenen internationalen ExpertInnen-Studie. Die Ergebnisse zum aktuellen Stand des Verhältnisses von Wissenschaft, Technologie und Geschlecht sind in einem Report zusammengefasst und können im Internet abgerufen werden unter: http://www.unesco.org/science/psd/focus/focus07/gender_rep.shtml

EWIC Scholars Database

Die „Encyclopedia of Women & Islamic Cultures“ (EWIC) ist ein interdisziplinäres Wissenschaftsprojekt zu Frauen und islamischen Kulturen. Neben regelmäßigen Publikationen umfasst das Projekt eine „AutorInnen-Datenbank“, in der sich WissenschaftlerInnen und Studierende, die zu diesem Thema arbeiten, registrieren können. Weitere Informationen unter: <http://sjoseph.ucdavis.edu/ewic/>

Der Schweizerische Nationalfond und das Bundesamt für Bildung und Technologie unterstützen spezielle Programme zur Genderforschung

Das neue Nationale Forschungsprogramm „Geschlechterverhältnisse im Umbruch – Perspektiven einer nachhaltigen Gleichstellungspolitik in der Schweiz“ hat zum Ziel, die Wirksamkeit bisheriger Gleichstellungsbemühungen zu analysieren. Es soll einen wesentlichen Beitrag zur kritischen Bilanzierung und zur Erarbeitung von Grundlagen für eine innovative und nachhaltige Gleichstellungspolitik leisten. Die Ausschreibung erfolgt voraussichtlich im Herbst. Weitere Informationen unter: www.snf.ch/D/forschung/Forschungsprogramme/neue/Seiten/_xc_nfp60.aspx Auch das BBT unterstützt – aus dem Kredit des Bundesprogramms Chancengleichheit an Fachhochschulen – mit rund zwei Millionen Franken die anwendungsorientierte Genderforschung. Damit wird die Entwicklung von Forschung zu angewandten Genderfragen an den Fachhochschulen intendiert. Die Ergebnisse sollen in die Lehre, Organisation und Führung der FHs einfließen. Darüber hinaus soll ein Netzwerk von Expertinnen und Experten in der Genderforschung aufgebaut werden. Projekte dazu können ab sofort eingereicht werden. Weitere Informationen unter: www.bbt.admin.ch/themen/hochschulen/00218/00230/00327/index.html?lang=de

FHW Berlin erhält zum dritten Mal Prädikat für Chancengleichheit

Die Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) Berlin wurde zum dritten Mal mit dem Total E-Quality-Prädikat ausgezeichnet. Der Total E-Quality Deutschland Verein verfolgt das Ziel, Chancengleichheit in der Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung zu etablieren.

Besonders hervorgehoben wurde die kohärente Strategie, mit der die Hochschule ihre Maßnahmen plant und umsetzt. Das Prädikat zeichnet Unternehmen und Hochschulen aus, die eine an Chancengleichheit orientierte Hochschul- und Personalpolitik verfolgen.

Die Jury lobte insbesondere die herausragende Leistungen in der institutionalisierten Genderforschung, das breite gender-spezifische Lehrangebot wie auch das innovative Mentoring-Programm. So hat die FHW Berlin als erste wirtschaftswissenschaftliche Hochschuleinrichtung in Deutschland ein Institut für ökonomische und geschlechterbezogene Forschung gegründet. Das Harriet Taylor Mill-Institut setzt sich intensiv mit Geschlechterstudien auseinander und fördert die Zusammenarbeit von Wissenschaftlerinnen verschiedener Disziplinen. Darüber hinaus vergibt die Hochschule

regelmäßig eine explizite Gender- Professur, die sich aktuell mit dem Schwerpunkt „Wissensmanagement und Gender“ beschäftigt. Auch werden viele Wahlpflichtfächer wie „Ökonomie und Geschlechterverhältnis“ oder „Managing Diversity“ für die Studierenden angeboten.

Schließlich hat die FHW Berlin ein Mentoring-Programm aufgesetzt, das die Lebens- und Studiensituation und Karrierechancen von Studentinnen mit Migrationshintergrund verbessert. Gemeinsam mit dem Frauenverein Zonta werden den Studierenden Mentorinnen zur Seite gestellt, die ihnen während des Studiums und bei dem Berufseinstieg helfen. Aus Sicht von Viola Philipp, der zentralen Frauenbeauftragte der FHW Berlin, sind durch diese Form der gezielten Frauenförderung in den vergangenen Jahren deutliche Gleichstellungserfolge erreicht worden.

Zahlreiche Hochschulen bewerben sich für das Professorinnen-Programm

Insgesamt 113 Hochschulen aus allen 16 Bundesländern haben sich mit ihren Gleichstellungskonzepten auf die erste Ausschreibung des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiierten Professorinnenprogramms beworben. Das Programm unterstützt deutsche Hochschulen dabei, langfristige Perspektiven für hoch qualifizierte Nachwuchswissenschaftlerinnen zu schaffen. Die Hochschulen beantragten inzwischen über 200 Stellen für Professorinnen, davon mehr als die Hälfte für Regelprofessuren. Damit ist aus der Sicht von Bundesbildungsministerin Annette Schavan „die erste Bewerbungsrunde des von Bund und Länder gemeinsam finanzierten Programms ist sehr gut angelaufen. Auch zeige die hohe Beteiligung der Hochschulen, dass sie in dem Professorinnenprogramm ein nachhaltiges Instrument zur dauerhaften Erhöhung der Anzahl von Wissenschaftlerinnen in Spitzenpositionen sehen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Länder stellen zusammen für das Programm 150 Millionen Euro zur Verfügung. Gefördert wird damit die Anschubfinanzierung für fünf Jahre für - vornehmlich vorgezogene - Berufungen von Frauen auf unbefristete W2- und W3-Professuren. Aber auch die Finanzierung von Berufungen auf eine freie Professur ist möglich. Je Berufung und Jahr liegt die Fördersumme bei bis zu 150.000 Euro, die zur Hälfte vom BMBF und vom jeweiligen Sitzland der Antrag stellenden Hochschule getragen werden. Das Besondere an dem Professorinnenprogramm ist, dass die Förderung die positive Begutachtung eines Gleichstellungskonzeptes der sich bewerbenden Hochschule voraussetzt. Die Begutachtung erfolgt durch ein unabhängiges Expertengremium, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Forschung und Hochschulmanagement zusammensetzt. Die beantragte Förderzusage erfolgt für die positiv bewerteten Hochschulen nach erfolgter Berufung. Bis zu 70 Prozent der Programmmittel können in der jetzt abgeschlossenen ersten Bewerbungsrunde vergeben werden. Die Ergebnisse der Begutachtung werden im Spätsommer in Berlin vorgestellt. Weitere Informationen unter: <http://www.bmbf.de/de/494.php>

Weiterbildungsprogramm REGARD

Bei dem Weiterbildungskursprogramm REGARD handelt es sich um eine Initiative von Gleichstellungsbeauftragten der Universitäten der Suisse latine. Das Programm hat zum Ziel, Frauen in ihrer beruflichen Laufbahn zu unterstützen und einen Beitrag zur Chancengleichheit an den Universitäten zu leisten. Es richtet sich vor allem an Nachwuchswissenschaftlerinnen sowie Professorinnen der Universitäten der Westschweiz und des Tessins. Weitere Informationen: <http://www.unifr.ch/regard>

Chancen auf ein Stipendium um 50% gestiegen

In Zusammenhang mit einer Informationskampagne zur Begabtenförderung in Deutschland weist das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) darauf hin, dass sich die Chancen auf ein Stipendium für NachwuchswissenschaftlerInnen in den letzten drei Jahren um fast 50% erhöht haben. Einen Überblick über geeignete Fördermöglichkeiten gibt das Internetportal <http://www.stipendiumplus.de>, das vom BMBF bereits im Juni letzten Jahres eingerichtet wurde und über die Programme der elf vom Bund getragenen Begabtenförderungswerke informiert. Dort werden nicht nur die Profile und Vorgehensweisen der einzelnen Einrichtungen vorgestellt, sondern auch zu einigen Fördermöglichkeiten spezifische Angebote für einzelne Zielgruppen benannt. Zudem finden sich Angaben zu den Fördervoraussetzungen und der grundsätzlichen Ausrichtung aller Förderungswerke. Neben der staatlichen Förderung besteht darüber hinaus auch die Möglichkeit, bei privaten Stiftungen oder Institutionen, so etwa bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), dem Deutschen Akademische Austauschdienst (DAAD) oder bei Graduiertenprogrammen finanzielle Unterstützung für wissenschaftliche Projekte zu beantragen. Weitere Informationen zu forschungsfördernde Informationen finden sich unter: <http://www.stiftungsindex.de>

Promotion – und was dann?

Wissenschaftskarrieren in der Politikwissenschaft und Chemie im Geschlechtervergleich

HEIKE KAHLERT, MARK KLEEMANN UND DOREEN KRUPPA

Die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Politikwissenschaft

Wissenschaftskarrieren sind in Deutschland traditionell aufstiegsorientiert, und der dauerhafte Verbleib auf einer Statusposition unterhalb der Professur ist nicht vorgesehen. Die Chancen, auf eine Professur berufen zu werden, sind aber zwischen Frauen und Männern nicht gleich verteilt, wie jüngst erst wieder der von der Bundesregierung vorgelegte (erste) „Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (BuWiN)“ konstatiert (BMBF 2008, 9).

Amtliche Statistiken belegen für die Politikwissenschaft – wie für andere Fächer auch – mit steigender Qualifikations- und Statusstufe einen abnehmenden Frauenanteil. Zwar sind die Anteile von Frauen mit 47% und Männern mit 53% unter den Abschlüssen im Jahr 2006 annähernd ausgewogen und entsprechen damit dem fächerübergreifenden Durchschnitt, aber bereits bei den abgeschlossenen Promotionen sinkt der Anteil der Politikwissenschaftlerinnen im gleichen Jahr auf 35%, womit er sogar 6% unter dem Durchschnitt aller Fächer liegt (Statistisches Bundesamt 2008). Diese negative Entwicklung setzt sich bei den Habilitationen fort: Von den 24 Habilitationen, die 2006 abgelegt wurden, war nur ein Viertel von Frauen, wobei diese Quote minimal den Wert von 22% im gesamten Fächervergleich überschreitet (Statistisches Bundesamt 2007). Die geschlechtsbezogene Ungleichverteilung findet schließlich ihren Höhepunkt in einem Frauenanteil von 19% an den politikwissenschaftlichen Professuren. Im fächerübergreifenden Vergleich ist dieser allerdings mit 15% noch um fast ein Viertel geringer (Statistisches Bundesamt 2007). Damit gehen der Politikwissenschaft – und anderen Fächern – auf dem Weg an die Spitze wertvolle Potenziale von Frauen verloren.

Auch die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) nimmt dieses Problem wahr und setzt sich bereits seit einiger Zeit mit dem „Drop-Out“ von Nachwuchswissenschaftlerinnen in ihrem Fach auseinander. Vorangetrieben wurde dieses Interesse vor allem durch die Gründung des Arbeitskreises „Politik und Geschlecht“ 1991 und die Einrichtung des „Ständigen Ausschusses für Fragen der Frauenförderung“ (StAFF) 1995.

Im Rahmen der Arbeit des StAFF, der die Thematik der Geschlechtergleichstellung und eine Gender-Perspektive in die Arbeit von Vorstand und Beirat der DVPW implementierte, wurden bereits verschiedene Untersuchungen zur Situation von Frauen in der DVPW durchgeführt (Mühlrath 1997; Hoffmann-Lange/Holland-Cunz 2000;

Abels 2006). Auch wenn es in den vergangenen zwei Jahrzehnten bei den Partizipationsmöglichkeiten von Wissenschaftlerinnen deutliche Verbesserungen gegeben hat, wie die geschlechterparitätische Besetzung von Vorstand und Beirat der DVPW, weisen diese Studien auf verschiedene Formen der Schlechterstellung von Frauen auf dem Weg zur Professur hin. Michèle Knodt u.a. (2004, 113) problematisierten etwa in einer 2003 in der DVPW durchgeführten Untersuchung, dass die Frauen der Politikwissenschaft vor allem beim Übergang von der Promotions- zur Post-doc-Phase verloren gehen und regten die nähere Analyse der Bedingungen an, die diesen „Frauenschwund“ befördern.

Vorstand und Beirat der DVPW gaben schließlich den Anstoß für die Konzeption und Beantragung des im Folgenden vorgestellten Forschungsprojekts „Wissenschaftskarrieren: Orientierung, Planung und Beratung am Beispiel der Fächer Politikwissenschaft und Chemie“. Das Projekt, das ebenfalls vom Vorstand der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) unterstützt wird, wird von März 2008 bis Mai 2010 aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) der Europäischen Union gefördert und unter der Leitung von Heike Kahlert am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock durchgeführt.

Zielsetzungen und Fragestellungen

Im Mittelpunkt des Forschungsvorhabens steht die Frage, wie die Statuspassage von der Promotion in die Post-doc-Phase in individueller, institutioneller und struktureller Hinsicht gestaltet sein müsste, damit Nachwuchswissenschaftlerinnen ihre Wissenschaftskarriere nach der Promotion fortsetzen (können). Die Untersuchung zielt dabei auf eine Analyse der individuellen Karriereorientierungen und -motive, aber auch der institutionellen und strukturellen Bedingungen, die zur Fortsetzung oder zum Abbruch der Wissenschaftskarriere von Frauen nach dem Abschluss der Promotion beitragen. Von besonderem Interesse ist, warum diese Bedingungen viel häufiger bei Frauen als bei Männern dazu führen, der Wissenschaft den Rücken zuzukehren. Daher zeichnet die Studie im Geschlechter-, aber auch Fächervergleich nach, ob und wie Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ihren Auf- bzw. Ausstieg in bzw. aus der Wissenschaft planen, wie sich die Prozesse des cooling-out an Universitäten realisieren und durch welche Faktoren sie moderiert werden. Schließlich soll geklärt werden, wie der Aufstieg an die Spitze im Statusübergang in die Post-doc-Phase durch professionelle Karriereberatung unterstützt werden könnte und wie diese Karriereberatung gestaltet werden müsste.

Der Vergleich des relativ jungen sozialwissenschaftlichen Fachs Politikwissenschaft mit der Chemie als alte Naturwissenschaft ermöglicht, Mechanismen des Wissenschaftsbetriebs zu identifizieren, die über fachspezifische Besonderheiten hinausreichen und lässt gleichzeitig exemplarische Aussagen über die wissenschaftskulturell verschiedenen Ausgangslagen für akademische Karrieren zu. Beide Fächer unterscheiden sich in ihren Fachkulturen und ihrem Wissenschaftsverständnis. Auch wenn

die Promotion in der Politikwissenschaft eine zusätzliche Qualifikation für den außeruniversitären Arbeitsmarkt darstellt, birgt sie für einige Berufsfelder bereits die Gefahr der Überqualifizierung. Zwingend vorgesehen ist sie vor allem für eine wissenschaftliche Laufbahn. In der Chemie hat die Promotion ähnlich wie in der Medizin eine Wertigkeit, die einem Studienabschluss nahe kommt, und ist damit für einen sehr großen Teil der Absolventinnen und Absolventen obligatorisch. Beide Fächer ähneln sich wiederum in Bezug auf die Geschlechterverteilung bei den Studienabschlüssen, Promotionen und Habilitationen. Bei den Professuren ist die Dominanz von Männern mit 91% in der Chemie jedoch viel stärker ausgeprägt. In beiden Fächern kommt schließlich der Habilitation in der wissenschaftlichen Laufbahn ein sehr hoher Stellenwert zu. Für beide Fächer haben die Fach- bzw. Berufsverbände die Herstellung von Chancengleichheit als wichtiges Thema in ihre Arbeit aufgenommen.

Forschungsdesign

Ausgehend von der Auswertung des Forschungsstands und einer Sekundäranalyse statistischer Daten zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses werden jeweils 30 problemzentrierte, leitfadengestützte Einzelinterviews mit Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus den Fächern Politikwissenschaft und Chemie durchgeführt. Interviewt werden Promovierende in der Endphase der Promotion oder Promovierte kurz nach dem Abschluss der Promotion. Neben dem Fächer- und Geschlechtervergleich wird mit dem Verfahren des *theoretical sampling* eine Maximierung der Perspektiven bezüglich Lebensform, Alter, Status (z.B. institutionelle Einbindung, Beschäftigungs- und Finanzierungsform), soziale Herkunft und west- bzw. ostdeutschem Sozialisationshintergrund angestrebt. Ergänzend wird in 10 ExpertInneninterviews mit professionellen Karriereberaterinnen und -beratern das Wissen in Bezug auf die Gegenstände, Verläufe und Ergebnisse der Karriereberatung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Statuspassage von der Promotions- in die Post-doc-Phase erhoben. Alle Interviews sollen inhaltsanalytisch ausgewertet werden. Abgerundet wird die empirische Studie durch eine Bestandsaufnahme von Karriereberatungsangeboten für den wissenschaftlichen Nachwuchs insbesondere im Übergang zur Post-doc-Phase und einen Workshop mit ausgewählten Fachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern sowie wissenschaftspolitischen Akteuren, der dazu dient, die Ergebnisse an aktuelle wissenschaftliche und hochschulpolitische Diskurse rückzubinden, zu überprüfen und zu schärfen.

Auf der Basis der Ergebnisse sollen schließlich Handlungsempfehlungen für die Durchsetzung von Chancengleichheit in der Förderung und Beratung des wissenschaftlichen Nachwuchses formuliert werden, die u.a. Eingang in die Vorstandsarbeit der beteiligten Fachgesellschaften bzw. Berufsfachverbände finden können und wissenschaftspolitische Ansatzpunkte für strukturelle Reformen von Wissenschaftskarrieren in der Post-doc-Phase aufzeigen. Des Weiteren ist die Erstellung einer Handreichung für die Karriereberatung des wissenschaftlichen Nachwuchses geplant.

Call for Interviews

Wir freuen uns, wenn Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler der Politikwissenschaft und der Chemie, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort zu einem Interview bereit sind, mit uns Kontakt aufnehmen. Nähere Informationen zum Projekt und zu den Interviews sowie Kontaktdaten finden sich unter:

www.wiwi.uni-rostock.de/soziologie/wissenschaftskarrieren

Literatur

Abels, Gabriele, 2006: „Bericht zur Entwicklung von Frauen in der DVPW 2003-2005. 1. Gender-Monitoring-Bericht.“ Vorgelegt der Mitgliederversammlung auf dem 23. wissenschaftlichen Kongress der DVPW in Münster. <http://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Gender06.pdf>. (02.07.2008).

BMBF, 2008: „Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“. Bonn, Berlin. <http://www.buwin.de/index.php?id=301> (02.07.2008).

Hoffmann-Lange, Ursula/**Holland-Cunz**, Barbara, 2000: „Bericht über die Ergebnisse der Umfrage des Ständigen Ausschusses für Fragen der Frauenförderung (StAFF) der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) im Sommer 2000.“ Vorgelegt auf dem 21. wissenschaftlichen Kongress der DVPW in Halle-Wittenberg. <http://www.dvpw.de/fileadmin/docs/STAFF2.PDF> (02.07.2008).

Knodt, Michéle/**Willems**, Ulrich/**Kotzian**, Peter, 2004: „Karriereverläufe in der Politikwissenschaft.“ In: PVS 45. Jg. H. 1, 109-115.

Statistisches Bundesamt, 2007: „DeStatis. Bildung und Kultur. Personal an Hochschulen. 2006.“ Fachserie 11 R 4.4. Wiesbaden. <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1021184> (02.07.2008)

Statistisches Bundesamt, 2008: Persönliche Mitteilung von Simone Scharfe vom 21.05.2008.

Individualisierung auf die Spitze getrieben: Selbstbewusstsein und Karriereorientierung als neue Variante des Feminismus?

Kommentar zur Studie „Junge Frauen auf dem Sprung“

SIGRID METZ-GÖCKEL

Gute Nachrichten verbreitet die Studie „Junge Frauen auf dem Sprung“, die eine repräsentative Auswahl junger Frauen im Alter von 17-29 und 27-29 Jahren befragt hat und wahrlich frappierende Ergebnisse präsentiert. Ihr Tenor lautet: Die Emanzipation der jungen Frauen ist vollendet! Und mehr noch, sie werden die Gesellschaft verändern.

Die Selbstwerteinschätzung der jungen Frauen sei durchweg äußerst positiv. Alle sagten von sich: Ich bin gut, und ich werde es schaffen, Partnerschaft, Kinder und Karriere zu vereinbaren. Kein entweder oder, sondern beides zugleich wollen sie verwirklichen, und sie glauben unerschütterlich daran.

Sie werden die Verhältnisse zum Tanzen bringen, so Jutta Allmendinger, die gleichzeitig den Unternehmen rät, sich auf die veränderten Lebensvorstellungen der jungen Frauen einzustellen, wenn sie diese für sich gewinnen wollen.

Die empirischen Befunde besagen konkret: Alle befragten jungen Frauen sind eigenständig auf eine berufliche Verselbständigung ausgerichtet, nicht mehr auf einen Zuverdienst und nicht mehr darauf, in der zweiten Reihe oder hinter dem Mann zu stehen. Sie sind Konkurrentinnen und anspruchsvolle, selbstbewusste Partnerinnen geworden, die Zeit und Raum für sich selbst beanspruchen und mit einem strahlenden Selbstbewusstsein ausgestattet sind.

Dieses Selbstverständnis kommt nicht von ungefähr, schließlich sind die jungen Frauen im Wohlstand in der Nachkriegszeit aufgewachsen. In ihren Familien werden sie gegenüber den Jungen nicht mehr benachteiligt. Die Eltern setzen inzwischen auf die Berufsausbildung ihrer Töchter, nicht mehr auf ihre Verheiratung. Alle Berufe stehen ihnen offen und ihre Bildungsmotivation und -beteiligung hat in den letzten Jahrzehnten die der jungen Männer leicht überrundet. Die jungen Frauen sollen auf eigenen Beinen stehen, und sie selbst wollen es auch. Es scheint also, sie haben die Lektion aus dem Leben der vorherigen Frauengenerationen gelernt. Zwar wollen die jungen Frauen in Partnerschaft leben, aber nicht mehr in einem Verhältnis von Ungleichen, sondern als gleiche, unabhängige, zielstrebige und selbstbewusste Partnerin. Die emanzipierte Frau als Norm, vor allem aber als gesellschaftliche Realität, das ist das Fazit dieser Studie.

Dieser Trend zur Emanzipation ist spätestens seit der ersten Frauenbewegung eingeleitet worden, die sich nicht nur für gleiche Rechte, sondern auch für eine eigene Existenzsicherung der Frauen einsetzte und wurde durch die zweite Welle der Frauenbewegung seit den 1970er Jahren verstärkt. In der modernen Gesellschaft ist dieser Trend zur Verselbständigung auf unterschiedlichen Ebenen in riskanter Weise fort- und durchgesetzt worden, allerdings mit unbeabsichtigten Nebenfolgen. Nicht mehr ist auf die Solidarität der größeren Gruppen zu bauen und die soziale Sicherung über die Ehe ist brüchig geworden. Dies hat die Freisetzung aus der Existenzsicherung über den Ehemann forciert, nicht zuletzt, weil auch die Zuverlässigkeit des männlichen Familienernährermodells hinfällig geworden ist. Die sozialen Verhältnisse sind jedoch nach wie vor sperrig und widersprüchlich gegenüber einer Emanzipation der Frauen: Sie verlangen sie einerseits und verhindern sie zugleich durch die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes, die Verunsicherung der Arbeitsplätze auch für (privilegierte) Männer, die Bröckelung institutionalisierter privater Beziehungen. Dies und ein aktuell prognostizierter Fachkräftemangel vermitteln offensichtlich Botschaften wie: Auf die Frauen kommt es an!

Neu ist das Ausmaß, in dem die jungen Frauen eine eigene Karriere machen und nicht mehr in die des Ehemannes investieren wollen. Insofern sind die alten Geschlechtervorstellungen passé. Aber sind dies Wunschvorstellungen oder halten sie einer Realitätsprüfung stand? Die Antwort ist: Ja und nein.

Objektiv ist die Ausgangssituation für die jungen Frauen besser als je zuvor. Der kleine Vorsprung der jungen Frauen in der allgemeinen Bildungsbeteiligung und in einigen Bildungssektoren sowie einzelne herausragende Karrierefrauen sind aber nicht idealistisch zu überhöhen. Denn dies bedeutet keineswegs, dass alle Frauen gut gebildet sind, und gar besser als die jungen Männer und schon gar nicht sind alle bestens ausgebildet und beruflich erfolgreich. Sonst wäre nicht auch von Bildungsarmut in der Bildungsgesellschaft zu reden (vgl. Solga 2007). Die Bildungsvorsprünge der jungen Frauen sind in einem „Schonraum“ erworben, die Verhältnisse in den Unternehmen und Betrieben aber sehen anders aus, ebenso in den familialen privaten Konstellationen, in denen sich nach dem ersten Kind eigenmächtig eine Retraditionalisierung wieder einstellt, wie alle Untersuchungen zeigen (vgl. Rütling 2007).

Antizipierter Fachkräftemangel und traditionelle Geschlechterverhältnisse

Die Vorstellungen der jungen Frauen drücken nicht nur eine veränderte Partnerschaftsvorstellung aus. Auch das Vorurteil über Frauen als Vorgesetzte scheint bei ihnen weitgehend aus den Angeln gehoben zu sein. Möglicherweise machen die jungen Frauen jetzt mehr Erfahrungen mit weiblichen Vorgesetzten, so dass 69% der Befragten meinen, Frauen seien sogar die besseren Vorgesetzten. Das unterstützt offenbar die eigene Karriere-Motivation. Aber wie andere Untersuchungen zeigen, ist die betriebliche wie auch die soziale Realität nach wie vor von einer strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber den Interessen und Wünschen von Frauen und Familien gekennzeichnet (vgl. Hochschild 2006), auch wenn sie familien- und mitarbeiterfreundliche Parolen verbreiten. Allmendinger meint zwar, die Unternehmen werden sich auf die jungen Frauen einstellen müssen, da ein Fachkräftemangel prognostiziert ist. Aber was ist, wenn der Fachkräftemangel nachlässt und sich neue Arbeitsmarktkrisen abzeichnen – kommen dann wieder die alten Parolen auf den Tisch?

Veränderte Partnerschafts- und feministische Familienvorstellungen

Die Rede von der Auflösung der Geschlechterrollen ist nicht neu, wohl aber die rhetorische Radikalisierung in ihrer sozialen Verbreitung, nicht zuletzt dank feministischer Radikalität, von der sich abzugrenzen die jungen Frauen nicht mehr nötig haben. Eine selbstbewusste Haltung artikulierten die jungen Frauen aller Ausbildungsniveaus, diejenigen mit Hauptschulabschluss wie mit Abitur, die junge Frau in der Berufsausbildung und im Studium, die Kauffrau, die Hotelfachfrau u.a.m. Die zitierten Einzelaussagen befragter Frauen legen diese Interpretation in der Tat nahe, so dass sich eine dominante Berufsorientierung bei den jungen Frauen über alle sozialen Schichten und Ausbildungsniveaus hinweg finden ließ. Geissler/Oechsle (1996) hatten in den

1990er Jahren mehrere Modelle der Lebensplanung herausgefunden und den Akzent auf die doppelte Lebensplanung als ein Modell der Zukunft gelegt. In der vorliegenden Brigitte-Studie wird diese Ausrichtung durch das berufsorientierte Lebenskonzept abgelöst. Dass auch junge Frauen mit Hauptschulabschluss sich selbstbewusst äußern, sie würden es schaffen, Familie und Beruf zu vereinbaren, erstaunt auch wieder nicht. Tatsächlich waren sie ja immer schon berufstätig und als Hinzuverdienende auf dem Arbeitsmarkt stärker präsent als die Hausfrauen der Mittelschichten.

Diese emanzipatorische Entwicklung der jungen Frauen hat viele Vorläufer. Dass sich die Frauen schneller verändern als die Verhältnisse, dass sich die Entwicklungen bei ihnen trotz aller Widersprüchlichkeit sehr viel rascher und tiefer vollziehen als bei den Männern, ist in der Frauen- und Geschlechterforschung längst bekannt. Verlust und Gewinn sind aber auch zwischen den Frauen unterschiedlich verteilt und vor allem sind die Untersuchungsbefunde bei einer Gruppe von Frauen erhoben, die die Probe aufs Exempel noch nicht gemacht hat, so dass noch offen ist, ob eine neue Balance, die auch die Männer und vor alle die Väter einbezieht, gegen Widerstände gelingen wird. Skepsis scheint mir gegenüber allen Generalisierungen dieser Studien sehr angebracht.

Methodische Skepsis

Skepsis macht sich auch in methodischer Hinsicht breit, ob die Ergebnisse, selbst wenn sie für die untersuchten Altersgruppen repräsentativ sind, nicht doch auch methodisch hergestellt sind, indem sozial erwünschte Antworten gegeben wurden. So voll gepumpt mit Selbstbewusstsein können nicht alle jungen Frauen sein. In meinem akademischen Umfeld stoße ich immer noch auf erstaunlich viele junge Frauen bester Ausbildung mit ungeheuer tiefen Selbstzweifeln und Zukunftsängsten.

Das neue und so weit verbreitete Selbstbewusstsein der jungen Frauen wird sich vor allem gegen widrige Umstände erst bewähren müssen. Punktuelle Aussagen zur subjektiven Wahrnehmung sind nur eine Seite der Medaille und vor allem waren 77% der Befragten ohne Kinder, ebenso wenig Frauen aus Migrantenfamilien.

Schlussfolgerung

Dem Feminismus einen guten Klang gegeben zu haben, und die Zeichen eines veränderten Bewusstseins der jungen Frauen, sind erfreuliche Befunde dieser Studie. Der Feminismus ist bei den jungen Frauen angekommen, aber in veränderter Gestalt. Ihr Selbstbewusstsein basiert auf der starken Einzelfrau. Nicht mehr der Zusammenhalt der Frauen, die soziale Bewegung zur Emanzipation, sondern die starke Einzelperson soll die Gesellschaft bewegen und verändern.

Ein Schritt zur Emanzipation ist, dass die jungen Frauen nicht mehr auf die Karte der Partnerschaft setzen, sondern auf ihre eigenen Leistungen und ein Selbstbewusstsein äußern, das dem männlichen nicht nachsteht. Vielleicht verhilft es dazu, neue Balancen von Arbeit und Leben für Frauen und Männer in Partnerschaften herzustellen

und die Verhandlungen der individuellen Interessen so erfolgreich zu führen, dass ein gleichberechtigtes Leben außerhalb der Arbeit auch für Männer, insbesondere Väter möglich wird.

Nicht erstaunt, dass die Medien die Botschaft so breit und begeistert aufgegriffen haben. Die Hoffnung der Zukunft liegt bei den jungen Frauen. Sie sind als Ressource inzwischen entdeckt und attraktiv, was die alten Feministinnen schon lange wissen. Ein neuer Pragmatismus macht sich breit im Umgang mit den Feministinnen und dem Feminismus.

Anmerkungen

- 1 Die Studie wurde vom Wissenschaftszentrum Berlin in Kooperation mit INFAS und im Auftrag der Redaktion der Frauenzeitschrift „Brigitte“ unter Leitung von Jutta Allmendinger durchgeführt. Befragt wurden 1020 junge Frauen, 78% aus Westdeutschland, 19% waren verheiratet, 77% hatten noch keine Kinder, 29% gingen noch zur Schule, 14% waren Azubis, 22% arbeiteten Vollzeit, 9% Teilzeit, 14% waren nicht berufstätig. Unter den Befragten hatten 25 % mit Hauptschulabschluss, 48% mittlere Reife und 27% Abitur. Das Prestige der Institution des Wissenschaftszentrums verleiht den Befunden hohe Glaubwürdigkeit und eine hohe mediale Strahlkraft. Die Studie kann gegen eine Gebühr von 5 € als PDF-Datei heruntergeladen werden unter: <http://www.brigitte.de/frau/paid/frauen-auf-dem-sprung-2008/index.html>

Literatur

- Born, Claudia/Krüger, Helga/Lorenz-Meyer, Dagmar, 1996:** Der unentdeckte Wandel. Annäherungen an das Verhältnis von Struktur und Norm im weiblichen Lebensstil. Berlin.
- Geissler, Birgit/Oechsle, Mechthild, 1996:** Lebensplanung junger Frauen. Zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensläufe. Weinheim.
- Hochschild, Arlie Russel, 2006:** Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur die Arbeit wartet, Wiesbaden [2. Aufl.].
- Rüling, Anneli, 2007:** Jenseits der Traditionalisierungsfallen. Wie Eltern sich Familien- und Erwerbsarbeit teilen. Frankfurt/M.,New York.
- Solga, Heike, 2007:** Bildungsarmut und Ausbildungslosigkeit in der Bildungs- und Wissensgesellschaft. In: Becker, Rolf (Hg.): Lehrbuch der Bildungssoziologie: Fragestellungen, Theorien und empirische Befunde. Wiesbaden.

Bericht des 8. Sprecherinnenrates

Dies ist unser letzter Bericht als Sprecherinnenrat. Unsere Amtszeit endet mit der diesjährigen Tagung des Arbeitskreises im September, und wir wollen diesen Bericht daher auch für einen kleinen Jahresrückblick nutzen.

Den Auftakt des Jahres bildete ein „Work-in-Progress“-Workshop im März. Wie bereits in unserem letzten Bericht erwähnt, diente dieser der Diskussion von Abschlussarbeiten, Forschungsprojekten und Aufsätzen, die sich im Entstehungsprozess befinden.

Das Hauptbetätigungsfeld unserer diesjährigen Arbeit lag in der Vorbereitung der Jahrestagung des Arbeitskreises „Gleichstellungs- und Familienpolitik in Zeiten der Großen Koalition: Neuer Feminismus? Modernisierung? Re-Traditionalisierung?“, der Ende September 2008 in Potsdam stattfinden wird. Anliegen der Tagung ist, ein Forum für einen Austausch über Stand und Perspektiven der Gleichstellungs- und Familienpolitik zu bieten. Die Politik der Großen Koalition nach drei Jahren Amtszeit sowie die Debatte um diese sollen aus feministischer Perspektive reflektiert und einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Dabei soll auch ein Blick auf die europäische Ebene geworfen werden, da die Debatte um Fort- oder Rückschritte in der Gleichstellungs- und Familienpolitik nicht nur hierzulande, sondern auch in anderen europäischen Ländern geführt wird. Die Resonanz auf den Call for Papers war groß, so dass ein spannendes Programm entwickelt werden konnte. Dieses kann auf der Homepage des Arbeitskreises eingesehen werden. Es ist uns gelungen, finanzielle Unterstützung für die dreitägige Tagung von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Hans-Böckler-Stiftung zu bekommen. Darüber hinaus unterstützt uns die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg vor Ort. Inhaltlich wird sicherlich in der nächsten Ausgabe der *Femina Politica* über die Tagung zu berichten sein. Zudem werden die Ergebnisse der Tagung in einem eigenen Band in der Buchreihe „Politik und Geschlecht“ des Arbeitskreises ihren Niederschlag finden. Dieser wird voraussichtlich im September 2009 erscheinen.

Einen weiteren Schwerpunkt der vergangenen Monate bildete der Verlagswechsel für besagte Buchreihe des Arbeitskreises. Nach gut zehn Jahren zunächst im Verlag Leske und Budrich und dann im VS Verlag erscheint die Reihe nun im Verlag Barbara Budrich. Die beiden jüngsten Veröffentlichungen der Buchreihe (Band 19 und 20) sind noch im VS Verlag erschienen. Band 19 trägt den Titel „Mehrheit am Rand? Geschlechterverhältnisse, globale Ungleichheit und transnationale Handlungsansätze“ und ist aus dem AK-Panel auf dem DVPW-Kongress im Jahr 2006 hervorgegangen. Herausgeberinnen sind die ehemaligen Sprecherinnen Heike Brabandt, Bettina Roß und Susanne Zwingel. Band 20 stammt von dem Nachwuchswissenschaftler Ringo

Narewski und trägt den Titel „John Stuart Mill und Harriet Taylor Mill. Leben und Werk“.

Wiederholt werden soll an dieser Stelle auch noch einmal der Aufruf an interessierte AutorInnen, in Frage kommende Manuskripte dem SprecherInnenrat für eine Veröffentlichung in der Buchreihe vorzuschlagen. Die Reihe ist grundsätzlich für alle feministisch-politikwissenschaftlichen Schulen, Ansätze und Themenfelder offen und bietet die Möglichkeit, politikwissenschaftliche Monographien, Dissertationen und Sammelbände zu veröffentlichen. Wenn Ihr/Sie ein Buchprojekt anzubieten habt: Der SprecherInnenrat freut sich auf Eure/Ihre Manuskripte!

Was gibt es noch Berichtenswertes von der Arbeit des SprecherInnenrates während der vergangenen Monate? Unsere Homepage ist umgezogen! Informationen zu Veranstaltungen, der Buchreihe und der Arbeit des AK „Politik und Geschlecht“ sind nun unter: <http://www.politik-und-geschlecht.de> zu finden. Diese Homepage sollte auch von Nicht-Mitgliedern, die sich für die Arbeit des AK „Politik und Geschlecht“ in der DVPW interessieren, leicht aufgefunden werden und diesen allgemein besser bekannt machen. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, uns an dieser Stelle für all die Unterstützung zu bedanken, die wir im Laufe unserer Amtszeit erfahren haben. Auch wünschen wir den nächsten SprecherInnen, die auf der Mitgliederversammlung auf der AK Tagung in Potsdam gewählt werden, bei ihrer Arbeit alles Gute. Wir sind uns sicher, dass auch der nächste SprecherInnenrat an dieser Stelle weiterhin über anregende Tagungen und interessante Buchpublikationen berichten und so den Austausch zwischen feministisch- und geschlechterkritisch-arbeitenden PolitikwissenschaftlerInnen anregen kann!

Der 8. SprecherInnenrat

Diana Auth, Dr., Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft, Karl-Glöckner-Str. 21E, 35394 Gießen, Tel.: 0641/99-23 135, E-Mail: diana.auth@sowi.uni-giessen.de

Eva Buchholz, M.A., Norikerstraße 19, Block II/App. 20, 90402 Nürnberg, Tel.: 0911/133 23 93, E-Mail: buchholz-eva@web.de

Stefanie Janczyk, M.A., Philipps-Universität Marburg, Graduiertenkolleg, c/o Institut für Europäische Ethnologie, Biegenstraße 9, 35032 Marburg, E-Mail: janczyk@staff.uni-marburg.de

Renate Niekant, Dr., Justus-Liebig-Universität Gießen, Arbeitsstelle Gender Studies, Karl-Glöckner-Str. 21H, 35394 Gießen, Tel.: 0611/890 48 24, E-Mail: renate.niekant@sowi.uni-giessen.de

Alexandra Scheele, Dr., Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Professur für Frauenforschung, August-Bebel-Str. 89, 14482 Potsdam, Tel.: 0331/977 35 64, E-Mail: ascheele@uni-potsdam.de

AK-Homepage: <http://www.politik-und-geschlecht.de>

Bericht aus Vorstand und Beirat der DVPW

GABRIELE ABELS

Im Mai 2009 fand eine Sitzung des Vorstands und Beirats der DVPW in Kiel, dem Ort des nächsten Kongresses, statt. Bei dieser Gelegenheit wurden u.a. die Örtlichkeiten im Hinblick auf ihrer „Kongresstauglichkeit“ geprüft. Für Veranstaltungen und auch für Empfänge sind die Gegebenheiten sehr gut, so dass ohne Probleme in guter alter Tradition wieder ein Frauenempfang gemeinsam vom Ständigen Ausschuss für Frauenförderung (StAFF), dem AK Politik und Geschlechter und der Redaktion der *Femina Politica* durchgeführt werden kann. Aufgrund der insgesamt positiven Erfahrungen mit den Nachwuchs- und Frauenversammlungen auf dem Münsteraner Kongress 2006 sollen auch in Kiel wieder solche Versammlungen anberaumt werden, allerdings mit etwas mehr Zeit am zweiten Kongressabend. Ebenfalls aufgrund der positiven Erfahrungen soll auch wieder eine Kongressparty am Donnerstagabend veranstaltet werden. Im Unterschied zu früheren Kongressen wird ein Programmkomitee eingesetzt, dem u.a. Gabriele Abels als Vertreterin des Beirats und StAFF in Personalunion angehört. Das Programmkomitee soll auf eine stärkere thematische Kohärenz achten, als dies bei früheren Kongressen insbesondere im Hinblick auf die Veranstaltungen der Untergliederungen der Fall war, sowie ein Augenmerk auf eine hohe Repräsentation von Referentinnen haben. Ferner soll mit dem Kongress eine stärkere Vernetzung der Untergliederungen angestrebt werden. Zu diesem Zweck ist der Donnerstagsvormittag gemeinsamen Veranstaltungen mehrerer Untergliederungen vorbehalten. Gerade Arbeitskreise mit einem Querschnittscharakter wie der AK Politik und Geschlecht profitieren.

Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung der Sitzung war die Drei-Länder-Tagung, d.h. die gemeinsame Tagung der drei deutschsprachigen Fachgesellschaften, die zum Thema „Verfassung der Demokratien“ im November 2009 in Osnabrück stattfinden wird. Im Rahmen der Tagung finden neun Workshops statt. Einen Gender-Workshop gibt es auf der Tagung nicht, hierfür wurde leider kein Vorschlag eingereicht. Im Rahmen der Tagung wird allerdings eine Informations- und Diskussionsveranstaltung, „Promotion – und was dann?“ stattfinden, die auch für den weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs von großem Interesse sein dürfte.

Für den Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten werden gemeinsam von der DVPW und der Schwesterorganisation DGfP (Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft) Nominierungen vorgenommen. Ganz im Sinne der Geschlechterparität wurden Ursula Hoffmann-Lange und Rüdiger Schmitt-Beck vorgeschlagen.

Die neu gegründete *European Conference of Political Science Associations* wird im Oktober 2009 tagen. Der Dachverband dient der stärkeren Vernetzung der nationalen Vereinigungen in Sachen Forschung und insbesondere Lehre. Offen ist, inwiefern hier auch geschlechterpolitische Anliegen eingebracht werden (können).

Die nächste Sitzung findet Ende Oktober 2008 in Hannover statt. U.a. wird eine Entscheidung über den/die PreisträgerIn des Theodor-Eschenburg-Preis 2009 getroffen.

Bericht aus dem Ständigen Ausschuss für Fragen der Frauenförderung der DVPW (StAFF)

ANNETTE HENNINGER

Die Tätigkeit des StAFF wurde in den vergangenen sechs Monaten bereits von den Vorbereitungen für den DVPW-Kongress geprägt, der zum Thema „Politik im Klimawandel. Keine Macht für gerechte Lösungen?“ vom 21.-25.9.2009 in Kiel stattfindet. Zur Vorbereitung des Kongresses gibt es ein Programmkomitee, dem Gabriele Abels als Mitglied des Beirats und Vertreterin des StAFF angehört. Der StAFF wird zudem – anknüpfend an eine nunmehr gut eingebürgerte Tradition – wieder gemeinsam mit der Zeitschrift *Femina Politica* und (vorbehaltlich der Unterstützung durch den im September zu wählenden Sprecherinnen-Rat) mit dem AK Politik und Geschlecht einen Empfang ausrichten, der nach der derzeitigen Kongressplanung am Dienstag, 22.09.09 ab 20.00 stattfinden wird.

Routinemäßig hat der StAFF zudem die halbjährliche Erhebungswelle für das Gender-Monitoring der DVPW durchgeführt; die nächste Welle findet dann im Herbst 2008 statt. Nach den ersten Anlaufschwierigkeiten mit dem Turnus der Erhebung scheint sich das Verfahren nun eingespielt zu haben; der Rücklauf hat sich durch die verkürzte Erhebungsdauer und den vereinfachten Fragebogen deutlich verbessert. Die Ergebnisse des Gender-Monitorings werden beim nächsten DVPW-Kongress präsentiert. Auf Anregung des StAFF hat der Vorstand der DVPW der International Political Science Association (IPSA) die Durchführung einer ähnlichen Erhebung in den IPSA-Mitgliederorganisationen vorgeschlagen, um internationale Vergleichsdaten zu erhalten. Erfreulicherweise stieß unser Vorschlag bei der IPSA auf Interesse und wir wurden aufgefordert, einen Vorschlag für einen Fragebogen zum Thema „Status of Women in the National Associations“ vorzulegen. Der Vorschlag ist inzwischen dem IPSA-Executive Committee übersandt worden. Wann hier mit Ergebnisse zu rechnen ist, ist gegenwärtig unklar. Wir hoffen, beim DVPW-Kongress 2009 auch Daten zur IPSA vorlegen zu können.

Angeregt durch das Interesse an den Aktivitäten des StAFF seitens der IPSA arbeiten wir gegenwärtig an der Erstellung einer englischen Version der StAFF-Homepage (www.dvpw.de/staff.html), damit sich InteressentInnen aus dem Ausland leichter über unsere Arbeit informieren können.

Die nächste StAFF-Sitzung findet Ende Oktober 2008 statt. Ideen, Anfragen und Anregungen können gerne an uns gerichtet werden:

Gabriele Abels: gabi.abels@web.de (Sprecherin)

Annette Henninger: annette.henninger@iab.de (stellvertretende Sprecherin)

REZENSIONEN

Gertraude Krell, Barbara Riedmüller, Barbara Sieben, Dagmar Vinz (Hg.)

Diversity Studies. Grundlagen und disziplinäre Ansätze

JULIA LEPPERHOFF

Der Sammelband verfolgt das Ziel, zu einer „Institutionalisierung von Diversity Studies als integrierende Forschungsrichtung“ (7) beizutragen und basiert auf Beiträgen eines 2005 gegründeten Forschungsnetzwerkes an der Freien Universität Berlin, das unter dem Leitmotiv „Arbeiten an und mit dem Konzept Diversity“ aktiv ist. Die Auseinandersetzung mit Diversity findet dabei aus ganz unterschiedlichen disziplinären Perspektiven statt – von Medizin über Rechts- und Politikwissenschaft bis hin zur Ethnologie und Personalforschung – aber auch interdisziplinär angelegte Beiträge zu Querschnittsthemen wie Vorurteilen oder Antidiskriminierung sind vertreten. Schwerpunkte liegen meist auf den Kategorien Geschlechter, Ethnizität und bisweilen auch Alter als Dimensionen der Differenzierung und/oder Ungleichbehandlung.

Aus Perspektive der feministischen Politikwissenschaft sind vor allem die Beiträge über die theoretische Konzeption von Differenz, zur Vorurteilsforschung sowie zu Diversity Politics, Diversity Management und Antidiskriminierungspolitik von Interesse, die im Weiteren vertiefend vorgestellt werden.

Martin Fuchs analysiert soziale Diversität als Folge von Differenzhandlungen. Dabei stellt Fuchs die postkoloniale Kritik in das Zentrum seiner Ausführungen, da dieser Diskurs dazu beitragen könne, „kulturelle Unreinheit“ zu thematisieren (27). Mit der Einsicht in die Verwobenheit der Kulturen in der Moderne, gleichzeitig aber auch der Öffnung des Blickes für multiple Kulturformen und schließlich der Realisierung einer Vielfalt von unterschiedlichen Formen der „Koexistenz des Differenten“ (ebd.) schafft die postkoloniale Debatte laut Fuchs zahlreiche Anknüpfungspunkte für die kulturwissenschaftliche Analyse von Differenz und Diversität.

Wolfgang Benz und *Peter Widmann* stellen grundlegende Ergebnisse der Vorurteilsforschung vor, die für den sozialen Umgang mit Diversity relevant sind. Vorurteile als „starre und pauschale negative Einstellungen gegenüber Bevölkerungsgruppen oder gegenüber Einzelnen, die mit bestimmten Gruppen assoziiert werden“ (36), haben dabei kognitive wie emotionale Funktionen für ihre Träger: So bieten sie dem Einzelnen Orientierung, da Vorurteile Ambivalenzen in Eindeutigkeiten verwandeln (39) und sie stützen individuelle und kollektive Identität. „Dämonisierung der Fremd- und Idealisierung der Eigengruppe sind dabei zwei Seiten einer Medaille“ (40). Eine weitere zentrale Erkenntnis ist, dass Vorurteile sich nicht aus schlechten Erfahrungen ableiten, sondern Resultat von Lernprozessen im Verlauf der Sozialisation sind. Nicht

zuletzt erzeugen Vorurteile ihre eigene Wirklichkeit und erhalten sich selbst am Leben, da das Vorurteil einerseits die Ursache von Ausgrenzung ist, andererseits die Ausgrenzung wiederum Vorurteile bedingt. Aus diesen Befunden ergibt sich für Benz und Widmann die Schlussfolgerung, dass Vorurteile nicht unüberwindbar, aber sehr langlebig sind. Durch diversitätsorientierte Maßnahmen oder auch Bildungsförderung ließen sich denn auch eher die demokratischen Gegenkräfte stärken als die Personen erreichen, bei denen sich Vorurteile bereit verfestigt haben.

Barbara Riedmüller und *Dagmar Vinz* plädieren für eine stärkere politikwissenschaftliche Nutzung von Diversity als neuen Ansatz für die Analyse von Prozessen staatlicher und nicht-staatlicher Steuerung. Die Frage, wie politische Akteure Differenz herstellen, steht dabei im Mittelpunkt. Für die drei Dimensionen des Politikbegriffs (Polity, Politics und Policies) zeigen die Autorinnen und Mitherausgeberinnen des Bandes ganz unterschiedliche Bezugspunkte auf: Hinsichtlich des Verhältnisses von Staatlichkeit und Diversity lasse sich an Debatten um multikulturelle Staatsbürgerschaft als komplementäre Ergänzung der universellen Staatsbürgerschaft von liberal demokratischen Staaten anknüpfen oder auch an die Gewährung von Gruppenrechten für ImmigrantInnen und nationale Minderheiten. Diese müssten normativ auf „Diversity & Inclusion“ zielen. Angesichts der steigenden Bedeutung von „Marktakteuren als Treiber einer ‚Politik der Vielfalt‘“ (152) erhielten aber auch die Wechselbeziehungen von staatlichen und nicht-staatlichen Formen des Umgangs mit sozialer Diversität eine neue Bedeutung. Schließlich zeigen Riedmüller und Vinz, dass auch einzelne Politikinhalt Bezüge zu Diversity enthalten: Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik mit einer wachsenden Zielgruppendifferenzierung und individuellem Profiling sei hier genauso zu nennen wie die Rentenpolitik, die auf eine zunehmende Destandardisierung von Lebensläufen reagieren müsse. Als weiteres Feld wird auf die Verleihung der Staatsangehörigkeit verwiesen, eigentlich ein Kernbereich hierarchischer Steuerung, der aber ebenfalls einem Wandel unterworfen sei, da „Diskurse über Rechte und Pflichten zunehmend mit Bezug auf Menschen- oder Persönlichkeitsrechte“ (158) eingefordert und multiple Formen der Staatsbürgerschaft implementiert werden (ebd.).

Karen Schönwälder wirft angesichts des im Jahr 2006 in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes einen Blick auf die jahrzehntelangen Erfahrungen, die in Großbritannien mit dem Diskriminierungsschutz von Angehörigen ethnischer Minderheiten gemacht wurden. Dabei kommt sie zu dem Schluss, dass ein „multistrategy approach“, der die Ebene gesetzlicher Vorschriften und Sanktionen mit der Sensibilisierung für Diskriminierung kombiniere, besonders vielversprechend ist. Unabdingbar sei in diesem Zusammenhang eine unabhängige Behörde, die leicht zugänglich sowie mit Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist – allesamt Merkmale, die für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Deutschland nicht zutreffen. Auch die in Großbritannien gebündelte Behandlung ganz unterschiedlicher Diskriminierungsgründe in einer gemeinsamen Institution wie der Commission for Equality and Human Rights (CEHR) wird von Schönwälder als positiv betrachtet, da

die Anliegen von ethnischen Minderheiten durch die Einbettung in allgemeine Menschenrechtsfragen an Auftrieb gewinnen können.

Gertraude Krell und *Barbara Sieben* stellen die Strategie des Diversity Management und ihr Leitbild der multikulturellen Organisation vor. Sie systematisieren, zu welchen Themen und aus welchen Perspektiven in der Personalforschung zu Diversity Management geforscht wird. Mit einem „Diversity-Kompass“ werden vier unterschiedliche Perspektiven der Personalforschung aufgezeigt: funktionalistische, interpretative, poststrukturalistische und ideologiekritische. Abschließend unterstreichen Krell und Sieben die Fruchtbarkeit multiparadigmatischer Analysen, um Diversity theoretisch zu fundieren und die Verengung durch die vorherrschenden funktionalistischen Ansätze aufzubrechen.

Insgesamt fällt angenehm auf, dass die mittlerweile breit diskutierte Kritik, die an Diversity Management oder am Diversity-Begriff geäußert wird, nicht noch einmal en détail aufgerollt wird, im Gegenteil: Der Sammelband versucht vielmehr, Diversity inhaltlich stärker zu konturieren, mögliche Forschungsfelder und -fragen zu eröffnen und damit der Debatte einen konstruktiven Spin zu geben.

Der Untertitel des Bandes „Grundlagen und disziplinäre Ansätze“ führt allerdings auf eine falsche Fährte, da sich beim Begriff „Grundlagen“ ein stärker einführender Band und eine Systematisierung des noch disparaten Forschungsfeldes erwarten lassen. Dies leistet der Band nicht. Gleichwohl muss auch die Frage gestellt werden, inwieweit dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt, an dem sich das Forschungsfeld im deutschsprachigen Raum erst konstituiert, überhaupt ein realisierbares und auch erwünschtes Unterfangen wäre.

Noch ist nicht beantwortet, wie weit der Diversity-Begriff tatsächlich tragen kann, was der Mehrwert der Diversity-Perspektive ist und was letztlich das Spezifische dieser Perspektive ausmacht. Bisweilen schimmern aber die Chancen durch, die mit diesem Ansatz verbunden sein können: Besonders spannend sind die Artikel immer dann, wenn ganz unterschiedliche Phänomene unter der Klammer „Diversity“ diskutiert werden, so z.B. wenn Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik als Felder der Auseinandersetzung für Differenzhandlungen konzipiert werden, wie dies im Beitrag von Riedmüller und Vinz geschieht.

Das Buch ist somit erst als Auftakt für eine weitere Auseinandersetzung mit Diversity zu sehen. Auf eine Fortsetzung darf man durchaus gespannt sein.

Gertraude Krell, Barbara Riedmüller, Barbara Sieben, Dagmar Vinz (Hg.), 2007: *Diversity Studies. Grundlagen und disziplinäre Ansätze*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag, 260 S., ISBN 978-3-593-38478-8.

Sylvia Marlene Wilz (Hg.)

Geschlechterdifferenzen – Geschlechterdifferenzierungen. Ein Überblick über gesellschaftliche Entwicklungen und theoretische Positionen

BEATE RONNEBURGER

Innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung und der Geschlechtersoziologie wurde und wird über die Relevanz von Geschlecht diskutiert. Zu diesem Thema legt der Band eine weitere Bestandsaufnahme vor. Im ersten Teil wird ein ausführlicher Überblick über Erkenntnisse zu Erwerbsarbeit, Familie und Geschlecht sowie über die Integration von Frauen in die Erwerbssphäre gegeben. Im zweiten Teil werden verschiedene theoretische Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung vorgestellt. Alle Texte lassen sich vor dem Hintergrund von drei Fragen lesen: 1. Hat die Kategorie Geschlecht an Bedeutung verloren? 2. Wie wird das Thema Gleichheit und Differenz der Geschlechter behandelt? 3. Wie und wo werden Geschlechterdifferenzen (re-)produziert? Die Autorinnen bearbeiten diese Fragen auf der Basis modernisierungs-, struktur-, interaktions-, institutionen-, differenzierungs- und systemtheoretischer Ansätze. Das Anliegen des Buches ist es, den Leserinnen und Lesern zu ermöglichen, Theorien zu vergleichen, Verbindungslinien zwischen verschiedenen Theorien zu ziehen und eine eigene Position zu der Frage zu finden, welche Bedeutung Geschlecht in modernen Gesellschaften hat. Wie gut sich die Artikel mit ihren unterschiedlichen theoretischen Perspektiven ergänzen, wird im Folgenden anhand von drei Beiträgen gezeigt. Alle drei beziehen sich auf Interaktion als Mechanismus der Geschlechterdifferenzierung in der Erwerbssphäre.

Juliane Achatz zeigt in ihrem umfangreichen Artikel „Die Integration von Frauen in Arbeitsmärkten und Organisationen“, dass Frauen in Deutschland zwischen 1965 und 1998 zunehmend in den Arbeitsmarkt integriert wurden, aufgrund unterschiedlicher institutioneller Voraussetzungen in der DDR stärker als in der alten Bundesrepublik. Die Integration ging allerdings mit geschlechtlicher Segregation einher, deren beträchtliches Ausmaß anhand des Anteils von Frauen und Männer in Mischberufen und des Frauenanteils in Spitzenpositionen verdeutlicht wird. Zu den Mechanismen der Segregation schließt sich ein guter Überblick über struktur- und handlungsorientierte Erklärungsansätze an.

Bettina Heintz und *Veronika Tacke* konstatieren, dass die Inklusion in funktional differenzierten Gesellschaften nicht mehr einheitlich über zugeschriebene Merkmale erfolgen soll, sondern aufgrund von funktional definierten Sachgesichtspunkten. Empirisch lässt sich aber durchaus Differenzierung nach Geschlecht nachweisen. So stellt sich für Heintz in ihrem auf der differenzierungstheoretischen Sicht basierenden Text „Ohne Ansehen der Person? De-Institutionalisierungsprozesse und geschlechtliche Differenzierung“ die Frage, wie trotz des global verankerten

Gleichberechtigungsmodells in vielen Bereichen eine Asymmetrie zwischen den Geschlechtern hergestellt wird. Den Hauptmechanismus sieht Heintz in der Interaktion. Heintz grenzt sich damit von Ridgeways Argumentation zur Herstellung von Geschlechterungleichheit ab, laut der in beruflichen Interaktionen *immer* nach Geschlecht kategorisiert wird. Dies ist sozial folgenreich, weil an die Geschlechtszugehörigkeit Geschlechterstereotypen geknüpft sind, die in der Regel beinhalten, dass Männer Frauen überlegen sind. Bei Männern wird z.B. davon ausgegangen, dass sie sachlicher und kompetenter als Frauen sind und weniger durch ihr Privatleben vereinnahmt werden. An dieser Vorstellung wird, so Ridgeway, selbst dann festgehalten, wenn Frauen ganz offensichtlich nicht dem Stereotyp entsprechen. Unter diesen Bedingungen – omnipräsente Geschlechtszugehörigkeit, asymmetrische Geschlechterstereotype und ignorierte faktische Verhaltensweisen von Frauen – wird Geschlechterungleichheit in der Arbeitswelt immer wieder hergestellt. Darin sieht Heintz eine Omnirelevanzthese, die jedoch durch empirische Studien nicht bestätigt werden kann. Organisationssoziologische Studien deuten vielmehr darauf hin, dass die in Interaktionen immer erfolgende Kategorisierung nach Geschlecht nur unter bestimmten Bedingungen soziale Folgen hat. Anhand einer Studie über das Arbeitsfeld Wissenschaft, in dem Leistungen ausschließlich nach Sachkriterien beurteilt werden sollen, wird gezeigt, dass dies nicht in allen Disziplinen gleichermaßen der Fall ist. In Disziplinen wie experimentelle Physik und Pharmazie stehen breit akzeptierte Sachkriterien zur Verfügung, anhand derer Leistungen, z.B. im Falle einer Meinungsverschiedenheit, beurteilt werden können. Hier liegt ein hoher Standardisierungsgrad vor. Im Vergleich dazu sind in qualitativen Feldwissenschaften wie Botanik persönliche Fähigkeiten und Erfahrungswissen bedeutsamer. Die Feldwissenschaften zählen somit zu den weniger standardisierten Disziplinen. Hier spielt die Einschätzung der Person bei der Leistungsbeurteilung im Unterschied zu stärker standardisierten Disziplinen eher eine Rolle. So können die mit dem jeweiligen Geschlecht assoziierten Stereotypen in Entscheidungssituationen eher zur Ungleichbehandlung von Frauen beitragen, da die professionelle Kompetenz von Männern in der Regel positiver als die von Frauen bewertet wird. Insgesamt überzeugt die Autorin mit ihren klaren und gut geschriebenen Ausführungen.

Tacke argumentiert, dass Netzwerke Geschlechterasymmetrien in der modernen Gesellschaft besser als Interaktionssysteme erklären können: Der universalistische Inklusionsmodus steht den in Interaktionen hervorgebrachten geschlechtlichen Differenzierungen entgegen, so dass nicht von einer automatischen Fortsetzung auf der Ebene von Organisationen und Funktionssystemen ausgegangen werden kann. Netzwerke haben hingegen das Potenzial, Geschlechterdifferenzen zu aktualisieren, weil sie sich über Personen als Adressen konstituieren. Dabei werden die Adressen hinsichtlich ihrer Potenziale, Möglichkeiten und Rollen in anderen Kontexten betrachtet. Wie Netzwerke Organisationen beeinflussen und Geschlechterdifferenz in Geschlechterasymmetrie übersetzen können, wird am Beispiel von Personalentscheidungen ausgeführt. Jede Person, die die Kriterien der Organisation erfüllt, kann Mitglied werden. Das

stellt Organisationen vor ein Entscheidungsproblem, wenn mehrere BewerberInnen die formellen Einstellungskriterien erfüllen. An dieser Stelle können Netzwerke ansetzen. Sie haben aufgrund ihrer partikularistischen Orientierung mehr Wissen über die Personen und können dadurch gute Begründungen für einen Kandidaten oder eine Kandidatin anführen. Organisationen überlassen Netzwerken aber nicht einfach das Feld, da sie dem Universalismusprinzip gemäß in Personalentscheidungssituationen Kommissionen einsetzen. Wenn allerdings Mitglieder von Netzwerken bei der Stellenausschreibung dabei sind und/oder in Stellenbesetzungskommissionen sitzen, können Netzwerke Einfluss nehmen. So können Netzwerke in Organisationen wirksam werden, weil diese nicht für alle Fragen und Eventualitäten eigene Entscheidungen und Strukturen bieten. Angesichts der Ausführungen von Heintz stellt sich allerdings die Frage, ob auch Netzwerke das Geschlecht nur unter bestimmten Bedingungen relevant werden lassen.

Der Sammelband zeichnet sich im Vergleich zu anderen Bestandsaufnahmen dadurch aus, weder ausschließlich auf einem theoretischen Ansatz zu basieren oder eine bestimmte Debatte zu fokussieren noch einen nur sehr knapp gehaltenen Überblick über verschiedene Theorien zu bieten. Es ist den Autorinnen gelungen, sich in die Rolle der Einsteigerin/des Einsteigers zu versetzen und ihr Thema dementsprechend aufzubereiten. Zuweilen wären mir allerdings ein gefälligerer Schreibstil und eine Reduktion der Details entgegengekommen.

Sylvia Marlene Witz (Hg.), 2008: Geschlechterdifferenzen - Geschlechterdifferenzierungen. Ein Überblick über gesellschaftliche Entwicklungen und theoretische Positionen. Wiesbaden: VS Verlag, 324 S., ISBN 978-3-531-15603-3.

Christine Wimbauer, Annette Henninger, Markus Gottwald (Hg.)

Die Gesellschaft als „institutionalisierte Anerkennung“. Anerkennung und Ungleichheit in Paarbeziehungen, Arbeitsorganisation und Sozialstaat.

ANNELI RÜLING

Der 2007 erschienene Sammelband widmet sich verschiedenen empirischen und theoretischen Beiträgen zur Anerkennungstheorie von Axel Honneth. Dieser theoretische Analyserahmen wurde laut den HerausgeberInnen gewählt, da er „einen *subjektzentrierten Blick auf die gesellschaftliche Ordnung* (Hervorhebung im Original)“ (16) und zugleich die Analyse der Einbindung der Subjekte in die gesellschaftlichen Verhältnisse ermögliche und damit die Defizite eines rein handlungs- oder strukturgebundenen Zugangs überwinde. Die sozialen Anerkennungsformen werden nach Honneth mit Liebe, Recht und Solidarität bzw. Leistung (in späteren Entwürfen) identifiziert. In der Einleitung betonen die HerausgeberInnen jedoch, dass vor allem Honneths Konzeptualisierung von „Liebe“ ahistorisch sei und Ungleichheiten im Familienkontext ausblende. Darüber hinaus bemerken sie, dass die Kategorien sich auf einem hohen Abstraktionsniveau bewegen und sowohl deren Ausschließlichkeit, wie auch wechselseitige Interdependenzen und Durchdringungen von Honneth nicht weiter reflektiert würden. Diese Lücke versucht der Sammelband zu schließen, indem sich verschiedene Aufsätze den drei Anerkennungsformen widmen:

Mit „Liebe“ beschäftigen sich zwei Beiträge zu Paarbeziehungen von *Christine Wimbauer, Annette Henninger und Markus Gottwald* sowie von *Kai-Olaf Maiwald*. Im ersten Beitrag untersuchen die AutorInnen die verschiedenen Formen der Anerkennung bei Doppelkarriere-Paaren. Sie identifizieren widersprüchliche Anerkennungsstrukturen in der Sphäre der Erwerbsarbeit und des Wohlfahrtsstaates, vor deren Hintergrund in Paarbeziehungen je individuelle Beziehungsleitbilder und intersubjektive Anerkennungsformen ausgebildet werden. Im Ergebnis zeigt sich, dass Frauen auch in Doppelkarrierepaaren beruflich zurückstecken müssen, da eine Vereinbarkeit zweier Karrieren aufgrund beruflicher und wohlfahrtsstaatlicher Rahmenbedingungen strukturell schwierig ist, dies jedoch im Rahmen der Paarbeziehung mittels unterschiedlicher Anerkennungsstrukturen bearbeitet wird. Im zweiten Beitrag untersucht Maiwald die Zusammenhänge von Liebe, Anerkennung und der häuslichen Arbeitsteilung. Anhand empirischer Beispiele zeigt er, dass die Herausbildung einer spezifischen Arbeitsteilung und Anerkennungslogik einen wesentlichen Teil der Identitätsbildung eines Paares ausmacht. Im Rahmen alltäglicher Interaktionen wird dabei der je spezifische Kooperationsmodus ausgebildet und praktiziert, über den die Beziehung an sich stabilisiert wird. Sehr aufschlussreich in beiden Beiträgen ist die Analyse der jeweils paarinternen Anerkennungslogiken. Dass paarinterne Anerkennungsstrukturen allerdings auch die Gefahr bergen, ungleiche geschlechtsspezi-

fische Arbeitsteilungsmuster zu legitimieren und zu stabilisieren – wie verschiedene feministische Untersuchungen zum Thema „Liebe“ herausgestellt haben – kommt in dieser Perspektive nicht in den Blick.

In einem Beitrag zu subjektiven Anerkennungsstrukturen in der Erwerbsarbeit zeigt *Kai Dröge* die Milieuspezifität der erwerbsbezogenen Leistungs- und Reziprozitätsvorstellungen im Zeitalter der „Subjektivierung“. Auf Basis der Auswertung verschiedener Gruppendiskussionen wird ideologiekritisch dargelegt, wie das Deutungsmuster der Chancengleichheit die mit sozialer Herkunft verbundenen Ungleichheiten verdecken kann oder wie Erwerbslose mit einer Selbstverwirklichungsrhetorik die Unerreichbarkeit gesellschaftlicher Anerkennung antizipieren. In einem weiteren, theoretischen Beitrag durchleuchtet *Joachim Renn* die Theorie Honneths vor dem Hintergrund der Pluralisierung der Arenen von Anerkennungskämpfen und Deutungen. Dabei stellt er eine Diversifizierung der Anerkennungslogiken fest und identifiziert diese als Folge von Identitätspolitik.

Mit Fragen der Anerkennung in den Sphären des Rechts und der Solidarität befassen sich die beiden letzten Beiträge. Kritisch beurteilt *Stefan Lessenich* das der Anerkennungstheorie implizierte normative Stufenmodell, welches eine fortschreitende gesellschaftliche Integration und zunehmende Anerkennung der Subjekte voraussetzt. Gerade die Anerkennungskämpfe der jüngsten Vergangenheit würden demgegenüber eine zunehmende gesellschaftliche Entsolidarisierung mit sozial Ausgegrenzten aufgrund einer verschärften Leistungs- und Zumutbarkeitsrhetorik zeigen. Aus dieser Perspektive hebt Lessenich insofern den „stratifizierenden Charakter sozialer Ansprüche“ (162) sowie die diskursive Missachtung der „Unproduktiven“ hervor. In einem Beitrag zur Geschlechterdimension im europäischen Sozialmodell vertritt *Marion Möhle* schließlich die These, dass die Europäische Union als „institutionalisierte Anerkennungsordnung“ interpretiert werden kann. Sie rekonstruiert verschiedene Stufen europäischer Geschlechterpolitik und endet mit einem Ausblick auf Frasers Konzept der Bekämpfung von „misframing“ und „misrepresentation“ auf europäischer Ebene.

Insgesamt zeigt der Band empirisch wie theoretisch aufschlussreiche Forschungsergebnisse zur Anerkennungstheorie. Dabei werden aber die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Anerkennungsformen wenig analysiert; ohne zusammenfassendes Fazitkapitel stehen die einzelnen Beiträge etwas heterogen nebeneinander. Aus feministischer Perspektive ist zudem kritisch anzumerken, dass die Kategorie Geschlecht als einer wesentlichen Dimension sozialer Ungleichheit nur in wenigen Beiträgen behandelt wird. Für die weitere Debatte schließlich wäre es aufschlussreich, einen Fokus gerade auf die Analyse der wechselseitigen Durchdringung der verschiedenen Anerkennungsformen in und zwischen Erwerbsarbeit, Familie und Wohlfahrtsstaat zu legen.

Christine Wimbauer, Annette Henninger, Markus Gottwald (Hg.), 2007: Die Gesellschaft als „institutionalisierte Anerkennungsordnung“. Anerkennung und Ungleichheit in Paarbeziehungen, Arbeitsorganisation und Sozialstaat. Opladen/Farmingdon Hills: Verlag Barbara Budrich, 192 S., ISBN 13: 978.86649-126-7.

Frigga Haug

Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke

MIRJAM DIERKES

Frigga Haug möchte mit ihrem Buch eine „Utopie von Frauen, die eine Utopie für alle ist“ (13) vorlegen. Zentrales Moment dieser Utopie ist die Fokussierung und Bündelung der vier Bereiche, die Haug zufolge das Feld menschlicher Tätigkeiten insgesamt abstecken: Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, kulturelle (Selbst-)Entwicklung und politische Aktivität. Haug ist davon überzeugt, dass es unabdingbar ist, für einen emanzipatorisch ausgerichteten Eingriff in einen der vier Tätigkeitsbereiche jeweils die anderen drei mit in den Blick zu nehmen, denn: „In allen Fällen wird man erfahren, dass jeder Bereich, für sich zum Fokus von Politik gemacht, geradezu reaktionär werden kann“ (23).

Das Volumen menschlicher Tätigkeit in den genannten vier Bereichen fasst Haug als die „gesellschaftliche Gesamtarbeit“ (21). Ist der Begriff der „Arbeit“ auf diese Weise neu definiert und außerdem die Existenz der Einzelnen durch ein Grundeinkommen gesichert, liegt die befreiende Perspektive des vorgeschlagenen Modells laut Haug in einer geschlechtergerechten Reorganisation der jeweils in den verschiedenen Feldern anfallenden und zu verteilenden Aufgaben und Tätigkeiten. Haug entwirft, ausgehend von der Annahme von 16 Stunden aktiv zu füllender Zeit pro Tag, ein schematisches Modell, das jedem Individuum täglich vier Stunden in jedem der vier Bereiche zuweist. Sie räumt zwar ein, dass diese Taktung nicht dogmatisch zu verstehen sei, vielmehr werde man „(...) schnell bemerken, dass die Grenzen nicht fest sind, die Bereiche einander durchdringen und innerlich zusammenhängen“ (21). Eine theoretische Problematisierung dieser gegenseitigen Durchdringung im konkreten (Arbeits-)Subjekt erfolgt jedoch, zumindest im einleitenden Entwurf, nicht. Die Möglichkeit, dass sich die gerade von Frauen erlebten Widersprüche, die sich aus der gegenseitigen Durchkreuzung der vier unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche ergeben, auch vor dem Hintergrund einer (formal) gerechten Neuverteilung nicht restlos auflösen könnten, wird ebenfalls nicht weiter thematisiert, obwohl „Widersprüche“ zum leitenden methodischen und politischen Instrument erklärt werden (9). Die in den einzelnen Texten vorgenommenen Analysen arbeiten sich an diesem Anspruch zwar facettenreich ab – so findet sich beispielweise im Kapitel „Reproduktionsarbeit“ unter dem Titel „Knabenspiele und Menschheitsarbeit“ eine ausführliche ideologie- und herrschaftskritische Auseinandersetzung mit Widersprüchen, die z.B. durch unterschiedliche „Zeitlogiken“ (108) im Bereich der (kapitalistischen) Erwerbsarbeit und der Reproduktionsarbeit begründet sind. Haugs „Utopie“ selbst scheint jedoch als eine weitgehend widerspruchsfreie gedacht, in der die Einzelnen die Arbeit in al-

len vier Bereichen und deren „Schnittmengen“ als ihr menschliches Recht, aber auch ihre „Schuldigkeit“ (21) wahrnehmen und akzeptieren.

Die gesammelten Texte des Bandes spiegeln in ihrer Vielfalt eine bemerkenswerte Bandbreite der Möglichkeiten kritischer Untersuchung von aktuellen sozialen, politischen und kulturellen Schiefen wider. Theoretische Erörterungen werden verknüpft mit kritischen Rückblicken und (Re-)Formulierungen autobiografischer Erfahrung, es finden sich Auseinandersetzungen mit konkreten (partei-)politischen Konzepten, aber auch mit literarischen Texten. Der Band enthält humoristisch-satirische Passagen, beispielsweise in der Auseinandersetzung mit dem neuen „Menschentyp“ der von Peter Hartz entworfenen „Job-Revolution“, und „Experimente“, wie den Aufsatz „Patientin im neoliberalen Krankenhaus“ im Kapitel zur „Reproduktionsarbeit“. Haug gelingt es darin beeindruckend, persönliche Erfahrungen im Rahmen eines Klinikaufenthaltes mit sozialpolitischen Analysen zu einer erhellenen Synthese zusammenzuführen. Auch zur Standard-Lektüre gewordene Texte wie „Frauen – Opfer oder Täter?“ oder „Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus“ sind aufgenommen worden. Als „nachträgliche Fundierung“ der versammelten Texte fungiert am Ende des Buches eine theoretische Konzeptionalisierung der „Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse“ (310). Haug unternimmt in diesem überarbeiteten Text einer früheren Veröffentlichung den Versuch, die von verschiedenen Seiten kritisierte These der „Doppeltheit der gesellschaftlichen Produktion, nämlich einerseits Leben zu produzieren, andererseits Lebensmittel“ (323), erneut zu verteidigen und für eine Theorie der Geschlechterverhältnisse fruchtbar zu machen.

Haug's Vorschlag zur Reorganisation von Arbeit und Leben ist untrennbar eingebunden in den Rahmen einer noch nicht existierenden „guten Gesellschaft“ (74). Beachtung ist aber vor allem ihrem Aufruf zu schenken, auch die „arbeitspolitischen Terrainverschiebungen“ (64) unter aktuellen, realen Bedingungen als Chance zu nutzen, „die wichtigen Fragen in großer Öffentlichkeit zu diskutieren“ (74). Neuere arbeitspolitische Diskurse, wie z.B. die Debatte um eine Ausweitung des Arbeitsbegriffs auf die Hausarbeit oder um das bedingungslose Grundeinkommen, sind allerdings mit all ihren Ambivalenzen zu erfassen: „So werden die Verschiebungen in der Diskussion um die Zukunft der Arbeit (...) keinesfalls naiv als Dimension von Fortschritt betrachtet, den es zu unterstützen und voranzutreiben gälte. Sie sind vielmehr als Zeichen von Unverträglichkeiten zu begreifen, als Versuche, ein lebbares Gleichgewicht unter Beibehaltung der Rahmenverhältnisse zu finden, dabei möglichst viel Widerstand zu vereinnahmen oder präventiv umzulenken in Form einer passiven Revolution“ (66). Haug plädiert dafür, die „Verschiebungen“ sorgfältig zu analysieren, um gegebenenfalls Chancen zu ergreifen, die „Unverträglichkeiten“ im emanzipatorischen Sinne zu überwinden. Diese Perspektive und gerade auch die oftmals aus persönlicher Erfahrung inspirierten Kritikzugänge ermutigen beim Lesen und machen das Buch zu einer empfehlenswerten Lektüre.

Frigga Haug, 2008: Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg: Argument Verlag, 352 S., ISBN 978-3-88619-336-3.

Karin Zimmermann, Sigrid Metz-Göckel

„Vision und Mission“ – Die Integration von Gender in den Mainstream europäischer Forschung

GABRIELE ABELS

1996 wurde Gender Mainstreaming (GM) als Querschnittsansatz in die EU-Politik eingeführt. Seitdem wurden zahlreiche Studien vorgelegt, welche die Implementation dieses integrativen Gleichstellungskonzepts untersuchen und verdeutlichen, dass zwischen Politikfeldern erhebliche Unterschiede bestehen. Die Wissenschafts- und Technologiepolitik der EU ist in der feministischen Forschung jedoch nicht weiter aufgegriffen worden, obwohl die Generaldirektion Forschung stets eine GM-Vorreiterin war. Diese Lücke wird von Karin Zimmermann und Sigrid Metz-Göckel unter dem Motto „Vision und Mission“ beleuchtet.

GM wird hier als hochgradig expertise-abhängiger Politikmodus interpretiert. Die Autorinnen fragen danach, „welche Bedingungen gegeben sind, damit ein kritisches Geschlechterwissen vor Ort eingebracht werden kann, und wer in den Aushandlungsprozessen darüber verfügt“ (22); dies sei abhängig vom jeweiligen praktischen Anwendungsfeld. Rekurrierend auf das feldtheoretische Konzept von Bourdieu sprechen sie von einem „europäischen Machtraum forschungspolitischer Steuerung“ (26). Dieser Machtraum wird anhand von Interviews mit ProtagonistInnen sowie von einschlägigen Dokumenten in dreierlei Hinsicht rekonstruiert.

Im ersten historisch angelegten Teil zeichnen die Autorinnen im Detail die Praxis im „inneren Aktionsfeld“ des europäischen Mehrebenenraums im Vorfeld des 6. Forschungsrahmenprogramms nach. Sie verdeutlichen die Verbindungslinien, die zwischen forschungs- und gleichstellungspolitischen Zielen insbesondere seit 1999/2000 zusammenlaufen und die führende Rolle der Europäischen Kommission. Eine herausragende Rolle spielen Expertinnennetzwerke – allen voran die Helsinki Group on Women and Science –, die ein umfassendes Genderwissen bereitstellen. Ihre Studien belegen eindrücklich die generelle Unterrepräsentation von Frauen in Wissenschaft und Forschung, v.a. in der industriellen Forschung, die besonderen Probleme in den Beitrittsländern, die Lohnungleichheit, die Mängel nationaler Politiken etc. Herzstück des Steuerungsinstrumentariums ist ein mehrdimensionales Evaluations- und Berichtssystem (Gender Watch System). Das Akteursset wird dabei durch die European Platform on Women Scientists als Lobbyorganisation ergänzt. Im Ergebnis zeigt sich, dass auch in diesem Politikfeld das „samtene Dreieck“ (Woodward), welches sich vertikal wie horizontal manifestiert, „feldangemessen“ ist im Verbund mit einem spezifischen Steuerungsinstrumentarium.

Im zweiten Schritt wird analysiert, welche politischen Handlungsmöglichkeiten bestehen und inwieweit Geschlecht als Evaluations- und Selektionskriterium bei der Bewertung von Forschungsanträgen herangezogen werden kann. Dabei zeigt sich,

dass eine personelle Verknüpfung zwischen Gleichstellungs- und Forschungspolitik entscheidend ist, da das frauenpolitische Engagement allein nicht ausreicht und es in der Brüsseler (Forschungs-)Verwaltung sehr wohl Widerstände gegen ein konsequentes Mainstreaming gibt. Die inhaltliche Dimension zeigt, dass Gender vorrangig dem Themenfeld „Frauen und Wissenschaft“ zugeordnet wird und gerade die als innovativ eingestuften technologischen, natur- und ingenieurwissenschaftlichen Themenbereiche hingegen resistent sind gegenüber der „Gendersache“ (80ff.). Der Politikberatung durch Expertinnen kommt für eine Veränderung eine herausragende Rolle zu, die sie bislang aber nicht zu leisten vermag, wie der dritte Analyseschritt zeigt. Denn sie ist zu sehr auf die wissenschaftlichen Regeln konzentriert und klammert die politischen Spielregeln der Politikberatung aus. Ein zentrales Problem besteht ferner darin, dass der Transformationsgedanke, der sowohl im Gender-Mainstreaming- als auch im Diversity-Konzept steckt, in den Empfehlungen und von der Verwaltung vielfach auf traditionelle Frauenförderung reduziert wird (105).

Es stellt sich die Frage, wo diese Dynamik herrührt, die in der Zielvorstellung der Kommission „Forschung von Frauen, für Frauen und über Frauen“ zum Ausdruck kommt. Verantwortlich hierfür ist nach Meinung der Autorinnen die Lissabon-Agenda für Wachstum und sozialen Zusammenhalt. Der Wissenschafts- und Forschungspolitik wird eine herausragende Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zugesprochen. Zwar wird die Partizipation von Frauen in der Wissenschaft auch normativ aufgewertet, „doch steht auf der anderen Seite die forschungsökonomische Instrumentalisierung in der Konkurrenz um die Human-Ressourcen“ (59). Im Ergebnis entsteht ein spannungsreiches Verhältnis (123), denn GM muss einerseits konzeptionell flexibel sein, um erfolgreich mobilisieren zu können (125). Andererseits wird es dabei in betriebswirtschaftliches und Verwaltungshandeln transformiert, wodurch es instrumentalisiert und gezähmt wird.

Zimmermann und Metz-Göckel ist es gelungen, verschiedene Dimensionen der EU-Wissenschafts- und Forschungspolitik aus einer Gender-Perspektive zu erschließen. Sie legen dabei zahlreiche Aspekte dar, an die weitere policy-analytische Studien anschließen können.

Karin Zimmermann, Sigrid Metz-Göckel, 2007: „Vision und Mission“ – Die Integration von Gender in den Mainstream europäischer Forschung. Wiesbaden: VS Verlag, 137 S., ISBN 978-3-531-14954-7.

Christine Färber, Ulrike Spangenberg

Wie werden Professuren besetzt? Chancengleichheit in Berufungsverfahren

HEIKE KAHLERT

Im Zuge der umfänglichen Hochschulreformen in Deutschland sind seit der Jahrtausendwende auch die Berufungsverfahren, die komplizierten und komplexen Auswahlprozesse für wissenschaftliche Führungskräfte, unter Restrukturierungsdruck geraten: Es wird bezweifelt, dass sie der Bestenauswahl dienen, sie gelten als zu ineffektiv, zu ineffizient, zu intransparent und im Ergebnis als hochgradig willkürlich. Auch aus gleichstellungspolitischer Sicht wird Kritik an Berufungsverfahren laut: Der Frauenanteil an den Professuren steigt trotz beträchtlicher Qualifikationszuwächse nur langsam an und lag 2006 bei 15,2%. Dementsprechend müsste den derzeitigen wissenschaftspolitischen Bekenntnissen zur Qualitätsoffensive in Bezug auf die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern auch eine gleichstellungsbezogene Reform der Berufungsverfahren folgen.

Vor diesem Hintergrund nehmen Christine Färber und Ulrike Spangenberg in ihrer informativen und durchweg gut lesbaren empirischen Studie eine „Analyse der praktischen Gestaltung von Gleichstellung in Berufungsverfahren an deutschen Hochschulen“ vor und identifizieren „Handlungsmöglichkeiten zur Förderung der Berufung von Frauen“ (9), die an die verschiedenen Akteursebenen des Bundes, der Länder und der Hochschulen adressiert sind.

Ihre empirische Untersuchung besteht aus zwei Teilen, die einem Überblick über die aktuellen Diskussionen zur Chancengleichheit in Berufungsverfahren (Kap. 1) folgen. Die qualitative Interviewstudie basiert auf Expertinnen- und Experteninterviews mit zehn Berufungskommissionsvorsitzenden, 13 Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragten sowie mit 15 Bewerberinnen und fünf Bewerbern auf Professuren (Kap. 2). Im Zentrum der anschaulichen Interviewauswertungen stehen persönliche Erfahrungen mit Berufungsverfahren, Einschätzungen wichtiger Reformaspekte, die Verfahrensdauer, die Ausschreibung, Hochschulstrukturplanungsprozesse in Bezug auf die Besetzung von Professuren, Verbindlichkeit der Kriterien, die Praxis gezielter Ansprachen und Verfahren ohne Ausschreibung, die Zusammensetzung der Berufungskommission, externe Kommissionsmitglieder und Gutachten, die Transparenz, Information und Kommunikation, die inhaltliche Gestaltung der Auswahlkriterien und die Relevanz von Gender. Dabei zeigt sich, dass immer noch informelle Netzwerke für den Berufungserfolg entscheidend sind, die nach wie vor männlich dominiert sind. Diesen umfangreichen Teil abschließend werden Aspekte eines gleichstellungsorientierten Berufungsmanagements formuliert.

Der zweite empirische Teil präsentiert die Ergebnisse einer Dokumentenanalyse zu Verfahrensregelungen für Berufungen an deutschen Hochschulen. Intendiert war

eine Vollerhebung, faktisch gaben jedoch nur 150 Hochschulen Rückmeldungen beispielsweise zu Berufungsrichtlinien, Grundordnungen und Frauenförderrichtlinien (Kap. 3). Hier werden die Regelung des Berufungsverfahrens auf Bundes- und Landesebene sowie hochschulinterne Verfahrensregelungen ausgewertet sowie die hochschulinternen Rechtsgrundlagen und Verfahrensregelungen nach Bundesländern geordnet und ausgesprochen kenntnisreich dargestellt. Ergänzend stehen zu diesem Punkt auf der Verlagshomepage länder- und hochschulvergleichende Synopsen zu den sehr unterschiedlichen Ergebnissen zum Download bereit.

Das Fazit zur gleichstellungsorientierten Gestaltung von Berufungsverfahren macht „Defizite“ und „sehr gute Ansatzpunkte für eine Reform, die Chancengleichheit gewährleistet“ (357), aus. Diese münden in Handlungsempfehlungen, um die Berufungsverfahren für alle Beteiligten „besser und im Ergebnis diskriminierungsfrei und damit gerechter zu gestalten“ (377). Leitfäden und Checklisten für Berufungsverfahren und ihr Management sowie gleichstellungsorientierte Anforderungen an Bewerbungsunterlagen schließen die Studie in handlungspraktischer Absicht ab (Kap. 4). Mit der breiten, Ziel führenden Anlage des Forschungsdesigns leistet die Studie einen handlungsorientierten, die Politik auf mehreren Ebenen beratenden Beitrag, um die bestehende Forschungslücke hinsichtlich der Praxis von Berufungsverfahren zu schließen. Mit dieser Anlage erreicht sie zugleich einen umfassenden Kreis von Adressatinnen und Adressaten: Gleichermaßen angesprochen werden die wissenschafts-, hochschul- und gleichstellungspolitisch Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen Bund, Länder und Hochschulen und die praktisch in Berufungsverfahren Handelnden wie Kommissionsvorsitzende, Kommissionsmitglieder, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sowie Bewerberinnen und Bewerber. In der Tat erhellt das Buch die „Black Box Berufungsverfahren“ (7) – wohl nicht nur für Bewerberinnen und Bewerber. Zu wünschen bleibt abschließend, dass die Studie nicht nur viele Leserinnen und Leser erreicht, sondern auch politische Konsequenzen zur Umgestaltung von Berufungsverfahren in gleichstellungsbezogener Hinsicht zur Folge hat.

Christine Färber/Ulrike Spangenberg, 2008: *Wie werden Professuren besetzt? Chancengleichheit in Berufungsverfahren*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag, 398 S., ISBN 978-3-593-38584-6.

Silke Birgitta Gahleitner, Hans-Joachim Lenz (Hg.)

Gewalt und Geschlechterverhältnis. Interdisziplinäre und geschlechtersensible Analysen und Perspektiven

LYDIA SCHAMBACH-HARDTKE

Die Auseinandersetzung mit den geschlechtsspezifischen Aspekten von Gewalt hat in der Wissenschaft bisher kaum stattgefunden. War es doch bereits eine gesellschaftliche Herausforderung, als in den 1970er Jahren durch die Frauenbewegung die „Gewalt gegen Frauen“ thematisiert sowie der sexuelle Missbrauch an Mädchen als ein gesellschaftlich zu verantwortendes Problem aufgedeckt wurden. Mit dieser nun in der Öffentlichkeit geführten Diskussion fand jedoch eine Wahrnehmungsfixierung auf Mädchen und Frauen als Opfer statt, die Gewalterfahrungen von Jungen und Männern sowie der sexuelle Missbrauch an Jungen wurde weiterhin lange Jahre ausgeblendet.

Während der Enttabuisierung des Themas unterblieb bisher das Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten bzw. Unterschieden zwischen missbrauchten Mädchen und Jungen. Es fehlte eine beide Geschlechter integrierende Perspektive.

Der von Silke Birgitta Gahleitner und Hans-Joachim Lenz herausgegebene Sammelband „Gewalt und Geschlechterverhältnis“, geht auf, eine Fachtagung zurück, die 2005 an der Evangelischen Fachhochschule in Ludwigshafen stattfand, und vereint Analysen über geschlechtsspezifische Gewalt- und Machtverhältnisse. Das eigentlich Spannende an diesem Buch ist der Perspektivwechsel, den die Autorinnen und Autoren vollziehen. Sie verlassen den gewohnten Weg der Polarisierung, der stets zu einer einseitigen Betrachtungsweise von Frauen als Opfer und Männer als Täter geführt hatte, und durchbrechen die vertraute Zuordnung geschlechtlicher Verhaltensmuster in gewaltförmigen Konflikten und Strukturen. Kritisch werden in diesem Band die Gewalt- und Machtverhältnisse geschlechterdifferenziert und disziplinenübergreifend analysiert. Dabei sind es die Erfahrungsberichte betroffener Frauen und Männer sowie von Fachkräften aus der Praxis, die den Diskurs „Gewaltphänomene im Geschlechterverhältnis“ um wichtige Aspekte erweitern und somit ein Bindeglied zwischen Theorie und Praxis schaffen.

Mit den beiden „Einstiegsartikeln“ zum Thema Gewalt und Geschlechterverhältnis sind es die „weibliche“ Sicht der Herausgeberin und die „männliche“ Sicht des Herausgebers, mit denen zunächst auf die geschlechtsspezifischen Gewaltformen eingegangen wird.

Lenz kritisiert in seinem Beitrag die in unserer Gesellschaft geringe Aufmerksamkeit gegenüber männlichen Gewalterfahrungen. Seine Definition von Gewalt und Opfer stellt er in Bezug zum tradierten Verständnis von Männlichkeit. Männer können sich mit der Kategorie Gewalt eher identifizieren als mit der des Opferstatus. Diese Vorbehalte gegenüber dem unmännlich besetzten Terminus „Opfer“ und dem als dem

Mann negativ zugeordneten Terminus „Gewalt“ sollen durchbrochen werden. Es ist Aufgabe der Forschung, so der Autor, das Thema Gewalt und Geschlecht mit männlichen Gewalterfahrungen zu komplettieren. Da in seinen Ausführungen die einzelnen Themenbereiche etwas unsystematisch aneinandergereiht sind, lässt der Artikel jedoch den inhaltlichen Zusammenhang vermissen.

Gahleitner geht in ihrem Beitrag zunächst auf die (Ohn)Machts- und Gewalterfahrungen von Frauen ein und konkretisiert die Thematik aus der weiblichen Perspektive. Auf der Grundlage aktueller, jedoch nicht sehr umfassender Daten, dokumentiert sie Umfang, Folgeerscheinungen und Ursachen des gesellschaftlichen Phänomens Gewalt gegen Frauen. Eine Analyse, welche Rolle das Geschlecht bei der Ausübung von Gewalthandlungen spielt, muss ihrer Meinung nach stets den Einfluss gesellschaftlicher Zuschreibungen auf die Geschlechter mit reflektieren. Daher diskutiert die Autorin in einem weiteren Artikel den Umgang mit erfahrener Gewalt aus weiblicher und aus männlicher Sicht. Auf der Basis empirischer Befunde konkretisiert sie, welche Gemeinsamkeiten bzw. Übereinstimmungen im Bewältigungsprozess sexueller Gewalterfahrungen bei Mädchen und Jungen existieren. Im abschließenden Vergleich zeigt sie auf, dass es im Prozess der Verarbeitung sexueller Gewalt einerseits zu einer Geschlechtsrollenextremisierung und andererseits zu einer Geschlechtsrollenüberschreitung kommt. Letztere wirkt sich salutogenetisch auf den Bewältigungsprozess aus und wurde in bisheriger Forschung nicht in dieser Form reflektiert. Für die Praxis und Theoriebildung hat dieses Phänomen jedoch große Bedeutung. In dem sich anschließenden theoretisch orientierten Teil beschäftigen sich *Claudia Enders-Götzelmann* und *Arnd Götzelmann* mit der Frage, welche verfestigten Gewaltmuster aus der christlich-jüdischen Tradition erwachsen sind und welche Einflüsse heutzutage auf das Geschlechterverhältnis spürbar sind. Ihre Bibelrezeption lässt sie zu dem Ergebnis kommen, dass Frauen aus Gründen der Durchsetzung religiöser Ideologien häufig Gewalt erfuhren, aber auch Männer zu Opfern wurden, wenn auch meist ihres eigenen Geschlechts. In ihrem anschaulich verfassten Artikel vergegenwärtigt *Antje Reinhard*, wie die Ästhetik des Performativen das Körperwissen von Gewaltszenarien dekonstruiert, wie die ästhetische Praxis grenzüberschreitend zur Kompetenzerweiterung der Betroffenen führt und „in den an ihr Beteiligten Verwandlungsdynamiken auslöst“ (112). Die Qualität der ästhetischen Praxis liegt darin, den Zugriff auf das Körpergedächtnis zu ermöglichen, um die Grenzen des dort Gespeicherten zu erweitern. *Wolfgang Krieger* greift das Thema Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen auf und fragt, ob eine Geschlechtsspezifität bei der Entstehung und Verfestigung von Gewalt erkennbar ist. Der Autor belegt, dass die Gewaltbereitschaft bei weiblichen Jugendlichen in den letzten Jahren zugenommen hat, zeigt aber gleichzeitig auf, wie sich die Erscheinungsformen in der praktizierten Gewalt unterscheiden. Seine geschlechterspezifische Herangehensweise liefert für die Jugendhilfe sicherlich eine Quelle an Interventionsmöglichkeiten.

Den ersten Beitrag zum praxisorientierten Teil liefern *Eva Schaab*, *Barbara Kohlstruck* und *Petra Vollweiler-Freyer*. Sie berichten über die in ihrer Arbeit gewonnenen

Erfahrungen bezüglich Menschenhandel und Frauenprostitution, über die Situation der Frauen und wie begrenzt die Unterstützungsmaßnahmen in den Beratungsstellen sind. Den interkulturellen Bezug entwickelt *Collin Schubert* in ihrem Beitrag über islamische Migrantenfamilien. Sie analysiert den Einfluss des Ehrbegriffs des Islams auf die geschlechtsspezifische Erziehung und fragt nach den Patriarchats- und Machtstrukturen, die ein System stützen, in dem Mädchen und Frauen im Namen der Ehre die von Männern ausgeübte Gewalt zu ertragen haben. Vor dem Hintergrund ihrer Arbeit als Mediatorin thematisiert *Annette Heinemeyer* das Problem Gewalt in Schulen. Sie berichtet von Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen Mädchen und Jungen im Umgang mit Gewalt, die sie in ihrer präventiven Projektarbeit zu berücksichtigen versucht. *Barbara Ingenberg* beschreibt ihren Arbeitsalltag in einer Schweizer Opferberatungsstelle für gewaltbetroffene Jungen und Männer. Fallbeispiele zeigen, dass die Betroffenen mehrheitlich Gewalt durch andere Männer, aber auch durch Frauen erfahren haben und geben Einblick in die Problematik. Um sexuelle Gewalterfahrungen geht es bei *Christoph Bösch* bei der Beschreibung von Arbeitsinhalten der Beratungsstelle Wendepunkt e.V. und hier speziell um männer-spezifische Ansätze der Beratung. Gewalttaten aus dem Bereich der Familie nehmen *Ilona Oestereich* und *Friederike Kendel* ins Visier und schreiben in einem lesenswerten Artikel über zwei spezielle Formen von Kindesmisshandlungen durch Mütter: das Münchhausen-by-proxy-Syndrom (MBP) und den sexuellen Missbrauch. Sie benennen Fakten, die sie jedoch, so ihre Forderung, durch weitere Forschung und eine genauere Analyse der Umstände komplettiert sehen möchten. Nur so ließen sich derartige Gewaltstrukturen verändern.

Der forschungsorientierte Teil dieses Bandes wird von *Ursula Hartmann-Graham* mit dem Thema Frauenhausarbeit in Rheinland-Pfalz eingeleitet. Sie skizziert die Entstehungsgeschichte und fordert, aufgrund der aktuellen Situation den Betroffenen mehr Hilfe und Unterstützung zur Verfügung zu stellen. *Constance Ohms* thematisiert in ihrem Beitrag die häusliche Gewalt. Die von ihr analysierten Gemeinsamkeiten sowohl in gleichgeschlechtlichen als auch in heterosexuellen Partnerschaften zeigen, dass bisher geltende Erklärungsmodelle zur Gewalt im Geschlechterverhältnis erweitert werden müssen.

Die Beiträge in diesem Buch bieten informative Aussagen zum Thema Geschlecht und Gewalt, die auch für die Praxis wertvolle Erkenntnisse liefern.

Silke Birgitta Gahleitner, Hans-Joachim Lenz (Hg.), 2007: Gewalt und Geschlechterverhältnis. Interdisziplinäre und geschlechtersensible Analysen und Perspektiven. Weinheim, München: Juventa Verlag, 260 S., ISBN 978-3-7799-1378-8.

Elisabeth Rohr, Ulrike Wagner-Rau, Mechthild Jansen (Hg.)

Die halbierte Emanzipation? Fundamentalismen und Geschlecht

CLAUDIA BRUNNER

Von einer „halbierten Moderne“ sprach der Politologe Bassam Tibi, um zum Ausdruck zu bringen, dass fundamentalistische Entwicklungen in der islamischen Welt zwischen Moderne und Antimoderne situiert seien. Die Halbierung wird von Tibi an einer von ihm konstatierten Integration von technischen Errungenschaften einerseits und einer Ablehnung einer so genannten kulturellen Moderne andererseits festgemacht. Die Herausgeberinnen und Autorinnen des hier diskutierten Sammelbandes machen diesen Gedanken der Halbierung an der Rolle von Geschlechterverhältnissen in fundamentalistischen Bewegungen im Allgemeinen fest und erweitern den Blick jenseits des Tellerrandes, der von einer ebenso weit verzweigten wie diffusen „Islamdebatte“ markiert ist, und beziehen auch in Christentum und Judentum verortete fundamentalistische Strömungen in das Spektrum der Diskussion mit ein. Ausgehend von der These Martin Riesebrodts, dass Patriarchalismus ein transkulturelles, wenn nicht gar universales Definitionsmerkmal von Fundamentalismen sei, stellt *Ulrike Wagner-Rau* an unterschiedlichen Beispielen fest, dass eine „wesensmäßige Konstruktion der Geschlechteridentitäten“ (13) einen zentralen Bestandteil fundamentalistischer Bewegungen bildet. Elf Wissenschaftlerinnen verschiedener Disziplinen haben sich in disziplinär heterogenen Aufsätzen auf die Suche nach Zusammenhängen zwischen „Fundamentalismus“ und „Geschlecht“ gegeben. Der einführenden „Suche nach einem Fundament“ (Wagner-Rau) in Christentum, Judentum und Islam folgen zehn Plädoyers für ein genaueres Hinsehen nicht nur auf fundamentalistische Bewegungen im arabischen Raum, in Nord- und Südamerika sowie in Deutschland, sondern vor allem auf die von den Autorinnen nur bedingt als feministisch eingeschätzten Versuche von Frauen, diese Entwicklungen „von innen“ zu kritisieren bzw. für Frauenpolitik nutzbar zu machen.

Etwa die Hälfte aller Beiträge fokussiert in der einen oder anderen Weise auf islamische Bewegungen innerhalb Europas und in der islamischen Welt. Einer der überzeugendsten ist der Aufsatz von *Renate Kreile*, die ihre „Überlegungen zum moralpolitischen Projekt fundamentalistischer Bewegungen“ (81) im arabischen Raum nicht nur in regional begrenzte, sondern auch in global zu verortende soziale und historische Kämpfe einbettet und dementsprechend als potenziell wandelbare diskutiert. Einen ebenfalls spannenden Einblick in die noch junge Debatte feministischer Muslima in Deutschland gibt *Gritt Klinkhammer* mit einem Fokus auf die „Islamisierung der Frauen und die De-Patriarchalisierung des Geschlechterverhältnisses“ (113). Sie tut dies insbesondere am Beispiel des Zentrums für islamische Frauenforschung (ZIF) in Köln, das vor wenigen Jahren eine spannende feministische Herme-

neutik des Korans publiziert hat. Die Leiterin des ebenfalls in Köln ansässigen Instituts für Interreligiöse Pädagogik und Didaktik (IPD) *Rabeya Müller* erläutert einige Herausforderungen für „Muslimische Frauen im Spannungsfeld von patriarchalen Strukturen und religiösem Bewusstsein“ (161) und plädiert für eine zunehmende Wahrnehmung von unterschiedlichen Ausgangssituationen muslimischer Frauen und für die fortwährende Diskussion von bereits erarbeitetem Wissen über diese und von diesen. Cultural Studies und Postkoloniale Theorie werden insbesondere im Beitrag von *Nausikaa Schirilla* mit sozialpädagogischer Praxis in migrantischem Kontext und mit Migrationsforschung konfrontiert. Unter dem Titel „Geht auch anders. Postkoloniale weibliche muslimische Identitäten in der Migration“ (145) wird vor allem auf die Notwendigkeit hingewiesen, auch in islamisch fundierten Identitätsentwürfen von Frauen emanzipatives Potenzial anzuerkennen. Eine im Vergleich zu den anderen Beiträgen eher diskursanalytisch orientierte Betrachtung von Konstruktionen von Geschlecht in medialen (Selbst-)Inszenierungen palästinensischer Selbstmordattentäterinnen unternimmt *Sabine Damir-Geilsdorf*.

Die „andere“, weil entgegen einem diskursiv weit verbreiteten „common sense“ weniger erwartete, Hälfte des Bandes widmet sich evangelisch, katholisch und jüdisch markierten Fundamentalismen in Europa sowie in den USA und in Ecuador. Auch unter diesen Beiträgen schwankt die Qualität zwischen den unterschiedlichen Perspektivierungen, und theoretisch wie empirisch fokussierte Texte wechseln einander ab. *Ulrike Prokop* versucht einen im Prinzip interessanten, theoretisch aber leider kaum ausgearbeiteten Spagat zwischen Rechtsradikalismus und Fundamentalismus. Auf der Basis von drei Fallgeschichten aus einem Forschungsprojekt in Ecuador trifft *Elisabeth Rohr* in „Fundamentalismus als subjektive Konfliktlösung“ (45) allzu weit reichende Verallgemeinerungen über protestantischen Fundamentalismus in Lateinamerika. Ebenfalls mit Fallbeispielen arbeitet *Susanna Keval* in ihrem Beitrag über Frauen im orthodoxen Judentum, nimmt diese zum Ausgangspunkt für ein Plädoyer der Vielfältigkeit fundamentalistischer Strömungen im Judentum und konstatiert ein Forschungsdesiderat in Bezug auf gegenwärtige Entwicklungen im Gegensatz zu vorhandenen biblischen und talmudischen Studien. Aus politologischer Perspektive am fruchtbarsten sind in dieser „nicht islamisch markierten“ Hälfte des Buches die beiden Beiträge zu protestantisch-evangelikalem Fundamentalismus generell (*Katharina Liebsch*) sowie zu dessen konstitutiver Funktion für das politische System der USA (*Gret Haller*), weil mit ihnen über eine konzeptionelle Auslassung nicht nur des Sammelbandes, sondern einer gegenwärtig vielerorts geführten Fundamentalismusdebatte nachgedacht werden kann:

Dass symbolische wie reale Geschlechterordnungen ein Dreh- und Angelpunkt jeglicher politischer, religiöser und kultureller Disziplinierungsversuche sind, ist Konsens der Beiträge und steht außer Frage. Diskussionswürdig erscheint angesichts globaler asymmetrischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Geschichte und Gegenwart aber, inwiefern etwa ein US-amerikanischer, protestantischer Fundamentalismus mit sozialen Bewegungen im arabischen Raum überhaupt verglichen werden kann, ohne

die strukturellen Faktoren und globalen historischen Prozesse dieser Asymmetrie in die Konzeption eines Vergleichs zu integrieren. Diese vor allem konzeptionelle Frage bleibt – wie dies im Rahmen einer Konferenzpublikation zumeist der Fall ist – unbeantwortet. Schließlich muss gerade aus feministischer Perspektive auch weiter, umfangreicher, detaillierter und vor allem selbstkritischer der Frage nachgegangen werden, inwiefern nur die Emanzipation der jeweils „anderen Frauen“ eine halbierte ist, worin genau die „andere Hälfte“ besteht und inwiefern „unsere“ Emanzipation tatsächlich komplett ist. Andernfalls läuft eine feministische Analyse von (insbesondere als islamisch definierten und mit diesem Label oft ungerechtfertigt als pars pro toto verhandelten) Fundamentalismen Gefahr, sich als „embedded feminism“ (Hunt) in den Dienst konservativer, globale Asymmetrien intensivierender Politiken zu stellen oder von diesen vereinnahmen zu lassen. Patriarchatskritik nicht kulturalistisch zu vereindeutigen, sondern in ihren je spezifischen Ausformungen zu kritisieren sowie Interdependenzen und globale Asymmetrien in die Analyse zu integrieren, bleibt eine Herausforderung gegenwärtiger feministischer Kritik. Einzelne Anregungen dafür können in diesem Band ebenso gefunden werden wie Beispiele, die eine solche Perspektivierung nicht erkennen lassen.

Elisabeth Rohr, Ulrike Wagner-Rau, Mechthild M. Jansen (Hg.), 2007: Die halbierte Emanzipation? Fundamentalismus und Geschlecht. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, 221 S., ISBN 3-89741-235-4.

Marion Stadlober-Degwerth

(Un)Heimliche Niederkunften. Geburtshilfe zwischen Hebammenkunst und medizinischer Wissenschaft

BETTINA KREMBERG

Die zentrale Frage des Buches über Geburtshilfe zwischen Hebammenkunst und medizinischer Wissenschaft ist, warum sich – sogar im Bereich des Geburtlichen als genuin weiblichem Bereich – das theoretische Wissen weniger akademischer Männer über das lang erfolgreich tradierte weibliche Erfahrungswissen erheben konnte. Am Beispiel der Regensburger Gebäranstalt am Sinngrün analysiert Stadlober-Degwerth im mikrohistorischen Vergleich mit der beruflichen Stellung der Stadthebammen, die lange Zeit eigenständig private Kindbettstuben führten, das Verhältnis von öffentlichen und privaten Gebärdorten und deren arbeitsweltliche Umfelder und soziale Konsequenzen. Am Herzen liegen der Autorin dabei vor allem die Macht- und Herrschaftsstrukturen sowohl auf der städtischen Verwaltungsebene als auch in puncto Wissenstransfer innerhalb der medizinischen Berufsgruppen.

Das Buch von Marion Stadlober-Degwerth ist ein Buch, das mit seiner Themenstellung einmal mehr die Verobjektivierung des weiblichen Körpers bearbeitet und in ihren Auswirkungen bis in die heutige Zeit zeigt. Es gibt damit aus regionalgeschichtlicher und mikroethnologischer Sicht Material für die Untermauerung ethisch-philosophischer und politischer Debatten, wie sie nicht erst seit den letzten beiden Jahrzehnten im Anschluss an die feministischen und Frauenforschungsdebatten geführt werden. Das tut Not. Das tut gut – angesichts des tendenziellen Abwanderns dieser Debatte in wissenschaftliche Spezialdiskurse ohne Anschlussfähigkeit an lebensweltliche Erfahrungen einerseits und einer allgemein beobachtbaren Gelähmtheit und dem Rückfall in konservative Lebensanschauungen andererseits.

Eindringlich, aber zugleich mit sachlicher Festigkeit argumentiert dahingegen die Autorin des Buches offen gegen eine „Verwaltung des weiblichen Körpers“, z.B. durch ungewollte Medikalisierung von schwangeren Frauen und gegen eine „Inventarisierung des Menschen“ überhaupt. Diese aber war nirgendwo leichter durchführbar als in den Gebäranstalten des 18. und 19. Jahrhunderts. Dort nämlich bekamen vor allem die unteren Schichten der Bevölkerung ihre Kinder, wenn sie nicht vor, während oder kurz nach der Geburt an schlechter Versorgung oder mangelnder Hygiene bereits starben. Eine Hygienisierung der Geburtsanstalten stand nämlich noch lange aus. Aus dieser hohen Mortalitätsrate in den frühen Gebäranstalten legitimierte sich jedoch als willkommene Gelegenheit des medizinischen Forscherdranges eine umfangreiche Anfertigung und Sammlung von Präparaten für Schau- und Lehrsammlungen unter dem Deckmantel der Wissenschaft, so die Autorin. Den geschichtlichen Rahmen bildet also der akademische Aufstieg der Bader, Wundärzte und Chirurgen in Europa, mit der die Geburtshilfe zur „höheren Entbindungskunst“ aus der weiblichen

Arbeitswelt herausgelöst und dem männlich dominierten medizinischen Fächerkanon einverleibt wurde.

Doch nicht so sehr die schlimmen medizinischen Umstände oder ihre Ausnutzung für Forschungszwecke an sich, sondern vielmehr die arbeitsweltlichen und Berufsprofile bildenden Hintergründe vor allem vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis ins 20. Jahrhundert hinein bilden den Fokus der Untersuchung. An den Veränderungen der Arbeitswelt lassen sich nämlich die strukturellen Hintergründe für die sich differenzierende Entwicklung der unterschiedlichen Berufsprofilierung aufzeigen. Während die Männer vor allem auch aufgrund ihrer neuen technischen Gerätschaften, die sie erfanden und einsetzten, ihres akademischen Grades und eines professionalisierten Habitus einen neuen Berufsstand, den Hebarzt, mit entsprechender Besoldung gründeten, verlor die Hebamme – im Vergleich zu diesen – im Laufe des 19. Jahrhunderts an Bedeutung und Ansehen, was sich im Übrigen auch finanziell ausdrückte. In diesem Prozess der Veränderung, das heißt Spaltung von Arbeitswelten, wurde das weibliche Praxis-Wissen, da es nicht, wie das der Theoretiker, schriftlich fixiert wurde, weil es mündlich von der „Lehrfrau“ an die „Lehrtochter“ übertragen wurde. Und von letzteren gab es im Zuge der neuen Anstalten zunehmend weniger.

Ein weiteres Verdienst der Untersuchung über die veränderten Gebärdpraxen und ihre Professionalisierung – neben der kritischen Sichtweise auf die (noch immer) männlich dominierte Berufswelt – ist es, dass sich die Autorin verpflichtet fühlt, auf diese Weise den Stummen in der Geschichte zur Sprache zu verhelfen. Diesem Anliegen werden auch die Methoden gerecht. Stadlober-Degwerth stützt sich z.B. methodisch vor allem auf Clifford Geertz' Theorie der dichten Beschreibung, Michel Foucaults Beschreibungen der Verdrängung heilkundlicher Praktiken und des Medikalierungsprozesses und Carlo Ginzburgs mikrogeschichtliches Paradigma. Einbezogen werden auch neueste Ansätze zum Professionalisierungsdiskurs und zur historischen Theorie der Berufe, d.h. z.B. solche Theoreme wie „professioneller Habitus“, „akademische Freiheit“, „ehrenhaftes Verhalten“ und solche pejorativen Begriffe wie „Halbwissende“, „Subprofessionelle“ usw. zur Kennzeichnung und Abwertung des praktischen Wissens. Auch die Nutzung der Quellen ist wohl durchdacht, soll es doch eine Reminiszenz an die einfachen Menschen der Vergangenheit sein, die für ein breiteres Publikum als das nur akademische diese Leute wieder ans Licht holt und zu Würden kommen lässt. Die Studie nutzt deshalb umfangreiche Quellen: Regierungs-, Polizei- und Bauordnungsamtsakten, Familienbögen, Kirchenregister und medizinische Akten. Diese jedoch sind geschmeidig in den Textfluss eingebaut oder als Graphik aufbereitet, so dass das gesamte Buch sehr lesefreundlich daherkommt.

Neben dem Erwerb eines umfangreichen Wissens, das in diesem Buch eingefangen und gut aufbereitet ist, gibt es für den/die Leser/in einen weiteren wichtigen Grund, dieses Buch ausgerechnet jetzt zu lesen: In der Nachzeichnung der individuellen Strategien und Motivationen des politischen Engagements, des Protestes und des Widerstandes der beiden Berufsgruppen ist es unkompliziert möglich, Analogien zu Erfahrungen innerhalb des eigenen Berufslebens zu ziehen und aus den individuellen

Strategien der historischen Akteure auch noch heute zu lernen. Ähnliche arbeitsweltliche Differenzierungsstrategien fanden und finden noch immer z.B. im Bereich der Psychologie statt, wo enorme Gelder in neurophysiologische Apparaturen oder pharmazeutische Forschung und (männliches) Personal gesteckt werden, wohingegen im Vergleich mit diesen z.B. die gesprächs- und erfahrungsorientierte Psychologie und Psychotherapie als vermeintlich „weibliche“ Verstehens- und Erziehungskompetenz zunehmend gesellschaftlich und ökonomisch marginalisiert wird.

Ein ins Praktische zu wendendes Wissen tut also gut und Not angesichts weit verbreiteter oft bloß formeller Gleichstellungspraktiken in der gegenwärtigen Wissenschaft und Gesellschaft. Wenngleich also im Buch das gescheiterte Engagement der Hebammen gegenüber den Hebärzten beschrieben wird, so sollte dies doch Motivation geben, die angewendeten Macht- und Herrschaftsstrategien der Männer noch tiefer zu durchdringen, um Gegenstrategien zu entwickeln, die ihnen im gegenwärtigen Berufsleben hin und wieder zumindest einen Riegel vorschieben. Denn technisches Know-how ohne entsprechende soziale Kompetenz macht das menschliche Leben auf Dauer weder besser noch sinnvoller.

Marion Stadlober-Degwerth, 2008: (Un)Heimliche Niederkuntfen. Geburtshilfe zwischen Hebammenkunst und medizinischer Wissenschaft. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 385 S., ISBN: 978-4-412-20093-0.

Bücher, die zur Rezension angefordert werden können

Brabandt, Heike/Roß, Bettina/Zwingel, Susanne (Hg.), 2008: Mehrheit am Rand? Geschlechterverhältnisse, globale Ungleichheit und transnationale Handlungsansätze. Wiesbaden, VS Verlag.

Carreiras, Helena/Kümmel, Gerhard (Hg.), 2008: Women in the Military and in Armed Conflict. Wiesbaden, VS Verlag.

Dorer, Johanna/Geiger, Brigitte/Köpl, Regina (Hg.), 2008: Medien - Politik - Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung. Wiesbaden, VS Verlag.

Fleschenberg, Andrea/Derichs, Claudia (Hg.), 2008: Handbuch Spitzenpolitikerinnen. Wiesbaden, VS Verlag.

Gerhard, Ute/Wischermann, Ulla (Hg.), 2008: Klassikerinnen feministischer Theorie. Königstein im Taunus, Ulrike Helmer Verlag.

gig-Net 2008: Gewalt im Geschlechterverhältnis. Erkenntnisse und Konsequenzen für Politik, Wissenschaft und soziale Praxis. Opladen, Barbara Budrich Verlag.

Haffner, Yvonne/Krais, Beate (Hg.), 2008: Arbeit als Lebensform? Beruflicher Erfolg, private Lebensführung und Chancengleichheit in akademischen Berufsfeldern. Frankfurt/M., New York, Campus Verlag.

Hämmerle, Christa/Langreiter, Nikola/Lanzinger, Margareth/Saurer, Edith (Hg.), 2008: Gender Politics in Central Asia: Historical Perspectives and Current Living Conditions of Women (Reihe: L'Homme Schriften, Bd. 18). Wien, Böhlau Verlag.

Hellmann-Rajanayagam, Dagmar/Fleschenberg, Andrea (Hg.), 2008: Goddesses, Heroes, Sacrifices. Female Political Power in Asia (Reihe: Southeast Asian Modernities; Bd. 8). Münster et al., LIT-Verlag.

Iwanaga, Kazuki (Hg.), 2008: Women's political participation and representation in Asia. Obstacles and Challenges (Reihe: Women and Politics in Asia). Kopenhagen, NIAS Press.

Kausch, Stefan 2008: Die Regierung der Geschlechterordnung. Gender Mainstreaming als Programm zeitgenössischer Gouvernementalität. Königstein im Taunus, Ulrike Helmer Verlag.

Kerner, Ina, 2008: Differenzen und Macht. Zur Anatomie von Rassismus und Sexismus. Frankfurt/M., New York, Campus Verlag.

Maier, Friederike/**Fiedler**, **Angela** (Hg.), 2008: Verfestigte Schieflagen. Ökonomische Analysen zum Geschlechterverhältnis. Berlin, edition sigma.

Marburger Gender-Kolleg (Hg.), 2008: Geschlecht Macht Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Interventionen. Münster, Westfälisches Dampfboot.

Ritter, Martina 2008: Die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften. Wiesbaden, VS Verlag.

Wetterer, Angelika (Hg.), 2008: Geschlechterwissen und soziale Praxis. Theoretische Zugänge – empirische Erträge. Königstein im Taunus, Ulrike Helmer Verlag.

TAGUNGSBEOBACHTUNGEN

Zwischen Anerkennung und Marginalisierung: Gleichstellungspolitik in Zeiten von Exzellenz und Globalisierung

Tagung vom 25. bis 26. April 2008 in Bielefeld

DAGMAR VINZ

Die Tagung „Zwischen Anerkennung und Marginalisierung: Gleichstellungspolitik in Zeiten von Exzellenz und Globalisierung“ an der Universität Bielefeld, veranstaltet vom Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF), hat WissenschaftlerInnen und ExpertInnen aus der gleichstellungspolitischen Praxis zusammengeführt. Im Zentrum stand dabei die Analyse von Gleichstellungspolitik in Organisationen, die Rolle des Antidiskriminierungsgesetzes und die Relevanz von „Managing Diversity“ für die gleichstellungspolitische Praxis.

Im universitären Kontext haben die Anforderungen an Exzellenz für Hochschulen, so ein Konsens, zu einer Aufwertung von Gleichstellungspolitik geführt. Im Rahmen des Exzellenzwettbewerbs des Bundes und der Länder zur Auszeichnung von sogenannten Elite-Universitäten ist das deutsche Hochschulwesen durch den internationalen Vergleichsmaßstab bei der Evaluierung massiv unter Druck geraten. Wie Katrin Zimmermann (TU Dortmund) in ihrer geschlechtersoziologischen Analyse des aktuellen Exzellenzdiskurses in Wissenschaft und Politik vermittelt, können sich im globalen Wettbewerb zwischen Universitäten Standorte und Fächer mit ungebrochener Männerdominanz nicht unhinterfragt behaupten. Dementsprechend begründet auch Hans-Jürgen Sinn (Universität Bielefeld) in seinem Beitrag, warum Exzellenz und Gleichstellung keinen Widerspruch darstellen. Zwar sei keine durchgängig positive Korrelation zwischen hohen Frauenanteilen und Erfolgen im Exzellenzwettbewerb nachweisbar. Unstrittig sei jedoch die Notwendigkeit für Universitäten, die Potenziale von Frauen stärker zu nutzen.

Bewegt sich Gleichstellungspolitik, dem Titel der Tagung folgend, im Spannungsfeld zwischen Anerkennung und Marginalisierung, so verweist der Beitrag von Clarissa Rudolph (Philipps-Universität Marburg) über Handlungsoptionen kommunaler Frauenpolitik im Feld der Arbeitsmarktpolitik eher auf den Pol der Marginalisierung. Mit dem Slogan „Gender nur für gute Zeiten?“ verweist Rudolph darauf, dass Handlungsoptionen kommunaler Frauenpolitik wenig institutionalisiert sind und stark von der Verwaltungsleitung und der Person der Gleichstellungsbeauftragten abhängen. So finde sich beispielsweise bei der Umsetzung des SGB II (Hartz IV) durch die

Arbeitsgemeinschaften Grundsicherung (ARGEn) und Optionskommunen wenig „Gendering“.

Zusammenfassend scheint es an den Universitäten einen positiven Schub in Richtung Gleichstellung zu geben, in der Arbeitsmarktpolitik, insbesondere für EmpfängerInnen von Hartz IV, jedoch nicht. Eine Frage, die sich im Anschluss an die Konferenz stellt, könnte demnach sein: Funktioniert Gleichstellungspolitik daher in Zeiten der Globalisierung für die „Exzellenten“, aber nicht für die „Marginalisierten“?

Die Berichte aus der gleichstellungspolitischen Praxis waren hingegen von viel mehr Optimismus geprägt. So überschreibt Kristin Rose-Möhring (Gleichstellungsbeauftragte des BMFSFJ) ihren Erfahrungsbericht über 20 Jahre Gleichstellungsinstrumente in der Bundesverwaltung mit dem Slogan „Viel erreicht – viel zu tun“ und Friedel Schreyögg (ehemalige Gleichstellungsbeauftragte der Stadt München) unterstreicht die Rolle professioneller Gleichstellungsarbeit als Motor der Modernisierung und Demokratisierung. Rechtliche Innovationen für die Gleichstellungspolitik, die sich aus der neuen Antidiskriminierungsgesetzgebung ergeben, skizzieren Regina Harzer (Universität Bielefeld) und Mathias Mahlmann (Universität Zürich) in ihren Beiträgen über das Gleichbehandlungsrecht. Mahlmann würdigt dabei insbesondere, dass das Gleichbehandlungsrecht für die Universalisierung von Freiheitsphären innerhalb einer Gesellschaft steht und die Freiheitsgewinne eine Einschränkung der Privatautonomie, die ohnehin immer an Rechtsgrenzen gebunden ist, rechtfertigt. Wichtig sei es zudem, die Grenzen der Herstellung von Gerechtigkeit mit dem Gleichbehandlungsgesetz zu sehen. Es handele sich um einen individuellen, reaktiven Ansatz. Das Gleichbehandlungsgesetz könne jedoch kein Ersatz für eine ernst gemeinte Sozialstaatlichkeit sein.

Michael Meuser (TU Dortmund) und Birgit Riegraf (TU Braunschweig) verweisen darauf, dass im Zuge der Professionalisierung von Gleichstellungspolitik die Rede von Gender durch den Bezug auf Diversity ergänzt wird. Nach Meuser ist noch unentschieden, welche Effekte es hat, mit „Managing Diversity“ Geschlecht als Humanressource zu sehen und somit eine betriebswirtschaftliche Sichtweise auf Geschlecht zu verankern. Meusers Fazit besteht darin, dass „Managing Diversity“ als marktbezogene Selbstregulierung unter Umständen mehr Geschlechtergleichheit erlaube als etatistische Modelle, dies aber um den Preis einer Reaktivierung von Stereotypen. Denn die Aktivierung weiblicher Humanressourcen würde allzu oft mit Bezug auf angeblich besondere Eigenschaften und Führungsqualitäten von Frauen begründet. Dabei basiert seine Analyse auf Einzelbeispielen, was verdeutlicht, dass umfangreiche empirische Analysen zu den Effekten von „Managing Diversity“ auf die Gleichstellungspolitik noch ausstehen.

Während also aus Sicht der Wissenschaft ein Ausbau der Forschung zu Gleichstellungspolitik erforderlich ist, haben im Rahmen der Diskussionen die PraktikerInnen auf die Notwendigkeit einer Professionalisierung von AkteurInnen in der Gleichstellungspolitik verwiesen.

Das Programm der Tagung kann unter <http://www.uni-bielefeld.de/IFF/aktuelles/akt-tag.html> abgerufen werden.

Umkämpfte Arbeit

Tagung vom 16. bis 18. Mai 2008 in Berlin

MAGDALENA FREUDENSCHUSS

Der Titel dieser Tagung konnte durchaus als programmatische Vorgabe verstanden werden: Die rund 80 Teilnehmenden und Vortragenden der Tagung „Umkämpfte Arbeit“ verband ganz offensichtlich ein gemeinsames Erkenntnisinteresse, nämlich die Frage nach kollektiven Handlungsmöglichkeiten im Kontext von Arbeit, nach ihren Ausgangspunkten und Perspektiven. Die VeranstalterInnen – die Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AKG) und die PROKLA-Redaktion (Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft) – spannten dabei den inhaltlichen Bogen der Beiträge zwischen der Analyse aktueller Verhältnisse und Entwicklungen einerseits und Perspektiven für die Zukunft andererseits. Die Prekarisierung von Arbeit, Umstrukturierungen von Mitbestimmungsstrukturen, gewerkschaftliches Handeln, Arbeitskämpfe in traditionellen Industriesektoren und transnationalen Dienstleistungsbetrieben – all diese Aspekte der Umstrukturierung von Arbeit wurden nahe an der Empirie bearbeitet und immer wieder der Frage unterzogen: In welche Kämpfe führt uns das, welche Kämpfe müssen und können hier geführt werden?

Dass „Umkämpfte Arbeit“ auch immer die Frage nach dem Verständnis von Arbeit an sich aufwirft, erwies sich als ein weiterer, feministisch gefärbter roter Faden durch die Veranstaltung. In der Arbeitsgruppe „Kämpfe um Lohn und Arbeit“ wurde diese Perspektive durch den einleitenden Vortrag von Alexandra Scheele (Universität Potsdam) ins Zentrum der Diskussion gerückt. Alexandra Scheele verwies in ihrem Beitrag auf die lange Tradition feministischer Bearbeitung des Themas Arbeit: Sowohl in der quantitativen als auch in der qualitativen Dimension ist Arbeit traditionell mit geschlechterbezogenen Ungleichheiten verbunden. Daraus ergibt sich eine immer noch relevante und grundsätzliche Kritik am System der Erwerbsarbeit. Zur Diskussion gestellt wird damit das Verhältnis von Arbeit und Leben, ein Thema, das heute scheinbar verloren neben den politischen Debatten und den Arbeitskämpfen steht. Konkret sei dies am Beispiel der Arbeitszeitverkürzung, der Umverteilung von Arbeit und der damit verbundenen Debatte um Lebensqualität nachvollziehbar. Scheeles historischen Überblick und ihre kritische Bestandsaufnahme wollen sowohl Gabriele Sterkel (ver.di) als auch Sophie Jänicke und Hilde Wagner (beide IG Metall Vorstand) in der aktuellen Gewerkschaftspolitik in Form der Mindestlohnkampagne von ver.di und der arbeitszeitpolitischen Konzepte der IG-Metall aufgenommen wissen.

Häufig wurde diese Erweiterung des Arbeitsbegriffs, der Blick auf unbezahlte Arbeit und Langzeiterwerbslosigkeit als strukturelles Problem aber erst durch kritische Fragen aus dem Publikum eingemahnt. So wurde der Beitrag zu betriebsnaher Tarifpolitik von Mario Candeias (Rosa-Luxemburg-Stiftung) durch das Beispiel von Panasonic ergänzt, einem Betrieb, in dem mehrheitlich Frauen tätig sind. Das Engagement dieser Arbeiterinnen in ihren Arbeitskämpfen zeigte, dass Lohnarbeit im Verhältnis

zur sozialer und Care-Arbeit politisiert werden muss und – wie hier – auch wird. Gerade dieser Zusammenhang von dominant weiblicher Belegschaft und der Ausrichtung von Arbeitskämpfen findet aber auch seinen diskriminierenden Widerhall in der Rezeption dieser Kämpfe. So wird anhand des Beitrags von Rudi Schmidt (Universität Jena) zu den Kämpfen der Lokführergewerkschaft GDL kritisch aufgezeigt, dass männlich dominierte Belegschaften auch deshalb eine höhere Streikkraft entwickeln können, weil ihnen mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung zukommt als Arbeitskämpfen, die in erster Linie Arbeitsplätze von Frauen betreffen (z.B. Einzelhandel). In Ergänzung zu Ingrid Artus (TU München) Vortrag zu „Repressiver Integration und ‚verrückten Kämpfen‘ im prekären Dienstleistungsbereich“ betonte eine Gewerkschafterin den prekären Status von Frauen in diesem Bereich. In den dominanten Argumentationen für den Ausbau des Niedriglohnsektors würde eine unabhängige Existenzsicherung für Frauen indirekt negiert, weil nicht gesehen würde, dass viele Frauen mit Familie von diesen Löhnen existentiell abhängig sind.

Ein erweiterter Arbeitsbegriff, ein kritischer Blick auf das Verhältnis von Arbeit und Leben, das widerständige Potenzial von Frauen in Betrieben – all diese sehr präsenten Elemente geschlechterpolitischer Interventionen, die diese Tagung immer wieder in den Diskussionen und Beiträgen geschlechterkritisch wendeten, konnten nicht über einen Mainstream hinwegtäuschen, der zwar nach Ansatzpunkten für Veränderungen von Arbeitsstrukturen sucht, ohne jedoch konsequent die Frage nach Arbeit über die Erwerbsarbeit hinaus zu formulieren. Insofern mag in der Widersprüchlichkeit der leistungsorientierten Prinzipien die Möglichkeit für einen demontierenden Zugriff liegen (Beitrag von Wolfgang Menz, ISF München) oder über die Regionalisierung von Arbeitskämpfen eine Solidarisierung über den Betrieb hinaus erfolgen (Beitrag von Candeias), offen bleibt allerdings, wie Scheele aus feministischer Perspektive kritisch zuspitzte, dennoch die Frage, wer dieses Subjekt der Veränderung denn tatsächlich sein könnte.

Das Programm der Tagung findet sich unter <http://www.prokla.de/akg-proklatagung-umkaempfte-arbeit-16-18-April-2008.pdf>, darüber hinaus bietet die PROKLA 150 unter demselben Titel eine Sammlung von Beiträgen vieler ReferentInnen der Tagung.

Frauenfragen sind Männerfragen sind Geschlechterfragen? 40 Jahre Neue Frauenbewegung – Und jetzt?

Konferenz von 12. bis 14. Juni 2008 in Bochum

KATRIN BREMER

Und jetzt? Über 120 StudentInnen, PraktikerInnen und WissenschaftlerInnen trafen sich an der Ruhr-Universität Bochum, um über den historischen Verlauf der Neuen Frauenbewegung (NFB) hinaus einen Blick in die Zukunft der Geschlechterfragen zu werfen.

Prof. Ilse Lenz (Ruhr-Universität Bochum) gab mit ihrem Eröffnungsvortrag den Rahmen für die Konferenz vor. Sie stellte vier historische Transformationen der NFB dar. Ausgangspunkt war die Bewusstwerdung und Artikulation der NFB (1968-1976): Sie begann mit dem Tomatenwurf von Sigrid Rüter und wandelte sich 1976 mit dem Aufkommen des radikalen Gleichheitsfeminismus in eine zweite Phase der Pluralisierung und Konsolidierung, welche 1980 in eine dritte Phase der Professionalisierung und institutionellen Integration überging. Seit 1989 ist ein Wandel der NFB zur Internationalisierung, Vereinigung und Neuorientierung zu beobachten. Dass die schon oft tot gesagte Neue Frauenbewegung sich einer guten Gesundheit erfreut, argumentierte Lenz mit einer wachsenden Zahl aktueller Ereignisse (Konferenzen, Tagungen, weltweite Treffen etc.), die deutlich dem Geschlechterdiskurs zuzuordnen sind. Außerdem werden Geschlechterfragen durch mutige AutorInnen (z.B. Thea Dorn, Charlotte Roche) einer breiten Öffentlichkeit näher gebracht.

Ein weiterer Fokus der Konferenz lag darin, Männerfragen aufzugreifen und sich mit den durch die Neue Frauenbewegung beeinflussten, veränderten Lebenssituationen von Männern auseinanderzusetzen. Dr. Ralf Puchert (Dissens e.V. Berlin) befasste sich mit dem Thema „Männer in Bewegung?“ und zeichnete seinerseits Entwicklungsphasen der „Männer in Bewegung“ nach. Die erste Phase umfasst die Entstehung der Männergruppenszene und deren Suchbewegung zwischen Selbsterfahrung, Forderung und Abgrenzung. Eine zweite Phase sah Puchert in der Etablierung von Männerbüros, Männerforschung, kirchlicher Männerarbeit und der Männergesundheitsbewegung. In der letzten Phase hob er die Kooperation zwischen Männern und Frauen hervor. In der anschließenden Diskussion, an der sich mehrheitlich Frauen beteiligten, stellte sich heraus, dass sich Männer aufgrund ihrer bisherigen Statusposition auch weiterhin in der Geschlechterdiskussion zurückhalten.

Die Beiträge von Prof. Alison Woodward (Vrije Universität Brüssel, Belgien) und Anna Holz (M.A. European Studies, Hamburg) beleuchteten verschiedene Aspekte der politischen Forderungen und Ergebnisse der NFB in der EU-Politik. Beide wiesen darauf hin, dass Frauen und Männer seit 20 Jahren in einem von Frauen dominierten Genderdiskurs stehen und warnten vor dem Bedeutungsverlust von Frauenfragen in der Öffentlichkeit infolge von Diversity und Antidiskriminierungsmaßnahmen. Zu-

dem forderten sie eine stärkere Vernetzung sowie einen europäischen Zusammenschluss von Gleichstellungsbeauftragten.

Prof. Wang Zheng (University of Michigan, USA) beschrieb in ihrem Beitrag „Global Concepts, Local Practises: Chinese Feminism since the Fourth UN Conference on Woman“ den positiven Einfluss des globalen Feminismus auf die chinesische Frauenbewegung. Trotz deutlicher historischer Unterschiede in der Entwicklung der chinesischen und europäischen Frauenbewegungen konnten wichtige Rahmenpunkte wie Gender, Woman´s Empowerment, Gender Mainstream und weitere auch im chinesischen Kontext fruchtbar umgesetzt werden. Sie machte zudem auf verschiedene globale feministische Projektgruppen aufmerksam und verwies auf eine Konferenz zu internationalen Frauenfragen (Juni 2009, University of Michigan).

Gudrun-Axeli Knapp und Paula-Irene Villa setzten sich in ihren Beiträgen wissenschaftskritisch mit dem zunehmenden Verlust einer gesellschaftskritischen Perspektive in der Geschlechterforschung auseinander. Sie stellten die Unschärfen in der Außenwahrnehmung von Frauenforschung und Gleichstellungsarbeit, die Abwertung der Queer Studies als „dubiose Minderheitenwissenschaften“, die zunehmende Abhängigkeit der Genderforschung von wirtschaftlichen Faktoren sowie die Selbstverständlichkeit der Gleichheitswahrnehmung von Frauen kritisch heraus. Die Zukunft des feministischen Denkens beschreiben beide in der Interdisziplinarität des Fachgebietes und fordern von den Hochschulen ein zeit- und wirtschaftsunabhängiges Arbeiten.

Die Beiträge zeigten, dass die Themen der Neuen Frauenbewegung an Brisanz nichts verloren haben. Es stellte sich heraus, dass eine stärkere Vernetzung zwischen Wissenschaft und Praxis von allen Seiten erwünscht ist. Veranstaltet wurde die Konferenz von der Marie-Jahoda Gastprofessur für internationale Geschlechterforschung an der Ruhr-Universität gemeinsam mit dem Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie, der Heinrich Böll Stiftung NRW und dem Netzwerk Frauenforschung NRW. Das Tagungsprogramm und einige Vorträge der Konferenz sind unter der Internetadresse: http://www.gwi-boell.de/feminismus_gd/feminismus_gd_start.htm#Frauenfragen abrufbar.

Schnittstellen // Transmissions. Feministische Wissenschaft und Wissenstransfer

Tagung am 14. Juni 2008 in Fribourg (Schweiz)

DAGMAR COSTANTINI

Mit der internationalen Tagung „Schnittstellen // Transmissions“ setzte sich der Verein Feministische Wissenschaft Schweiz (FemWiss) zum Ziel, die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik, Wirtschaft, Bildung und Medien zu beleuchten und dabei die Gründe für den bisher unzureichenden Wissenstransfer zu ermitteln. Dabei sollten Strategien entwickelt werden, um der gegenwärtigen Situation des „Backlash“ zu begegnen. Ausgangspunkt von FemWiss war der Befund, dass zu wenig des wissenschaftlichen Wissens in die öffentlichen Geschlechter- und Gleichstellungsdebatten gelange.

An der zweisprachigen Tagung nahmen etwa 120 Frauen teil. Aus der Deutschschweiz waren dies hauptsächlich Praktikerinnen, Frauen aus der universitären Lehre und Forschung hingegen kamen fast ausschließlich aus der französischen Schweiz. Der italienischsprachige Kulturraum der Schweiz wurde leider nicht adressiert.

Martine Chaponnière (Universität Genf) benannte in ihrem Eingangsvortrag zur Vermittlung von feministischem Wissen an ein negativ eingestelltes, gleichgültiges oder desinteressiertes Publikum einige Vermittlungshindernisse feministischer Wissenschaft. Die ihrem universitären Alltag entstammende, absichtlich unvollständig gehaltene Liste setzte ein mit dem Verdacht der ideologischen Färbung, welche der feministischen Wissenschaft anhafte, sowie dem weit verbreiteten Missverständnis, Gender Studies würden sich ausschließlich mit Frauenanliegen auseinandersetzen. Weitere wichtige Punkte dieser Liste waren die tief verankerte Vorstellung, „Biologie könne man halt nicht ändern“, und die weit verbreitete Ansicht, Gleichstellung sei bereits erreicht. Zuletzt erwähnte Chaponnière die Selbstzensur: Um überhaupt gehört zu werden, würden viele FeministInnen das F-Wort oder auch anderes feministisches Vokabular vermeiden. Dies führe zu völlig ausgehöhlten Aussagen wie „Die Situation der Frau hat sich in unserer Gesellschaft nicht wirklich verändert“ (frei übersetzt von „Die Unterdrückung der Frauen bleibt im patriarchalen System weiterhin bestehen“).

Dem Eingangsvortrag von Chaponnière folgten acht Workshops, die den Wissenstransfer in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kommunikation, Bildung und soziokulturelle Arbeit beleuchteten. In den Workshops diskutierten Frauen aus dem Hochschul- und aus dem Praxiskontext über ihre Forschung und Tätigkeit.

Der Workshop zur institutionellen Politik konzentrierte sich auf „Machtgrenzen“ und die damit verbundenen Schwierigkeiten der Vermittlung. Es wurde festgestellt, dass WissenschaftlerInnen PolitikerInnen nicht häufig genug kontaktierten. Die anwesenden Politikerinnen wünschten sich konkrete Instrumente, Resultate aus Studien sowie Priorisierungen von Seiten der GeschlechterforscherInnen.

Im Workshop „Transfer in die Unternehmen“ stellte Gudrun Sander (Universität St. Gallen) das Instrument des Gleichstellungscontrollings vor, dessen Ziel die Integration von Gleichstellungsanliegen in die Planungs- und Steuerungsprozesse einer Institution oder Firma ist. Dabei soll Gleichstellung als Querschnittsaufgabe verankert und die Umsetzungsverantwortung den Führungskräften übertragen werden. Wichtig sei jedoch, dass das Controlling zwar von der Leitung initiiert, von den MitarbeiterInnen aber auch unterstützt werden müsse. Sander stellte fest, dass weniger das Controlling selbst als die Schaffung der Instrumente, die zu einem späteren Zeitpunkt dem Controlling dienen, von den Firmen genutzt werden (wie zum Beispiel die Datenerhebung). In der praktischen Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen stellt sich aber die Schwierigkeit, dass gewisse konkrete Entscheidungen – z. B. bei Teilzeitanstellungen – vom mittleren Kader gefällt werden müssen. Ursula Meichle (Carrière Féminine) bestätigte aus ihrer Praxiserfahrung in der Kaderselektion, dass es schwierig sei, Frauen zu platzieren, wo sie nicht explizit von den Auftraggebenden gewünscht seien.

Die Resultate der Workshops wurden in einer Synthese von den Moderatorinnen zusammengetragen. Die identifizierten Hindernisse im Wissenstransfer scheinen nur zum Teil kontextabhängig. Viele ziehen sich über verschiedene Bereiche hinweg, wie beispielsweise die negative Wirkung einer als radikal empfundenen feministischen Sprache. Nur wenige Lösungsvorschläge wurden präsentiert, um diese Hindernisse zu überwinden. Deutlich wurde die Persistenz patriarchaler Strukturen auch in einer zunehmend flexiblen Gesellschaft. Der Vorschlag, die Sprache etwas zu entschärfen, um sich mehr Gehör zu verschaffen, wird aber nicht von allen als Lösung empfunden. Damit riskiere man, dass Gleichstellungsanliegen auf lediglich administrative Maßnahmen reduziert und somit eines wichtigen Teils ihrer Inhalte beraubt würden. Eine weiterhin notwendige politische Diskussion würde damit verhindert.

Die Tagung zeigte auf, dass der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis einem Bedürfnis entspricht. Vor allem Frauen aus dem Praxisbereich wünschten sich mehr Input aus der Wissenschaft. Die Diskussionen führten zu produktiven Ergebnissen, einigen Lösungsvorschlägen und vor allem konnten wichtige Kontakte geknüpft werden. Nicht zuletzt wurden neue Formen des Dialogs und des Austauschs zwischen WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen angedacht.

Die Beiträge der Tagung werden auf www.femwiss.ch und in FemInfo veröffentlicht.

Programmierte Frauenarmut

Fachtagung am 17. Juni 2008 in Bremen

HELLA BAUMEISTER

In welchen biografischen Statuspassagen sind Frauen besonders gefährdet in Armut zu geraten, was sind die strukturellen und institutionellen Ursachen und welche Ansätze zur Veränderung gibt es? Das waren die Kernfragen der Fachtagung „Programmierte Frauenarmut“, die am 17. Juni 2008 in der Bremischen Bürgerschaft stattfand. Die Organisatorinnen, die Bremische Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen, legten den Fokus auf vier biografische Schnittstellen, an denen die Armutsgefahr für Frauen besonders hoch ist: Ausbildung/Übergang in den Beruf, Elternschaft, Erwerbsarbeit, Alter. Rund 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland erörterten die rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen, die solche Schnittstellen zur Armutsgefahr werden lassen, und berieten Verbesserungsvorschläge.

Obwohl Mädchen in der Regel die besseren und höheren Schulabschlüsse haben, gelingt es ihnen nicht, diesen Vorsprung beim Übergang in den Beruf zu nutzen. Dies legte Karin Gottschall (Universität Bremen) im Forum 1 „Trotz Abschluss arm?! Mangelnde Bildungsrenditen als Armutsrisiko“ dar. Über die nahe liegenden Erklärungen hinaus, wie u.a. geschlechtsspezifische Berufswahl, diskontinuierliche Berufsbiografien, lenkte sie den Blick auf die Berufsstruktur: einerseits eine duale Ausbildung für Facharbeiterberufe und andererseits eine schulische Ausbildung für die Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufe. Im Unterschied zum dualen System ist die vollzeitschulische Ausbildung, in der Frauen dominieren, nicht bundeseinheitlich geregelt. Es bestehen hier nicht nur geringere Aufstiegs- und Einkommensmöglichkeiten sondern auch ein verminderter Qualifikationsschutz. Hier seien neben dem Sozialstaat auch die Gewerkschaften gefordert. Bildung sei zwar eine Voraussetzung zur Lösung der Armutsfrage, allerdings nicht die Lösung selbst, so Karin Gottschall. Notwendig sei eine Neubewertung von Frauenerwerbsarbeit.

Marianne Friese (Justus-Liebig-Universität Gießen) plädierte dafür, die – häufig von Frauen bevorzugten – personenbezogenen Dienstleistungsberufe in ihren Ausbildungsgängen zu standardisieren und zu akademisieren, um so nicht nur die Ausbildungsqualität, sondern auch Prestige und Verdienstmöglichkeiten dieser Berufe zu verbessern. Das gelte insbesondere für die Ausbildung des Erziehers/der Erzieherin, die auf europäisches Niveau gehoben werden müsse. Das Forum empfahl, die sozialen, ökonomischen und bildungspolitischen Debatten zu vernetzen und schulische Berufsabschlüsse, die bislang unkoordiniert in Verantwortung der Bundesländer geregelt sind, gegenseitig anzuerkennen.

Familienpolitik ist in unserem Land vor allem finanziell und wenig infrastrukturell geprägt. Das belegte Irene Dingeldey (Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen) im Forum 2 „Kinder als Armutsrisiko: Die Exklusion von Müttern am Arbeits-

markt“ am Beispiel der Kinderbetreuung. Auch seien die Transferleistungen nicht ausreichend, um Erwerbslose, Geringverdienende und Teilzeitbeschäftigte über die Armutsschwelle zu bringen. Barbara Thiessen (Deutsches Jugendinstitut, München) betonte, wie wichtig wohnortnahe Vernetzung und Anlaufstellen für Frauen seien, die unter Armutsbedingungen leben bzw. von Armut bedroht sind.

Wie stark in den letzten Jahren der Niedriglohn-Sektor ausgeweitet wurde, hob Sigrid Betzelt (Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen) im Forum 3 „Das Arbeits-Los: Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung“ hervor: Inzwischen arbeite mehr als jede/r fünfte Beschäftigte im Niedriglohnbereich, wobei selbst Tariflöhne häufig keinen Schutz mehr böten. Niedriglohnbeschäftigung ist eindeutig „Frauensache“ (70%), mit Schwerpunkten bei den Mini-Jobs und Teilzeitarbeit. Damit wird die Rolle der erwerbstätigen Frauen als „Zuverdienerinnen“ verfestigt. Befördert wurde diese Entwicklung u.a. durch die „Hartz-Gesetze“. Karen Jaehrling (Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg/Essen) plädierte denn auch konsequent für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Einhellige Meinung war: Die Arbeitsmarktpolitik muss eine konsequentere Gleichstellungspolitik verfolgen. Die aktive Förderung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sei als individuelles Recht festzuschreiben und zwar für Empfängerinnen von Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II. Arbeitsmarktpolitik dürfe nicht länger – wie heute – ein Abgleiten in Armut befördern, sondern müsse im Gegenteil zum Abbau von Armutsrisiken beitragen z.B. durch Umstrukturierung von Mini-Jobs.

Im abschließenden Werkstattgespräch ging es um die Umsetzung der zuvor erarbeiteten Vorschläge. Mit dem Präsidenten des Bremischen Senats, Jens Böhrnsen (SPD), diskutierten die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und langjährige niedersächsische Ministerin Heidi Merk, Hildegard Nickel von der Humboldt-Universität Berlin und die Gastgeberin, die Bremer Frauenbeauftragte Ulrike Hauffe. Sie konfrontierten ihn mit zwei zentralen Ergebnissen der Tagung: Für das Land Bremen sollen ein Querschnittsprogramm „Gleichstellung“ entwickelt und auf Bundesebene eine Enquête-Kommission zur Gleichstellungspolitik initiiert werden, die die Auswirkungen der sozial-, gesundheits- und arbeitsmarktpolitischen Umstrukturierungen auf Frauen untersucht.

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS

Call for Papers

Femina Politica – Heft 2/2009: Feministische Postkoloniale Theorie – Politikwissenschaftliche Perspektiven

Die koloniale Beherrschung stellt ein wirkungsmächtiges globalhistorisches Ereignis dar, welches Ökonomie, Kultur, Literatur, Politik bis zum heutigen Tage in bedeutender Weise beeinflusst. Insofern ist es nur folgerichtig, dass Postkoloniale Theorie sich innerhalb von Politik- und Sozialwissenschaften zu einer wichtigen Stichwortgeberin entwickelt hat.

Ziel postkolonialer Theorieproduktion ist in erster Linie, eurozentrische Perspektiven, die die Sozial- und Geisteswissenschaften durchziehen, herauszufordern, wofür die diversen Seiten der Kolonialbegegnung und die daraus resultierenden Hybridisierungen (à la Bhabha) einer differenzierten Analyse zugeführt werden. Dies ermöglicht eine Bewegung, die auch als „Provinzialisierung des kanonischen Status westlicher Theorien“ beschrieben wird. Baut der Kanon doch auf der gewalttätigen Konstruktion und Marginalisierung der „Anderen“ auf.

Feministische Postkoloniale Theorie untersucht im Sinne eines kritischen Projekts Genderaspekte innerhalb (post-)kolonialer Räume und hinterfragt die koloniale und imperiale Komplizenschaft westlicher Feminismen. Imperialismus kann dabei, Gayatri Spivak folgend, ohne eine Theorie der Geschlechterregime schwerlich verstanden werden, repräsentiert dieser doch ein Zusammengehen westlicher mit präkolonial patriarchalen Machthierarchien.

Spivak und andere feministische postkoloniale Autorinnen betonen darüber hinausgehend, dass Rassen- und Geschlechterkonstruktionen immer noch die Hauptprinzipien für die Stabilisierung der internationalen Arbeitsteilung darstellen. Bildeten Schwarze Frauen das Rückgrat der Plantagenökonomien, so sind es heute die subalternen Frauen aus der so genannten „Dritten Welt“, die die Ärmsten der Armen der post-kolonialen Welt stellen. Die Feminisierung von Armut kann als symptomatisch für das Weiterwirken kolonialer Machtverhältnisse und fortschreitende Rekolonisierungsschübe, die den Prozess der Dekolonisierung und Demokratisierung lähmen, betrachtet werden.

Das Schwerpunktheft zur Feministischen Postkolonialen Theorie setzt den Fokus auf die Auseinandersetzungen mit postkolonialer Theorie innerhalb feministischer Politikwissenschaften und möchte aktuell drängende Fragestellungen in diesem Feld beleuchten. Vor diesem Hintergrund freuen wir uns über Beiträge, die aktuelle Tendenzen und Perspektiven Feministischer Postkolonialer Theorie aufzeigen. Er-

wünscht sind sowohl theoretische Beiträge als auch die Darstellung der Ergebnisse empirischer Untersuchungen.

Thematische Schwerpunkte

a) „Rasse“, Klasse, Geschlecht, Sexualität und Post/Kolonialismus

Komplexe Analysen wie etwa die Studie „Imperial Leather“ von Anne McClintock, die Dynamiken zwischen Klasse, Sexualität, „Rasse“ und Geschlecht nachzeichnen, können darlegen, dass Geschlecht immer rassifiziert und „Rasse“ immer vergeschlechtlicht erscheint. Doch auch Fragen der Sexualität zeigen sich eng verflochten mit Rassifizierungsprozessen und eingebettet in Strategien der Zivilisierungsmission. Fragen, die sich hieraus ergeben, sind z.B.:

- Wie haben Konzepte von Geschlecht und „Rasse“, die im kolonialen Kontext hergestellt wurden, die Vorstellungen von Geschlecht und „Rasse“ in den Metropolen beeinflusst?
- Wie kann die Beziehung zwischen „Rasse“, Geschlecht und Sklaverei, Kapitalismus und Sklaverei oder auch Kapitalformation und Imperialismus beschrieben werden?

b) Postkoloniale Diasporas und Transnationalismus

Im Licht zunehmender Migrations- und Fluchtbewegungen spielen innerhalb metropolitaner postkolonialer Theorie Analysen von Migrationsprozessen und Transnationalisierungen eine immer bedeutsamere Rolle. Antirassismuspolitiken, kritische Weiß-Seins-Theorien und Multikulturalismusdebatten haben dabei die „postkoloniale Migrantin“ zu einer vieldiskutierten Subjektposition werden lassen. Die Erfahrungen von Alltagsdiskriminierungen, die das Leben postkolonialer Migrantinnen in Europa bestimmen, werden damit zu einem wichtigen Politikfeld, das der kontinuierlichen Thematisierung bedarf. Fragen wären hier u.a.:

- Wie sehen die kolonialen Kontinuitäten innerhalb europäischer Migrationspolitiken aus?
- Welche Rolle spielt die internationale Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung postkolonialer Ungleichheiten?
- Welche Transformationen erfährt das Konzept des „citizenship“ in Folge von Migrationsbewegungen und im Prozess postkolonialer Nationenbildungen?

c) Globalisierung und Post-development Studies

Die Feministischen Post-Development-Theorien, die sich explizit auf postkoloniale Paradigmen beziehen, entfalten, wie Entwicklungspolitiken funktionieren, die nicht selten als Alibi für eine fortgeführte Ausbeutung fungieren. Darüber hinaus zeichnen sie Überlappungen zwischen der Struktur des Kolonial- und des Entwicklungsdiskurses nach und markieren die Bedeutung von Geschlecht und Sexualität innerhalb derselben. Hieraus ergeben sich folgende Fragen:

- Welche Kontinuitätslinien und Unterschiede können zwischen den kolonialen und entwicklungspolitischen Diskursen ausgemacht werden?
- Welche Rolle spielen Feministische Post-Development-Theorien bei der Kritik von Entwicklungspolitik und -hilfe in Zeiten der Globalisierung?

d) Dekolonisierung, Demokratisierung und Geschlechtergerechtigkeit

Dekolonisierung ist ein politischer Prozess, der sich auf die Dekonstruktion kolonialer Strukturen durch die Etablierung demokratischer Strukturen und Selbstbestimmung stützt. Insbesondere der Feministischen Postkolonialen Theorie ist es zu verdanken, dass kontinuierliche Subalternisierungsprozesse und sich stetig erneuernde imperialistische Strukturen auf der Überausbeutung subalternen Frauen aufgezeigt werden konnten.

Interessante Fragen, die sich hieraus ergeben, sind z.B.:

- Wie können die Prozesse der Dekolonisierung und Demokratisierung unter Einbeziehung von Fragen globaler Geschlechtergerechtigkeit neu gedacht werden? In welcher Weise intervenieren Frauen im globalen Süden innerhalb demokratisch etablierter Institutionen?
- Welche Bedeutung haben Konzepte wie *gendered citizenship* und *global governance* aus der Perspektive von *gendered* subalternen Räumen?

Abstracts und Kontakt

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Prof. Dr. María do Mar Castro Varela und Dr. Nikita Dhawan (Gastherausgeberinnen) und Jutta Bieringer betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts (per e-mail) bis zum **30. November 2008** an castrovarela@web.de, nikitadhawan@web.de oder die Redaktionsadresse redaktion@femina-politica.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert Frauen in der Wissenschaft. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Herausgeberinnen wählen auf der Basis der eingereichten Vorschläge Beiträge aus. Der Abgabetermin für die fertigen Beiträge im Umfang von 25.000 bis max. 30.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) ist der **15. April 2009**.

Neuerscheinungen

Appiano-Kugler, Iris/Kogoj, Traude (Hg.), 2008: *Going Gender & Diversity. Ein Arbeitsbuch*. Wien: Facultas.

BMFSFJ 2008: „Die Verteilung macht's - Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit durch geschlechtersensible Haushalte“. Dokumentation der Fachkonferenz, Internet: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/aktuelles,did=106418>

Brabandt, Heike/Roß, Bettina/Zwingel, Susanne, 2008: *Mehrheit am Rand? Geschlechterverhältnisse, globale Ungleichheit und transnationale Handlungsansätze*. Wiesbaden: VS Verlag.

Casale, Rita/Rendtorff, Barbara (Hg.), 2008: *Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung*. Bielefeld: transcript

Childs, Sarah, 2008: *Women and British Party Politics. Descriptive, Substantive and Symbolic Representation*. London: Routledge.

Dalhoff, Jutta/Kreuzer, Dorothee (Hg.), 2008: *Gender in der Forschung - Innovation durch Chancengleichheit. Konferenz im Rahmen der Deutschen EU Ratspräsidentschaft. Konferenzdokumentation, Bonn 2008*. Internet: <http://www.cews.org/cews/cewspublik.php>

Degele, Nina 2008: *Gender/Queer Studies*. München: Wilhelm Fink.

Ehmsen, Stefanie 2008: *Der Marsch der Frauenbewegung durch die Institutionen. Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik im Vergleich*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Engels, Bettina 2008: *Gender und Konflikt. Die Kategorie Geschlecht in der Friedens- und Konfliktforschung*. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.

Färber, Christine/Spangenberg, Ulrike, 2008: *Wie werden Professuren besetzt? Chancengleichheit in Berufungsverfahren*. Frankfurt/M.: Campus

Fleschenberg, Andrea/Derichs, Claudia 2008: *Handbuch Spitzenpolitikerinnen*. Wiesbaden: VS Verlag.

Forschungsnetz Gewalt im Geschlechterverhältnis (Hg.) 2008: *Gewalt im Geschlechterverhältnis. Erkenntnisse und Konsequenzen für Politik, Wissenschaft und soziale Praxis*. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

Geißel, Brigitte/Manske, Alexandra (Hg.), 2008: *Kritische Vernunft für demokratische Transformationen. Festschrift für Christine Kulke*. Opladen: Barbara Budrich Verlag.

Groß, Melanie 2008: *Geschlecht und Widerstand*. Königstein/Ts.: Ulrike Helmer Verlag.

Hausmann, Ricardo/Tyson, Laura D., 2008: *The Global Gender Gap Report 2007*. World Economic Forum. Internet: <http://www.weforum.org/pdf/gendergap/report2007.pdf>

Holtz-Bacha, Christina/König-Reiling, Nina 2007: *Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen*. Wiesbaden: VS Verlag.

Inter-Parliamentary Union (Hg.), 2008: *Equality in Politics: A Survey of Women and Men in Parliaments. Reports and Documents No. 54*, Genf: IPU.

Jurczyk, Karin/Oechle, Mechtild (Hg.) 2008: *Das Private neu denken. Erosionen, Ambivalenzen, Leistungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Kaser, Karl 2008: *Patriarchy after Patriarchy. Gender Relations in Turkey and in the Balkans 1500-2000*, Münster: LIT.

Kraft, Claudia (Hg.), 2008: *Geschlechterbeziehungen in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Soziale Praxis und Konstruktionen von Geschlechterbildern*. München: R. Oldenbourg Verlag.

Krell, Gertraude, 2008: *Chancengleichheit durch Personalpolitik*. Wiesbaden: Gabler Verlag.

Kreutzer, Mary/Milborn, Corinna 2008: *Ware Frau. Auf den Spuren moderner Sklaverei von Afrika nach Europa*. Salzburg: Ecowin.

Krondorfer, Birge/Wischer, Miriam/Strutzmann, Andreas (Hg.), 2008: *Frauen und Politik: Nachrichten aus Demokratien*. Wien: Promedia Verlag.

Kuring, Diana (2008): Weibliche Genitalverstümmelung in Eritrea: Regionale Erklärungen, nationale Ansätze und internationale Standards. Saarbrücken: VDM-Verlag Dr. Müller.

Müller, Ursula/**Riegraf**, Birgit/**Witz**, Sylvia M. (Hg.), 2008: Geschlecht und Organisation. Wiesbaden: VS Verlag.

NGO-Koordination post Beijing Schweiz/Amensty International, 2008: NOG Schattenbericht zum dritten Bericht der Schweiz über die Umsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW). Internet: http://www.humanrights.ch/home/de/Schweiz/Politik/Frauen/idart_5883-content.html

Paletschek, Sylvia/**Schraut**, Sylvia (Hg.), 2008: The Gender of Memory. Cultures of Remembrance in Nineteenth- and Twentieth-Century Europe, Frankfurt/M., New York: Campus Verlag

Rauchut, Franziska, 2008: Wie queer ist Queer? Sprachphilosophische Reflexionen zur deutschsprachigen akademischen „Queer“-Debatte. Königstein/Ts.: Ulrike Helmer Verlag.

Riegraf, Birgit 2008: New Public Management und Geschlechterverhältnisse: Eine Analyse zum qualitativen Wandel des Staates. Wiesbaden: VS Verlag.

Ritter, Martina 2008: Die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag.

Sauer, Birgit/**Strasser**, Sabine (Hg.), 2008: Zwangsfreiheiten. Multikulturalität und Feminismus, Wien: Promedia

Sauer, Birgit, 2008: Governance. Wien: Facultas.

Schäfer, Rita, 2008: Im Schatten der Apartheid. Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika, Münster: LIT.

Schäfer, Rita, 2008: Frauen und Kriege in Afrika. Ein Beitrag zur Gender-Forschung. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.

Senghaas-Knobloch, Eva, 2008: Wohin driftet die Arbeitswelt? Wiesbaden: VS Verlag.

Stiegler, Barbara/**Oerder**, Katharina, 2007: Taschengeld für Mutter oder Krippenplatz fürs Kind? Eine Genderanalyse zum Betreuungsgeld. WISO direkt - Analysen und Konzepte zur

Wirtschafts- und Sozialpolitik 12/2007. Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05040.pdf>

Susemichel, Lea/**Rudigier**, Saskya/**Horak**, Gabi (Hg.), 2008: Feministische Medien. Öffentlichkeiten jenseits des Malestreams. Königsstein: Ulrike Helmer Verlag.

Thon, Christine, 2008: Frauenbewegung im Wandel der Generationen. Eine Studie über Geschlechterkonstruktionen in biographischen Erzählungen. Bielefeld: transcript.

Aus Zeitschriften und Sammelbänden

Abels, Gabriele, 2008: Geschlechterpolitik. In: Hubert Heinelt/Michèle Knodt (Hg.): Politikfelder im EU-Mehrebenensystem. Instrumente und Strategien europäischen. Baden-Baden, 293-310.

Ackerly, Brooke/**True**, Jacqui, 2008: An Intersectional Analysis of International Relations. Recasting the Discipline. Politics & Gender. Vol. 4 No. 1, 156-173.

Allen, Nicholas/**Dean**, Jonathan, 2008: No (Parliamentary) Gender Gap Please, We're British. The Political Quarterly. Vol. 79 No. 2, 212-220.

Andresen, Sünne, 2007: Bologna-Prozess und Gender Mainstreaming als Chance für die Umsetzung einer genderreflektierten Lehre? Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien. 25. Jg. H. 2, 3-16.

Aus Politik und Zeitgeschichte. H. 24-25/2008: Schwerpunkt „50 Jahre Gleichberechtigung“.

Bassel, Leah, 2008: Citizenship as Interpellation. Refugee Women and the State.. Government and Opposition. Vol. 43 No. 2, 293-314.

Brown, Katherine, 2008: The Promise and Perils of Women's Participation in UK Mosques. The Impact of Securitisation Agendas on Identity, Gender and Community. The British Journal of Politics and International Relations. Vol. 10 No. 3, 472-491.

Butler, Judith, 2008: Sexual Politics, Torture, and Secular Time. The British Journal of Sociology. Vol. 59 No. 1, 1-23.

Eveline, Joan/**Todd**, Patricia, 2008: Gender Mainstreaming. The Answer to the Gender Pay

Gap? Gender, Work & Organization. Vol. 15 No. 5.

Feminist Review. Vol. 88 No. 1/2008: Schwerpunkt „Frauen und Krieg“.

Fluri, Jennifer .L[2008]: Feminist-nation building in Afghanistan: an examination of the Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA). *Feminist Review* Vol. 89. No. 1, 34-54.

Haider-Markel, Donald P./Vieux, Andrea, 2008: Gender and Conditional Support for Torture in the War on Terror. *Politics & Gender*. Vol. 4 No. 1, 5- 33.

Herzog, Hanna, 2008: Re/visioning the Women's Movement in Israel. *Citizenship Studies*. Vol. 12 No. 3, 265-282.

James, Laura, 2008: United by Gender or Divided by Class? Women's Work Orientations and Labour Market Behaviour. *Gender, Work & Organization*. Vol. 15 No. 4, 394-412.

Kouva, Sari, 2008: "Quick and Dirty" Approach to Women's Emancipation and Human Rights? *Feminist Legal Studies*. Vol. 16 No. 1, 37-46.

Lawson, George, 2008: A Realistic Utopia? Nancy Fraser, Cosmopolitanism and the Making of a Just World Order. *Political Studies*. Vol. 56 No. 3.

Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra, 2008: „More and better jobs?“ Politische Konzepte zur Qualität von Arbeit. In: Brabandt, Heike/Roß, Bettina/Zwingel, Susanne (Hg.): *Mehrheit am Rand? Geschlechterverhältnisse, globale Ungleichheit und transnationale Handlungsansätze*. Wiesbaden: VS Verlag, 127-144.

Monroe, Kristen/Ozyurt, Saba/Wrigley, Ted/Alexander, Amy, 2008: Gender Equality in Academia. Bad News from the Trenches, and Some Possible Solutions. *Perspectives on Politics*. Vol. 6 No. 2, 215-233.

Montoya, Celeste, 2008: The European Union, Capacity Building, and Transnational Networks. Combating Violence Against Women Through the Daphne Program. *International Organization*. Vol. 62 No. 2, 359-372.

Nash, Jennifer C., 2008: Re-thinking Intersectionality. *Feminist Review*. Vol. 89 No. 1, 1-15.

Phillips, Ruth, 2008: Feminism, Policy and Women's Safety during Australia's "War on Terror". *Feminist Review*. Vol. 89 No. 1, 55-72.

Ramsay, Raylene, 2008: Parity – From Perversion to Political Progress. Changing Discourses of "French Exception". *French Politics*. Vol. 6 No. 1, 45-62.

Ross, Michael L., 2008: Oil, Islam, and Women. *American Political Science Review*. Vol. 102 No. 1, 107-123.

Scheele, Alexandra, 2008: Gender: A Relevant Element of Management Culture? Equal Opportunities between Diversity Management, Regulation and „Good Will“. In: Blanpain, Roger/Dickens, Linda (Hg.): *Challenges of European Employment Relations* (Bulletin of Comparative Labour Relations, Vol. 67), 117-132.

Scheele, Alexandra, 2008: Organisation und Geschlechterkultur. Ist Diversity Management ein geeignetes Instrument zur Realisierung betrieblicher Gleichstellung? In: Benthin, Rainer/Brinkmann, Ulrich (Hg.): *Unternehmenskultur und Mitbestimmung. Betriebliche Integration zwischen Konsens und Konflikt*. Frankfurt/M., New York: Campus.

Steel, Gill/Kabashima, Ikuo 2008: Cross-Regional Support for Gender Equality. *International Political Science Review*, Vol. 29, No. 2, 133-156.

Stockemer, Daniel, 2008: Women's Representation. A Comparison between Europe and the Americas. *Politics*. Vol. 28 No. 2, 65-73.

AUTORINNEN DIESES HEFTES

Abels, Gabriele, Prof. Dr. geb. 1964, Professorin für Vergleich politischer Systeme/Innen- und EU-Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, Mitherausgeberin der *Femina Politica* und Mitglied der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Europäische Integration, Gender und EU, Policy-Analyse/Biotechnologie, politische Partizipation, Technikfolgenabschätzung.

Baumeister, Hella, Dr. rer. pol., Dipl.-Soz.-Wiss., freie Referentin und Autorin, bis 2006 Referentin für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Arbeitnehmerkammer Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Erwerbsarbeit, atypische, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitsmarktpolitik. hbaumeister@gmx.net

Bremer, Katrin, geb. 1983, Diplom Sozialarbeiterin/Diplom Sozialpädagogin (FH), Studentin der Sozialwissenschaft (MA, 1-Fach), Studienprogramm: Restrukturierung der Geschlechterverhältnisse, Ruhr-Universität Bochum. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterforschung, Soziologie, Soziale Arbeit. Katibremer@aol.de

Brunner, Claudia, Mag.a phil.(Politikwissenschaft), geb. 1972, Promovendin am Graduiertenkolleg „Geschlecht als Wissenskategorie“ der Humboldt-Universität zu Berlin, Lehrbeauftragte an der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung im Bereich der Internationalen Beziehungen, Wissen(schaft)skritik aus feministischer und postkolonialer Perspektive, Wissenssoziologische Diskurs- und Dispositivforschung. claudia.brunner@univie.ac.at

Childs, Sarah, Dr., Senior Lecturer an der Universität Bristol in Großbritannien. Arbeitsschwerpunkte: Geschlecht und Politik und Frauen in britischen Parteien. S.childs@bristol.ac.uk

Costantini, Dagmar, geb. 1973, lic. phi. I (Liz. Universität Basel, Alte Geschichte, 2000), Programmleiterin *bildung + gesundheit Netzwerk Schweiz*, Bundesamt für Gesundheit, Bern. Arbeitsschwerpunkte: Bildung, Gesundheit, Gender. dagmar.costantini@hispeed.ch

Dierkes, Mirjam, M.A., geb. 1979, Mitarbeiterin im Zentrum für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung der Philipps-Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: Utopie und Arbeit, feministische Theorie.

Freudenschuß, Magdalena, Mag.a phil., Doktorandin in Soziologie (Humboldt Universität, Berlin), ÖAW DOC-Stipendiatin, Junior Visiting Fellow am Institut für die Wissenschaft vom Menschen, Wien, Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: Prekarisierung, Diskursforschung, feministische Theorie. m.freudenschuss@gmail.com

Hark, Sabine, geb. 1962, PD Dr. phil., Diplomsoziologin, derzeit Vertretungsprofessorin für Genderforschung am Institut für vergleichende Bildungs- und Sozialforschung der Universität Köln. Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Pädagogik. Letzte Veröffentlichungen: *Dis-sidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus*, 2005; *Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie*, 2007.

Henninger, Annette, Dipl. Pol., Dr. Phil. Geb. 1966, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe „Liebe“, (Erwerbs-)Arbeit, Anerkennung – Anerkennung und Ungleichheit in Doppelkarriere-Paaren“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Arbeitsschwerpunkte: Verschränkung von Erwerbsarbeit und Privatsphäre, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, politische Institutionen. Annette.Henninger@wzb.eu

Hoecker, Beate, PD Dr. rer. soc., geb. 1954, Vertretung der Professur für Politische Systeme und Vergleichende Regierungslehre am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung, Wahl- und Parteienforschung, Vergleichende Regierungslehre. b.hoecker@ipw.uni-hannover.de

Holtkamp, Lars, PD, Dr., geb. 1969, akademischer Oberrat, Vertretung der Professur „Politik und Verwaltung“ am Institut für Politikwissenschaft der FernUniversität Hagen. Arbeitsschwerpunkte: Parteienforschung, Lokale Politikforschung und Verwaltungswissenschaft. Lars.Holtkamp@FernUni-Hagen.de

Kahlert, Heike, Dr. rer. soc., Dipl. Soz., Maria-Goeppert-Mayer-Gastprofessorin für internationale Frauen- und Genderforschung am Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterstudien (ZIF) der HAWK Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen und der Stiftung Universität Hildesheim und Projektleiterin am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock. Arbeitsschwerpunkte: Transformation des Wissens in der Moderne, Geschlechterverhältnisse und sozialer Wandel im Wohlfahrtsstaat, Soziologie der Bildung und Erziehung, Gleichstellungsbezogene Organisationsentwicklung im Public-Profit-Bereich. heike.kahlert@uni-rostock.de

Kleemann, Mark, geb. 1979, Diplom Sozialwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Wissenschaftskarrieren: Orientierung, Planung und Beratung am Beispiel der Fächer Politikwissenschaft und Chemie“ am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock. Arbeitsschwerpunkte: Qualitative Sozialforschung, Bildungssoziologie, Soziologie der sozialen Ungleichheiten. mark.kleemann@uni-rostock.de

Kremberg, Bettina, M.A. phil., geb. 1968, Promovendin am Institut für Philosophie, Universität Leipzig. Arbeitsschwerpunkte: Sprachphilosophie, Geschichtsphilosophie, Kulturphilosophie mit Genderaspekt. kremberg@uni-leipzig.de

Krook, Mona Lena, Ph. D., Assistant Professor für Politische Wissenschaft und Frauen/Gender Studies an der Washington Universität in St. Louis, USA und im Winter 2008/2009 Fellow am Radcliffe Institut for Advanced Studies an der Harvard Universität. Arbeitsschwerpunkte: Frauenquoten in der Politik und Politische Repräsentation von Frauen. Mlkrook@wustl.edu

Kruppa, Doreen, Dipl.-Psychologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Wissenschaftskarrieren: Orientierung, Planung und Beratung am Beispiel der Fächer Politikwissenschaft und Chemie“ am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock. Arbeitsschwerpunkte: Qualitative Sozialforschung - Geltung/ Verallgemeinerung, Arbeits- und Organisationspsychologie, Frauen- und Geschlechterforschung. doreen.kruppa@uni-rostock.de

Kulke, Christine, Prof. Dr., neben der Professur für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Berlin Mitarbeit in internationalen wissenschaftlichen Vereinigungen. Seit 1986 regelmäßig Gastprofessorin an der Southwest Universität in Chengdu, Sichuan, VR China. Arbeitsschwerpunkte: Politische Kultur und Gender; Politische Sozialisation und Partizipation; Transformationen politischer Systeme und Geschlechterarrangements.

Lemke, Christiane, Prof., Dr. phil., Professorin am Institut für Politikwissenschaft an der Leibniz Universität Hannover; Sprecherin des Jean Monnet European Center of Excellence. Arbeitsschwerpunkte: Internationale Beziehungen und Europastudien, Politisches System der USA, Frauen- und Geschlechterforschung. Lemke@ipw.uni-hannover.de

Lepperhoff, Julia, Dr. Politikwissenschaftlerin, Vertretungsprofessorin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen, Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik, politikwissenschaftliche Geschlechterforschung, Gleichstellungspolitik.

Löffler, Marion, Mag., geb. 1968, Assistentin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkt: Staats- und Demokratietheorien, feministische und Gendertheorien, politikwissenschaftliche und historische Theorienforschung. marion.loeffler@univie.ac.at

Metz-Göckel, Sigrid, Prof. Dr. phil.; em.; Mitglied in zahlreichen Kommissionen und Beiräten. Letzte Veröffentlichungen: Metz-Göckel, Sigrid: Exzellenz und Elite im amerikanischen Hochschulsystem. Wiesbaden 2004; Sigrid Metz-Göckel/Christina Möller/Nicole Auferkorte-Michaelis: Wissenschaft als Lebensform – Eltern unerwünscht? Kinderlosigkeit und Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals der Universitäten in Nordrhein-Westfalen. Opladen 2008.

Rode, Tatjana, M., geb. 1977, Studentin der Politikwissenschaft und Soziologie an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Arbeitsschwerpunkt: Politische Repräsentation von Frauen in Lateinamerika. Tatjanarm@yahoo.com

Ronneburger, Beate, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Erziehungswissenschaft/Humanwissenschaft der Universität Kassel. Arbeitsschwerpunkte: geschlechtliche Segregation auf dem Arbeitsmarkt und in Organisationen, Karrierechancen von Frauen in der Wissenschaft, Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung.

Rubart, Frauke, Dipl. Pol., geb. 1955, Referentin für Organisations- und Personalentwicklung, macht Nordeuropaforschung, Coaching und Kulturmanagement in Bremen; Mitglied der Forschungsgruppe Nordeuropäische Politik e.V. www2.hu-berlin.de/for:n. Arbeitsschwerpunkte: Parteiensysteme, Soziale Bewegungen, Politische Kultur. FraukeRubart@aol.com

Rüling, Anneli, Dr. phil., Politologin und Soziologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Göttingen, Institut für Soziologie, Abteilung Politische Soziologie und Sozialpolitik, Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: International vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, Geschlechterforschung, Familienpolitik.

Schambach-Hardtke, Lydia, Dr., Diplom-Sozialpädagogin, Lehrbeauftragte an der ASFH Berlin und an der FHVR Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Propädeutik, Methodenlehre, Gewerkschaftsarbeit (speziell Gender).

Scheele, Alexandra, Dr. phil., Politikwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Frauenforschung/Soziologie der Geschlechterverhältnisse an der Universität Potsdam; Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Geschlechterverhältnisse, feministische Politikwissenschaft, Industrielle Beziehungen. ascheele@uni-potsdam.de

Schnittke, Sonja, Studentin der Frauenstudien der Universität Dortmund, Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik“ an der FernUniversität Hagen. Arbeitsschwerpunkte: Lokale Politikforschung und Genderforschung.

Seifer, Kerstin, geb. 1969, Dr. des., Diplom-Politologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin eines Bundestagsabgeordneten, Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Governance, Asylpolitik der EU, Afghanistan. kerstin.seifer@web.de

Sennewald, Nadja, Dr. phil., geb. 1971, arbeitet als freie Autorin und Kulturwissenschaftlerin in Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Gender Studies, Populäre Kultur. Nadja@runrabbitrun.tv

Suda, Kimiko, geb. 1979 in Hamburg, Magister der Sinologie, Soziologie und Chinesischen Sprache an der FU Berlin; derzeit freiberuflich tätig für das China Programm der Heinrich Böll Stiftung in Beijing und das Asian Women's Film Festival Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterpolitik/-[Binnen]migration/[Dokumentar-]Film in chinesischen Gesellschaften und in Deutschland. suda_kimiko@hotmail.com

Vinz, Dagmar, geb. 1970, Diplom-Politologin, Dr., Vertretung der Juniorprofessur Geschlechterforschung mit dem Schwerpunkt Politikwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum. Arbeitsschwerpunkte: Globalisierung und Nachhaltigkeit; Theorie und Politik der Diversität im internationalen Vergleich; Gleichstellungspolitik. dagmar.vinz@rub.de

Wersig, Maria, geb. 1978, Dipl. Jur., Fachreferentin für Familienpolitik, Gleichstellung, Lebensweisen, Deutscher Bundestag, Fraktion Die Linke. Arbeitsschwerpunkte: Recht der Geschlechterverhältnisse, Gleichstellungspolitik, Antidiskriminierungspolitik. mwersig@zedat.fu-berlin.de

Wichterich, Christa, Dr. rer. pol., Soziologin, arbeitet als freiberufliche Publizistin, Buchautorin, Lehrbeauftragte an Universitäten und als Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit. Sie hat mehrere Jahre als Universitätsdozentin in Indien und im Iran und als Afrikakorrespondentin in Kenia gelebt. Arbeitsschwerpunkte: Globalisierung und Gender, Frauenarbeit, internationale Frauenpolitik, Frauenbewegungen.